



B E R I C H T
Ü B E R D I E
Ö F F E N T L I C H E N
F I N A N Z E N
2 0 0 2



W I E N 2 0 0 3

Einschätzungen zur finanzpolitischen Lage einschließlich Analysen über volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen der öffentlichen Haushalte in Österreich sowie hierauf gegründete Empfehlungen gemäß § 1 Abs. 1 Z. 5 Bundesgesetz über die Errichtung des Staatsschuldenuausschusses 1996 idG.

Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002

verfasst vom Staatsschuldenuausschuss und dessen Arbeitsausschuss und vorgelegt auf Grund des Beschlusses vom 2. Juli 2003 an den Bundesminister für Finanzen.

Auch verfügbar im Internet unter: <http://www.staatsschuldenuausschuss.at>

Anschrift: Oesterreichische Nationalbank
Büro des Staatsschuldenausschusses
Otto-Wagner-Platz 3
1090 Wien

Postanschrift: Postfach 61
1011 Wien

Telefon: +43-1-404 20-DW 7472 (Bestellung des Berichts)
+43-1-404 20-DW 7471 und DW 7473 (Anfragen)

Fax: +43-1-404 20-DW 7499

Internet: www.staatsschuldenausschuss.at

Redaktion: Büro des Staatsschuldenausschusses, Oesterreichische Nationalbank;
Drucklegung: Hausdruckerei, Oesterreichische Nationalbank.
Vertrieb: Oesterreichische Nationalbank.

Redaktionsschluss: 25. Juni 2003.

INHALTSVERZEICHNIS

1 VORWORT	4
1.1 Gesetzesauftrag und Inhalt des Berichtes über die öffentlichen Finanzen 2002	4
1.2 Zusammensetzung des Staatsschuldenuausschusses	6
2 MONETÄRE UND REALÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2002	9
2.1 Internationale Zinsentwicklung	9
2.2 Rentenmarkt im Euroraum	12
2.3 Österreichische Konjunktursituation	15
3 FISKALPOSITION DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS IN ÖSTERREICH GEMÄSS STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT	19
3.1 Exkurs: Methodische Erläuterungen zum Budgetsaldo und zur öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht	20
3.2 Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors und seiner Subsektoren in Österreich	22
3.2.1 Gesamtentwicklung	22
3.2.2 Einnahmen- und Ausgabenstruktur	29
3.3 Schuldenentwicklung laut Maastricht	35
4 FINANZSCHULD DES BUNDES	38
4.1 Entwicklung und Schuldenstand Ende 2002	38
4.1.1 Finanzierungsinstrumente und Gläubigerstruktur der Finanzschuld insgesamt	38
4.1.2 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Euroschatz	45
4.1.3 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Fremdwährungsschuld	47
4.2 Fristigkeit der Finanzschuld	48
4.3 Verzinsung, Zinssensitivität und Zinsaufwand der Finanzschuld	51
5 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	58
6 FINANZMÄRKTE	63
6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland	63
6.2 Finanzierungsströme des Jahres 2002 und Vorschau für das Jahr 2003	67
6.2.1 Umfang und Struktur der Finanzierungsströme im Jahr 2002	68
6.2.2 Vorschau auf die Finanzierungsströme des Jahres 2003	70
7 VORSCHAU: ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM FÜR DIE JAHRE 2003 BIS 2007	76
8 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	80
8.1 Rahmenbedingungen und Fiskalposition des öffentlichen Sektors in Österreich 2002	80
8.2 Finanzschuldeneigabe des Bundes und Gläubigerstruktur im Jahr 2002	83
ANHANG	86
SONDERTHEMA: Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens - Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?	112

VERZEICHNIS DES ANHANGS

Anhang A1	Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses seit Erscheinen des letzten Berichtes.....	86
Anhang A2	Fiskalindikatoren laut Maastricht 1985 bis 2003 (Finanzierungssaldo, Verschuldung, Zinsaufwand, Primärsaldo, Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates).....	90
Anhang A3	Bereinigte Finanzschuld und Nettodefizit des Bundes 1965 bis 2002.....	92
Anhang A4	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen (Stand und Anteile 1970 bis 2002 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1985 bis 2002).....	93
Anhang A5	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen (Stand und Anteile 1980 bis 2002 sowie Fremdwährungsschuld i. e. S. 1993 bis 2002)	99
Anhang A6	Finanzschuld i. e. S. und Cross-Currency-Swaps nach Schuldformen 2002	103
Anhang A7	Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften 1996 bis 2002	104
Anhang A8	Finanzschuld der Länder 1992 bis 2001	105
Anhang A9	Finanzschuld der Gemeinden 1992 bis 2001	106
Anhang A10	Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 1993 bis 2002	107
Anhang A11	Glossar	109

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1	Zinsstrukturkurve im Euroraum 2001 und 2002	11
Grafik 2	Renditenabstände 9- bis 10-jähriger Staatsanleihen zu Deutschland	11
Grafik 3	Wachstumsbeiträge zum realen BIP 2001 und 2002	16
Grafik 4	Unselbstständig Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose 2001 und 2002.....	16
Grafik 5	Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht 1993 bis 2002	23
Grafik 6	Öffentliche Verschuldung laut Maastricht 1993 bis 2002.....	23
Grafik 7	Staatseinnahmen- und Staatsausgabenquoten 1998 bis 2002	28
Grafik 8	Anteile an den Staatsausgaben 1998 und 2002.....	28
Grafik 9	Entwicklung der bereinigten Finanzschuld des Bundes 1998 bis 2002.....	40
Grafik 10	Anteile an der bereinigten Gesamtschuld des Bundes 2001 und 2002.....	40
Grafik 11	Währungsanteile an der bereinigten Finanzschuld des Bundes 2001 und 2002.....	46
Grafik 12	Entwicklung der Devisenmittelkurse 1998 bis 2002	46
Grafik 13	Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1993 bis 2002.....	49
Grafik 14	Tilgungsplan der Finanzschuld 2002 nach Schuldformen	49
Grafik 15	Öffentliche Finanzierungssalden der EU-12-Länder im Jahr 2002.....	59
Grafik 16	Öffentliche Verschuldung der EU-12-Länder im Jahr 2002	59
Grafik 17	Aufbau österreichischer Wertpapierportefeuilles durch ausländische Anleger 1998 bis 2002	64
Grafik 18	Komponenten der Kapitalbilanz Österreichs 1998 bis 2002	64
Grafik 19	Entwicklung der Finanzierungssalden 1999 bis 2003.....	73
Grafik 20	Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte 1999 bis 2003.....	73

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1	Renditen und Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten 1998 bis 2002.....	9
Tabelle 2	Renditenabstände 9- bis 10-jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1998 bis 2002	12
Tabelle 3	Entwicklung von auf Euro lautenden Wertpapieren nach Emittentengruppen 2002	13
Tabelle 4	Bruttoemissionen von auf Euro lautenden Wertpapieren nach Verzinsungsmodalität 2000 bis 2002	14
Tabelle 5	Bruttoemissionen von auf Euro lautenden Wertpapieren nach Ursprungslaufzeit 2000 bis 2002.....	15
Tabelle 6	Konjunkturindikatoren für Österreich 1998 bis 2002	17
Tabelle 7	Einschätzungen zur Budgetentwicklung des Staates für 2001 und 2002	22
Tabelle 8	Öffentlicher Budgetsaldo, Zinszahlungen und Primärsaldo 1999 bis 2003	26
Tabelle 9	Öffentliche Budgetsalden der Teilsektoren des Staates 1999 bis 2003	26
Tabelle 10	Staatsquoten: Einnahmen, Ausgaben und Abgaben des Staates 1998 bis 2002	26
Tabelle 11	Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen 1998 bis 2002 (konsolidiert)	30
Tabelle 12	Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen 2002 nach Teilsektoren (unkonsolidiert)	34
Tabelle 13	Ableitung der öffentlichen Verschuldung 2001 und 2002.....	35
Tabelle 14	Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 1999 bis 2003.....	36
Tabelle 15	Bereinigte Finanzschuld 2002 nach Schuldformen	39
Tabelle 16	Zunahme und Abnahme der Finanzschuld 2001 und 2002	43
Tabelle 17	Forderungen und Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps 2002	43
Tabelle 18	Auslandsverschuldung des Bundes 1998 bis 2002.....	44
Tabelle 19	Bereinigte Fremdwährungsschuld im Jahr 2002: Eurogegenwerte und Währungsanteile	47
Tabelle 20	Wechselkurse im Jahr 2002	47
Tabelle 21	Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 2001 und 2002	48
Tabelle 22	Fristigkeitsprofil der bereinigten Finanzschuld 2000 bis 2002	50
Tabelle 23	Tilgungsplan der Finanzschuld 2002 nach Schuldformen	50
Tabelle 24	Variabel und fix verzinst Finanzschuld 2001 und 2002	52
Tabelle 25	Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 2001 und 2002	53
Tabelle 26	Überleitungstabelle: Aufwand für die bereinigte Finanzschuld 1999 bis 2003	54
Tabelle 27	Aufwand für die bereinigte Finanzschuld 1999 bis 2002	54
Tabelle 28	Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen zum Zinsendienst 1999 bis 2003	56
Tabelle 29	Einnahmen und Ausgaben der Kassengebarung des Bundes 1999 bis 2003	57
Tabelle 30	Kennzahlen zur öffentlichen Verschuldung 2001 und 2002	60
Tabelle 31	Durchschnittsverzinsung der Verschuldung des öffentlichen Sektors 1998 bis 2002	62
Tabelle 32	Zahlungsbilanz Österreichs 2001 und 2002.....	66
Tabelle 33	Finanzierungsströme 2002	69
Tabelle 34	Entwicklung der Finanzierungssalden 2001 bis 2003	72
Tabelle 35	Vorschau auf die Finanzierungsströme 2003.....	75
Tabelle 36	Eckdaten des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2002 bis 2007	77
Tabelle 37	Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote des öffentlichen Sektors 2002 bis 2007	78

1 VORWORT

1.1 Gesetzesauftrag und Inhalt des Berichtes über die öffentlichen Finanzen 2002

Der Staatsschuldenausschuss, der von 1970 bis Mai 1997 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, ist seit Inkraft-Treten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses am 14. Mai 1997 (BGBI. 742/1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB) angesiedelt. Die Agenden des Ausschusses und dessen Zusammensetzung sind per Gesetz festgelegt. Sie wurden vor kurzem durch eine Novelle des StA-Gesetzes (BGBI. 16/2002), die mit Anfang Jänner 2002 in Kraft trat, verändert. Die Novelle sieht neben einer Änderung der Zusammensetzung eine deutliche Ausweitung des Aufgabengebiets des Staatsschuldenausschusses vor. Ökonomische Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzungen der finanzpolitischen Lage sollen im Gegensatz zu bisher nicht nur den Bund sondern alle öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) umfassen. Im Einzelnen definiert § 1 Abs. 1 des Staatsschuldenausschussgesetzes i. d. g. F. folgende Agenden:

- 1) Einschätzung der finanzpolitischen Lage mit Vorschau. Dies vor dem Hintergrund der fiskalpolitischen Ziele Österreichs und den Entwicklungstendenzen des Geld- und Kapitalmarktes;
- 2) Analysen über volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld der öffentlichen Haushalte auf der Basis der Ergebnisse von Untersuchungen gemäß Z 1;
- 3) Analyse der Nachhaltigkeit und Qualität der Budgetpolitik der öffentlichen Haushalte;
- 4) Abgabe von schriftlichen Empfehlungen zur Finanzpolitik öffentlicher Haushalte in Österreich unter Berücksichtigung konjunktureller Rahmenbedingungen;
- 5) jährliche Erstattung eines Berichtes über die dem Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluss der Ergebnisse der Untersuchungen und Analysen gemäß Z 1 bis 3, den der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen hat;
- 6) Mitwirkung bei der öffentlichen Meinungsbildung im Zusammenhang mit den Aufgaben des Staatsschuldenausschusses sowie Durchführung informativer Veranstaltungen.

Diese Aufgaben werden vom Staatsschuldenausschuss gemeinsam mit dessen Arbeitsausschuss wahrgenommen. Die Mitglieder des Staatsschuldenausschusses werden von der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer Österreich im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, der Bundesarbeitskammer, dem Österreichischen Gemeindebund, dem Österreichischen Städtebund und der Landeshauptmännerkonferenz entsandt (§ 1 Abs. 2 leg. cit.). Der vorliegende Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002 trägt dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 1 Abs. 1 Z 5 Rechnung.

Das Kapitel zwei des Berichts beginnt mit einer Darstellung der monetären und realökonomischen Rahmenbedingungen im Jahr 2002. Die Zins- und Rentenmarktentwicklungen im Euroraum werden dabei ebenso wie die Konjunktursituation in Österreich beleuchtet.

Das dritte Kapitel widmet sich der Fiskalposition des öffentlichen Sektors in Österreich im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Neben methodischen Erläuterungen zum Verschuldungs- und Defizitbegriff laut Maastricht werden hier die Budget- und Verschuldungsentwicklung sowie die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staates und seiner Teilektoren (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Österreich aufgezeigt und analysiert. Eine Zeitreihe über die Defizit- und Verschuldungsentwicklung seit 1985 befindet sich dazu im Anhang A 2.

Eine ausführliche Untersuchung der Finanzschuldengesamtheit des Bundes im Jahr 2002 ist Gegenstand des vierten Kapitels. Hier werden sowohl die Entwicklung, Struktur, Verzinsung und Fristigkeit der Finanzschuld als auch der Finanzschuldenaufwand des Bundes dargestellt.

Einen Vergleich der Staatsverschuldung wichtiger westlicher Industrieländer bietet das fünfte Kapitel. Die Kennzahlen beziehen sich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die Entwicklung der Verschuldung (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird der Durchschnittszinssatz der öffentlichen Verschuldung für die EU-12-Länder präsentiert. Zeitreihen für die letzten zehn Jahre sind im Anhang A 10 zu finden.

Das sechste Kapitel Finanzmärkte widmet sich den grenzüberschreitenden Kapitalströmen 2002 und den sektoralen Finanzierungsströmen in Österreich. Die finanziellen Interdependenzen der Wirtschaftssektoren werden auf Grundlage der von der Österreichischen Nationalbank bereitgestellten Österreichischen Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung erstellt und liefern neben vorläufigen Ergebnissen für das Jahr 2002 auch Informationen über die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 2003.

Im Kapitel sieben wird basierend auf dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom März 2003 die geplante Budget- und Schuldenentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich in den kommenden Jahren beleuchtet.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse ist Gegenstand des achten Kapitels.

Der Anhang enthält zunächst die seit dem vorjährigen Bericht beschlossenen Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen und danach statistische Informationen. Eine Zeitreihe über die Defizit- und Verschuldungsentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich befindet sich im Anhang A 2. Einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Finanzschuld und des Nettodefizits des Bundes geben Anhänge A 3 bis A 5. Danach werden die beiden Verschuldungsbegriffe "nicht fällige Finanzschuld des Bundes im engeren Sinn" und "nicht fällige Finanzschuld des Bundes" gegenübergestellt. Die Verschuldung der Länder und der Gemeinden in administrativer Betrachtung sowie der Unternehmen des Bundes und von marktbestimmten Betrieben der Gemeinden sind Gegenstand der Anhänge A 7 bis A 9. Zeitreihen über die internationale Verschuldung im Sinne von Maastricht enthält Anhang A 10. Den Abschluss des Berichts bilden Erläuterungen wichtiger Begriffe der Finanzschuld und des Rentenmarktes.

Die Behandlung des Sonderthemas „Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens – Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?“ bildet den Abschluss des vorliegenden Berichts. In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse einer IHS-Studie zusammengefasst, die im Auftrag des Staatsschuldenausschusses Anfang 2003 erstellt wurde.

Der Staatsschuldenausschuss und dessen Arbeitsausschuss haben 2002/03 regelmäßig Sitzungen abgehalten, an denen Vertreter der Gebietskörperschaften, der Sozialpartner, des Kreditwesens und der Österreichischen Nationalbank sowie Experten aus dem Kreis der Kreditwirtschaft, der Sozialpartner, aus den Wirtschaftsforschungsinstituten und dem Finanzministerium einschließlich der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur teilnahmen.

1.2 Zusammensetzung des Staatsschuldenausschusses

1.2.1 Ausschuss für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld

Mitglieder:

Präsident: Univ.Prof.DDr. Helmut Frisch
 Vizepräsident: Generaldirektor Mag.Dr. Walter Rothensteiner
 Vizepräsident: Dr. Günther Chaloupek

entsendet von:

Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich¹⁾
 Bundesarbeitskammer

Dr. Fidelis Bauer
 Univ.Doz. Dr. Josef Christl
 Finanzdirektor Dr. Rudolf Ebner
 Generalsekretär wHR Dr. Robert Hink
 Univ.Prof. Mag.Dr. Herbert Kofler
 HonProf. Dkfm.Dr. Gerhard Lehner
 Leitender Sekretär Dr. Richard Leutner
 Dr. Egon Mohr
 Mag. Bruno Rossmann
 Sektionsleiter Univ.Doz. Dr. Gerhard Steger
 Geschäftsführer Mag.Dr. Peter Takacs
 Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda

Wirtschaftskammer Österreich¹⁾
 Bundesregierung
 Österreichischer Städtebund
 Österreichischer Gemeindebund
 Bundesregierung
 Bundesregierung
 Bundesarbeitskammer
 Landeshauptmännerkonferenz
 Bundesarbeitskammer
 Bundesregierung
 Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich¹⁾

Ersatzmitglieder:

Univ.Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann
 Mag. Dietmar Griebler
 Mag. Hannes Hofer
 Dr. Peter Kaluza
 Mag. Georg Kovank
 Mag. Erich Kühnelt
 Mag. Robert Lehner
 Direktor Mag. Heinz Peter
 Ministerialrat Mag. Alfred Pichler
 Syndikus Dr. Herbert Pichler
 Landesgeschäftsführer-Stellvertreter Dietmar Pilz
 Generalsekretär Obersenatsrat Dkfm.Dr. Erich Pramböck
 Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer
 Geschäftsführer Mag. Gilbert Trattner

entsendet von:

Bundesregierung
 Bundesregierung
 Landeshauptmännerkonferenz
 Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich¹⁾
 Bundesarbeitskammer
 Wirtschaftskammer Österreich¹⁾
 Bundesarbeitskammer
 Bundesarbeitskammer
 Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich¹⁾
 Österreichischer Gemeindebund
 Österreichischer Städtebund
 Bundesregierung
 Bundesregierung
 Bundesregierung

¹⁾ Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.

1.2.2 Arbeitsausschuss für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld

Mitglieder:

Vorsitzender: Univ. Prof. DDr. Helmut Frisch
 1. stellv. Vorsitzender: Dr. Günther Chaloupek
 2. stellv. Vorsitzender: Dr. Fidelis Bauer

Finanzdirektor Dr. Rudolf Ebner
 Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann
 Mag. Dietmar Griebler
 Generalsekretär wHR Dr. Robert Hink
 HonProf. Dkfm. Dr. Gerhard Lehner
 Leitender Sekretär Dr. Richard Leutner
 Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda

entsendet von:

Bundesregierung
 Bundesarbeitskammer
 Wirtschaftskammer Österreich⁷

Ersatzmitglieder:

Univ. Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Dr. Peter Kaluza
 Mag. Georg Kovarik
 Mag. Erich Kühnelt
 Dr. Egon Mohr
 Landesgeschäftsführer-Stellvertreter Dietmar Pilz
 Generalsekretär Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck
 Ministerialrat Dkfm. Dr. Anton Rainer
 Mag. Bruno Rossmann
 Geschäftsführer Mag. Dr. Peter Takacs

entsendet von:

Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich⁷
 Bundesarbeitskammer
 Wirtschaftskammer Österreich⁷
 Landeshauptmännerkonferenz
 Österreichischer Gemeindebund
 Bundesregierung
 Bundesarbeitskammer
 Wirtschaftskammer Österreich⁷

Experten:

Direktor Mag. Peter Brezinschek
 Geschäftsführer Ministerialrat Dr. Helmut Eder
 Dr. Ernest Gnan
 Mag. Hannes Hofer
 Ministerialrat Mag. Dr. Karl Jaros
 Geschäftsführer Mag. Paul Kocher
 Ministerialrat Dkfm. Dr. Anton Rainer
 Mag. Bruno Rossmann
 Direktor Mag. Erich Weiss

1.2.3 Vertreter der Österreichischen Nationalbank

Dr. Peter Mooslechner

⁷) Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.

1.2.4 Büro des Staatsschuldenausschusses^{*)}

Mag. Eva Hauth

Mag. Bernhard Grossmann

Silvia Szamuely

Anfragen können an die Österreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, Frau Mag. Eva Hauth, Tel. 404 20-DW 7471 oder Herrn Mag. Bernhard Grossmann, Tel. 40420-DW 7473, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien, gerichtet werden. Bestellungen des Finanzberichts Österreichs unter Tel.: 404 20-DW 7472, Fax: 404 20-DW 7499 oder e-Mail: Silvia.Szamuely@oenb.at.

Der „Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002“ ist unter der Internet-Homepage des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatschuldenausschuss.at>) abrufbar.

^{*)} Wir danken Mag. Walter Waschiczek, Michael Andreasch, Mag. Matthias Fuchs sowie DI Isabel Winkler (Österreichische Nationalbank) für ihre Beiträge zur Erstellung des gegenständlichen Berichts über die öffentlichen Finanzen.

2 MONETÄRE UND REALÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2002

2.1 Internationale Zinsentwicklung

Die Geldpolitik in den Industrieländern musste im Jahr 2002 in einem Umfeld beträchtlicher konjunktureller und geopolitischer Unsicherheit operieren: War zu Jahresbeginn noch von einem Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte ausgegangen worden, wurden bereits im ersten Quartal die Prognosen für das BIP-Wachstum deutlich nach unten revidiert. Trotz des niedrigen Wachstums verlangsamte sich die Inflation nur mäßig. In Anbetracht dieser Entwicklungen ließ die EZB den Leitzins für das Hauptfinanzierungsgeschäft nahezu das gesamte Jahr über unverändert bei 3,25%. Erst am 5. Dezember 2002 beschloss der EZB-Rat, den Mindestbietungssatz für die Hauptfinanzierungsgeschäfte um 50 Basispunkte auf 2,75% zu senken.

**Tabelle 1: Renditen und Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten 1998 bis 2002
(Periodenmittelwerte in %)**

	1998	1999	2000	2001	2002
Leitzinssätze¹⁾					
Europa: Tendersatz ²⁾	3,00	3,00	4,75	3,25	2,75
USA: Fed Funds Rate	4,63	6,00	6,63	1,63	1,13
Japan: Diskontsatz	0,50	0,50	0,50	0,10	0,10
Sätze für Drei-Monats-Geld					
Europa ³⁾	3,83	2,96	4,39	4,28	3,32
USA	5,56	5,41	6,53	3,78	1,80
Japan	0,77	0,28	0,29	0,16	0,09
Renditen von Staatsanleihen (10 Jahre)					
Europa ⁴⁾	4,70	4,66	5,44	5,03	4,92
USA	5,26	5,64	6,03	5,00	4,61
Japan	1,29	1,76	1,76	1,32	1,27
1) Periodenmittelwerte.					
2) 1998 Tendersatz der OeNB, 1999 Mengentendersatz der EZB; 2000 bis 2002 Zinstendersatz der EZB (Mindestbietungssatz).					
3) 1998 Bietungssätze für Interbankeinklagen, ab 1999 EONIA bzw. EURIBOR.					
4) 1998 anhand harmonisierter mit dem BIP gewichteter nationaler Staatsanleihenrenditen berechnet.					
Quelle: EZB, OeNB.					
Rundungen können in allen Tabellen Rechendifferenzen ergeben.					

Nachdem im Jahr zuvor der Leitzins der USA in elf Zinsschritten um insgesamt 475 Basispunkte gesenkt worden war, nahm die US-Notenbank im Jahr 2002 weitestgehend eine neutrale Haltung ein. Erst am 6. November, als nach Einschätzung des Federal Open Market Committee (FOMC) der US-Notenbank die wirtschaftlichen Daten darauf hinwiesen, dass die gestiegenen Unsicherheiten, die zum Teil auf geopolitische Risiken zurückzuführen waren, das Ausgabenwachstum, die Industrieproduktion und die Beschäftigung belasten würden, wurde der Zielsatz der Fed Funds Rate um weitere 50 Basispunkte gesenkt, wodurch der niedrigste Stand seit rund 40 Jahren erreicht wurde.

Die Bank of Japan steuert seit dem Vorjahr die Höhe der Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken. Sie hat damit das kurzfristige Zinsniveau auf die „Nullzinsgrenze“ gedrückt und damit ihre geldpolitische Handlungsfähigkeit weitgehend ausge-

schöpft. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Liquidität über weniger gebräuchliche geldpolitische Instrumente, darunter einer mehrmaligen Ausweitung des Zielbandes für die freien Bankeinlagen bei der Bank of Japan, konnte das akute Problem der Deflation nicht gelöst und die inländische Nachfrage bislang nur begrenzt stimuliert werden. Eine zweite Maßnahme bestand in vermehrten Ankäufen von Staatsanleihen auf dem offenen Markt; allerdings war diese Maßnahme bei dem niedrigen Zinsniveau nur bedingt wirksam.

Der seit Ende 2001 zu beobachtende Trend steigender Geldmarktzinssätze im Euroraum kam im Mai 2002 zum Stillstand. Darin schlugten sich die Erwartungen der Marktteilnehmer hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Kurzfristzinsen am Geldmarkt nieder. In den ersten fünf Monaten des Berichtsjahres gingen die Marktteilnehmer von künftig höheren Kurzfristzinsen aus, nahmen ihre Erwartungen dann jedoch im Einklang mit den erwarteten Wachstums- und Inflationsaussichten allmählich wieder zurück. Die am 5. Dezember 2002 vom EZB-Rat beschlossene EZB-Leitzinssenkung wurde auf dem Geldmarkt im Großen und Ganzen bereits vorweggenommen. Der Drei-Monats-EURIBOR lag im Jahresdurchschnitt mit 3,32% um knapp 1 Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert.

Noch deutlicher sanken die Geldmarktzinsen in den USA. Der Drei-Monats-Satz lag im Jahr 2002 um rund 2 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahreswert. In Japan verharrten die Geldmarktzinsen das ganze Jahr über auf ihrem schon seit einigen Jahren zu beobachtenden tiefen Niveau nahe bei null Prozent.

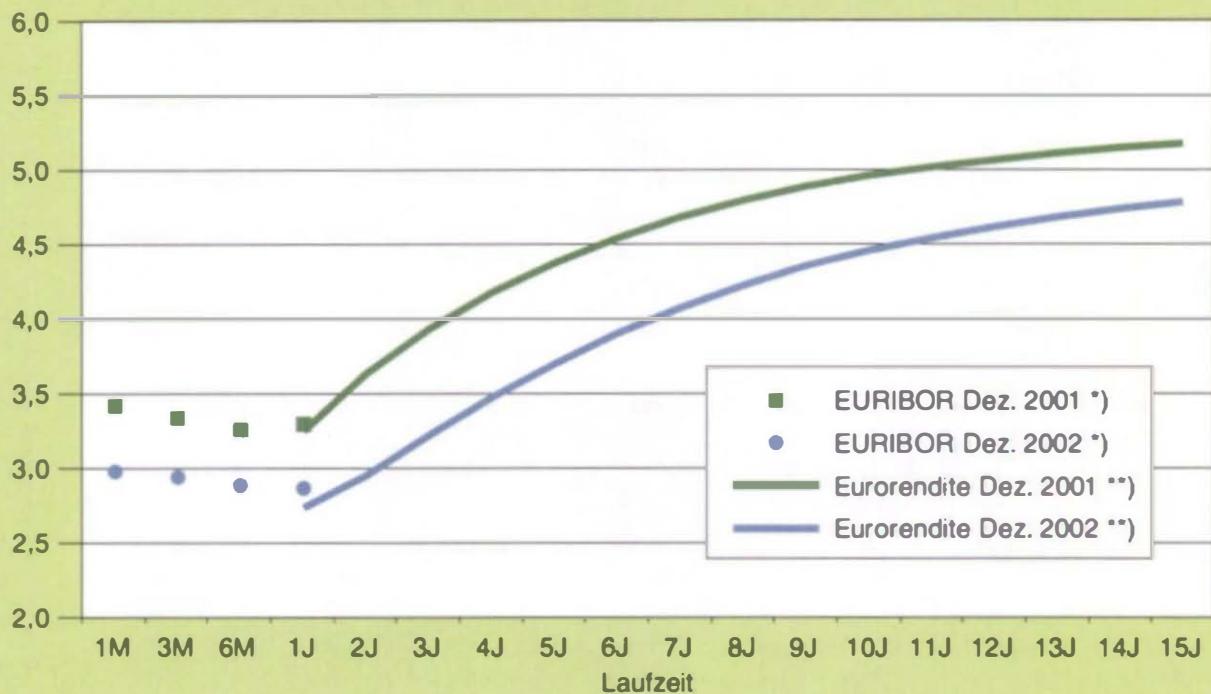
Die langfristigen Anleihezinsen im Euro-Währungsgebiet und den Vereinigten Staaten gingen im Jahr 2002 – vor allem im zweiten und dritten Quartal – zurück. Gestiegene Zuversicht hinsichtlich der Wachstumsaussichten ließ die Staatsanleihenraten in den USA und im Euroraum in den ersten Monaten des Jahres 2002 leicht ansteigen, dann schwand der Wachstums-optimismus der Marktteilnehmer allmählich. Die Enthüllung einer Serie von Bilanzierungsunregelmäßigkeiten bei US-Unternehmen veranlasste weiters viele Anleger zu Portfolioumschichtungen von Aktien in sicherere Anleihen. Insgesamt gingen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum und in den Vereinigten Staaten um 10 bzw. 40 Basispunkte im Jahresdurchschnitt zurück und beliefen sich zu Jahresende auf 4,3% bzw. 3,8%. Durch den stärkeren Rückgang in den USA war der Renditeabstand zwischen zehnjährigen US-Staatsanleihen und vergleichbaren Anleihen im Eurogebiet für den überwiegenden Teil des Berichtsjahres negativ.

In Japan entwickelten sich die Renditen langfristiger Staatsanleihen im Jahr 2002 großteils losgelöst vom globalen Trend. Nachdem die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen während der ersten Jahreshälfte 2002 recht stabil waren, gingen sie danach mehr oder weniger kontinuierlich zurück und lagen zu Jahresende bei rund 1,0%. Bedenken am Markt im Zusammenhang mit den Konjunkturaussichten und dem heimischen Bankensystem, die Deflation sowie Portfolioumschichtungen aus den Aktienmärkten in die sicheren Anleihemärkte trugen dazu bei, die Renditen langfristiger Anleihen im Lauf des Jahres auf ein niedrigeres Niveau sinken zu lassen.

Die **Zinsstrukturkurven**, gemessen an der Differenz zwischen Renditen zehnjähriger Anleihen und dem Drei-Monats-Geldmarktsatz, wurden im Laufe des Jahres 2002 sowohl in den USA als auch im Eurogebiet merklich steiler. Ihre Entwicklung spiegelte im Wesentlichen die Konjunkturerwartungen der Marktteilnehmer wider. Insgesamt nahm die Steigung der Zinsstrukturkurve im Euroraum von 81 Basispunkten im Durchschnitt des Jahres 2001 auf 165 Basispunkte 2002 zu; in den USA war der Anstieg mit 160 Basispunkten sogar noch ausgeprägter.

Grafik 1
Zinsstrukturkurve*) im Euroraum 2001 und 2002

Renditen



*) Eurogeldmarktsätze; ungewichteter Durchschnitt aus Briefsätzen von Interbankeinlagen.

**) Verzinsung von Anleihen mit einem Mindestvolumen von 500 Mio EUR nach Laufzeit.

Quelle: EUROSTAT, EZB.

Grafik 2
Renditenabstände 9- bis 10-jähriger Staatsanleihen zu Deutschland
 Monatsdurchschnitte

in %-Punkten



Tabelle 2: Renditenabstände 9- bis 10-jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1998 bis 2002 (Periodenmittelwerte in %-Punkten)

	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	0,18	0,26	0,33	0,33	0,20
Finnland	0,22	0,23	0,22	0,25	0,20
Frankreich	0,07	0,12	0,13	0,14	0,08
Griechenland	3,91	1,81	0,84	0,51	0,34
Irland	0,23	0,22	0,25	0,21	0,23
Italien	0,31	0,24	0,31	0,39	0,25
Niederlande	0,06	0,14	0,14	0,16	0,11
Österreich	0,14	0,19	0,29	0,28	0,18
Portugal	0,30	0,29	0,34	0,36	0,22
Spanien	0,26	0,24	0,26	0,32	0,18
EU-11-Aggregat ¹⁾	0,20	0,21	0,25	0,27	0,18
EU-12-Aggregat ²⁾	0,57	0,37	0,31	0,29	0,20

1) Ohne Luxemburg, ohne Griechenland.
 2) Ohne Luxemburg.
 Quelle: EZB.

Der Renditeabstand für 9- bis 10-jährige Schuldverschreibungen zu Deutschland verringerte sich im Jahr 2002 im Jahresdurchschnitt in nahezu allen WWU-Teilnehmerstaaten (einige Ausnahme: Irland). Generell war im Berichtsjahr – parallel zum allgemeinen Rückgang der Anleiherenditen – eine Konvergenz der Benchmark-Anleihezinsen innerhalb des Euroraumes beobachtbar, da Deutschland einen Gutteil seines Zinsbonus gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt einbüßte. Die meisten anderen Länder des Euroraumes (Ausnahmen: Italien, Frankreich) verzeichneten hingegen in den letzten Monaten eine Abwärtskonvergenz der Benchmarkzinsen hin zum Durchschnitt des Euroraumes. Im Jahresdurchschnitt reduzierte sich die Zinsdifferenz Österreichs zu Deutschland um 10 Basispunkte.

2.2 Rentenmarkt im Euroraum

Der Euro hat als Anlage- und Finanzierungswährung auf den internationalen Finanzmärkten im Jahr 2002 weiter an Akzeptanz gewonnen. Gemäß den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erhöhte sich 2002 der Marktanteil von auf Euro lautenden internationalen Wertpapieren¹ von 44% auf 48%, jener des USD vermindert sich hingegen von 49% auf 44%.

Im Jahr 2002 nahmen Ansässige des Eurowährungsgebiets knapp 89% ihres Bruttoemissionsvolumens (mit Laufzeiten von über 1 Jahr) in Euro auf, nachdem dieser Anteil im Jahr zuvor noch über 90% gelegen war. Insgesamt erreichte das EUR-Wertpapieremissionsvolumen von Ansässigen im Euroraum wie im Vorjahr brutto rund 1.400 Mrd EUR. Die öffentlichen Haushalte und die finanziellen Kapitalgesellschaften (Banken und andere finanzielle Unternehmen) prägten weiterhin den EUR-Rentenmarkt. Mehr als die Hälfte des Zuwachses ging 2002 auf die finanziellen Kapitalgesellschaften und etwas mehr als ein Drittel auf die öffentlichen Haushalte zurück, während die Emissionen des privaten Sektors nur rund 8% zum Wachstum beitrugen.

¹ Außerhalb des Heimatlands begebene Bonds und Notes in EUR.

Tabelle 3: Entwicklung von auf Euro lautenden Wertpapieren¹⁾ nach Emittentengruppen 2002 (in Mrd EUR)

	Stand 31.12.2001	Anteil in %	Brutto- emissionen	Nettoveränderung		Stand 31.12.2002	Anteil in %
				absolut	in %		
Von Ansässigen im Euroraum							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2.690	42,0	691	179	6,6	2.869	42,6
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	349	5,4	63	25	7,2	374	5,5
Zentralstaat	3.238	50,5	624	89	2,7	3.327	49,4
Sonstige öffentliche Haushalte	130	2,0	49	38	29,1	168	2,5
Summe	6.408	100,0	1.428	331	5,2	6.739	100,0
Von Ansässigen außerhalb des Euroraums							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	554	63,2	165	101	18,3	655	66,5
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	102	11,7	18	8	7,4	110	11,1
Zentralstaat	92	10,5	10	1	0,7	93	9,4
Sonstige öffentliche Haushalte	15	1,7	1	-1	-5,9	14	1,5
Internationale Organisationen	113	12,9	18	1	0,6	114	11,5
Summe	876	100,0	232	109	12,5	985	100,0
Insgesamt							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3.244	44,5	876	280	8,6	3.524	45,6
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	451	6,2	81	33	7,3	484	6,3
Zentralstaat	3.330	45,7	635	89	2,7	3.420	44,3
Sonstige öffentliche Haushalte	146	2,0	49	37	25,5	183	2,4
Internationale Organisationen	113	1,6	18	1	0,6	114	1,5
Summe	7.284	100,0	1.659	440	6,0	7.724	100,0

1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von über 1 Jahr.

Quelle: EZB.

Nach wie vor stellten die finanziellen Kapitalgesellschaften (Banken und andere finanzielle Unternehmen) mit einem Anteil von 48% am gesamten EUR-Bruttoemissionsvolumen und von 54% an der gesamten EUR-Nettoveränderung die bedeutendste Emittentengruppe von Ansässigen im Eurowährungsgebiet dar, wenngleich ihr Emissionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig war. Diese Reduktion dürfte weitgehend der konjunkturbedingten nachlassenden Kreditnachfrage des privaten nichtfinanziellen Sektors sowie einem höheren Einlagenaufkommen zuzuschreiben sein.

Der gesamte Umlauf der vom öffentlichen Sektor (Zentralstaat und sonstige öffentliche Haushalte) begebenen Schuldverschreibungen wuchs 2002 um 3,8%, wobei sowohl die Zentralstaaten als auch die sonstigen öffentlichen Haushalte ihre Emissionsaktivität ausweiteten. In der starken Erhöhung des Umlaufs an Schuldverschreibungen der sonstigen öffentlichen Haushalte (in erster Linie regionale und lokale Gebietskörperschaften) spiegelte sich deren ungünstigere Haushaltsentwicklung und der daraus resultierende höhere Finanzierungsbedarf wider. Der Anteil des Zentralstaats am Finanzierungsvolumen auf dem EUR-Anleihemarkt hat sich 2002 vermindert, während die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften markante Zuwächse verzeichneten. In Summe verringerte sich 2002 der Anteil der von öffentlichen Haushalten begebenen, auf Euro lautenden Schuldverschreibungen von 47,7 auf 46,7%.

Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nahmen im Jahr 2002 den EUR-Rentenmarkt in erheblich geringerem Umfang als im Jahr zuvor in Anspruch. Der Umlauf an von finanziellen Kapitalgesellschaften begebenen Schuldverschreibungen stieg im Berichtsjahr um 7%, nachdem der Zuwachs im Jahr zuvor noch 20% betragen hatte. Dies war zum einen auf den geringeren Finanzierungsbedarf angesichts der Konjunkturabschwächung und zum anderen auf wachsende Bedenken seitens der Anle-

ger hinsichtlich der Kreditrisiken zurückzuführen. Letzteres spiegelte sich in einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen auf dem Anleihemarkt wider. Die Renditeabstände bei den Unternehmensanleihen am unteren Ende der Bonitätsskala weiteten sich beträchtlich aus. Auch war während des Jahres eine steigende Tendenz bei den Herabstufungen von Unternehmen hoher Bonität zu registrieren.

Für internationale Emittenten blieb der Euro eine attraktive Währung; der Umlauf der von Ansässigen außerhalb des Eurowährungsgebiets begebenen EUR-Schuldverschreibungen erhöhte sich 2002 um 12,5%. Nahezu 80% des Emissionsvolumens entfiel auf finanzielle Kapitalgesellschaften. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und öffentliche Haushalte nahmen den EUR-Rentenmarkt hingegen (brutto) in deutlich geringerem Umfang in Anspruch.

Österreichische Emittenten nahmen den EUR-Rentenmarkt 2002 etwas stärker in Anspruch als der Durchschnitt der WWU-Länder. Der Umlauf an Wertpapieren österreichischer Emittenten stieg im Berichtsjahr um 6,6%, jener der Ansässigen im Eurowährungsgebiet insgesamt um 5,2%. Wie auf dem euroraumweiten Rentenmarkt waren der öffentliche Sektor und die Kreditinstitute die wichtigsten Emittentengruppen. Demgegenüber hat sich – anders als auf Euroraumebene – das Emissionsvolumen österreichischer Unternehmensanleihen im Jahr 2002 leicht ausgeweitet. Dennoch ist nach wie vor bei den österreichischen Emittenten der Anteil des Zentralstaats am gesamten Umlaufvolumen deutlich höher als im Euroraum und jener der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften geringer. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass der Bund seit 1998 Finanzierungen für Dritte (insbesondere in Form von Anleihen) durchführt und diese an staatsnahe Unternehmen weiterleitet („Rechtsträgerfinanzierungen“; siehe Kapitel 4 Finanzschuld des Bundes). Der tatsächliche Anteil der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften am gesamten Umlauf österreichischer Emittenten ist daher deutlich höher.

Tabelle 4: Bruttoemissionen von auf Euro lautenden Wertpapieren¹⁾ nach Verzinsungsmodalität 2000 bis 2002 (%-Anteile)

	2000	2001	2002
Festverzinst	66,8	68,0	65,9
Variabel verzinst	19,1	18,3	19,3
Nullkuponanleihen	12,7	11,9	11,4
Sonstige	1,4	1,9	3,5
	100,0	100,0	100,0

1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, Mindestemissionsvolumen 50 Mio EUR.
Quelle: EU-Kommission

Der Anteil der fest verzinsten Schuldverschreibungen in Euro verringerte sich im Jahr 2002 leicht, betrug aber immer noch nahezu zwei Drittel. Weniger als ein Fünftel der in Euro aufgenommenen Schuldverschreibungen wies eine variable Verzinsung auf. Das steht im Einklang mit den Zinssenkungserwartungen im Jahr 2002.

Nach einem Rückgang im Jahr zuvor hat sich die durchschnittliche Laufzeit der Bruttoemissionen von EUR-Anleihen im Jahr 2002 leicht erhöht. Das könnte mit dem Anstieg der Anleihen öffentlicher Emittenten und der verhaltenen Entwicklung bei den Unternehmensanleihen in Zusammenhang stehen. Wie schon im Jahr zuvor war der Anteil von 1- bis 3-jährigen Emissionen rückläufig, während sich der Anteil des 3- bis 7-jährigen Laufzeitensegments leicht erhöhte. Im längeren Laufzeitensegment wurden Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als 11 Jahren vermehrt aufgelegt, der Anteil von 7- bis 11-jährigen Emissionen ging hingegen zurück.

Tabelle 5: Bruttoemissionen von auf Euro lautenden Wertpapieren¹⁾ nach Ursprungslaufzeit 2000 bis 2002 (%-Anteile)

	2000	2001	2002
1 bis 3 Jahre	25,5	24,5	23,9
3 bis 7 Jahre	35,1	38,1	38,5
7 bis 11 Jahre	29,4	27,9	26,3
Über 11 Jahre	10,1	9,5	11,4
	100,0	100,0	100,0

1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, Mindestemissionsvolumen 50 Mio EUR.
Quelle: EU-Kommission.

2.3 Österreichische Konjunktursituation

Zu Beginn des Berichtsjahres 2002 war eine vorübergehende, von den Nettoexporten getragene Belebung der österreichischen Wirtschaft erkennbar. Allerdings setzte sich der konjunkturelle Aufschwung – analog zur gesamteuropäischen Entwicklung – in der zweiten Jahreshälfte nicht fort, da sich vor allem die Stimmung der Unternehmen infolge der labilen geopolitischen Lage, der anhaltend unsicheren internationalen Konjunkturdevelopment sowie der internationalen Börsenschwäche trübte. Zusätzlich waren im Sommer 2002 Produktionsausfälle bedingt durch die Hochwasserkatastrophe zu verzeichnen. Im vierten Quartal ging das reale BIP saisonbereinigt sogar leicht zurück (-0,1% gegenüber dem Vorquartal). Insgesamt fiel somit im Jahr 2002 das reale Wirtschaftswachstum in Österreich mit 1,0% abermals gering aus und lag damit nur unwesentlich über dem Vorjahreswert (+0,7%). Auch die Erwartungen für das Jahr 2003 bleiben sehr gedämpft, zumal die wirtschaftlichen Auswirkungen des Irak-Krieges noch unklar sind und die Schwäche der Binnennachfrage noch nicht überwunden ist.

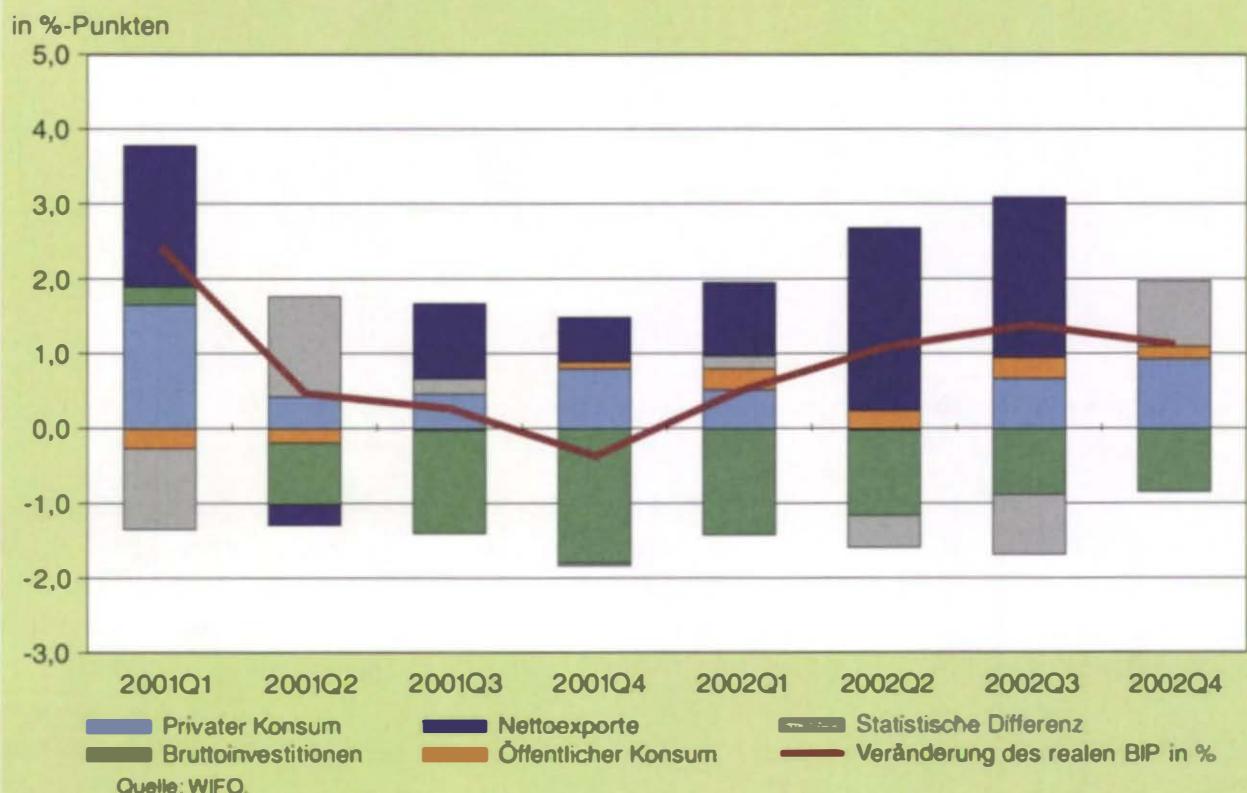
Die einzelnen Nachfragekomponenten der Wirtschaftsleistung entwickelten sich im Jahr 2002 sehr unterschiedlich. Obwohl sich das Wachstum der Exporte – im Einklang mit der internationalen Wirtschaftsentwicklung – verlangsamt hatte (+2,6%), gingen 2002 positive Impulse auf die österreichische Wirtschaftsaktivität vor allem von der Außenwirtschaft aus, wobei die Stagnation der Importe (+0,0%) auf Grund der schwachen heimischen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern entsprechend beitrug. Die Nettoexporte steuerten im Berichtsjahr +1,4 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Ein positiver Wachstumsbeitrag war ebenfalls vom privaten Konsum (+0,5 Prozentpunkte) zu verzeichnen, der trotz rückläufiger Netto-realeinkommen der Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um +0,9% gestiegen ist. Die stärkste konjunkturelle Dämpfung ging vom Rückgang der Bruttoinvestitionen - insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen - aus (-4,6% gegenüber 2001), die dadurch einen negativen Wachstumsbeitrag von -1,1 Prozentpunkten bewirkte. Der öffentliche Konsum stieg nach einem Rückgang im Vorjahr (-0,5%) wieder um +1,3%.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich 2002 unter der anhaltenden Konjunkturschwäche zunehmend: Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten (exklusive Präsenzdiener und Karenzgeldbezieher) ging um 14.600 Personen zurück und erreichte 2002 den Stand von 3.063.500 Personen. Gleichzeitig steigt das Arbeitskräfteangebot – abgesehen vom Zuwachs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf Grund der demographischen Entwicklung – infolge einer Angebotsausweitung an ausländischen Arbeitskräften und der Anhebung des Antrittsalters für die Frühpension. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Zahl der vorgemerkteten Arbeitslosen wider, die 2002 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 28.500 Personen anstieg. Ebenso erhöhte sich die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 6,1 auf 6,9% bzw. laut EUROSTAT-Definition von 3,6 auf 4,1%. Mit einer Trendumkehr der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt ist im Jahr 2003 nicht zu rechnen.

Grafik 3

Wachstumsbeiträge zum realen BIP 2001 und 2002

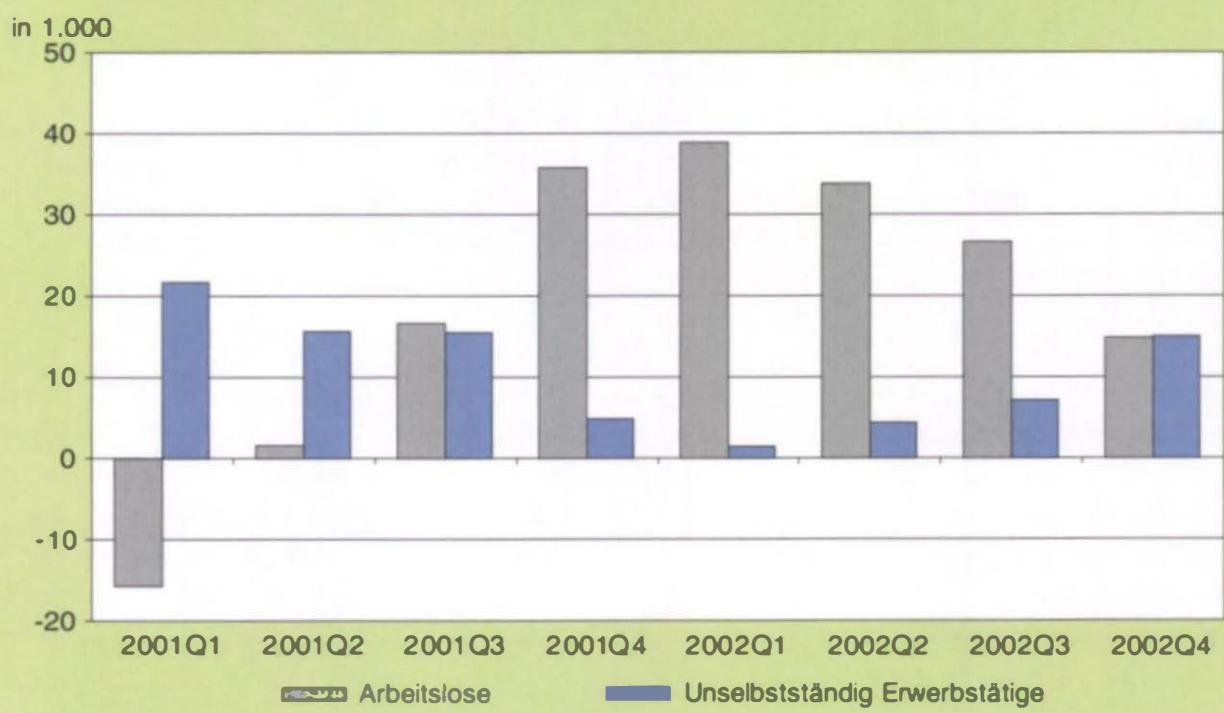
Beiträge in Prozentpunkten auf Quartalsbasis im Vorjahresvergleich



Grafik 4

Unselbstständig Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose 2001 und 2002

Veränderung absolut auf Quartalsbasis im Vorjahresvergleich



Nach einer Beruhigung der Energie- und Nahrungsmittelpreise in der ersten Jahreshälfte verlangsamte sich im Jahr 2002 der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr merklich. Die befürchtete Preissteigerung infolge der Bargeldeinführung des Euro blieb weitgehend aus und wurde nur vereinzelt im Bereich der persönlichen Dienstleistungen bemerkbar. In der zweiten Jahreshälfte zogen insbesondere die Preise für Tabakwaren, Wohnungsmieten, Versicherungen und die Müllabfuhr an. Die Teuerungsrate erreichte – gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) – 1,8%, nachdem im Jahr 2001 mit 2,7% vorübergehend eine relativ hohe Inflation (wie Anfang der Neunzigerjahre) erreicht wurde. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) verringerte sich um 0,6 Prozentpunkte gegenüber 2001 und betrug im Jahresdurchschnitt 1,7%.

Tabelle 6: Konjunkturindikatoren für Österreich 1998 bis 2002¹⁾

	1998	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
	Veränderung zum Vorjahr in % (sofern nicht anders angegeben)				
Bruttoinlandsprodukt					
Nominell	+4,5	+3,4	+5,0	+2,3	+2,3
Real	+3,9	+2,7	+3,5	+0,7	+1,0
Nachfragekomponenten, real					
Konsumausgaben	+2,7	+2,5	+2,5	+1,0	+1,0
Private Haushalte ²⁾	+2,7	+2,3	+3,3	+1,5	+0,9
Staat	+2,8	+3,1	+0,0	-0,5	+1,3
Bruttoinvestitionen	+4,0	+4,2	+2,9	-4,0	-4,6
Ausrüstungen	+6,2	+4,9	+11,8	-2,9	-8,9
Bauten	+2,3	+0,0	+1,2	-1,5	-1,2
Exporte i. w. S.	+8,1	+8,5	+13,4	+7,4	+2,6
Importe i. w. S.	+5,7	+9,0	+11,6	+5,9	+0,0
Preise					
HVPI ³⁾	+0,8	+0,5	+2,0	+2,3	+1,7
BIP-Deflator	+0,5	+0,7	+1,4	+1,6	+1,3
Einkommen					
Brutto, real je Arbeitnehmer ⁴⁾	+2,0	+1,0	+0,9	-0,6	+0,3
Netto, real je Arbeitnehmer ⁴⁾	+2,4	+0,5	+1,5	-1,0	-0,5
Arbeitsmarkt					
Unselbstständig Beschäftigte (in 1.000) ⁵⁾	+21,1	+31,2	+25,8	+14,4	+7,0
Vorgemerkte Arbeitslose (in 1.000) ⁶⁾	+4,4	-16,1	-27,4	+9,6	+28,5
Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen ⁷⁾	4,5	3,9	3,7	3,6	4,1
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	-2,5	-3,2	-2,6	-1,9	+0,7
Budgetsaldo des Staates in % des BIP⁸⁾	-2,5	-2,3	-1,5	+0,3	-0,6

1) Vorläufige Ergebnisse gemäß WIFO-Prognose vom April 2003.

2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

4) Beschäftigungsverhältnisse.

5) Veränderung zum Vorjahr in 1.000 laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

6) Veränderung zum Vorjahr in 1.000 laut Arbeitsmarktservice Österreich.

7) Gemäß internationalem Konzept (EUROSTAT).

8) Im Sinne der budgetären Notifikation, Stand: März 2003.

Quelle: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO.

Die Budgeteinnahmen des Staates waren im Jahr 2002 unter anderem durch die schwache Konjunktur, die steuerlichen Sondereffekte im Jahr 2001 sowie die Steuererleichterungen für Betroffene der Hochwasserkatastrophe gedämpft. Gleich-

zeitig sahen sich die öffentlichen Haushalte mit Mehrausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, bei den Pensionen sowie mit Unterstützungsleistungen infolge der Hochwasserschäden konfrontiert. Demzufolge war der Budgeterfolg des Vorjahres (ein Überschuss in Höhe von 0,3% des BIP) unerreichbar. Allerdings fiel der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo von -1,2 Mrd EUR bzw. -0,6% des BIP verhältnismäßig niedrig aus (Näheres siehe Kapitel 3.2).

Die österreichische Exportentwicklung – bei gleichzeitiger Stagnation der Importe – und geringere Einkommensabflüsse in das Ausland bewirkten im Jahr 2002 eine klare Verbesserung des Leistungsbilanzsaldo um 5,5 auf +1,6 Mrd EUR (0,7% des BIP). Im Detail war diese Entwicklung zum einen auf die Drehung des Saldos aus grenzüberschreitenden Güterzahlungen, zum anderen auf die deutlich höheren Zuflüsse bei den Einkommen aus Sonstigen Investitionen zurückzuführen. Der Blick auf die Teilbilanzen macht dies evident: Erstmals in der Nachkriegsgeschichte konnte der traditionell negative Saldo der Güterbilanz in einen Überschuss (+3,5 Mrd EUR) umgewandelt werden. Das Ergebnis des Reiseverkehrs – die bedeutendste Einzelkomponente der Dienstleistungen – trug abermals erheblich dazu bei, dass die Dienstleistungen mit +2,0 Mrd EUR klar positiv bilanzierten, wenngleich etwas geringer als im Vorjahr (+2,1 Mrd EUR). Im Rahmen der Einkommensbilanz konnten die starken Zuflüsse bei den Einkommen aus Sonstigen Investitionen die höheren Abflüsse der Einkommen aus Portfolio- und Direktinvestitionen mehr als kompensieren, sodass sich der Gesamtsaldo dieser Teilbilanz auf -2,3 Mrd EUR reduzierte. Die laufenden Transfers lieferten mit -1,7 Mrd EUR etwas höhere Nettoabflüsse gegenüber dem Jahr 2001 (-1,4 Mrd EUR).²

² Die Entwicklungen der Österreichischen Zahlungsbilanz werden im Detail im Kapitel 6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland dargestellt.

3 FISKALPOSITION DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS IN ÖSTERREICH GEMÄSS STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Der EG-Vertrag zur Gründung der Europäischen Union³ (EU) verpflichtete die EU-Staaten, „übermäßige“ Defizite zu vermeiden. Diese Auflagen wurden mit dem im Juli 1997 verabschiedeten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“⁴ noch verstärkt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet die Teilnehmerländer der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), ihre Budgetpolitik so auszurichten, dass mittelfristig ein „nahezu ausgeglichener Haushalt oder Budgetüberschuss“ erreicht wird. Nahezu ausgeglichene Staatshaushalte in normalen Konjunkturlagen sollen den erforderlichen haushaltspolitischen Spielraum schaffen, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und um gegebenenfalls antizyklische Maßnahmen setzen zu können, ohne die Obergrenze für das öffentliche Defizit von 3% des BIP zu überschreiten. Dazu sind „Stabilitätsprogramme“ von den Teilnehmerländern der WWU jährlich bis Ende des ersten Quartals vorzulegen, die über das vorangegangene Jahr, die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung und die Budgetziele des laufenden und der folgenden drei Jahre Auskunft geben.⁵ Ferner werden in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“⁶ die wirtschaftspolitischen Ziele der EU konkretisiert.

Zusätzlich zu den Stabilitätsprogrammen sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihren Budgetsaldo und ihren Schuldendienst der EU-Kommission und dem EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften) zweimal jährlich (vor dem 1. März und vor dem 1. September) im Rahmen der so genannten „budgetären Notifikation“ bekannt zu geben. Alle diese Informationen unterliegen einem multilateralen Prüfverfahren auf EU-Ebene und sollen sicherstellen, dass die Verpflichtungen des EG-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten werden. Die Gesamtheit dieser rechtlichen Bestimmungen wird als „Excessive Deficit Procedure (EDP)“ bezeichnet.

Die ökonomischen Notwendigkeiten für die Gewährleistung einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik im Euroraum sind vielfältig: Solide Haushaltsgebarung stützt die Geldpolitik in ihrer Aufgabe, die Preise stabil und das Zinsniveau niedrig zu halten. Durch Budgetrestriktionen kann vermieden werden, dass sich hohe Budgetdefizite in einigen Ländern der WWU negativ auf den gesamten Währungsraum auswirken. Zudem kommt insbesondere der Finanzpolitik die Aufgabe zu, asymmetrische Schocks in der WWU abzufedern bzw. bei nationalen Konjunkturschwankungen zu stabilisieren. Durch eine Verringerung der öffentlichen Verschuldung kann weiters Spielraum geschaffen werden, um verstärkt wachstums- und beschäftigungsfördernde Akzente in der Finanzpolitik, wie Investitionen in die Infrastruktur und Humankapital sowie Steuerreduktionen, zu setzen.

Die Daten zur Defizit- und Verschuldungsentwicklung des öffentlichen Sektors sind auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) sowie der EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation⁷ zu ermitteln und weichen von jenen der traditionellen administrativen Finanzstatistiken (Bund, Länder, Gemeinden) und damit auch von den Gebarungsübersichten der Statistik Austria⁸ und den Ergebnissen über die Finanzschuld des Bundes (siehe dazu Kapitel 4 des gegenständlichen Berichts) ab. Die methodischen Grundsätze des ESVG 95 sowie wesentliche Abweichungen zu den administrativen Daten werden im Folgenden erläutert.⁹

3 Vertrag über die Europäische Union, „EUROPE“/Dokument Nr. 1759/60, Agence Internationale d’Information pour la Presse, Brüssel 1992, Art. 104c und 109j EG-Vertrag und Protokoll 5 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

4 Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Nr. 1468/97), Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Nr. 1467/97) und Entschließung des Europäischen Rates vom 17. Juni 1997 über den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

5 Das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2003 bis 2007 ist Gegenstand des Kapitels 7 des gegenständlichen Berichts.

6 Gemäß Art. 99 Abs. 2 des EG-Vertrages zur Gründung der Europäischen Union.

7 Verordnung (EG) Nr. 3605/93 geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 475/2000 und Nr. 351/2002.

8 Statistik Austria, Beiträge zur Österreichischen Statistik, Gebarungsübersichten 20, (Gebietskörperschaften und sonstige öffentliche Rechtsträger).

9 Methodische Details zur Ermittlung des Budgetsaldo des Staates sind im „Leitfaden Maastricht-Defizit“, 2. Auflage, Statistik Austria, Wien, 2002, nachzulesen.

3.1 Exkurs: Methodische Erläuterungen zum Budgetsaldo und zur öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht

Sektorabgrenzung

Der Sektor Staat laut ESVG 95 deckt nicht nur jene Einheiten ab, die in den Budgets der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger enthalten sind, sondern auch andere institutionelle Einheiten, die sich primär mittels Zwangsabgaben finanzieren. Dazu zählen „außerbudgetäre Einheiten“, wie rechtlich selbstständige Fonds (z. B. Insolvenzausgleichsfonds, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Krankenanstaltenfonds) ebenso wie die Bundes- und Landeskammern. Gleichzeitig werden staatsnahe oder in den öffentlichen Budgets subsumierte Einheiten ausgeklammert, die grundsätzlich marktmäßige (kommerzielle) Tätigkeiten erbringen und neben der Entscheidungsfreiheit in ihrer Hauptfunktion auch über eine vollständige Rechnungsführung verfügen (z. B. Bahn, Post, Wiener Stadtwerke, ASFINAG, Landes-Krankenanstalten-Betriebsgesellschaften¹⁰, Gebührenhaushalte¹¹). Für die Unterscheidung, ob es sich um Einheiten des Staates oder des Unternehmenssektors handelt, ist neben anderen Kriterien insbesondere die „50-Prozent-Regel“ im ESVG maßgeblich. Die Prozentregel besagt, dass eine Einheit Marktproduzent ist, wenn die laufenden Kosten (Vorleistungen, Personalkosten, Abschreibungen, nicht jedoch Schuldzinsen) mindestens zu 50% durch Produktionserlöse (Verkaufserlöse, Entgelte, Gebühreneinnahmen für konkrete Leistungen)¹² gedeckt werden.

Saldenbegriff im Sinne von Maastricht und ESVG 95

Der Salden- bzw. Defizitbegriff des ESVG 95 (Finanzierungssaldo) weicht konzeptiv vom administrativen Salden- bzw. Nettodefizitbegriff ab, indem er nicht nur die Entwicklung der Verbindlichkeiten, sondern auch von Forderungen berücksichtigt. Ein negativer Finanzierungssaldo (Defizit) bedeutet, dass sich das Nettofinanzvermögen des Staates innerhalb des Beobachtungszeitraums reduziert hat. Im Gegensatz zum administrativen Defizit führt weder die Deckung von Ausgaben durch den Abbau von finanziellen Forderungen (Rücklagenentnahmen, Veräußerung von Beteiligungen etc.) zu einem geringeren Defizit im Sinne von Maastricht, noch steigt das Defizit durch budgetäre Ausgaben an, die dazu verwendet werden, das Finanzvermögen zu erhöhen. Dazu zählen beispielsweise die Darlehensvergaben der Länder im Rahmen der Wohnbauförderung, die im Sinne des ESVG 95 nicht defizitwirksam sind. Diese konzeptionellen Unterschiede zwischen dem administrativen und dem ESVG-Saldenbegriff sind dafür verantwortlich, dass die Länder und Gemeinden in der Regel zwar Defizite in den administrativen Budgets, nicht jedoch im Sinne des ESVG 95 aufweisen.

Seit März 2002 weicht überdies der Maastricht-Saldenbegriff vom ESVG-Saldenbegriff in einem Punkt ab. Während Zinsströme von derivativen Finanztransaktionen (Swaps, Forward-Rate-Agreements) im ESVG 95 nach neuer Rechtslage¹³ als reine finanzielle Transaktionen ohne Auswirkungen auf das Vermögen zu betrachten und daher nicht bei der Ermittlung des Zinsaufwandes bzw. in weiterer Folge des Budgetsaldo des Staates zu berücksichtigen sind, fließen solche derivativen Transaktionen bei der Berechnung des Zinsaufwandes bzw. bei der Ermittlung des Budgetsaldo im Sinne von Maastricht weiterhin ein. Der Maastricht-Zinsaufwand (Memo-ESVG-Code: EDP¹⁴ D4) spiegelt – indem er die schlussendlich zu bedienenden Zinsleistungen des Staates für die öffentliche Verschuldung erfasst – die Sicht des Schuldners wider und war im Berichtsjahr 2002 in Österreich um rund 0,4 Mrd EUR oder 0,2% des BIP geringer als der ESVG-95-Zinsaufwand (ESVG-Code: D4). Die hier präsentierten Ergebnisse zur Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich folgen der Maastricht-Abgrenzung bzw. den EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation.

Periodengerechte Zuordnung der Transaktionen

Laut ESVG 95 erfolgt die Verbuchung der Transaktionen grundsätzlich nach dem „Accrual-Prinzip“, d. h. nach dem Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit. Im Gegensatz dazu herrscht bei den administrativen Statis-

10 Seit der Umstellung auf die leistungsorientierte Spitalsfinanzierung 1997.

11 Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit (Wasser-, Abwasserverzorgung und Wohnungswirtschaft).

12 Nicht zu den Produktionserlösen zählen Zwangsabgaben, Subventionen, Zinseinnahmen, Schuldaufnahmen oder Transferzahlungen.

13 Verordnung (EG) Nr. 2558/2001.

14 Excessive Deficit Procedure (EDP).

tiken das „Kassenprinzip“ vor, was insbesondere beim Steueraufkommen (z. B. Mehrwertsteuer) und beim Zinsaufwand für die öffentliche Verschuldung zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Während auf Cash-Basis (administratives Budget) Zinszahlungen für Schuldaufnahmen des Jahres t im Regelfall erst im Jahr $t+1$ zu leisten sind, fällt nach der periodenbereinigten Zuordnung (Accrual-Prinzip) ein Teil des Zinsaufwands, nämlich jener vom Zeitpunkt der Schuldaufnahme bis zum Jahresende, bereits im Jahr t an. Parallel dazu reduziert sich der Zinsaufwand im Tilgungsjahr um diesen Betrag. Das Ausmaß der Abweichung im jeweiligen Jahr hängt von mehreren Faktoren ab (Höhe der Neuverschuldung, Zeitpunkt, Höhe und Zinssatz der jeweils zu tilgenden sowie Zeitpunkt und Zinssatz der zu refinanzierenden Schuld) und kann sowohl zu höheren als auch niedrigeren Ergebnissen als bei der Cash-Betrachtung führen. Bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wird in Österreich das „Time-Adjusted-Cash-Verfahren“ angewandt (zeitliche Anpassung der tatsächlich geleisteten Beträge an den Transaktionszeitpunkt ohne uneinbringliche Forderungen).

Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht

Der Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht¹⁵ beruht auf den EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation und entspricht im Wesentlichen jenem der nationalen Finanzstatistiken der Gebietskörperschaften (Bruttokonzept¹⁶, Nominalwertkonzept¹⁷, Stichtagsbetrachtung zum Jahresende). Zu den Schulden des Staates im Sinne von Maastricht zählen Darlehen von Finanzintermediären, auf den Finanzmärkten direkt aufgenommene Schuldtitel (titierte Schuldkatoren). Auch derivative Finanztransaktionen (Cross-Currency-Swaps und Forward-Rate-Agreements) sind (Verordnung (EG), Nr. 475/2000) bei der Berechnung der öffentlichen Verschuldung analog zum Zinsaufwand zu berücksichtigen. Nicht einzubeziehen sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurz- und langfristige Handelskredite), Anzahlungen auf begonnene oder bestellte Arbeiten sowie schwedende Posten (Erläge). Differenzen zu den administrativen Informationen ergeben sich vor allem durch die abweichende Sektorabgrenzung, die den ESVG-95-Vorgaben folgt, und durch die Konsolidierung von innersektoralen Verpflichtungen. Intergovernmentale Schulden (Verbindlichkeiten bzw. Forderungen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern) bleiben außer Ansatz, da sie sich in Summe ausgleichen.

Weiters sind auch Finanzierungen des Bundes für Dritte (Rechtsträgerfinanzierungen) – laut neuer Ansicht von EUROSTAT (Jänner 2003) – bei den Schulden im Sinne von Maastricht hinzuzuzählen.¹⁸ Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)¹⁹, die im Namen und auf Rechnung des Bundes agiert, ist seit 1998 zusätzlich auch für Rechtsträger des Bundes (ÖBB, ÖIAG, ASFINAG, SCHIG, AC, MUQUA)²⁰ sowie seit 2000 für die Bundesländer tätig. Die ÖBFA nimmt die Finanzierung für Dritte (Rechtsträger und Bundesländer) entsprechend den Vorgaben der Auftraggeber im Namen des Bundes vor und leitet die Mittel mit analogen Konditionen in Form von Darlehensvergaben an die Rechtsträger bzw. Bundesländer weiter. Obwohl der Schuldendienst (Zinsen, Tilgungen) zur Gänze von den Auftraggebern (Rechtsträgern, Ländern) getragen wird, so handelt es sich dennoch um aushaltende Schuldtitel des Bundes (i. d. R. Bundesanleihen), die gemäß EUROSTAT bei den Schulden des Bundes im Sinne von Maastricht (strenges Bruttokonzept) hinzuzuzählen sind. Diese Feststellung von EUROSTAT erhöht zwar den Schuldendienst des Bundes seit 1998, nicht aber den Finanzierungssaldo des Staates im Sinne von Maastricht bzw. des ESVG 95, da den Zinsausgaben des Bundes für die Finanzierungen der Rechtsträger Zinseinnahmen von diesen Rechtsträgern in gleicher Höhe gegenüberstehen.

15 Die öffentliche Verschuldung wird im Rahmen der „Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung“ ebenfalls erfasst. Die primär auf monetärstatistischen Datenquellen der OeNB beruhenden Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung folgt den ESVG-95-Vorgaben und weicht insbesondere in Bezug auf die Bewertung, die zu Marktwerten und nicht zu Nominalwerten erfolgt, vom Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht ab. Siehe dazu Beilagen zum „Statistischen Monatshschrift“ der OeNB, 9/1999, 1/2000, 9/2000, 9/2001 und 9/2002.

16 Erfassung des aushaltenden Volumens an finanziellen Verbindlichkeiten; keine Bereinigung um finanzielle Aktiva.

17 Bewertung der Verbindlichkeiten zum Nominalwert und nicht zum jeweiligen Marktwert.

18 Adaptierung der ursprünglichen Ausstattungsmerkmale der Verschuldung für Dritte im Wege von Swaps, sind gemäß EUROSTAT nicht in die öffentliche Verschuldung von Maastricht einzubeziehen.

19 Bundesgesetz vom 4. Dezember 1992, BGBl. Nr. 763/1992 i. d. g. F.

20 Österreichische Bundesbahnen; Österreichische Industrieholding AG; Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien; Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GmbH, AUSTRO CONTROL (Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbh), MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH.

3.2 Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors und seiner Subsektoren in Österreich

3.2.1 Gesamtentwicklung

Die aktuellen Ergebnisse für die Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich (Stand: März 2003) zeigen, dass das gesetzte Budgetziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2002 zwar nicht erreicht werden konnte, dass aber das Budgetdefizit deutlich geringer ausfiel als noch zu Jahresende 2002 erwartet wurde. Nach einem Budgetüberschuss im Jahr 2001 in Höhe von 0,3% des BIP, ergab sich im Berichtsjahr ein Budgetdefizit für den öffentlichen Sektor in Höhe von 0,6% des BIP (siehe Tabelle 7). Hier muss jedoch erwähnt werden, dass die vorliegenden Daten für 2002 im Bereich der Länder- und Gemeindegebarung noch auf Schätzungen beruhen. Endgültige Ergebnisse über die Budgetgebarung aller öffentlichen Haushalte im Sinne des ESVG 95 liegen erst mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem Jahr vor (endgültige Ergebnisse für das Jahr 2001 standen mit Ende März 2003 zur Verfügung). Weiters zieht das multilaterale Überwachungsverfahren von EUROSTAT, das länderspezifische Besonderheiten und Buchungskonventionen hinterfragt, immer wieder Revisionen nach sich.²¹ Neue EUROSTAT-Entscheidungen tangierten diesmal den Budgetsaldo des Staates gemäß Maastricht nicht. Allerdings bewirkte die Feststellung von EUROSTAT vom Jänner 2003 (Finanzierungen des Bundes für Rechtsträger sind als Teil der öffentlichen Verschuldung zu verbuchen) eine sowohl ausgabenseitige (Zinskosten für die Rechtsträgerschulden) als auch eine einnahmenseitige Erhöhung (Zinsleistungen der Rechtsträger) des Budgetvolumens des Staates in Österreich. Der saldoneutrale Budgetbetrag für die Rechtsträgerfinanzierungen (einschließlich Bundesländer) betrug 2002 0,5 Mrd EUR.

Tabelle 7: Einschätzungen zur Budgetentwicklung des Staates für 2001 und 2002

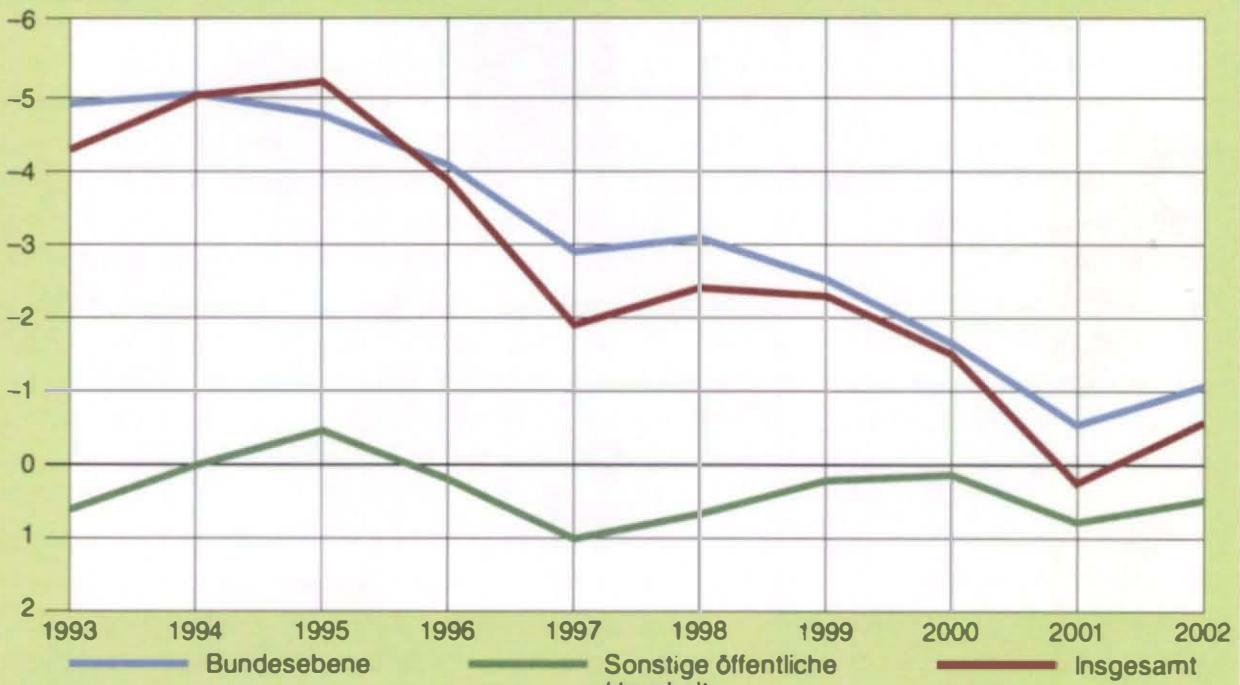
	Budgetsaldo ¹⁾ 2001		Budgetsaldo ¹⁾ 2002	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
Ende Februar 2002 Budgetäre Notifikation ²⁾	+0,1	+0,1	+0,0	+0,0
Ende August 2002 Budgetäre Notifikation ²⁾	+0,3	+0,2	-2,8	-1,3
Dezember 2002 Finanzpolitischer Bericht BMF	+0,3	+0,2	-2,8	-1,3
Ende Februar 2003 Budgetäre Notifikation ²⁾	+0,6	+0,3	-1,2	-0,6
Ende März 2003 Meldung an EUROSTAT ³⁾	+0,6	+0,3	-1,2	-0,6

1) Budgetsaldo des Staates im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschselverträgen).
 2) Meldeverpflichtung an die EU-Kommission gemäß EU-Verordnung Nr. 3605/93 zuletzt geändert durch Nr. 351/2002; Quelle: Statistik Austria (2002) und BMF (2003).
 3) Meldeverpflichtung an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT). Quelle: Statistik Austria.

21 So legte EUROSTAT beispielsweise nach einem Prüfprozess im Jänner 2002 fest, dass die Immobilienverkäufe des Bundes an die Bundesimmobilengesellschaft (BIG) als keine defizitmindernden Transaktionen gemäß ESVG 95 bzw. Maastricht verbucht werden dürfen. Durch diese Entscheidung erhöhte sich nachträglich der Budgetsaldo des Bundes im Jahre 2000 um 0,5 Mrd EUR.

Grafik 5
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht 1993 bis 2002*)

in % des BIP

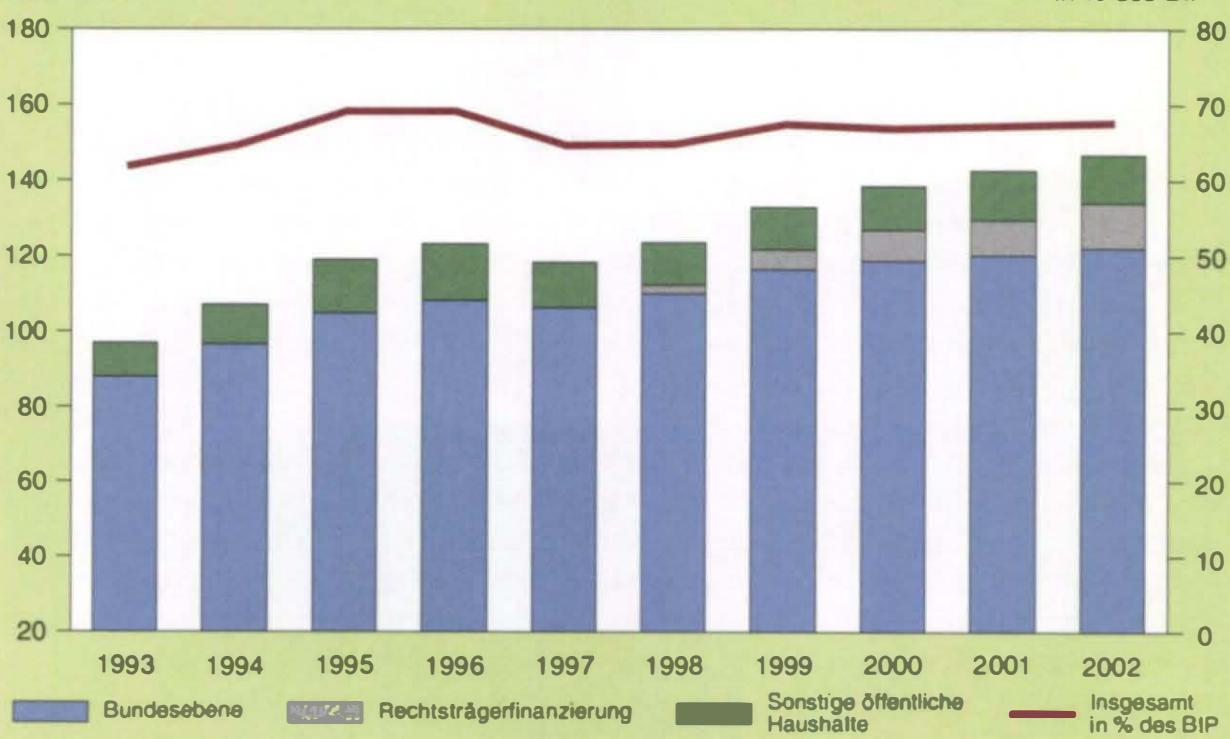


*) Gemäß ESVG 95 im Sinne der budgetären Notifikation (Verordnung Nr. 3605/93 i. d. g. F. des Rates).

Grafik 6
Öffentliche Verschuldung laut Maastricht 1993 bis 2002*)
Jahresendstände

in Mrd EUR

in % des BIP



*) Gemäß Verordnung Nr. 3605/93 i. d. g. F. des Rates.

Für die Verschlechterung des Budgetsaldos des Staates waren im Berichtsjahr 2002 insbesondere konjunkturelle Einflüsse verantwortlich. Zum Teil bedingten jedoch auch andere Einflussfaktoren budgetäre Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen, die durch die Fortsetzung des Konsolidierungskurses nur zum Teil kompensiert werden konnten. Für die Gesamtentwicklung dürften insbesondere folgende Aspekte wesentlich gewesen sein:

- Das **Steueraufkommen** war im Jahr 2002 durch die ungünstige Wirtschaftslage und angesichts von Sondereffekten des Vorjahres äußerst gedämpft. Die Gesamtsteuereinnahmen²² aller Gebietskörperschaften fielen mit 63,2 Mrd EUR sogar geringfügig niedriger als im Vorjahr aus (2001: 63,3 Mrd EUR). Erhebliche Steuerausfälle waren konjunkturbedingt insbesondere bei den direkten Steuern (Lohnsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer), aber auch bei der Umsatzsteuer und Kommunalsteuer zu verzeichnen. Das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer wurde darüber hinaus durch steuerrechtliche Maßnahmen im Jahr 2001, die Sondereffekte (erhöhte Steuervorauszahlungen, Anspruchsverzinsung) zur Folge hatten, sowie durch Steuererleichterungen für Geschädigte der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002, zusätzlich abgeschwächt. Steuererleichterungen aus den beiden Konjunkturpaketen²³ des Jahres 2002 dürften demgegenüber durch die zeitlichen Verzögerungen bei der Veranlagung von Steuern primär erst im Jahr 2003 zum Tragen kommen. Insgesamt ergab sich – nach den vorläufigen Daten von Statistik Austria – im Berichtsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr auf der Bundesebene ein sehr moderater Zuwachs an Steuereinnahmen von 0,9%, während das Steueraufkommen der Landes- und Gemeindeebene leicht rückläufig war (-2,3% bzw. -3,0%).
- Die angespannte Arbeitsmarktlage (Rückgang der aktiv Beschäftigten, Anstieg der Arbeitslosigkeit) erforderte auf der Ausgabenseite erhöhte Budgetmittel des Bundes für Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Pensionen (Zuschuss des Bundes für die Pensionsversicherung) und dürfte gleichzeitig auch bei den Ländern und Gemeinden Mehrausgaben für die soziale Absicherung bedingt haben. Der Rückgang der Zahl der aktiv Beschäftigten schmälerte 2002 das Steueraufkommen und vor allem das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen merklich. Die geleisteten Sozialversicherungsbeiträge²⁴ stiegen 2002 um 1,6%, nach 2,9% im Vorjahr.
- Infolge der **Hochwasserkatastrophe** im Sommer 2002 waren zusätzliche Finanzmittel zur Beseitigung der Schäden und für Hilfeleistungen an die Betroffenen von allen Gebietskörperschaften zu leisten. Für Hochwasserhilfe und Wiederaufbau wurden 2002 allerdings merklich weniger Mittel ausbezahlt als erwartet wurde. Zum einen ist das Schadenausmaß zunächst überschätzt worden, zum anderen dürften die Maßnahmen zur Beseitigung der Infrastrukturschäden zum Teil erst im Jahr 2003 durchgeführt werden.
- Weiters ergaben sich beim **Bund** insbesondere Mehrausgaben durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ab Jänner 2002, durch den Anstieg der Pensionierungen von Bundesbediensteten, durch vermehrte Zahlungen an die ÖBB und PTA und durch höhere Leistungen an andere öffentliche Körperschaften (Budgetkapitel 53). Der Übergang vom Karentgeld zum Kinderbetreuungsgeld, der mit einer erheblichen Ausweitung des Bezieherkreises und Leistungsumfangs einherging, dürfte 2002 Zusatzkosten von rund 400 Mio EUR nach sich gezogen haben. Die Anzahl der Pensionierungen von Beamten des Bundes ist 2002 gegenüber dem Vorjahr um 16% angestiegen, wodurch die Pensionsausgaben des Bundes laut vorläufigem Gebarungserfolg gegenüber 2001 um rund 120 Mio EUR zunahmen. Zudem waren höhere Pensionszahlungen (rund +100 Mio EUR) auch an ehemalige ÖBB- und PTA-Bedienstete zu leisten. Der weitaus höchste Ausgabenanstieg im Bundesbudget war zwar 2002 mit 1,1 Mrd EUR im Kapitel 53 „Finanzausgleich“ zu verzeichnen, sollte aber das Ausgabenvolumen aus gesamtstaatlicher Sicht in deutlich geringerem Umfang ausgeweitet haben. Der Ausgabenanstieg dieses Budgetkapitels des Bundes erklärt sich zum einen durch die Übertragung der Bundesstraßen „B“ an die Bundesländer und den damit einhergehenden Zahlungen an die Länder (0,5 Mrd EUR) und zum anderen durch die zusätzliche Dotierung des Katastrophenfonds (0,5 Mrd EUR) infolge des Hochwassers, wovon bis Ende 2002 aber nur ein Teil ausbezahlt wurde.

²² Steueraufkommen des Staates laut ESVG 95 (Code: D2, D5 und D91) ohne Sozialversicherungsbeiträge und ohne Steuererträge, die an den Gemeinschaftshaushalt der EU (EU-Beiträge) fließen.

²³ Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Bauinvestitionen auf 10%, 10% Investitionsprämie für zusätzliche Sachinvestitionen, Anhebung des Forschungs- und Bildungsfreibetrages (Forschungsfreibetrag: 15%; Bildungsfreibetrag: 20%).

²⁴ Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne unterstellte Sozialbeiträge.

- Der beim innerösterreichischen Stabilitätspakt²⁵ vereinbarte Stabilitätsbeitrag der Länder (einschließlich Wien) von 0,75% des BIP bzw. mindestens 1,67 Mrd EUR dürfte – nach eigenen Angaben – auch im Jahr 2002 erbracht worden sein. Allerdings weicht die vereinbarte Berechnungsmethode etwas von den aktuellen ESVG-Vorgaben ab.²⁶ Auch blieben beispielsweise Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 entstanden sind, bei der Berechnung des Budgetsaldos im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes unberücksichtigt. Der Budgetüberschuss der Länder (einschließlich Wien) wurde 2002 trotz des schwachen konjunkturellen Umfeldes, das einen Rückgang der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe zur Folge hatte, und der anhaltenden Dynamik der Gesundheitsausgaben erreicht. Einsparungen wurden im Wesentlichen durch die Fortsetzung einer Aufgabenreorganisation (Straffung der Organisationsstruktur; Auslagerungen von marktnahen Tätigkeiten (LIGs²⁷)), durch einen restriktiven Budgetvollzug sowie in einigen Bundesländern durch einen Personalaufnahmestopp erreicht. Zudem wurde der eingeschlagene Weg, Forderungen aus Wohnbauförderungsdarlehen zu verkaufen und zur Schuldentilgung, Rücklagenzuführung und/oder Veranlagung zu verwenden, fortgesetzt. Darüber hinaus wurden von einigen Ländern Reformen im Bereich des Besoldungs- und Pensionssystems durchgeführt.
- Die Gemeinden waren im Berichtsjahr mit einer schwachen Entwicklung der Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und der Kommunalsteuer konfrontiert. Gleichzeitig waren höhere Ausgaben insbesondere im Bereich der Sozialhilfe und Spitalsfinanzierung sowie durch die Übernahme neuer Verwaltungsaufgaben (z. B. Meldewesen) zu verzeichnen. Dennoch dürften auch die Gemeinden (ohne Wien) den geforderten Stabilitätsbeitrag im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes (ausgeglichener Haushalt) erreicht haben. Neben der Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit dürften insbesondere verstärkte Gemeinde-Kooperationen (z. B. zentrales Beschaffungswesen, Immobilienmanagement), der zunehmende Umstieg auf Leasingfinanzierungen sowie weitere Ausgliederungen und Auslagerungen zum Erreichen des erforderlichen Nulldefizits beigetragen haben. Das zurückhaltende Investitionsverhalten der Gemeinden auf Grund der angespannten finanziellen Lage in den letzten Jahren dürfte laut der aktuellen Finanzbedarfserhebung 2002²⁸ einen Nachholbedarf bei der Erneuerung und Sanierung der kommunalen Infrastruktur begründen.

Insgesamt beliefen sich im Jahr 2002 die Einnahmen des Gesamtstaates auf 111,6 Mrd EUR oder 51,5% des BIP und die Ausgaben auf 113,3 Mrd EUR oder 52,2% des BIP.²⁹ Während die Zunahme der Ausgaben des Staates in etwa dem nominalen BIP-Wachstum entsprach, lag die Einnahmenentwicklung merklich unter dem BIP-Anstieg, wodurch sich ein rückläufiger Verlauf bei der Staatseinnahmenquote und ein beinahe konstanter Verlauf bei der Staatsausgabenquote ergab (Staatsausgabenquote 2002: 52,2% des BIP, 2001: 52,1% des BIP; Staatseinnahmenquote 2002: 51,5% des BIP, 2001: 52,2% des BIP). Die gesamtstaatliche Abgabenquote verminderte sich ebenfalls relativ deutlich von 45,6% des BIP (2001) auf 44,5% des BIP (2002) und erreichte damit wieder das Niveau der Jahre 1998 und 1999 (44,4% des BIP).

25 Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilisatorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001), BGBl. Nr. 39/2002.

26 So werden beispielsweise bei der Berechnung des Budgetsaldos Veräußerungserlöse infolge der Gründung von Landesimmobiliengesellschaften als Budgeteinnahmen im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes angerechnet, während diese Erlöse gemäß den aktuellen Vorgaben des ESVG 95 als finanzielle Transaktionen zu verbuchen sind und daher den Budgetsaldo nicht verbessern.

27 Über Landesimmobiliengesellschaften (LIGs) verfügten Ende 2002 die Bundesländer Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg.

28 Paleczny A., Finanzbedarfserhebung 2002, Erhebung des Investitionsbedarfs der österreichischen Städte und Gemeinden 2001 bis 2004 in: Österreichische Sparkassenzeitung Nr. 04/2003

29 Die Berechnung der Staatseinnahmen und -ausgaben folgt den aktuellen ESVG-Vorgaben, die den Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschverträgen ausweisen.

Tabelle 8: Öffentlicher Budgetsaldo, Zinszahlungen und Primärsaldo 1999 bis 2003 ¹⁾

	Budgetsaldo		Zinszahlungen		Primärsaldo	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1999	-4,5	-2,3	7,1	3,6	2,6	1,3
2000	-3,0	-1,5	7,5	3,6	4,5	2,2
2001	0,6	0,3	7,5	3,6	8,1	3,8
2002 ²⁾	-1,2	-0,6	7,4	3,4	6,2	2,9
2003 ³⁾	-2,9	-1,3	7,5	3,4	4,7	2,1

1) Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschverträgen im Sinne der Budgetären Notifikation.
 2) Vorläufige Daten.
 3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom Februar 2003).
 Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP 2002 und 2003: WIFO-Prognose vom April 2003.

Tabelle 9: Öffentliche Budgetsalden der Teilsektoren des Staates 1999 bis 2003 ¹⁾

	Bundesebene		Landesebene (ohne Wien ²⁾)		Gemeindeebene (mit Wien ²⁾)		Sozialversicherungs- träger		Staat	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1999	-4,9	-2,5	0,5	0,3	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-4,5	-2,3
2000	-3,4	-1,6	0,5	0,2	0,1	0,0	-0,2	-0,1	-3,0	-1,5
2001	-1,1	-0,5	1,1	0,5	0,6	0,3	-0,0	-0,0	0,6	0,3
2002 ³⁾	-2,3	-1,0	0,7	0,3	0,4	0,2	0,0	0,0	-1,2	-0,6
2003 ⁴⁾	-4,0	-1,8	0,8	0,3	0,4	0,2	0,0	0,0	-2,9	-1,3

1) Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschverträgen im Sinne der Budgetären Notifikation.
 2) Im innerösterreichischen Stabilitätspakt wird Wien der Landesebene zugerechnet.
 3) Vorläufige Daten.
 4) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom Februar 2003).
 Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP 2002 und 2003: WIFO-Prognose vom April 2003.

**Tabelle 10: Staatsquoten: Einnahmen, Ausgaben und Abgaben des Staates 1998 bis 2002
in % des BIP**

	1998	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
Staatseinnahmenquote ²⁾	51,7	51,8	50,7	52,2	51,5
Staatsausgabenquote ²⁾	54,2	54,2	52,4	52,1	52,2
Abgabenquote (mit EU-Beiträgen) ³⁾	44,4	44,4	43,5	45,6	44,5

1) Vorläufige Daten.
 2) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschverträgen.
 3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (ESVG-Codes: D2+D5+D6 11+D9 1) einschließlich EU-Eigenmittel.
 Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003); BIP 2002: WIFO-Prognose vom April 2003.

Der Primärsaldo des öffentlichen Sektors in Österreich, der über die aktuellen budgetären Einnahmen- und Ausgabenrelationen Aufschluss gibt und Aufwendungen für Budgetdefizite der Vergangenheit³⁰ außer Acht lässt, verminderte sich im Berichtsjahr erstmals seit 1999. Nach einem Primärüberschuss von 8,1 Mrd EUR oder 3,8% des BIP, ging der Primärüberschuss im Jahr 2002 auf 6,2 Mrd EUR oder 2,9% des BIP zurück. Diese Primärsaldenquote wäre zwar unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausreichend gewesen, um die Schuldenquote bezogen auf das BIP zu stabilisieren³¹, so genannte Stock-Flow-Adjustments³², die den öffentlichen Schuldendienst nicht aber das Budgetdefizit erhöhten (v. a. Rechtsträgerfinanzierungen), bewirkten allerdings, dass die öffentliche Verschuldung gemessen am BIP im Berichtsjahr wieder leicht anstieg (siehe dazu Kapitel 3.3).

Die sektorale Verteilung der Salden der öffentlichen Haushalte in Österreich zeigt eine Verschlechterung der Budgetsalden bei allen Gebietskörperschaften. Das Defizit des Bundessektors stieg von 0,5% des BIP (2001) auf 1,0% des BIP (2002) und die Überschüsse der Länder und Gemeinden dürften sich von 0,8% des BIP (2001) auf 0,5% des BIP (2002) vermindert haben.³³ Bei den Sozialversicherungsträgern wird auf Basis vorläufiger Ergebnisse für 2002 ein ausgeglichener Budgetsaldo erwartet. Bei sektoralen Analysen des öffentlichen Sektors ist allerdings generell zu beachten, dass diese stark von den institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten (Aufgabenverteilung, Steuerkompetenzen, Finanzausgleichsregeln) innerhalb des öffentlichen Sektors abhängen.

Im internationalen Vergleich hat sich die Fiskalposition Österreichs im Berichtsjahr trotz der Saldendrehung von einem leichten Budgetüberschuss hin zu einem geringen Budgetdefizit nicht verschlechtert. Österreich zählt seit dem Jahr 2001 zu jenen Ländern, die Budgetsalden in der Nähe eines ausgeglichenen Haushaltes aufweisen. Hohe Budgetüberschüsse wiesen 2002 nur Finnland (+4,7% des BIP) und Luxemburg (+2,6% des BIP) auf. Im Durchschnitt verschlechterte sich 2002 der Budgetsaldo des Euroraums von -1,6% des BIP (2001) auf -2,2% des BIP (2002).³⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die öffentlichen Haushalte in Österreich im Jahr 2002 den strikten Konsolidierungskurs fortgesetzt haben. Eine wichtige Rolle dürfte dabei – neben den internationalen Vorgaben (Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU) – auch der innerösterreichische Stabilitätspakt³⁵ gespielt haben, der rückwirkend mit 1. Jänner 2001 in Kraft trat und Grenzen für die Budgetsalden der einzelnen Gebietskörperschaften vorgab, um einen ausgeglichenen Budgetsaldo für den Gesamtstaat zu erreichen. Das Abgehen von diesem Budgetziel im Jahr 2002 war aus Sicht des Staatsschuldenausschusses erforderlich, um die automatischen Stabilisatoren mit deren konjunkturstabilisierenden Eigenschaften wirken lassen zu können. Strukturelle Reformen im Sinne der Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses vom 13. Dezember 2002 (siehe Anhang A1) erscheinen allerdings in Zukunft notwendig, da auf der Ausgabenseite des Budgets wichtige Bereiche eine hohe Ausgabendynamik aufweisen, einige ausgabendämpfende Maßnahmen nur kurzfristig wirken dürfen und die Abgabenbelastung in Österreich zudem relativ hoch ist (siehe dazu auch nächstes Kapitel 3.2.2).

30 Konkret sind darunter die Zinszahlungen für die Staatsschuld zu verstehen.

31 Das Zinswachstumsdifferential betrug im Jahr 2002 rund 2,8% (nomineller BIP-Anstieg: 2,3%; Durchschnittszinssatz der öffentlichen Schuld: 5,1%).

32 Stock-Flow-Adjustments ergeben sich insbesondere durch nicht defizitwirksame Transaktionen im Sinne des ESVG 95 wie Vermögenstransaktionen oder Rücklagenbewegungen, die ausschließlich den Finanzierungsbedarf verändern, durch intergovernmentale Veranlagungen, die den Schuldendienst verringern, durch zeitliche Abgrenzungsunterschiede (Accrual-Prinzip in Bezug auf das Defizit; Kassenprinzip in Bezug auf den Schuldendienst) sowie durch Wechselkursschwankungen.

33 Die Daten der Länder und Gemeinden sowie der Sozialversicherungsträger für 2002 beruhen weitgehend auf Schätzungen.

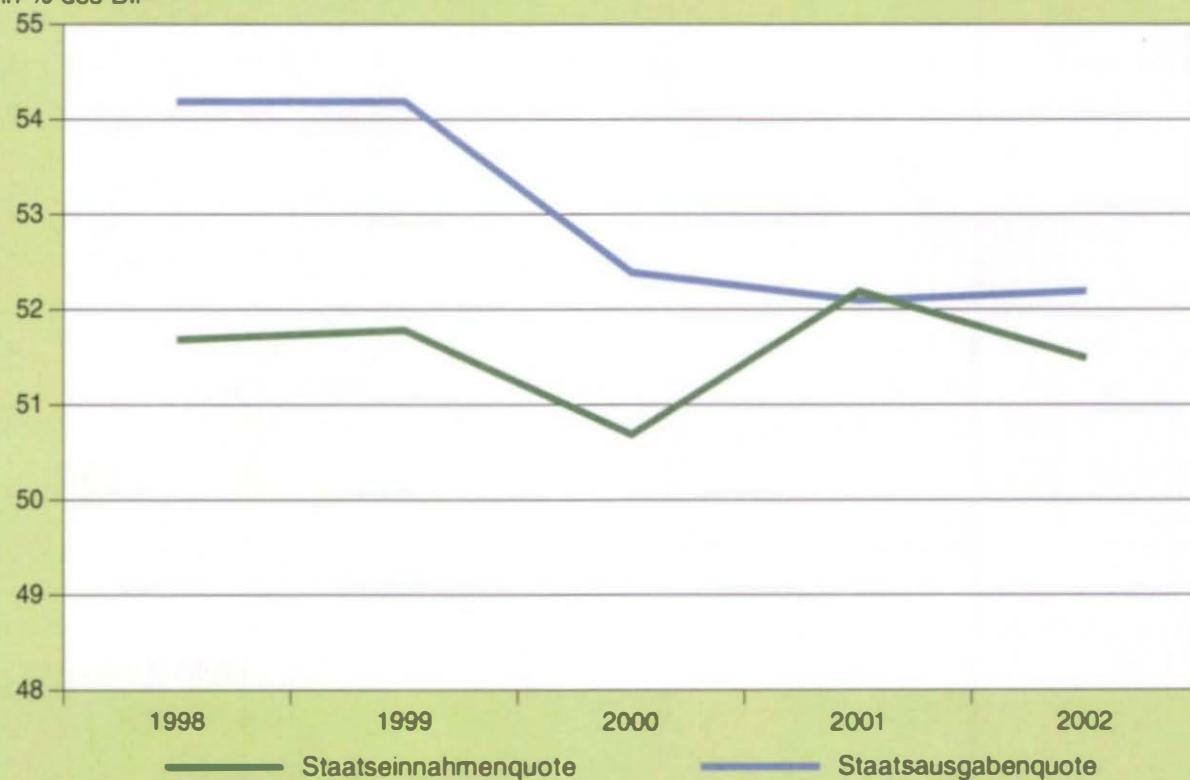
34 Siehe dazu auch Kapitel 5 Staatsverschuldung im internationalen Vergleich.

35 Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsoorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001); BGBl. Nr. 39/2002.

Grafik 7

Staatseinnahmen- und Staatsausgabenquoten 1998 bis 2002

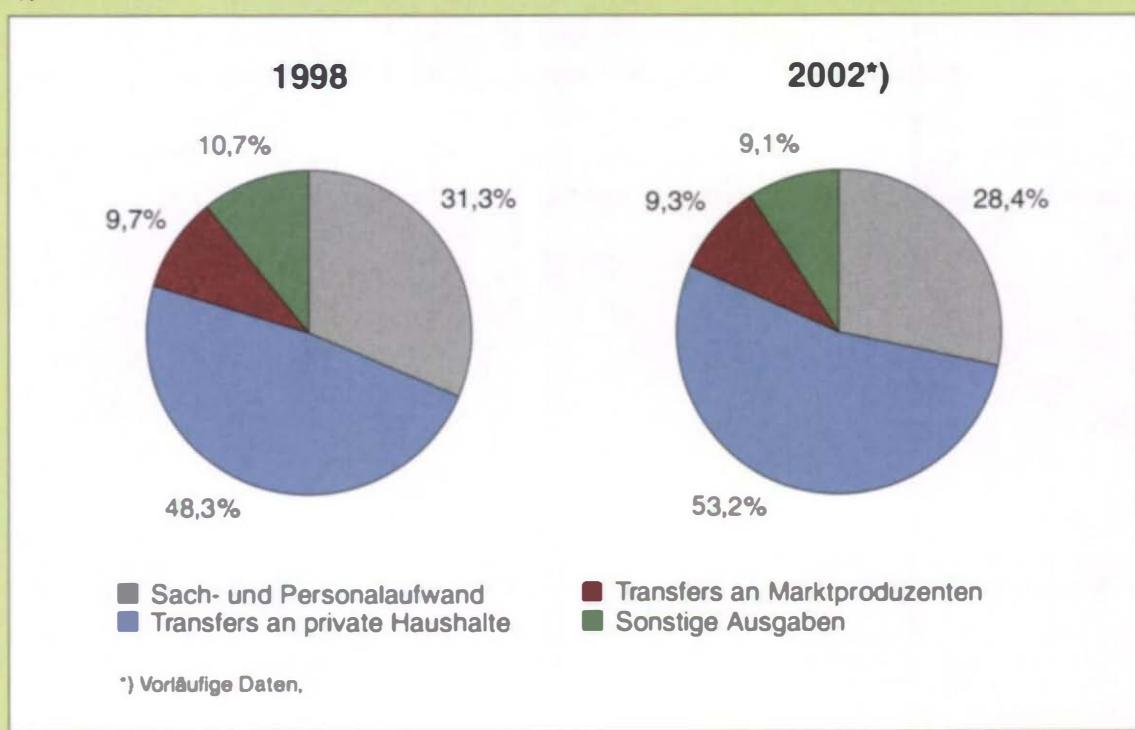
in % des BIP



Grafik 8

Anteile an den Staatsausgaben 1998 und 2002

in %



3.2.2 Einnahmen- und Ausgabenstruktur

Während die EU-Empfehlungen zur Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sich in der Vergangenheit auf die Erreichung der im Maastricht-Vertrag sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Kenngrößen zur Budgetdisziplin (Budgetsaldo und öffentliche Verschuldung) konzentrierten, sind in jüngster Zeit zunehmend auch Koordinierungsbestrebungen im Hinblick auf die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu beobachten, die zu einer Verbesserung der „Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“³⁶ führen sollen. Diese Entwicklung trägt der Vemetzung der Fiskalpolitik mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielen ebenso Rechnung, wie dem Erfordernis, die erreichten Konsolidierungsfortschritte der EU-Staaten nachhaltig abzusichern. Ferner ist dieser Prozess vor dem Hintergrund des im März 2000 in Lissabon vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziels der Europäischen Union zu sehen. Der Europäische Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs setzte sich zum Ziel, „die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.

Im Folgenden werden nun die Einnahmen- und Ausgabenstruktur sowie die föderale Struktur des öffentlichen Sektors in Österreich auf Basis von ESVG-95-Transaktionskategorien, die zu Sachgruppen zusammengefasst wurden, beleuchtet.

Tabelle 11 zeigt, dass mehr als 60% der Ausgaben des Staates für Transferleistungen an Dritte (Sozialleistungen an private Haushalte und Subventionen an Unternehmungen), beinahe 30% für die öffentliche Verwaltung (Löhne- und Gehälter, Sachaufwand) und in etwa 7% für Zinszahlungen der öffentlichen Verschuldung aufgewendet werden. Für Investitionen (Bruttoinvestitionen) werden demgegenüber lediglich in etwa 2% der Gesamtausgaben verwendet.

Innerhalb der Transferleistungen dominieren die „monetären Sozialleistungen“, die 2002 einen Anteil an den Gesamtausgaben von 36% aufwiesen und ein Ausgabenvolumen von insgesamt 41 Mrd EUR verzeichneten. Von diesem Volumen entfallen rund 60% auf Geldleistungen der Sozialversicherungsträger (vor allem Pensionen) und etwa 20% auf Pensionsleistungen der Gebietskörperschaften³⁷. Weitere wichtige Ausgabenkomponenten der monetären Sozialleistungen sind die Familienbeihilfen, die Arbeitslosengelder, das Karenzgeld und das Pflegegeld, die von der Bundesebene getragen werden.³⁸ Familienpolitische Maßnahmen sowie Pflegegeldleistungen werden allerdings nicht nur vom Bund sondern auch von den Bundesländern gesetzt.

Ein relativ hohes Ausgabenvolumen erreichen ebenfalls die „sozialen Sachleistungen“ mit einem Anteil von 9,8% an den Gesamtausgaben im Jahr 2002. Hier handelt es sich um von staatlichen Stellen gekaufte Waren oder Dienstleistungen, die kostenlos oder gegen einen pauschalen Kostenbeitrag (Selbstbehalt) an private Haushalte weitergeleitet werden (u. a. Arztleistungen³⁹, Medikamente, Kindergärten, Schülerreifefahrten, Gratisschulbücher). Beide Kategorien (monetäre Sozialleistungen, soziale Sachleistungen) weisen eine überdurchschnittliche Dynamik im Zeitvergleich auf: Während innerhalb der Beobachtungsperiode (1998 bis 2002) die Gesamtausgaben pro Jahr um durchschnittlich 2,3% zunahmen, betrug der Anstieg bei den „monetären Sozialleistungen“ durchschnittlich 3,6% und bei den „sozialen Sachleistungen“ 4,0%.

36 Unter dem Begriff „Qualität und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ wird eine stabilitätsoorientierte, beschäftigungs- und wachstumsfördernde Fiskalpolitik verstanden (siehe dazu u. a. Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft im Jahr 2002, ECFIN/210/02, Brüssel, 24.4.2002).

37 Beamtenpensionen einschließlich der Zahlungen von Familienbeihilfen im Rahmen der Selbstträgerschaft.

38 Im Jahr 2002 betrug der Aufwand für die Familienbeihilfen 2,7 Mrd EUR (2001: 2,7 Mrd EUR), die Arbeitslosenunterstützung 1,9 Mrd EUR (2001: 1,5 Mrd EUR), das Karenz- bzw. Kindergeld 0,9 Mrd EUR (2001: 0,5 Mrd EUR) und für das Pflegegeld 1,3 Mrd EUR (2001: 1,3 Mrd EUR); Quelle: BMF; Budgetrede vom 7. Mai 2003.

39 Seit der Einführung der „Leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung“ im Jahr 1997 kaufen die Landes-Krankenanstaltenfonds, die zum Subsektor „Länder“ bzw. bei Wien zum Subsektor „Gemeinden“ zählen, die Spitalsleistungen der Krankenanstalten ein. Die Krankenanstalten sind seitdem Marktproduzenten (Produktionserlöse decken mehr als 50% der Produktionskosten) und zählen zunehmend nicht mehr zum öffentlichen Sektor (Krankenanstalten in Form von Betriebsgesellschaften sind als Einheiten des Unternehmenssektors klassifiziert).

Tabelle 11: Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen 1998 bis 2002 (konsolidiert)¹⁾

ESVG-Codes	Ausgaben- und Einnahmenkategorien	1998		1999		2000		2001		2002 ²⁾	
		in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %						
	Ausgaben										
P2	Vorleistungen	10.329	10,0	11.106	10,4	10.890	10,0	9.883	9,0	10.079	8,9
D1	Arbeitnehmerentgelte	21.553	20,8	22.373	20,9	22.854	21,1	21.306	19,3	21.537	19,0
D2+D5	Gezahlte Steuern ³⁾	514	0,5	499	0,5	646	0,6	527	0,5	521	0,5
Summe	Sach- und Personalaufwand	32.395	31,3	33.977	31,8	34.391	31,7	31.717	28,8	32.137	28,4
D62	Monetäre Sozialleistungen	35.272	34,1	36.829	34,5	38.315	35,3	39.720	36,0	40.673	35,9
D631	Soziale Sachleistungen ⁴⁾	9.468	9,2	9.799	9,2	10.220	9,4	10.594	9,6	11.060	9,8
D7	Sonstige laufende Transfers ¹⁾	5.173	5,0	5.479	5,1	5.343	4,9	6.933	6,3	8.549	7,5
Summe	Transfers an priv. Haushalte	49.914	48,3	52.107	48,8	53.879	49,7	57.247	51,9	60.283	53,2
D3	Subventionen	5.267	5,1	5.059	4,7	5.006	4,6	5.580	5,1	5.744	5,1
D9	Vermögenstransfers ¹⁾	4.789	4,6	4.933	4,6	5.030	4,6	5.509	5,0	4.781	4,2
Summe	Transfers an Marktproduzenten	10.056	9,7	9.992	9,4	10.035	9,3	11.089	10,1	10.554	9,3
D4	Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	7.449	7,2	7.340	6,9	7.869	7,3	7.850	7,1	7.876	7,0
P5	Bruttoinvestitionen	3.528	3,4	3.436	3,2	3.152	2,9	2.495	2,3	2.491	2,2
K2	Nettozugang an nichtproduzier-ten Vermögensgütern ⁶⁾	34	0,0	-50	0,0	-898	-0,8	-102	-0,1	-89	-0,1
Summe	Sonstige Ausgaben	11.011	10,7	10.727	10,0	10.122	9,3	10.243	9,3	10.277	9,1
	Ausgaben insgesamt	103.377	100,0	106.804	100,0	108.427	100,0	110.296	100,0	113.251	100,0
	Einnahmen										
D2	Produktions- und Importabgaben	28.313	28,7	29.546	28,9	30.234	28,8	31.082	28,1	32.580	29,2
D5	Einkommen- und Vermögenst.	25.950	26,3	26.340	25,8	27.433	26,1	32.007	29,0	30.481	27,3
Summe	Steuern	54.264	55,0	55.886	54,7	57.667	54,9	63.089	57,1	63.061	56,5
D611	Tatsächliche Sozialbeiträge	28.887	29,3	29.936	29,3	30.818	29,3	31.723	28,7	32.231	28,9
D612	Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	3.874	3,9	4.004	3,9	4.156	4,0	4.113	3,7	4.235	3,8
Summe	Sozialbeiträge	32.762	33,2	33.940	33,2	34.974	33,3	35.836	32,4	36.466	32,7
P11+P12 + P131	Produktionserlöse ⁸⁾	6.215	6,3	5.864	5,7	5.944	5,7	4.178	3,8	4.546	4,1
D4	Vermögenseinkommen	2.386	2,4	2.808	2,8	2.981	2,8	3.634	3,3	3.616	3,2
D7+D9	Transfers ¹⁾ ⁹⁾	2.987	3,0	3.601	3,5	3.475	3,3	3.817	3,5	3.921	3,5
Summe	Sonstige Einnahmen	11.588	11,8	12.274	12,0	12.400	11,8	11.629	10,5	12.084	10,8
	Einnahmen insgesamt	98.614	100,0	102.100	100,0	105.041	100,0	110.553	100,0	111.611	100,0
	Memorandum										
EDP D4	Zinsen für die Staatsschuld (nach Swaps)	7.199		7.094		7.523		7.544		7.436	
EDP B9	Budgetsaldo ¹⁰⁾	-4.513		-4.458		-3.041		564		-1.200	

- 1) Ohne Transfers zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).
 - 2) Vorläufige Daten.
 - 3) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).
 - 4) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Leistungen. Die übrigen sozialen Leistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.
 - 5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
 - 6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.
 - 7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.
 - 8) Marktproduktion (P11), Nichtmarktproduktion (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduzenten (P131).
 - 9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.
 - 10) Budgetsaldo unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
- Quelle: Statistik Austria – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: März 2003).

Im Zeitvergleich zu erkennen ist auch der Umstand, dass die Ausgaben des Staates für Transferleistungen an Unternehmen („Vermögenstransfers“, „Subventionen“) immer wieder sehr hohe Steigerungsraten von über 10% aufweisen, während die Ausgabenkategorien „Sach- und Personalaufwand“, „Zinszahlungen“, „Bruttoinvestitionen“ tendenziell Veränderungsraten aufweisen, die niedriger als das Gesamtausgabenwachstum sind. Für diesen gegenläufigen Verlauf waren großteils die institutionellen Veränderungen im Sektor Staat (Ausgliederungen von Krankenanstalten und von marktnahen Diensten (z. B. Wasser-, Abwasserversorgung, Müllbeseitigung, Wohnungswirtschaft, Kongresshäuser, BIG) sowie das rückläufige Marktzinsniveau in Bezug auf den Zinsaufwand verantwortlich. Die niedrigen Zuwächse bei den Ausgabenkategorien „Sach- und Personalausgaben“ sowie „Zinszahlungen“ und die Rückgänge bei den Bruttoinvestitionen sind aber auch als Ergebnis der Konsolidierungsmaßnahmen der Gebietskörperschaften zu sehen, die in Personalreduktionen, geringen Lohn erhöhungen, Einsparungen bei den Ermessensausbagen und/oder Schuldenabbaumaßnahmen mündeten. Der merkliche Rückgang der Investitionsausgaben innerhalb der Beobachtungsperiode (1998 bis 2002) von insgesamt durchschnittlich 8,3% pro Jahr ging insbesondere auf Ausgabenreduktionen der Bundes- und Gemeindeebene zurück (Gemeinden: -10,4%, Bund: -9,9% pro Jahr).

Die Ausgliederungen reduzierten den Sach- und Personalaufwand und zumeist auch das Bruttoinvestitionsvolumen des Staates relativ deutlich, erhöhten aber in der Regel auch das Volumen an Transferleistungen, da die ausgesgliederten Einheiten – zumindest teilweise – Zuschüsse benötigten. Insgesamt dürften sich aber die bisherigen Ausgliederungen sichtbar positiv auf den Budgetsaldo (jedenfalls kurzfristig) ausgewirkt haben. So ging das gesamtstaatliche Budgetdefizit insbesondere in jenen Jahren markant zurück, in denen umfangreiche Ausgliederungen getätigt wurden. Das war zum einen das Jahr 1997 (ASFINAG, Gebührenhaushalte, Teil der Landeskrankenanstalten) mit einer gesamtstaatlichen Defizitabsenkung um 2,0%-Punkte des BIP und zum anderen das Jahr 2001 (übrige Landeskrankenanstalten) mit einer Verbesserung des Budgetsaldo um 1,7%-Punkte des BIP im Vorjahresvergleich.

Auf der Einnahmenseite tragen entscheidend die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben bei. Sie decken in Summe beinahe 90% der Einnahmen des Staates ab. Weitere Finanzierungsquellen stellen „Produktionserlöse“ (Leistungsentgelte), „Vermögenseinkommen“ (Zinsen, Dividenden, Konzessionsentgelte) des Staates sowie „Transfers“ (z. B. Studienbeiträge, Gerichtsgebühren) an den Staat dar, die gemessen an ihrem Anteil an den Gesamteinnahmen jedoch vergleichsweise unbedeutend sind. Innerhalb dieser als „sonstige Einnahmen“ bezeichneten Gruppe mit einem Anteil von etwas über 10% sind die „Produktionserlöse“ (v. a. Entgelte für Dienstleistungen, wie beispielsweise Spitalsleistungen, Pflegeheime oder kommunale Versorgungseinrichtungen) jene, die den höchsten Finanzierungsbeitrag liefern. Ihr Anteil nimmt auf Grund der Ausgliederungen marktnaher Einheiten mit relativ hohem Kosten deckungsgrad jedoch tendenziell ab (Anteil an den Gesamteinnahmen 1998: 6%; 2002: 4%).

Bei den „Steuern“ mit einem Anteil von rund 55 bis 57% der öffentlichen Gesamteinnahmen können zwei Hauptgruppen unterschieden werden:

- die „Produktions- und Importabgaben“ (indirekte Steuern), die Gütersteuern, wie z. B. Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuern ebenso wie so genannte „sonstige Produktionssteuern“ (Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, Kommunalsteuer) enthalten sowie
- die „Einkommen- und Vermögensteuern“ (direkte Steuern), zu denen vor allem die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer zählen.⁴⁰

Obwohl es in Österreich mehr als 100 Steuerarten gibt, beträgt der Anteil der hier separat angeführten zehn Steuerkategorien in etwa 90% der direkten und indirekten Steuern. Die größte Einzelsteuer ist die Umsatzsteuer, die rund die Hälfte der indirekten Steuern ausmacht.⁴¹ Eine ähnliche bedeutende Rolle in Bezug auf das Steuereinkommen nimmt die Lohnsteuer ein,

⁴⁰ Steuern, die auf Vermögenswerte in unregelmäßigen Abständen eingehoben werden, sind als Subkategorie „Vermögenswirksame Steuern“ (ESVG-Code: D91) verbucht. In Österreich ist dies ausschließlich die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem geringen Volumen von rund 0,2 Mrd EUR.

⁴¹ Eine detaillierte Liste aller Steuerarten und Aufkommen findet sich in W. Stübler, Statistische Nachrichten Heft 11/2001, Statistik Austria.

die über 50% der direkten Steuern abdeckt. Auf die indirekten Steuern in Summe entfallen – abgesehen vom Jahr 2001 bei dem das Steueraufkommen der direkten Steuern infolge von Sondereffekten (Vorauszahlungen, Anspruchsverzinsung) atypisch hoch war – in etwa 52% der Steuereinnahmen.

Zu den Steuern im weiteren Sinn bzw. den Abgaben zählen die Sozialversicherungsbeiträge mit einem Anteil an den Gesamteinnahmen von rund 33%. In ihnen sind die „tatsächlichen Sozialbeiträge“ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (v. a. Pensionsbeiträge, Krankenversicherungsbeiträge, Unfallversicherungsbeiträge) und die „unterstellten Sozialbeiträge“ enthalten. Letztere Einnahmenkategorie umfasst die unterstellten (nicht tatsächlich zu leistenden) Dienstgeberbeiträge des Staates für die Beamtenpensionen und die direkt ausbezahlten Familienbeihilfen im Rahmen der Selbstträgerschaft der Gebietskörperschaften.

Im Berichtsjahr 2002 war das Aufkommen der „Einkommen- und Vermögensteuern“ angesichts der Konjunkturschwäche und der Sondereffekte 2001 sogar rückläufig, während sich die Einnahmen des Staates aus indirekten Steuern vergleichsweise gut entwickelten. Die überdurchschnittlichen Einnahmenerhöhungen bei den indirekten Steuern waren in erster Linie auf die dynamische Entwicklung der Mineralöl- und Tabaksteuer⁴² (+7,9% bzw. +5,1%) sowie auf merklich geringere Mehrwertsteuerzahlungen an die EU (MwSt-Eigenmittel) zurückzuführen. Der Zuwachs der „tatsächlichen Sozialbeiträge“ fiel 2002 vor dem Hintergrund der angespannten Arbeitsmarktlage deutlich geringer als in den Vorjahren aus (2002: +1,6%, 2001: +2,9%). Insgesamt war 2002 ein Einnahmenzuwachs von nur 1% zu verzeichnen, der sogar jenen des letzten Steuerreformjahres 2000 unterschritt (2000: +2,9%).

Die föderale Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist von der Tabelle 12 abzulesen. Sie zeigt, dass das Gewicht der einzelnen staatlichen Ebenen an den jeweiligen Ausgaben- und Einnahmenkategorien sowie an den Ausgaben und Einnahmen in Summe sehr unterschiedlich ist. Über den weitaus größten Anteil der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen verfügt die Bundesebene mit einem ausgabenseitigen Gewicht von 46% und einem einnahmenseitigen Gewicht von 44% im Jahr 2002. Die Ausgaben bzw. Einnahmen der Sozialversicherungsträger machen jeweils rund 27% der Gesamtausgaben bzw. -einnahmen aus. Die Gewichte der Länder (ohne Wien) liegen tendenziell etwas über jenen der Gemeinden (einschließlich Wien). Ihre Anteile beliefen sich 2002 sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig auf jeweils 16% (Länder) bzw. 13% (Gemeinden).

Zwischen den vier Teilsektoren des Staates bestehen enge Verflechtungen, die sich empirisch durch das hohe Volumen an „intragovernmental Transfers“ zeigen. Obwohl die Steueranteile der einzelnen Gebietskörperschaften, die im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind, direkt als Steuereinnahmen des jeweiligen Rechtsträgers (Empfängers) verbucht sind, decken die intergovernmentalen Transfereinnahmen der Länder rund die Hälfte und jene der Gemeinden rund ein Fünftel der jeweiligen Gesamteinnahmen ab. Bei den Sozialversicherungsträgern bedingt insbesondere der Bundesbeitrag zu den Pensionen eine intergovernmentale Einnahmenquote von mehr als 25%. Betrachtet man die Ausgabenseite, so wird ersichtlich, dass im Wesentlichen die Bundesebene Leistungen (mit-)finanziert, die von anderen öffentlichen Rechtsträgern erbracht werden (z. B. Landeslehrer, Wohnbauförderung, Bundesbeitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung). Im Jahr 2002 erreichten die gesamten Transferzahlungen zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern rund 29 Mrd EUR, wovon rund 21 Mrd EUR auf Zahlungen des Bundes entfielen. Es bestehen allerdings auch umfangreiche Verflechtungen zwischen den Ländern und Gemeinden und hier in beiden Richtungen. Die intergovernmentalen Transferzahlungen der Länder und der Gemeinden beliefen sich 2002 auf jeweils rund 2 Mrd EUR.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Veränderung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des öffentlichen Sektors in Österreich stark von diskretionären Maßnahmen sowie institutionellen Veränderungen geprägt ist. In Zusammenhang mit der „Qualität“ der öffentlichen Finanzen signalisieren die vorliegenden Ergebnisse – neben den zu erwartenden ökonomischen und budgetären Implikationen, die sich durch die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur ergeben – Herausforderungen in Bezug auf die Abgabenquote, den Verlauf der Bruttoinvestitionen sowie der Budgetentwicklung von ausge-

⁴² Per 17. August 2002 wurde die Tabaksteuer um durchschnittlich 15 Cent pro Packung angehoben, wodurch Mehreinnahmen auf Jahresbasis von 80 Mio EUR zu erwarten sind.

gliederten Einheiten. Mittelfristig negativ auf das Wirtschaftswachstum könnte sich insbesondere der laufende und deutliche Rückgang der öffentlichen Investitionen in Österreich auswirken. Dieser Verlauf dürfte zwar in erster Linie statistische Ursachen haben, nämlich die „Flucht aus dem Budget“. So werden große Investitionen im Bereich Straße, Schiene (ASFINAG, SCHIG) und kommunaler Infrastruktur (Kläranlagen, Wasser- und Abwasserversorgung, Krankenanstalten) sowie im Bauwesen (BIG) mittlerweile fast ausschließlich von ausgegliederten Einheiten, die nicht mehr in der Statistik des öffentlichen Sektors aufscheinen, erbracht und über Leasing (Sachaufwand), Vermögenstransfers an die ausgegliederten Einheiten und/oder durch außerbudgetäre Schuldaufnahmen finanziert.⁴³ Allerdings lassen mehrere Spezialuntersuchungen, wie der jährliche Gemeindefinanzbericht des Sparkassenverbandes oder die Finanzbedarfserhebung 2002 der Gemeinden erkennen, dass die Rückführung der Budgetdefizite zu einer Einschränkung der Investitionstätigkeit geführt haben dürfte und zunehmend ein Nachholbedarf gegeben erscheint. Eine Gesamteinschätzung über die Entwicklung der öffentlichen Investitionen einschließlich der ausgegliederten Einheiten ist auf Basis der derzeit verfügbaren Daten allerdings nicht möglich. Insgesamt dürfte eine Verstärkung der beschäftigungs- und wachstumsfördernden Elemente in den öffentlichen Budgets in Österreich ohne weitere Reformschritte im Bereich der öffentlichen Verwaltung mit einer Entflechtung der Zuständigkeiten und Kostentragung kaum realisierbar sein.

⁴³ Siehe dazu Anhang A7: Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften.

Tabelle 12: Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen nach Teilsektoren (unkonsolidiert)¹⁾

ESVG-Codes	Ausgaben- und Einnahmenkategorien	Bundesebene		Landesebene		Gemeinden		SV-Träger		Staat	
		in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %						
	Ausgaben										
P2	Vorleistungen	3.649	36,2	1.749	17,4	3.331	33,0	1.350	13,4	10.079	100,0
D1	Arbeitnehmerentgelt	9.866	45,8	5.975	27,7	4.316	20,0	1.380	6,4	21.537	100,0
D2+D5	Gezahlte Steuern ²⁾	159	30,6	145	27,8	173	33,2	44	8,4	521	100,0
Summe	Sach- und Personalaufwand	13.674	42,5	7.869	24,5	7.820	24,3	2.774	8,6	32.137	100,0
D62	Monetäre Sozialleistungen	12.494	30,7	2.205	5,4	1.564	3,8	24.410	60,0	40.673	100,0
D631	Soziale Sachleistungen ³⁾	400	3,6	3.250	29,4	1.000	9,0	6.410	58,0	11.060	100,0
D7	Sonstige laufende Transfers ⁴⁾	2.964	34,7	4.009	46,9	958	11,2	618	7,2	8.549	100,0
Summe	Transfers an priv. Haushalte	15.859	26,3	9.464	15,7	3.522	5,8	31.438	52,2	60.283	100,0
D3	Subventionen	3.374	58,4	989	17,1	1.381	23,9	30	0,5	5.774	100,0
D9	Vermögenstransfers ⁴⁾	2.381	49,8	976	20,4	1.424	29,8	0	0,0	4.781	100,0
Summe	Transfers an Marktproduzenten	5.754	54,5	1.965	18,6	2.805	26,6	30	0,3	10.554	100,0
Summe	Intergovernmentale Transfers	21.455	74,4	2.048	7,1	2.136	7,4	3.202	11,1	28.841	100,0
D4	Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	7.366	93,5	223	2,8	217	2,8	70	0,9	7.876	100,0
P5	Bruttoinvestitionen	621	24,9	496	19,9	1.294	52,0	80	3,2	2.491	100,0
K2	Nettozugang an nichtproduzier-ten Vermögensgütern ⁶⁾	-56	*	8	*	-36	*	-5	*	-89	100,0
Summe	Sonstige Ausgaben	7.930	77,2	727	7,1	1.475	14,4	145	1,4	10.277	100,0
	Ausgaben insgesamt	64.673	45,5	22.073	15,5	17.758	12,5	37.589	26,5	142.092	100,0
	Einnahmen										
D2	Produktions- u. Importabgaben	23.805	73,1	2.607	8,0	6.168	18,9	0	0,0	32.580	100,0
D5	Einkommen- und Vermögensteuern	22.356	73,3	3.963	13,0	4.162	13,7	0	0,0	30.481	100,0
Summe	Steuern	46.161	73,2	6.570	10,4	10.330	16,4	0	0,0	63.061	100,0
D611	Tatsächliche Sozialbeiträge	5.414	16,8	368	1,1	308	1,0	26.141	81,1	32.231	100,0
D612	Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	2.143	50,6	1.309	30,9	580	13,7	203	4,8	4.235	100,0
Summe	Sozialbeiträge	7.557	20,7	1.677	4,6	888	2,4	26.344	72,2	36.466	100,0
Summe	Intergovernmentale Transfers	3.407	11,8	12.289	42,6	3.324	11,5	9.821	34,1	28.841	100,0
P11+P12 + P131	Produktionserlöse ⁸⁾	643	14,2	1.171	25,8	2.048	45,0	684	15,0	4.546	100,0
D4	Vermögenseinkommen	2.180	60,3	506	14,0	815	22,5	115	3,2	3.616	100,0
D7+D9	Transfers ⁴⁾⁽⁹⁾	2.034	51,9	580	14,3	703	17,9	625	15,9	3.921	100,0
Summe	Sonstige Einnahmen	4.857	40,2	2.237	18,5	3.566	29,5	1.424	11,8	12.084	100,0
	Einnahmen insgesamt	61.982	44,1	22.773	16,2	18.108	12,9	37.589	26,8	140.452	100,0
	Memorandum										
EDP D4	Zinsen für die Staatsschuld (nach Swaps)	6.926		223		217		70		7.436	100,0
EDP B9	Budgetsaldo ¹⁰⁾	-2.250		700		350		0		-1.200	100,0

- 1) Vorläufige Daten.
 - 2) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).
 - 3) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Sachleistungen. Die übrigen sozialen Sachleistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.
 - 4) Ohne Transaktionen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).
 - 5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung von derivativen Geschäften (Swaps).
 - 6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.
 - 7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.
 - 8) Marktproduktion (P11), Nichtmarktproduktion (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduzenten (P131).
 - 9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.
 - 10) Budgetsaldo unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
- Quelle: Statistik Austria – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: März 2003).

3.3 Schuldenentwicklung laut Maastricht

Tabelle 13: Ableitung der öffentlichen Verschuldung 2001 und 2002 (in Mrd EUR)

	2001	2002 ¹⁾
Finanzschuld des Bundes laut Bundesrechnungsabschluss	129,4	131,7
+ SWAP-Schulden	13,5	14,5
- SWAP-Forderungen	14,0	14,0
- Eigene Bundesstöcke	7,5	8,2
Bereinigte Finanzschuld des Bundes	121,4	124,0
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	10,1	12,6
- Bundesanleihen im Besitz von öffentlichen Rechtsträgern	2,6	2,7
- Darlehen öffentlicher Rechtsträger	0,0	1,1
+ Bundesfonds ²⁾	0,9	0,9
Verschuldung der Bundesebene	129,8	133,7
Finanzschuld der Länder ohne Wien	3,4	3,3
- Länder: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	0,0	-
- Landesanleihen im Besitz von Bundesfonds und SV-Trägern	0,0	-
+ Landesfonds	3,3	3,4
+ Landeskammern	0,0	0,0
- Länderfinanzierungen des Bundes	0,2	0,3
Verschuldung der Landesebene	6,6	6,4
Finanzschuld der Gemeinden ohne Wien	9,9	-
- Gemeinden: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	2,0	-
- Gemeinden: UA 85 (Betriebe...)	4,6	-
Verschuldung der Gemeinden ohne Wien	3,4	5,5
Finanzschuld von Wien	2,1	-
- Wien: Für sonstige (nicht-öffentliche) Rechtsträger	0,0	-
- Wien: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	0,0	-
- Wien: Unterabschnitt 85 (Betriebe...)	0,2	-
Verschuldung von Wien	1,8	0,0
+ Gemeinfonds	0,0	-
Verschuldung der Gemeindeebene	5,2	5,5
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	1,0	1,0
Öffentliche Verschuldung insgesamt	142,7	146,6

1) Vorläufige Daten, teilweise geschätzt.

2) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds.

Quelle: Statistik Austria

Die Tabelle 13 illustriert die Überleitung von der Finanzschuld des Bundes über die Verschuldung der Länder und Gemeinden zum Verschuldungsbegriff der EU. Die wichtigsten Bereinigungen betreffen die Sektorabgrenzung und intergovemmentale Schulden (Verbindlichkeiten bzw. Forderungen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern, die konsolidiert werden). Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps, Forward-Rate-Agreements) sind seit dem In-Kraft-Treten der EU-Regelung (EU-Verordnung über die Excessive Deficit Procedure vom 28. Februar 2000) bei der Berechnung der öffentlichen Verschul-

dung zu berücksichtigen. Durch die neue EUROSTAT-Feststellung vom Jänner 2003 sind darüber hinaus Schuldaufnahmen des Bundes für Rechtsträger (ÖBB, ÖIAG, ASFINAG, SCHIG, AC, MUQUA) in die Maastricht-Verschuldung einzubeziehen.⁴⁴

Bei den intergovernmentalen Schulden bzw. intergovernmentalen Forderungen in Österreich handelt es sich vor allem um titrierte öffentliche Schuldtitel (v. a. Bundesanleihen aber auch Landesanleihen) im Besitz von öffentlichen Haushalten (v. a. Bund aber auch Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, ERP-Fonds, Katastrophenfonds und Sozialversicherungsträger), um Darlehensvergaben zwischen den öffentlichen Haushalten (Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an die Gemeinden, Länder an den Bund) sowie um Finanzierungen des Bundes, die an die Länder weitergeleitet werden. Das Volumen an intergovernmentalen Verbindlichkeiten stieg in den letzten Jahren deutlich an. So wurden einerseits die Erlöse aus dem Verkauf von Darlehensforderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an den privaten Sektor, die in den Jahren 1996 bis 1998 stattfanden, überwiegend in Bundestiteln (Anleihen) veranlagt, und andererseits baute der Bund sein Asset-Portefeuille an eigenen Schuldtiteln deutlich aus (siehe dazu Kapitel 4). Im Berichtsjahr dürften die intergovernmentalen Verbindlichkeiten die Höhe von in etwa 14 Mrd EUR oder 10% des öffentlichen Schuldendstands erreicht haben.

Tabelle 14: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 1999 bis 2003

	Bundesebene		Landesebene (ohne Wien)		Gemeindeebene (mit Wien)		Sozialversicherungs- träger		Staat	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1999	121,9	61,8	4,9	2,5	5,6	2,8	0,7	0,3	133,0	67,5
2000	126,7	61,2	5,2	2,5	5,7	2,7	0,9	0,4	138,4	66,8
2001	129,8	61,3	6,6	3,1	5,2	2,5	1,0	0,5	142,7	67,3
2002 ¹⁾	133,7	61,7	6,4	2,9	5,5	2,5	1,0	0,5	146,6	67,6
2003 ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	149,0	67,1

1) Vorläufige Daten.
2) Schätzung: BMF.
Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2003; BIP 2002 und 2003; WIFO-Prognose vom April 2003.

Die öffentliche Verschuldung in Österreich im Sinne von Maastricht erreichte Ende 2002 – nach vorläufigen Ergebnissen – die Höhe von 146,6 Mrd EUR oder 67,6% des BIP und lag damit um 3,9 Mrd EUR oder 0,3 %-Punkte des BIP über dem Vergleichswert des Vorjahres. Damit verfehlte Österreich im Berichtsjahr die Maastricht-Kriterien in Bezug auf den Schuldendstand (Obergrenze von 60% des BIP bzw. rückläufige Schuldenquote). Allerdings ist dieses Faktum stark zu relativieren, da die Schuldenquotenerhöhung ausschließlich Ergebnis der neuen EUROSTAT-Feststellung vom Jänner 2003 über die Finanzierungen des Bundes für Dritte (siehe Kapitel 3.1 und Kapitel 4.1) ist. Dem Bund kommt hier ausschließlich eine Intermediärfunktion zu, die er insofern wahnimmt, als er die Schulden in seinem Namen zwar aufnimmt, aber in weiterer Folge an die Auftraggeber weiterleitet, so dass den finanziellen Verpflichtungen gleich hohe finanzielle Forderungen gegenüberstehen. Für den Bund entstehen daher de facto bzw. in Nettobetrachtung (unter Berücksichtigung der Ausgaben und Einnahmen) keine Finanzierungskosten (Zinsen, Tilgungen). Ohne Rechtsträgerfinanzierungen wäre eine rückläufige Entwicklung der öffentlichen Verschuldung – gemessen am BIP – zu verzeichnen gewesen (Ende 2002: 134,9 Mrd EUR oder 62,2% des BIP; Ende 2001: 133,1 Mrd EUR oder 62,8% des BIP). Darüber hinaus soll – gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom März 2003 – die Verschuldung der Rechtsträger beim Bund zur Gänze bis Ende 2008 abgebaut werden.

44 Die hier und im Anhang A 2 ausgewiesenen Daten über die öffentliche Verschuldung entsprechen der aktuellen Rechtslage.

Der Fall der Rechtsträgerfinanzierungen in Österreich zeigt, dass aus ökonomischer Sicht grundsätzlich ein Abgehen vom gegenwärtigen EU-Konzept einer Bruttoverschuldung hin zu einer Nettoverschuldung bzw. zumindest eine Erweiterung des Indikatorensets um die Nettoverschuldung zweckmäßig wäre. Zur Evaluierung der öffentlichen Schuldenentwicklung im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit erscheint eine Kenngröße, die neben den finanziellen Passiva auch die finanziellen Aktiva (Bankeinlagen, Darlehensgewährungen, Wertpapierveranlagungen, Beteiligungen) des Staates einbezieht, geeigneter. Ein solches Nettokonzept in Bezug auf die Verschuldung würde weiters auch mit dem Maastricht-Defizitbegriff korrespondieren, der Auskunft über die Veränderung des Nettofinanzvermögens des Staates gibt.

In sektoraler Betrachtung ergibt sich folgendes Bild: Von der Gesamtschuld des Staates Ende 2002 entfielen 133,7 Mrd EUR oder 91,2% auf die Bundesebene, die neben der Verschuldung des Bundes die Verbindlichkeiten des UWWF, des Bundeswohnbaufonds und des Insolvenzausgleichsfonds enthält, 11,9 Mrd EUR oder 8,1% auf Länder und Gemeinden (einschließlich Fonds) und 1,0 Mrd EUR oder 0,7% auf die Sozialversicherungsträger. Die leicht rückläufige Entwicklung der Verschuldung der Länder im Jahr 2002 geht auf Maßnahmen im Vermögensbereich zurück (Veräußerungserlöse durch Vermögensübertragungen an LIGs⁴⁵, Verkauf von Wohnbaudarlehen an Finanzintermediäre⁴⁶). Zudem war auch der Finanzierungsbedarf des Bundes 2002 geringer als der Maastricht-Budgetsaldo. So legte EUROSTAT im Jänner 2002 zwar fest, dass Immobilienverkäufe des Bundes an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) nicht als ein Verkauf auf dem Markt anzusehen sind und daher als keine defizitmindernden Transaktionen gemäß ESVG 95 bzw. Maastricht verbucht werden dürfen. Diese nicht defizitmindernden Erlöse im Jahr 2002 in Höhe von 0,7 Mrd EUR oder 0,3% des BIP reduzierten jedoch die Zunahme der Verschuldung des Bundes ebenso wie buchmäßige Nettokursgewinne bei der Finanzschuld (siehe Kapitel 4.1.3) in Höhe von 0,4 Mrd EUR oder 0,2% des BIP.

45 Erlöse durch Vermögensübertragungen an Landesimmobiliengesellschaften wurden 2002 v. a. von den Bundesländern Kärnten und Steiermark erzielt.

46 Forderungen aus Wohnbauförderungsdarlehen wurden 2002 v. a. von den Bundesländern Oberösterreich und Steiermark verkauft.

4 FINANZSCHULD DES BUNDES

Das folgende Kapitel analysiert die Verschuldung des Bundes. Informationen über die Finanzierungsaktivitäten im Jahr 2002, über die Verschuldungsstruktur sowie über den Zinsaufwand der Verschuldung sollen Einblick in die Debt-Management-Ausrichtung des Bundes geben und eine Einschätzung des Risikoprofils des Schuldenportefeuilles⁴⁷ insbesondere auch im Hinblick auf die Zinssensitivität ermöglichen. Die Finanzschuld des Bundes macht über 90% der gesamten öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht aus. Strukturdaten über die Verschuldung des Bundes liefern daher auch wichtige Hinweise über die Finanzierungsstruktur der öffentlichen Gesamtverschuldung in Österreich. Zeitreihen zu Indikatoren der Finanzschuld des Bundes sind im Anhang des Berichts enthalten (A3 bis A7).

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf Datenquellen, die nach nationalen (administrativen) Verbuchungsvorschriften erstellt wurden. Sie weichen von den EU-Regeln zur Ermittlung der öffentlichen Verschuldung etwas ab (siehe dazu Kapitel 3.3).

4.1 Entwicklung und Schuldenstand Ende 2002

4.1.1 Finanzierungsinstrumente und Gläubigerstruktur der Finanzschuld insgesamt

Das Debt-Management des Bundes wird seit 1993 von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)⁴⁸, die im Namen und auf Rechnung des Bundes agiert, durchgeführt. Es handelt sich um eine zur Gänze im Bundesbesitz stehende Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die zwar primär für den Bund tätig wird, aber seit 1998 auch Finanzgeschäfte für Rechtsträger des Bundes (Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)⁴⁹ und seit 2000 für die Bundesländer durchführt.

Die ÖBFA nimmt die Finanzierung für Dritte im Namen des Bundes entsprechend den Vorgaben der Auftraggeber (Rechtsträger und Bundesländer) vor und leitet die Mittel mit analogen Konditionen in Form von Darlehensvergaben an die Rechtsträger bzw. Bundesländer weiter. Dem Bund kommt hier ausschließlich eine Intermediärfunktion zu, da der Schuldendienst (Zinsen, Tilgungen) zur Gänze von den Auftraggebern (Rechtsträgern, Ländern) getragen wird. Dennoch handelt es sich dabei um aushaltende Schuldtitle des Bundes (i. d. R. Bundesanleihen), die laut neuen Erkenntnissen von EUROSTAT bei den öffentlichen Schulden des Bundes im Sinne von Maastricht hinzuzuzählen sind (siehe Kapitel 3.1). Die Aufgabenausweitung der ÖBFA ermöglicht eine effiziente und kostengünstige Fremdmittelaufnahme für alle Beteiligten im Sinne eines „Konzern-Treasuries“: Durch höhere Emissionsvolumina kann einerseits die Liquidität von österreichischen Bundesanleihen erhöht und andererseits Finanzierungen zu möglichst günstigen Zinskonditionen infolge der hohen Bonität der Republik Österreich (AAA-Rating) für alle Beteiligten erreicht werden. Ende 2002 betrugen diese Darlehensforderungen des Bundes aus Drittfinanzierungen (einschließlich Swaps) 12,5 Mrd EUR (Ende 2001: 10,0 Mrd EUR). Davon entfielen 0,9 Mrd EUR auf Darlehensforderungen an die Bundesländer (Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten).

Die folgenden Analysen konzentrieren sich, wie in den vorangegangenen Staatsschuldenausschussberichten, ausschließlich auf die Verschuldung des Bundes im Sinne des BHG⁵⁰ (ohne Finanzierungen für Dritte), da nur diese das Bundesbudget in

⁴⁷ Risikograd des Schuldenportefeuilles in Bezug auf Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und operationale Risiken, der infolge der Sonderstellung des Staates auf den Finanzmärkten gleichzeitig auch in Bezug auf systemische Finanzmarktrisiken von Relevanz ist.

⁴⁸ Bundesgesetz vom 4. Dezember 1992, BGBl. Nr. 763/1992 i. d. g. F.

⁴⁹ Österreichische Bundesbahnen; Österreichische Industrieholding AG; Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien; Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GmbH, AUSTRO CONTROL (Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbh), MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH.

⁵⁰ Bundeshaushaltsgesetz 1986 in der geltenden Fassung.

Form von Zinszahlungen belasten. Eine Gesamtübersicht über die Verschuldung des Staates einschließlich staatsnaher Einheiten liefert Kapitel 3.3 und Anhang A7.⁵¹

Tabelle 15: Bereinigte Finanzschuld 2002 nach Schuldfomren¹⁾

	Stand 31.12.2001		Zunahme ²⁾	Abnahme ³⁾	Nettoveränderung		Stand 31.12.2002	
	in Mio EUR	%-Ant.	in Mio EUR		in Mio EUR	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Euroschuld								
Anleihen	85.532	70,4	16.725	11.788	+4.938	+5,8	90.470	73,0
Bundesobligationen	1.461	1,2	118	628	-509	-34,9	951	0,8
Bundesschatzanweisungen	1.585	1,3	2.124	3.027	-904	-57,0	681	0,5
Titrierte Euroschuld	88.578	73,0	18.967	15.443	+3.525	+4,0	92.103	74,3
Versicherungsdarlehen	8.302	6,8	0	716	-716	-8,6	7.586	6,1
Bankendarlehen	8.339	6,9	791	1.671	-880	-10,6	7.458	6,0
Sonstige Kredite	2	0,0	1.100	-	+1.100	-	1.101	0,9
Nicht titrierte Euroschuld	16.642	13,7	1.891	2.387	-497	-3,0	16.146	13,0
Euroschuld	105.220	86,7	20.858	17.830	+3.028	+2,9	108.248	87,3
Fremdwährungsschuld⁴⁾								
Anleihen	14.356	11,8	2.993	3.373	-380	-2,6	13.976	11,3
Schuldverschreibungen	805	0,7	286	319	-32	-4,0	773	0,6
Titrierte Fremdwährungsschuld	15.161	12,5	3.279	3.691	-412	-2,7	14.748	11,9
Kredite und Darlehen	1.032	0,8	0	75	-75	-7,3	957	0,8
Fremdwährungsschuld	16.193	13,3	3.279	3.766	-487	-3,0	15.705	12,7
Finanzschuld bereinigt	121.413	100,0	24.137	21.596	+2.541	+2,1	123.953	100,0
in % des BIP	57,3		11,1	10,0	1,2		57,2	
<i>Memorandum:</i>								
Eigenbesitz in EUR	7.451	.	3.041	2.291	+750	+10,1	8.200	.
Eigenbesitz in Fremdwährung	35	.	-	3	-3	-7,3	33	.
Eigenbesitz insgesamt	7.486	.	3.041	2.294	+747	+10,0	8.233	.
Euroschuld inklusive Eigenbesitz ⁵⁾	112.671	87,4	23.899	20.121	+3.778	+3,4	116.449	88,1
FW-Schuld inklusive Eigenbesitz ⁵⁾	16.228	12,6	3.279	3.769	-490	-3,0	15.738	11,9
Finanzschuld inklusive Eigenbesitz⁵⁾	128.898	100,0	27.178	23.890	+3.288	+2,6	132.187	100,0

1) Finanzschulden unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps (CCS), des Eigenbesitzes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten; Fremdwährungsschuld bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimo. Monatliche Informationen sind auf der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oefia.at>).

2) Aufnahmen, Konversionen, nachträgliche Transaktionen und Kursverluste.

3) Tilgungen, Konversionen, nachtragliche Transaktionen und Kursgewinne.

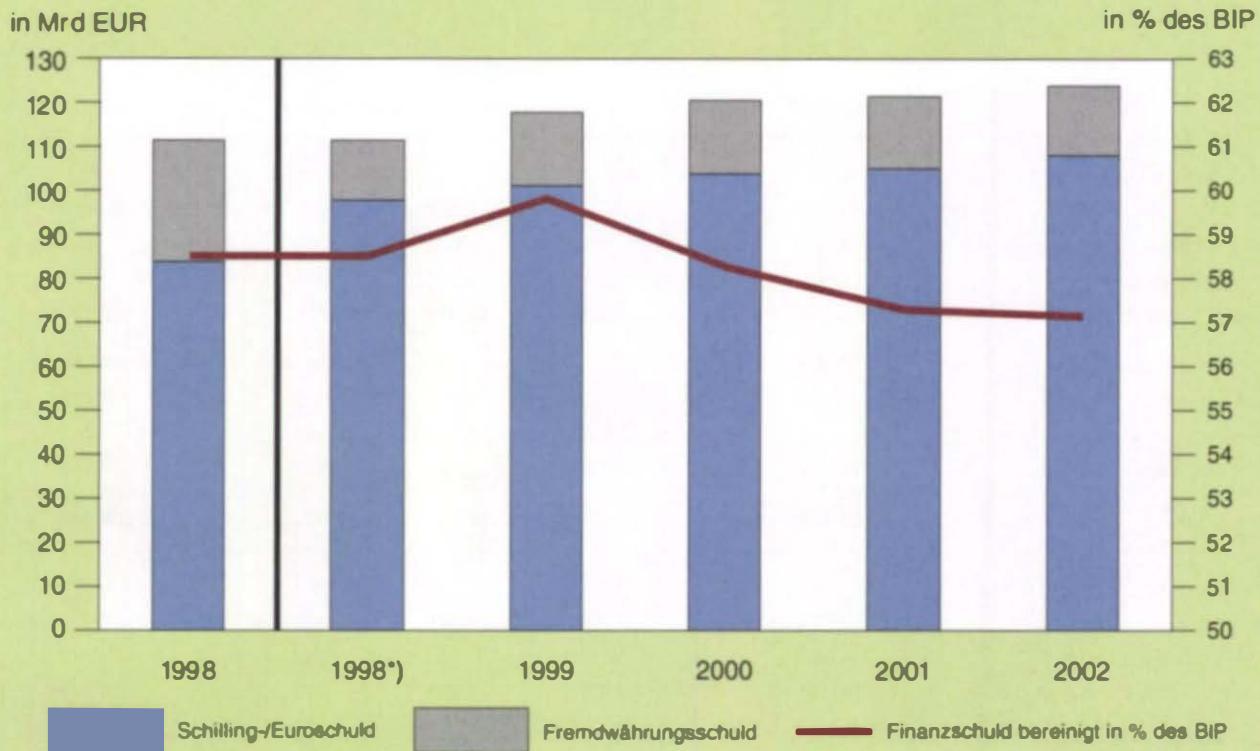
4) Auf Nicht-WWW-Währungen lautende Finanzschulden.

5) Eigenbesitz; im eigenen Besitz befindliche Bundesschuldskategorien.

Quelle: BMF und eigene Berechnungen (soweit keine anderen Quellen angegeben sind, gilt dies für alle Tabellen in Kapitel 4).

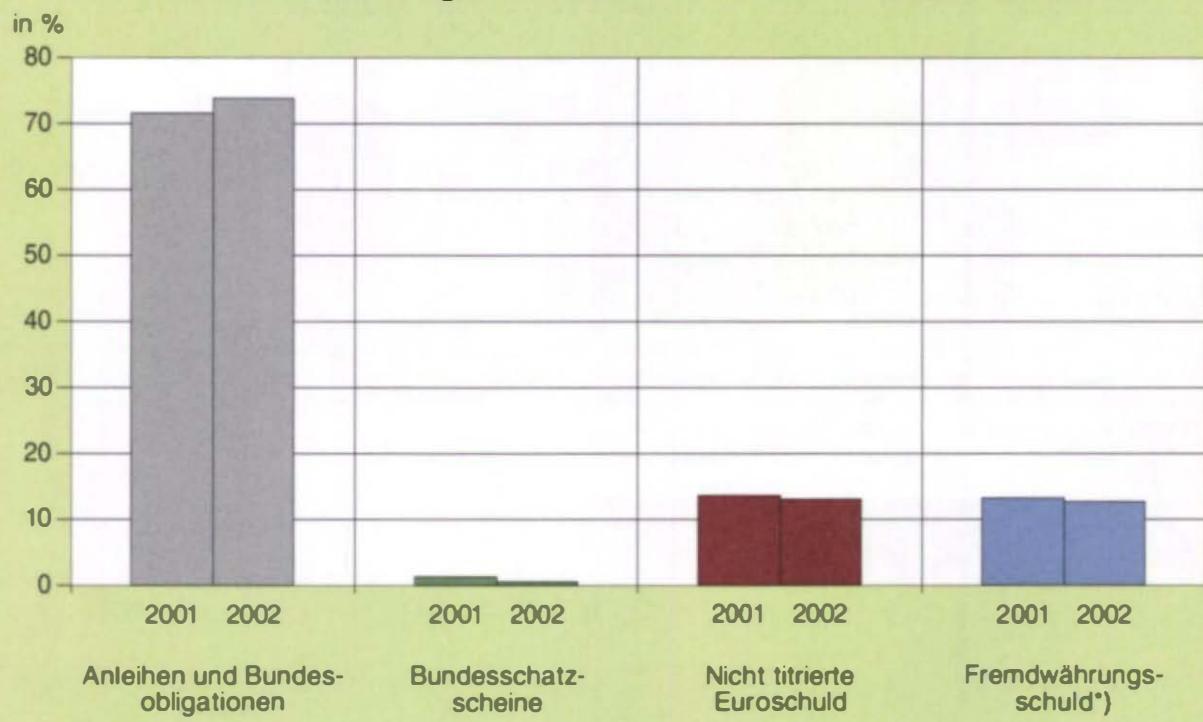
51 Informationen über den Schuldenstand des Bundes, der Bundesländer, Gemeinden und Sozialversicherungsträger laut Maastricht sind in den Tabellen 13 und 14 sowie im Anhang A8 und A9 zu finden. Eine Übersicht über das Volumen an langfristigen Verbindlichkeiten von außerbudgetären Einheiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden befindet sich im Anhang A7 des gegenständlichen Berichts.

Grafik 9
Entwicklung der bereinigten Finanzschuld des Bundes
1998 bis 2002



*) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.

Grafik 10
Anteile an der bereinigten Gesamtschuld des Bundes 2001 und 2002



*) Nicht-WWU-Währungen.

Die bereinigte Finanzschuld des Bundes⁵² (ohne Eigenbesitz) stieg 2002 infolge des höheren Nettodefizits stärker als im Vorjahr (2002: 2,5 Mrd EUR oder 2,1%, 2001: 0,7 Mrd EUR oder 0,6%) und erreichte damit zu Jahresende die Höhe von 124,0 Mrd EUR. Gemessen am BIP konnte dennoch eine Stabilisierung der Verschuldungsquote des Bundes erreicht werden (2002: 57,2% des BIP, 2001 57,3% des BIP). Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der bereinigten Finanzschuld verminderte sich von 13,3% (Ende 2001) auf 12,7% Ende 2002.

Der Zuwachs der Finanzschuld des Bundes weicht in der Regel aus methodischen Gründen (zeitliche Abgrenzungsunterschiede, Bewertungsänderungen bei der Fremdwährungsschuld, Kassenbestandsveränderungen) vom Nettodefizit des Bundes im Sinne des BHG⁵³ etwas ab. Im Berichtsjahr lag das Nettodefizit des Bundes mit 2,4 Mrd EUR um 0,1 Mrd EUR unter der ausgewiesenen Schuldzunahme von 2,5 Mrd EUR. Die geringfügig höhere Zunahme der Finanzschuld ging ausschließlich auf zeitliche Abgrenzungsunterschiede bzw. die Inanspruchnahme von *ultimo*übergreifenden Transaktionen⁵⁴ zurück, während Wechselkursverschiebungen gegenüber dem Euro die Zunahme der Fremdwährungsschuld abermals reduzierten (buchmäßige Nettokursgewinne 2002: 0,4 Mrd EUR, 2001: 0,4 Mrd EUR).

Das Debt-Management des Bundes in Österreich setzte seinen Kurs, die Finanzierung auf mittel- bis langfristige EUR-Bundesanleihen zu konzentrieren, fort. Neuaufnahmen erfolgten 2002 daher zu rund 75% in Form von EUR-Bundesanleihen. Dabei wurden durch Anleiheaufstockungen die aushaltenden Volumina von österreichischen Bundesanleihen weiter erhöht, um den Zinsabstand zu den „Benchmarkanleihen“ im Euroraum möglichst gering zu halten.

„Benchmarkanleihen“, die den Preis für andere Euroanleihen vorgeben,

- weisen ein Anleihenomina von deutlich mehr als 5 Mrd EUR auf,⁵⁵
- sind in den wichtigen internationalen Anleiheindizes⁵⁶ vertreten,
- dienen als Underlying (Basisinstrument) für Derivativgeschäfte auf den Future- und Repo-Märkten und
- werden entsprechend eines fixierten Emissionskalenders regelmäßig begeben.

Zudem verfügen die Emittenten von „Benchmarkanleihen“ im Euroraum (Deutschland und Frankreich) über einen breiten und tiefen heimischen Finanzplatz sowie einen breit gestreuten institutionellen Investorenkreis.

Der Zinsabstand deutscher Bundesanleihen, die den „Benchmarkstatus“ im 10-jährigen Laufzeitsegment innehaben, zu jenen Österreichs, verringerte sich im Berichtsjahr weiter.⁵⁷ Nach einem Anstieg des Zinsabstands österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland im 10-Jahressegment auf über 30 Basispunkte im Jahr 2000, ging dieser seit dem zweiten Halbjahr 2001 zurück und lag im Dezember 2002 bei nur noch 14 Basispunkten. Im Jahresdurchschnitt 2002 erreichte die Renditedifferenz zu Deutschland bei 10-jährigen Anleihen 18 Basispunkte (2001: 28 Basispunkte). Vergleichbare Entwicklungen waren auch bei den meisten anderen WWU-Staaten gegenüber Deutschland zu beobachten (WWU-Durchschnitt Juli 2001: 27 Basispunkte; Dezember 2002: 13 Basispunkte (ohne Griechenland und Luxemburg)).

Der Rückgang der Zinsdifferenz österreichischer Bundesanleihen könnte als Folge des Konsolidierungskurses der Bundesregierung gesehen werden. Allerdings ist anhand der Entwicklung des Zinsabstandes im WWU-Raum kein ausschließlicher Zusammenhang zwischen dem Budgetkurs und der Zinsentwicklung ableitbar. So verringerte sich beispielsweise der Zinsabstand Portugals gegenüber Deutschland im Jahr 2002 überdurchschnittlich (Portugal: -14 Basispunkte; WWU: -9 Basispunkte im Jahresdurchschnitt). Dies obwohl zu Jahresmitte 2002 bekannt wurde, dass das Budgetdefizit Portugals im Jahr 2001 über der 3%-Grenze gelegen war und die EU-Kommission das im Maastricht-Vertrag verankerte Verfahren bei einem über-

52 Finanzschuld des Bundes im Sinne des BHG unter Einschluss der Währungstauschverträge und abzüglich der im eigenen Besitz befindlichen Bundesschuldkatagogen.

53 Bundeshaushaltsgesetz 1986 in der geltenden Fassung.

54 Höhere Kassenveranlagungen über den Jahresultimo im Wege von unechten Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften und Konversionsaufnahmen zur Tilgung im Folgejahr.

55 Nur Anleihen mit einem aushaltenden Volumen von zumindest 5 Mrd EUR gelten sowohl bei internationalen elektronischen Handelsplattformen (z. B. Euro-MTS (Multi National Trading System)) als auch bei Termin- und Future-Börsen (MATIF (Marché A Terme International de France) bzw. EUREX (EUROpean EXchange)) als handelbar bzw. lieferfähig.

56 Darunter fallen insbesondere Indizes von Salomon Smith Barney, J.P. Morgan und Lehman Brothers.

57 Siehe dazu auch Tabelle 2: Renditenabstände 9- bis 10jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1998 bis 2002.

mäßigen Defizit („Excessive Deficit Procedure“) in weiterer Folge einleitete. Studien, die die Reaktionen der Finanzmärkte in Bezug auf Budgetentwicklungen untersuchen⁵⁸, kommen zwar zumeist zu dem Ergebnis, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Risikoprämie (Zinssatz) und der Budgetentwicklung gibt. Allerdings dürfte dieser Konnex nicht linear sein und von kurzfristig wirkenden Einflussfaktoren („Marktpsychologie“) überlagert werden. Bei hohen Budgetdefiziten über einen längeren Zeitraum ist jedoch davon auszugehen, dass die Finanzmärkte höhere Risikoprämien verlangen.

Seit Ende August 2002 bedient sich der Bund eines neuen elektronischen Finanzprodukts, das Kleinanleger (private Haushalte) als Zielgruppe hat. Die so genannten „Bundesschätz“ sind Inhaberwertpapiere und können ausschließlich über Internet bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur erworben werden. Die Bundesschätz sind mit einer Stückelung von EUR 0,01 und mit einer Laufzeit von 30 Jahren (1. Juli 2002 bis 1. Juli 2032) ausgestattet. Für den Investor handelt es sich allerdings um kurz- bis mittelfristige Veranlagungen mit einer Bindungsdauer von 1, 3 oder 6 Monaten, die - sofern keine Kündigung ausgesprochen wird, verlängert werden.⁵⁹ Innerhalb dieser Bindungsdauer gilt der jeweils für den Einzahlungstag oder für den Zinsfälligkeitstag geltende Zinssatz, der sich an den Geldmarktsätzen des Euroraums (EURIBOR-Sätze für 1, 3 oder 6 Monate) orientiert und im Internet (www.bundesschatz.at) bekannt gegeben wird. Ein Wertpapierkursrisiko besteht für den Investor nicht, da der Verkauf und Ankauf der Papiere immer zu einem Kurswert von 100 erfolgt.⁶⁰ Das Emissionsvolumen der Bundesschätz betrug im Berichtsjahr 500 Mio EUR. Davon konnten bis Jahresende 112 Mio EUR platziert werden. Der verbleibende Rest des Umlaufvolumens an Bundesschätzten befand sich im Verkaufsbestand der Schuldnerin bzw. im Asset-Portefeuille des Bundes.

Das Asset-Portefeuille an eigenen Schuldtiteln (Bundesanleihen, Bundesschätz) expandierte daher abermals (2002: +0,7 Mrd EUR; 2001: +1,2 Mrd EUR; 2000: +1,4 Mrd EUR). Neben dem Umstand, dass sich vom Laufzeitbeginn bis zum Erwerb der Bundesschätz das emittierte Volumen an Bundesschätzten im Assetbestand des Bundes befindet, behält sich der Bund bei jeder Bundesanleiheemission eine Eigenquote von 10% zurück. Der Besitz des Bundes an eigenen Papieren wird für Pensionsgeschäfte⁶¹ (Repo-Geschäfte), für Wertpapierleihegeschäfte⁶² sowie für die Marktpflege herangezogen. Insgesamt erreichte Ende 2002 das Asset-Portefeuille des Bundes an eigenen Schuldtiteln 8,2 Mrd EUR. Der in der Tabelle 15 ausgewiesene Betrag von 132,2 Mrd EUR für die Finanzschuld stellt die Verschuldung des Bundes einschließlich dieser im eigenen Besitz befindlicher Bundespapiere dar.

Die Finanzierungsaktivitäten des Bundes beschränkten sich im Berichtsjahr 2002 – wie bereits in den Vorjahren – nicht ausschließlich auf Kapitalaufnahmen zur Deckung des Bruttofinanzierungsbedarfes des Bundes (Nettodefizits und Tilgungen), sondern dienten auch zur Steuerung des Schuldenportefeuilles (Portfoliomanagement) in Bezug auf Laufzeit, Verzinsungsmodalität und Währungsstruktur, um eine Anpassung der Verschuldungsstruktur an die jeweiligen Marktgegebenheiten möglichst rasch zu gewährleisten. Dieser Umstand kommt abermals im Anstieg der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen zum Ausdruck (Tabelle 17). Umstrukturierungen von bestehenden Verbindlichkeiten in Form von Konversionen wurden demgegenüber deutlich weniger als in den Vorjahren vorgenommen (Tabelle 16). Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Konversionsvereinbarungen der Vergangenheit zunehmend auslaufen und der Bestand vorzeitig kündbarer Schuldtitle permanent abgenommen hat.

58 Einen Überblick über empirische Untersuchungen zum Thema Budget- und der Zinsentwicklung bietet William G. Gale and Peter R. Orszag (2002), *The Economic Effects of Long-Term Fiscal Discipline*, Urban-Brookings Tax Policy Center.

59 Der Gläubiger hat das Recht, von der Schuldnerin den Rückkauf der Bundesschätz zum nächsten Zinsfälligkeitstag zur Gänze oder in Teilbeträgen zu verlangen.

60 Der Gläubiger hat das Recht, von der Schuldnerin den Rückkauf der Bundesschätz zu 100% des Nennwertes zum nächsten Zinsfälligkeitstag zur Gänze oder in Teilbeträgen zu verlangen („Put-Option“). Die Schuldnerin bzw. der Bund hat das Recht, die nach dem 30. Juni der Jahre 2007 bis 2031 ausstehenden Bundesschätz, für die keine Put-Optionen ausgeübt wurden, zum nächsten Zinsfälligkeitstag zu 100% des Nennwertes anzukaufen („Call-Option“).

61 Unter Pensionsgeschäften versteht man die befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsgebers, unechte in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

62 Bei der Wertpapierleihe werden Wertpapiere für einen befristeten Zeitraum gegen ein Nutzungsentgelt überlassen, die Übertragungsvorgänge des Wertpapiers erfolgen allerdings ohne Zahlungen.

Nachträgliche Cross-Currency-Geschäfte zur Umschichtung bereits bestehender Swap-Verträge wurden im Jahr 2002 im Ausmaß von 0,6 Mrd EUR getätig.⁶³ Die reinen Schuldaufnahmen (ohne Konversionen und nachträgliche Transaktionen) des Bundes überschritten mit 16,8 Mrd EUR angesichts höherer Tilgungserfordernisse den Vorjahreswert um 4,1 Mrd EUR oder 32%. Die Tilgungsbeträge beliefen sich 2002 auf 13,1 Mrd EUR (2001: 10,3 Mrd EUR).

Tabelle 16: Zunahme und Abnahme der Finanzschuld 2001 und 2002¹⁾ (in Mio EUR)

	Zunahme				Abnahme	
	2001	2002			2001	2002
Aufnahmen	12.771	16.826	Tilgungen		10.310	13.118
Konversionen	8.117	3.687	Konversionen		8.109	3.694
Rückkauffinanzierungen	-	-	Rückkauffinanzierungen		-	-
Nachträgliche Transaktionen mit Rechtsträgern	-	-	Nachträgliche Transaktionen mit Rechtsträgern		90	4
Devisentermingeschäfte ²⁾	-	-	Devisentermingeschäfte ²⁾		25	20
Nachträgliche CCS und WB ³⁾	1	-0	Nachträgliche CCS und WB ³⁾		-	-
Kursverluste ⁴⁾	216	1.745	Kursgewinne ⁴⁾		655	2.133
Summe	21.105	22.257	Summe		19.189	18.969

1) Inklusive Eigenbesitz von Bundesschuldkatoren.
 2) Transaktionsvolumina zu Nominalwerten.
 3) Umschuldungen von bestehenden Verbindlichkeiten durch Cross-Currency-Swaps (netto) und Wertberichtigungen.
 4) Buchmäßige Bewertung.

Tabelle 17: Forderungen und Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps 2002¹⁾

	Finanzschuld i.e.S. Stand 31.12.2002			Verbindlichkeiten aus CCS-Verträgen (+)		Forderungen aus CCS-Verträgen (-)		Finanzschuld (inklusive EB) ²⁾ Stand 31.12.2002		
	in Mio FW	in Mio EUR	in %	in Mio FW	in Mio EUR	In Mio FW	in Mio EUR	in Mio FW	in Mio EUR	in %
USD	6.191	5.903	42,0	120	114	6.311	6.018	-	-	-
CHF	4.800	3.305	23,5	7.693	5.297	-	-	12.493	8.602	54,7
CAD	300	181	1,3	-	-	300	181	-	-	-
JPY	479.000	3.851	27,4	444.779	3.576	36.112	290	887.667	7.136	45,3
GBP	464	713	5,1	392	602	856	1.316	-	-	-
ZAR	300	33	0,2	-	-	300	33	-	-	-
NOK	400	55	0,4	-	-	400	55	-	-	-
FW-Schuld	14.042	100,0		9.589		7.893		15.738	100,0	
EUR	-	117.612	89,3	-	4.952	-	6.116	-	116.449	88,1
Finanzschuld	-	131.654	100,0	-	14.541	-	14.009	-	132.187	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.
 2) Inklusive Eigenbesitz von Bundesschuldkatoren.

63 Die Transaktionsvolumina von Cross-Currency-Geschäften sind von der Tabelle 16: Zunahme und Abnahme der Finanzschuld nicht ablesbar, werden jedoch im Bundesrechnungsabschluss (Tabellen: C.7.2 und C.7.3) veröffentlicht. Derivative Finanztransaktionen tangieren die Entwicklung der Finanzschuld ausschließlich in Form des Differenzbetrages zwischen den Verbindlichkeiten und Forderungen aus derivativen Geschäften. Dieser Differenzbetrag ist in der Tabelle 16 unter der Position „nachträgl. CCS und WB“ ausgewiesen.

Der Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen⁶⁴ nahm im Berichtsjahr neuerlich zu. Der Einsatz von Swaps (Cross-Currency-Swaps, Zinsenswaps) erhöht zum einen die Flexibilität des Debt-Managements (Anpassung der Verschuldungsstruktur im Hinblick auf Zins- und Wechselkursentwicklungen, Steuerung der durchschnittlichen Kapitalbindungsdauer (Duration⁶⁵) des Schuldenportefeuilles losgelöst von den Schuldaufnahmen) und nutzt zum anderen Arbitragemöglichkeiten infolge von Marktunvollkommenheiten (differierende Marktstellung, unterschiedliche Anlagevorschriften, abweichende Veranlagungspräferenzen), die Kosteneinsparungen im Vergleich zu Direktfinanzierungen ergeben. Zinsenswaps werden seit der WWU insbesondere auch dazu genutzt, die Zinszahlungsstruktur der EUR-Bundesanleihen zu diversifizieren. Dabei tauscht der Bund vorwiegend Anleihen mit fixer Verzinsung gegen Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung ein. Die dominierende Ausgangswährung bei Cross-Currency-Swaps des Bundes ist der US-Dollar. Seit der WWU wird weiters auch der Euro in hohem Maße für Swapverträge (insbesondere als Ausgangswährung aber auch als Endwährung) herangezogen (siehe Tabelle 17). Da Derivativgeschäfte (im wesentlichen Swaps, aber auch Devisentermingeschäfte) prinzipiell mit einem zusätzlichen Risiko, nämlich dem Ausfallrisiko des Vertragspartners behaftet sind, werden zur Reduktion dieses Risikos - neben strengen Auswahlkriterien in Bezug auf die Bonität des Swappartners und Limitvorgaben - Swaptransaktionen vorwiegend mit Collaterals (Besicherungsinstrumenten) unterlegt.

Die Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps erreichten Ende 2002 ein Nominalvolumen von 14,5 Mrd EUR (2001: 13,5 Mrd EUR; 2000: 10,9 Mrd EUR), wobei im Berichtsjahr vor allem USD-Anleihen und NOK-Anleihen via Swaps in EUR-Verbindlichkeiten transferiert wurden. Der Nominalwert der Zinsswaps veränderte sich kaum und betrug Ende 2002 15,1 Mrd EUR (2001: 15,0 Mrd EUR; 2000: 7,4 Mrd EUR).

Tabelle 18: Auslandsverschuldung des Bundes 1998 bis 2002 (%-Anteile¹⁾)

	Titrierte Finanzschuld			Nicht titr. Finanzschuld			Euro-Schuld	FW-Schuld	Schuld Gesamt
	Euroschuld	FW-Schuld	Summe	Euroschuld	FW-Schuld	Summe			
1998 ²⁾	34,6	96,3	42,1	11,1	97,1	15,0	29,9	96,3	37,0
1999	46,6	94,7	53,4	12,5	100,0	17,9	40,8	95,1	47,8
2000	54,0	93,0	58,8	12,7	100,0	17,6	47,6	93,5	52,8
2001	59,6	92,2	63,5	16,9	100,0	21,6	53,7	92,7	58,1
2002 ³⁾	64,3	94,7	68,1	16,7	100,0	21,3	58,1	95,0	62,4

1) In ausländischem Besitz befindliche Verbindlichkeiten des Bundes gemessen an der Finanzschuld im engeren Sinn (vor Swaps) einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen. Die Quoten der Teilergebnisse liefern Informationen über den Auslandsanteil der jeweiligen Kategorie.

2) 1998 Rückrechnung: Euroschuld umfasst Verbindlichkeiten in EUR und in nationalen Währungseinheiten des EUR, Fremdwährungsschuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.

3) Vorläufige Daten.

Quelle: OeNB - Devisenstatistisches Meldesystem.

Die Verwirklichung der WWU ging mit einem Wegfall der traditionellen Rolle der österreichischen Finanzintermediäre als Hauptinvestoren für die Verschuldung des Bundes einher. Mittlerweile finanzieren ausländische Investoren (insbesondere des Euroraumes) mehr als 60% der gesamten Verbindlichkeiten des Bundes in Euro und Fremdwährungen. Ende 1998 betrug die Auslandsverschuldungsquote des Bundes noch unter 40%. Diese dynamische Entwicklung der Auslandsverschuldung des Bundes ergibt sich durch das Bieterverhalten im Rahmen des Tenders von EUR-Bundesanleihen⁶⁶ und steht in keinem Zusammenhang mit der Fremdwährungsverschuldung des Bundes.

64 Einschließlich Devisentermingeschäften.

65 Die Duration-Kennziffer berücksichtigt auch die laufenden Zinszahlungen, entspricht bei einer Nullkuponanleihe der Restlaufzeit und dient als Kenngröße für die Zinsensensitivität eines Portefeuilles.

66 Emissionsverfahren, bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung auf Grund der Renditenangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Die Käufer der in Euro denominierten Bundesanleihen sind seit der WWU fast ausschließlich die im Bieterkonsortium⁶⁷ teilnehmenden ausländischen Primärhändler (Banken), die diese Papiere auch im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platzieren. Von dem im Berichtsjahr emittierten Anleihevolumen des Bundes in Höhe von 13,4 Mrd EUR (inklusive 10%-Eigenanteil und einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen) übernahmen ausländische Primärhändler im Zuge des Tenderverfahrens über 89% (2001: 88%). Berücksichtigt man zusätzlich die Sekundärmarktransaktionen, so erwarben ausländische Gläubiger 79% des Emissionsvolumens des Bundes im Berichtsjahr. Insgesamt befanden sich zu Jahresende 2002 bereits 64% der titrierten Schuldkategorien in Euro (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine) im Besitz von ausländischen Gläubigern (Ende 2001: 60%).

4.1.2 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Euroschild

Die Struktur der Finanzschuld des Bundes in Österreich verschob sich im Jahr 2002 weiter in Richtung titrierte Euroschildformen. Von der bereinigten Finanzschuld des Bundes entfielen zu Jahresende 73,0% auf EUR-Bundesanleihen (2001: 70,4%) und auf alle titrierten Schuldformen in Euro 74,3% (2001: 73,0%).

Von den im Berichtsjahr durchgeföhrten neun EUR-Bundesanleiheemissionen wurden acht dazu genutzt, bereits emittierte Anleihen unter Beibehaltung der Ausstattungsmerkmale (Nominalzins sowie Zins- und Tilgungstermin) aufzustocken. Diese in den Vorjahren bereits praktizierte Methode stellt einerseits eine kontinuierliche Marktpräsenz sicher und ermöglicht andererseits die Generierung von möglichst hohen Umlaufvolumina. Hohe Umlaufvolumina tragen dazu bei, die Liquidität bzw. Attraktivität österreichischer Bundesanleihen auf dem Euromarkt zu erhöhen. Für jene Anleihe, die erstmals begeben wurde (5% Bundesanleihe 2002-2012) wurde ein syndiziertes Emissionsverfahren gewählt. Das seit 1999 bestehende Debl Issuance Programm (DIP) des Bundes sieht vor, dass neben dem traditionellen Auktionsverfahren auch syndizierte Bundesanleihebegebungen im Wege eines Bankenkonsortiums erfolgen können. Als Lead Manager und Co-Lead Manager sind dabei nur jene Banken zugelassen, die Teilnehmer am Auktionsverfahren sind. Die Zusammensetzung des Konsortiums kann für jede einzelne Begebung variieren. Der Umlauf von Anleihen in Euro (einschließlich WTV, ohne Eigenquote und ohne Rechtsträgerfinanzierungen) stieg mit 4,9 Mrd EUR oder 5,8% neuerlich deutlich stärker als die Euroschild insgesamt, die um 3,0 Mrd EUR oder 2,9% ausgeweitet wurde.

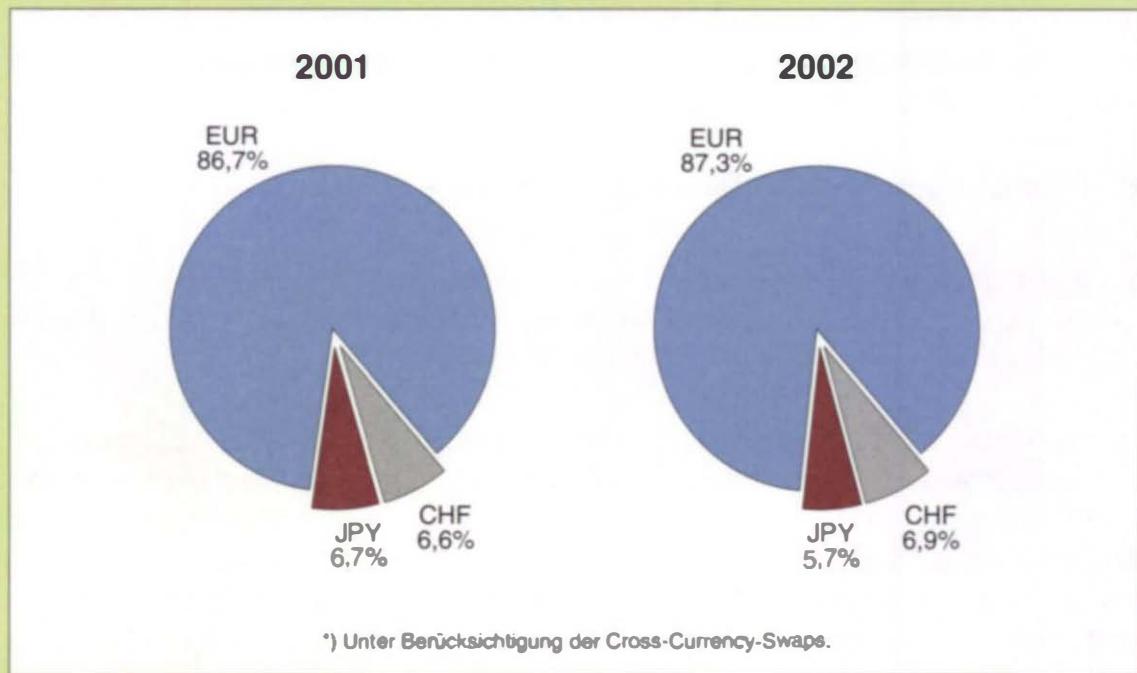
Geldmarktpapiere wurden angesichts der Möglichkeit, längerfristige Finanzierungsformen (Anleihen) durch Zinsenswaps in Schuldformen mit Geldmarktkonditionen überzuführen, kaum in Anspruch genommen. So vermindert sich das Umlaufvolumen aller Bundesschatzscheinkategorien - trotz der Einföhrung des neuen Finanzproduktes „Bundesschätz“ (siehe Kapitel 4.1.1) - im Jahresabstand um 0,9 Mrd EUR oder 57,0%. Neben der Platzierung von Bundesschätzten bei privaten Haushalten wurden Geldmarktpapiere im Auktionsverfahren (ATB-Programm nach englischem Recht mit Hauptzahlstelle in London und Teilnahme von 3 österreichischen und 6 ausländischen Banken) und im Direktverkauf neu begeben. Ergänzt wurden diese kurzfristigen Finanzierungen (Laufzeit von bis zu einem Jahr) durch Darlehensvergaben der Bundesländer an den Bund. Diese Bundesländerdarlehen sind unter der Kategorie „sonstige Kredite“ verbucht und beliefen sich 2002 auf 1,1 Mrd EUR. Die Entwicklung ist insofern erfreulich als sie dazu beiträgt, Liquiditätsüberschüsse und Finanzierungserfordernisse zwischen dem Bund und den anderen öffentlichen Haushalten in Österreich im Sinne eines Konzem-Treasuries auszugleichen. Darüber hinaus erhöhen intergouvernementale Verbindlichkeiten nicht den Schuldenstand gemäß Maastricht (siehe Kapitel 3.1).

Insgesamt betrug zu Jahresende 2002 die bereinigte Verschuldung in Euro (ohne Eigenbesitz) 108,2 Mrd EUR, wovon 85,1% auf titrierte Bundespapiere und 14,9% auf Kredit- und Darlehensverträge entfielen.

⁶⁷ Im Berichtsjahr nahmen 24 Finanzintermediäre am Tenderverfahren teil. Die Zusammensetzung bestand aus 6 österreichischen, 5 deutschen, 4 französischen, 3 US-amerikanischen und jeweils 2 schweizerischen, holländischen und asiatischen Häusern.

Grafik 11

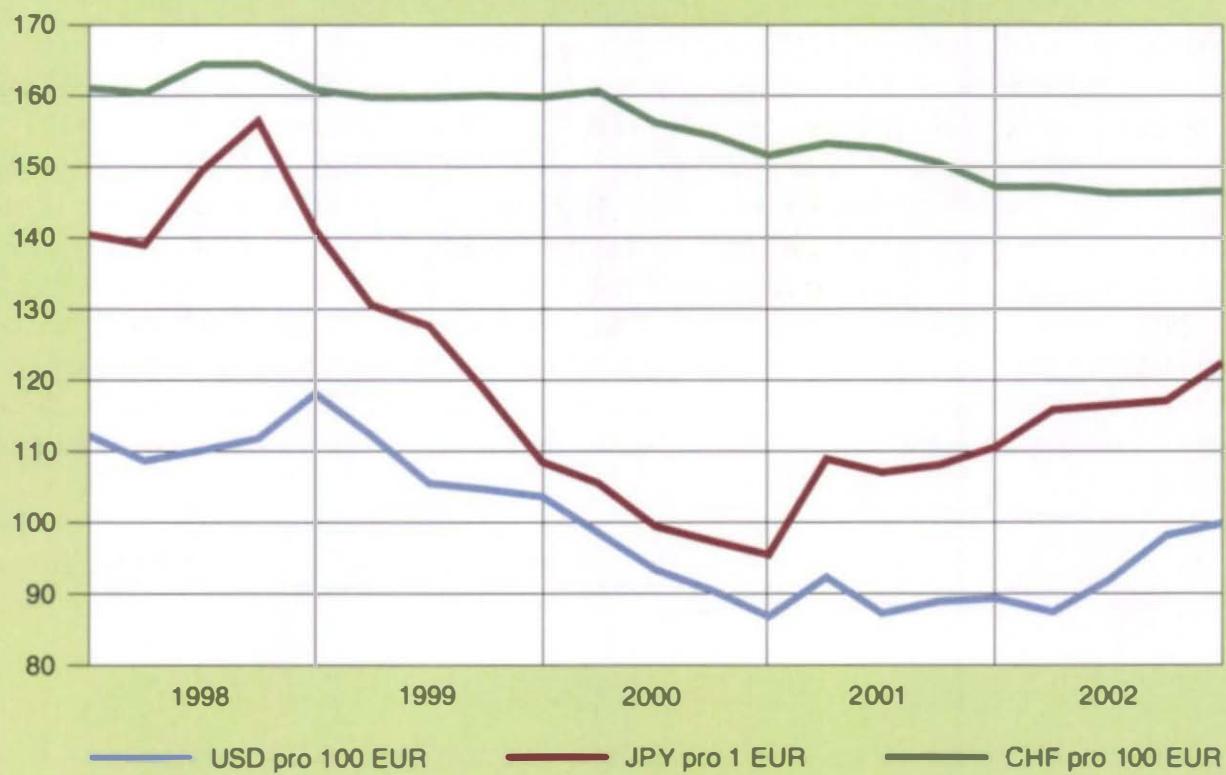
**Währungsanteile an der bereinigten Finanzschuld des Bundes
2001 und 2002*)**



Grafik 12

Entwicklung der Devisenmittelkurse 1998 bis 2002

Quartalsdurchschnitte, nationale Währungseinheiten pro EUR



4.1.3 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Fremdwährungsschuld

Das aushaltende Volumen an Fremdwährungsverbindlichkeiten des Bundes wird seit der WWU im Wesentlichen konstant gehalten. Ausschlaggebend dafür sind sowohl die attraktiven Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums, die dem Bund erlauben, das breite Angebot eines internationalen Finanzmarktes in heimischer Währung zu nutzen, als auch das Bestreben des Debt-Managements, das Wechselkursrisiko durch Limitvorgaben über die maximale Höhe der Fremdwährungsverschuldung in Grenzen zu halten.

Tabelle 19: Bereinigte Fremdwährungsschuld ¹⁾ im Jahr 2002: Eurogegenwerte und Währungsanteile

	Stand			Nettoveränderung				Stand		
	31.12.2001			insgesamt		davon durch		31.12.2002		
	in Mio FW	in Mio EUR	%-Anteil	in Mio EUR	in %	Aufnahmen/Tilgung ²⁾	Bewertungsänderung	in Mio FW	in Mio EUR	%-Anteil
CHF	11.935	8.049	49,7	+553	+6,9	+377	+176	12.493	8.602	54,8
JPY	939.225	8.144	50,3	-1.040	-12,8	-479	-561	883.587	7.103	45,2
FW-Schuld ¹⁾	.	16.193	100,0	-487	-3,0	-102	-385	.	15.705	100,0

- 1) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps, des Eigenbesitzes des Bundes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelpunkt des jeweiligen Jahresultimo.
 2) Einschließlich Konversionen, Rückkauffinanzierungen und nachträglichen Cross-Currency-Swaps.

Tabelle 20: Wechselkurse im Jahr 2002

	Devisenmittelpunkt 31.12.2001 in EUR	Devisenmittelpunkt 31.12.2002 in EUR	Änderung in %
1 USD	1,13	0,95	-15,96
1 CAD	0,71	0,60	-14,94
1 GBP	1,64	1,54	-6,46
100 CHF	67,44	68,85	+2,10
100 JPY	0,87	0,80	-7,28
100 ZAR	9,59	11,10	+15,77
100 NOK	12,58	13,74	+9,29

Quelle: OeNB, OBFA.

Im Berichtsjahr 2002 erfolgte eine Umschichtung der Währungszusammensetzung in Richtung Schweizer Franken: Während Ende 2001 der CHF-Anteil an der bereinigten Fremdwährungsschuld noch 49,7% und jener des japanischen Yen 50,3% betrug, waren zu Jahresende 2002 Anteile von 54,8% für den Schweizer Franken und 45,2% für den japanischen Yen zu verzeichnen. Diese Maßnahme bot sich im Berichtsjahr an, da die Wechselkurse des japanischen Yen gegenüber dem Euro im Zeitvergleich niedrig und jene des Schweizer Frankens hoch waren. Darüber hinaus lässt sich statistisch belegen, dass

der Schweizer Franken in der Vergangenheit ein geringeres Wechselkursrisiko (Volatilität und Aufwertungswahrscheinlichkeit) als der japanische Yen aufwies.

Die Strategie der Fremdwährungsfinanzierung des Bundes ist prinzipiell langfristig ausgelegt. Da Zinseinsparungen als Folge der niedrigen Nominalzinssätze jährlich (potenziell) anfallen und über Zinseszinseffekte einen entsprechend hohen kumulierten Betrag ergeben, nimmt die Wahrscheinlichkeit, dass bereits erzielte Zinsersparnisse infolge von ungünstigen Wechselkursrelationen aufgehoben werden, mit der Laufzeit der Verschuldung ab.

Buchmäßige Kursgewinne bei der Fremdwährungsschuld ergaben sich 2002 bei den JPY-Verbindlichkeiten in Höhe von 0,6 Mrd EUR, denen buchmäßige Kursverluste bei der CHF-Schuld von 0,2 Mrd EUR gegenüberstanden.⁶⁸ Der buchmäßige Nettokursgewinn belief sich somit auf 0,4 Mrd EUR.

Das in Euro umgerechnete Volumen an Fremdwährungsverbindlichkeiten (unter Berücksichtigung des Eigenbesitzes) lag Ende 2002 mit 15,7 Mrd EUR leicht unter dem Vorjahreswert von 16,2 Mrd EUR. Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der bereinigten Finanzschuld des Bundes insgesamt reduzierte sich dadurch im Jahresabstand von 13,3% (2001) auf 12,7% (2002).

4.2 Fristigkeit der Finanzschuld

Die Gestion des Laufzeitprofils der Verschuldung zählt neben der Auswahl des Verschuldungsinstruments, der Währungszusammensetzung und der Verzinsungsart zum Kern der Portefeuillesteuerung. Eine nicht diversifizierte Fristigkeitsstruktur der Verschuldung führt zu einer Kumulierung der Tilgungserfordernisse und erhöht das Refinanzierungsrisiko. Das Refinanzierungsrisiko besteht zwar bei entwickelten Finanzmärkten - wie dem Euroraum - kaum darin, dass keine Kapitalaufbringung möglich ist, jedoch darin, dass Schuldaufnahmen bei ungünstigen Marktverhältnissen (bei hohem Marktzinsniveau oder Marktentgüssen) erfolgen müssen.

Tabelle 21: Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 2001 und 2002¹¹

	2001		2002	
	Stand 31.12. in Mio EUR	Restlaufzeit in Jahren	Stand 31.12. in Mio EUR	Restlaufzeit in Jahren
Euroschuld	112.671	5,7	116.449	5,6
Fremdwährungsschuld²⁾	16.228	4,7	15.738	4,5
d a v o n				
CHF	8.049	4,1	8.602	4,6
JPY	8.179	5,2	7.136	4,5
F i n a n z s c h u l d	128.898	5,5	132.187	5,5

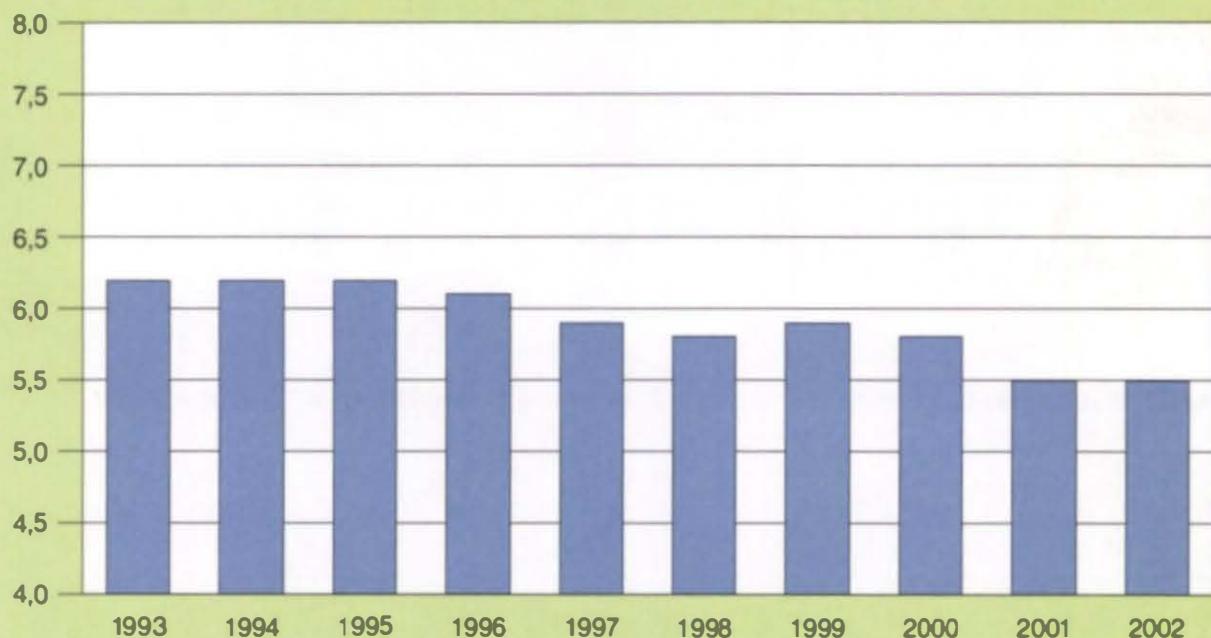
1) Finanzschulden (inklusive Eigenbesitz) unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.
2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

⁶⁸ Die Umrechnung der Fremdwährungsschuld des Bundes in EUR erfolgt zu den Devisenmittelkursen des jeweils letzten Börsenlages des Jahres. Buchmäßige Kursgewinne oder -verluste ergeben sich für die bestehende Fremdwährungsschuld aus der Differenz zwischen den beiden Jahresendkursen, bei im Laufe des Jahres aufgenommenen Verbindlichkeiten durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung und dem Jahresendkurs und für die während des Jahres getätigten Beiträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahres und dem Tilgungskurs.

Grafik 13

Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1993 bis 2002*)

in Jahren

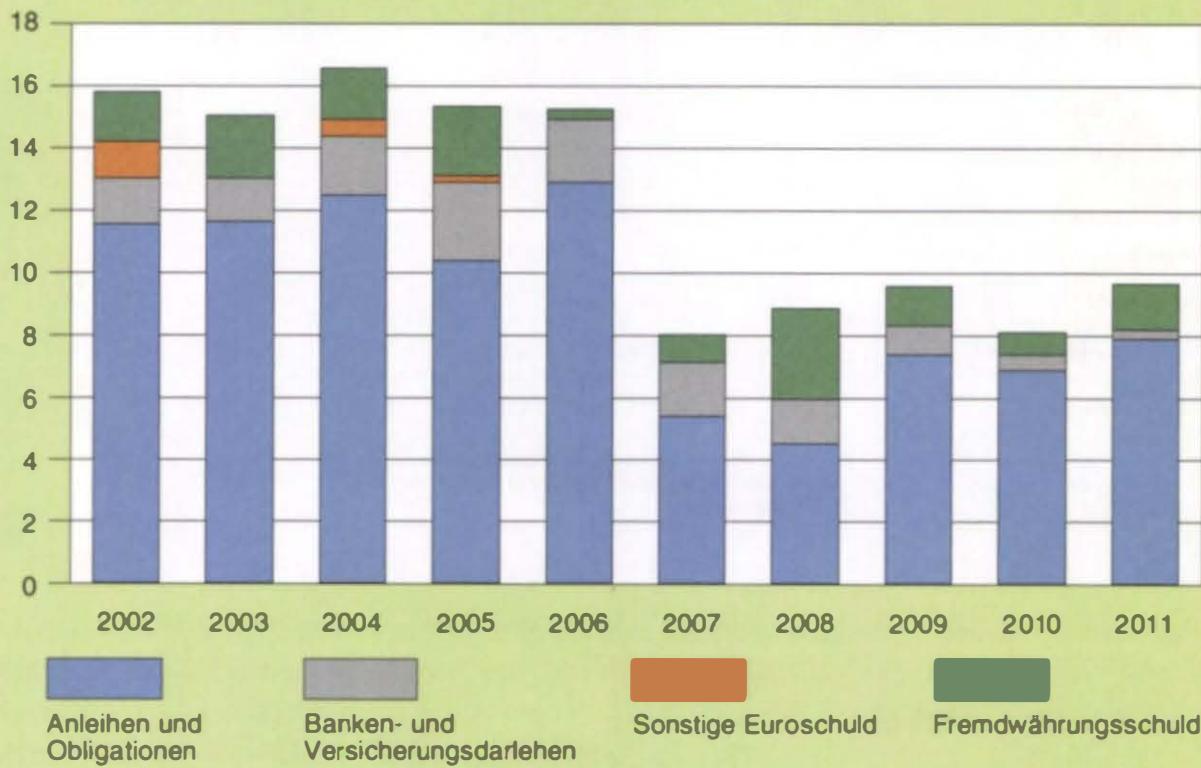


*) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Grafik 14

Tilgungsplan der Finanzschuld 2002 nach Schuldfomren*)

in Mrd EUR



*) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Tabelle 22: Fristigkeitsprofil der bereinigten Finanzschuld 2000 bis 2002 ¹⁾

	2000		2001		2002	
	in Mio EUR	%-Anteil	in Mio EUR	%-Anteil	in Mio EUR	%-Anteil
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	11.341	9,4	13.112	10,8	15.430	12,4
Mittelfristig (zwischen 1 und 5 Jahren)	53.242	44,1	56.642	46,7	57.731	46,6
Langfristig (ab 5 Jahren)	56.123	46,5	51.658	42,5	50.793	41,0
Bereinigte Finanzschuld	120.705	100,0	121.413	100,0	123.953	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps, des Eigenbesitzes des Bundes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Tabelle 23: Tilgungsplan der Finanzschuld 2002 nach Schuldformen ¹⁾ (in Mio EUR)

	2003 BVA	2004	2005	2006	2007	2008-2012
Euroschuld						
Anleihen	11.331	11.542	12.404	10.150	12.896	31.759
Bundesobligationen	214	125	78	218	11	404
Bundesschatzscheine	104	-	555	210	-	-
Titrierte Euroschuld	11.650	11.667	13.037	10.578	12.906	32.163
Versicherungsdarlehen	755	806	1.155	1.813	1.053	2.004
Bankendarlehen	726	553	747	733	979	2.871
Sonstige Kredite	1.100	-	-	-	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	2.581	1.360	1.902	2.546	2.032	4.874
Euroschuld	14.231	13.027	14.939	13.124	14.939	37.037
F W - S c h u l d ²⁾						
Anleihen	1.568	1.730	1.443	1.856	156	6.625
Schuldverschreibungen	-	-	-	286	-	486
Titrierte Fremdwährungsschuld	1.568	1.730	1.443	2.142	156	7.111
Kredite und Darlehen	11	285	172	92	172	138
Fremdwährungsschuld	1.580	2.014	1.615	2.234	329	7.249
F i n a n z s c h u l d	15.811	15.041	16.554	15.358	15.267	44.286

1) Tilgungsplan der Finanzschuld des Bundes bis 2012 unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern; ohne Tilgungen im Zuge von Konversionen.
2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Die durchschnittliche Restlaufzeit⁶⁹ des gesamten Schuldenportefeuilles (Finanzschuld des Bundes inklusive Eigenbesitz) lag Ende 2002 - wie bereits Ende 2001 - bei 5,5 Jahren. Die im Berichtsjahr durchgeföhrten Neuemissionen und Aufstockungen von EUR-Bundesanleihen (Bruttoaufnahmen), die den überwiegenden Teil des gesamten Finanzierungsvolumens abdeckten, wiesen ein geringfügig längeres Fristigkeitsprofil von durchschnittlich 8,3 Jahren (2001: 8,2 Jahren) mit einem Lauf-

69 Bei den Berechnungen der Restlaufzeit werden vertraglich festgelegte Konversionsvereinbarungen berücksichtigt (Sicht des Schuldners), was insbesondere bei der Analyse der Fristigkeit von Bundesschatzscheinen zu beachten ist.

zeitspektrum von 4 bis zu 10 Jahren auf. Bei der Fremdwährungsschuld betrug die Restlaufzeit zu Jahresende 2002 4,5 Jahre (2000 und 2001: 4,7 Jahre).

Das Laufzeitenprofil der bereinigten Finanzschuld des Bundes spiegelt zwar die Konzentration des Bundes auf Finanzierungsformen mit mittel- bis langfristigen Ursprungslaufzeiten wider. Die relativ hohen Tilgungserfordemisse im Jahr 2003 führten jedoch im Berichtsjahr zu einer leichten Verschiebung des Laufzeitprofils der Finanzschuld in Richtung kurzfristige Finanzierungen. Ende 2002 waren 15,4 Mrd EUR oder 12,4% (2001: 13,1 Mrd EUR oder 10,8%) der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, 57,7 Mrd EUR oder 46,6% (2001: 56,6 Mrd EUR oder 46,7%) mit einer Bindungsdauer von einem bis fünf Jahre und 50,8 Mrd EUR oder 41,0% (2001: 51,7 Mrd EUR oder 42,5%) mit einer Fristigkeit von mehr als fünf Jahren versehen.

Die Tilgungsverpflichtungen der Finanzschuld werden in den nächsten Jahren Volumina von 15,0 Mrd EUR (2004) bis 16,5 Mrd EUR (2005) erreichen. Die für 2003 budgetierten Tilgungen von 15,8 Mrd EUR sind zu 90,0% in heimischer Währung zu leisten, wobei der weitaus höchste Tilgungsbetrag (11,3 Mrd EUR) auf EUR-Bundesanleihen entfällt. Gemessen an der Finanzschuld des Bundes per Ende 2002 sind in den ersten 5 Jahren 59% und binnen 10 Jahren 93% der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes (inklusive Eigenbesitz) zurückzuzahlen.

4.3 Verzinsung, Zinssensitivität und Zinsaufwand der Finanzschuld

Die Zinsentwicklung wies ab Ende Mai 2002 - im Gegensatz zu den Erwartungen zu Jahresbeginn - abermals einen Abwärtstrend auf: Die Drei-Monats-Zinssätze auf dem Geldmarkt (EURIBOR⁷⁰) lagen im Jänner bei 3,3%, erreichten ihre höchsten Werte im Mai mit 3,5% und reduzierten sich im weiteren Jahresverlauf auf 2,9% (Dezember). Die Kapitalmarktsätze verzeichneten einen ähnlichen Verlauf: Der 10-Jahres-Zinssatz, der im Jänner 5,1% betrug, stieg bis Mai auf 5,4% und reduzierte sich danach sukzessive auf 4,5% (Dezember). Im Jahresdurchschnitt belief sich die Sekundärmarktrendite des Bundes im 10-Jahres-Bereich auf 5,0% und unterschritt damit den Vergleichswert des Vorjahres geringfügig (0,1 Prozentpunkte). Die Zinsstrukturkurve zeigte im ersten Halbjahr einen flacheren Verlauf als im zweiten Halbjahr auf. Der Abstand zwischen den 10-Jahres-Zinssätzen und den Drei-Monats-Zinssätzen erreichte im Jahresdurchschnitt 165 Basispunkte (2001: 81 Basispunkte).

Das weiterhin sehr niedrige Zinsniveau 2002 sowie das gegebene Tilgungsprofil (hohe Tilgungsvolumina in den nächsten Jahren) sprachen dafür, dass Finanzierungen mit fixer Verzinsung und längeren Laufzeiten forciert wurden, um zum einen die niedrigen Zinskosten über einen möglichst langen Zeitraum zu halten, und zum anderen das Refinanzierungsrisiko (Zinsänderungsrisiko) in Grenzen zu halten.

Der Bestand an fix verzinsten Verbindlichkeiten des Bundes (unter Berücksichtigung der Zinsswaps) erhöhte sich um 4,5 Mrd EUR oder 3,9%, während die Verschuldung in variabler Verzinsung (einschließlich sprungfixer Verzinsung) um 1,2 Mrd EUR oder 9,8% abgebaut wurde. Von den aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes waren Ende des Berichtsjahres 91,4% mit einem fixen Zinssatz ausgestattet (2001: 90,3%). Finanzierungsinstrumente mit Geldmarktkonditionen stellten Ende 2002 5,0% der Verbindlichkeiten des Bundes (2001: 5,6%) dar. Der Anteil an Titeln mit variabler oder sprungfixer Verzinsung, deren Zinssätze von der Entwicklung der Kapitalmarktrenditen (Sekundärmarkt, Primärmarkt) abhängen, verminderte sich von 4,1 auf 3,6%

70 Euro Interbank Offered Rate: Referenzzinssatz für kurzfristige Ausleihungen zwischen den Banken der WWU.

Tabelle 24: Variabel und fix verzinst Finanzschuld 2001 und 2002¹⁾

2001	Fix		sprungfix		variabel			
					sekundärmarkt-orientiert		geldmarkt-orientiert	
	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
Euroschuld								
Anleihen	89.670	96,5	-	-	-	-	3.295	3,5
Bundesobligationen	1.456	98,5	-	-	22	1,5	-	-
Bundesschatzscheine	-	-	-	-	-	-	1.585	100,0
Titrierte Euroschuld	91.127	94,9	-	-	22	0,0	4.880	5,1
Versicherungsdarlehen	5.885	70,9	557	6,7	1.860	22,4	-	-
Bankendarlehen	5.192	62,3	1.762	21,1	1.134	13,6	251	3,0
Sonstige Kredite	2	100,0	-	-	-	-	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	11.078	66,6	2.319	13,9	2.994	18,0	251	1,5
Euroschuld	102.205	90,7	2.319	2,1	3.016	2,7	5.131	4,6
FW-Schuld								
Anleihen	12.892	89,6	-	-	-	-	1.499	10,4
Schuldverschreibungen	524	65,2	-	-	-	-	280	34,8
Titr. Fremdwährungsschuld	13.416	88,3	-	-	-	-	1.780	11,7
Kredite und Darlehen	737	71,4	-	-	-	-	295	28,6
Fremdwährungsschuld	14.153	87,2	-	-	-	-	2.074	12,8
Finanzschuld	116.358	90,3	2.319	1,8	3.016	2,3	7.205	5,6
2002	Fix		sprungfix		variabel			
					sekundärmarkt-orientiert		geldmarkt-orientiert	
	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
Euroschuld								
Anleihen	95.020	97,4	-	-	-	-	2.506	2,6
Bundesobligationen	1.289	91,5	-	-	-	-	119	8,5
Bundesschatzscheine	410	29,9	-	-	-	-	959	70,1
Titrierte Euroschuld	96.719	96,4	-	-	-	-	3.584	3,6
Versicherungsdarlehen	5.467	72,1	420	5,5	1.699	22,4	-	-
Bankendarlehen	4.765	63,9	1.624	21,8	1.018	13,7	51	0,7
Sonstige Kredite	1	0,1	-	-	-	-	1.100	99,9
Nicht titrierte Euroschuld	10.234	63,4	2.043	12,7	2.718	16,8	1.151	7,1
Euroschuld	106.953	91,8	2.043	1,8	2.718	2,3	4.735	4,1
FW-Schuld								
Anleihen	12.749	91,0	-	-	-	-	1.260	9,0
Schuldverschreibungen	486	62,9	-	-	-	-	286	37,1
Titr. Fremdwährungsschuld	13.235	89,5	-	-	-	-	1.547	10,5
Kredite und Darlehen	683	71,4	-	-	-	-	273	28,6
Fremdwährungsschuld	13.918	88,4	-	-	-	-	1.820	11,6
Finanzschuld	120.871	91,4	2.043	1,5	2.718	2,1	6.555	5,0

1) Finanzschulden inklusive Eigenbesitz und unter Berücksichtigung der WTV (Cross-Currency-Swaps und Zinsswaps) sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern; bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimo.

Die durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld des Bundes ging im Berichtsjahr von 5,2% (Ende 2001) auf 5,0% (Ende 2002) zurück. Diese Entwicklung wurde durch umfangreiche Tilgungen von Schuldkategorien mit deutlich höherer Nominalverzinsung ausgelöst. Der Rückgang des Marktzinsniveaus im Jahr 2002 wirkte sich auf die Nominalverzinsung der Verschuldung des Bundes auf Grund des hohen Fixzinsanteils der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen und infolge der Anleiheaufstockungen dagegen kaum aus. Hier muss erwähnt werden, dass die Kenngröße Nominalverzinsung infolge der in jüngster Zeit verfolgten Praxis, bestehende Anleihen aufzustocken, den tatsächlichen Durchschnittszinssatz (Rendite) für die Finanzschuld des Bundes nur noch eingeschränkt widerspiegelt. Die tatsächliche Rendite dürfte zwar über der Nominalverzinsung liegen, aber ebenfalls einen rückläufigen Verlauf aufweisen.

Tabelle 25: Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 2001 und 2002¹⁾ (in %)

	2001	2002
Euroschuld	5,5	5,3
Fremdwährungsschuld²⁾	3,5	3,2
d a v o n		
CHF	4,0	3,4
JPY	3,0	3,1
F i n a n z s c h u l d	5,2	5,0
1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps bzw. Zinsswaps) sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern. 2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.		

Bei der Fremdwährungsschuld lag die Nominalverzinsung der JPY-Verbindlichkeiten mit 3,1% unter jener der CHF-Schuldkategorien mit 3,4%. Daraus leitete sich für die Fremdwährungsschuld ein Nominalzinssatz von durchschnittlich 3,2% (2001: 3,5%) ab. Die Nominalverzinsung lässt jedoch Wechselkurseffekte beim Zinsaufwand der Fremdwährungsschuld außer Acht.

Analysiert man die Struktur der Finanzschuld des Bundes im Hinblick auf ihre Zinssensitivität, so zeigt sich, dass das Debt-Management des Bundes durch eine starke Nutzung von längerfristigen Fixzinsschuldformen bestrebt ist, die Zinszahlungen im Budget weiterhin kontinuierlich verlaufen zu lassen, wenngleich die Verschiebung des Fristigkeitsprofils in Richtung kurz- bis mittelfristige Finanzierungen (siehe Kapitel 4.2) ein etwas höheres Zinsänderungsrisiko infolge von Refinanzierungen in den kommenden Jahren impliziert.

Für den Aufwand der Finanzschuld gemäß Kapitel 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge⁷¹“ des Bundesbudgets, der neben den Zinszahlungen auch sonstige Aufwendungen, wie Emissionskursverluste bzw. –gewinne (Disagio bzw. Agio), Provisionen und Spesen umfasst, wird in den Berichten des Staatsschuldenausschusses traditionell eine so genannte Nettdarstellung gewählt, da diese die tatsächliche Zinsenbelastung (einschließlich Spesen) des Bundes auf Grund der Finanzschuld relativ gut widerspiegelt. Die Nettdarstellung leitet sich aus den Ausgaben abzüglich der Einnahmen des Budgetkapitels 58 ab (siehe Tabelle 26) und berücksichtigt dadurch vor allem die Zinskosteneffekte, die sich durch den Einsatz von derivativen Finanzierungsformen (vor allem von Währungstauschverträgen) ergeben.⁷² Derivative Finanzinstrumente werden zur

71 Tilgungen sind, da es sich um Finanztransaktionen handelt, nicht Gegenstand des Allgemeinen Budgethaushaltes des Bundes. Auf die Ausgabenentwicklung des Bundesbudgets wirken sich diese Finanztransaktionen ausschließlich indirekt in Form von veränderten Zinszahlungen sowie Transaktionskosten aus. Im Jahr 2002 wurden Schuldkategorien mit vergleichsweise hohem Nominalzinssatz (Kupon) in größerem Umfang getilgt, was die Entwicklung des Zinsaufwandes bei steigendem Schuldenstand bremste.

72 Betrachtet man nur die Budgetausgaben des Kapitels 58 und nicht den Nettoaufwand, so erhält man Informationen über den Zinsaufwand der Finanzschuld im engeren Sinn (vor Swaps und einschließlich der im eigenen Besitz befindlichen Schuldkategorien) ohne Einnahmen aus Stückzinsen.

Tabelle 26: Überleitungstabelle: Aufwand für die bereinigte Finanzschuld ¹⁾ 1999 bis 2003 (in Mio EUR)

	1999	2000	2001	2002	2003 BVA
A u s g a b e n K a p i t e l 58 ²⁾					
Zinsaufwand der Finanzschuld i. e. S. ³⁾	7.214	7.591	7.309	7.493	7.162
Währungstauschverträge ⁴⁾	439	553	673	807	684
Sonstiger Aufwand ⁵⁾	373	533	213	185	586
Ausgaben insgesamt gemäß Kapitel 58	8.027	8.678	8.195	8.485	8.632
E i n n a h m e n K a p i t e l 58 ³⁾					
Zinseinnahmen der Finanzschuld i. e. S. ³⁾	327	548	443	460	507
Währungstauschverträge ⁴⁾	685	834	979	1.263	1.222
Sonstige Einnahmen ⁵⁾	369	302	310	194	448
Einnahmen insgesamt gemäß Kapitel 58	1.381	1.685	1.732	1.917	2.177
A u f w a n d , n e t t o ⁶⁾	6.646	6.993	6.463	6.569	6.455
<p>1) Unter Berücksichtigung der Swaps (Cross-Currency-Swaps sowie Zinsswaps), des Eigenbesitzes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.</p> <p>2) Ausgaben und Einnahmen gemäß Bundesbudget (Budgetkapitel 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge“) brutto.</p> <p>3) Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Swaps und des Eigenbesitzes einschließlich Stückzinsen (Ausgaben) bzw. Zinseinnahmen aus dem Bundesbesitz und Stückzinsen.</p> <p>4) Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Swaps und Devisentermingeschäfte (Ausgaben) bzw. Zinseinnahmen aus Swap-Forderungen und Devisentermingeschäfte (Einnahmen).</p> <p>5) Emissionsverluste, Wertpapierkursverluste sowie Spesen (Ausgaben) bzw. Emissionsgewinne, Wertpapierkursgewinne sowie Leihentgelte (Einnahmen).</p> <p>6) Ausgaben gemäß Kapitel 58 abzüglich Einnahmen gemäß Kapitel 58 Bundesbudget.</p> <p>Quelle: Bis 2001 Bundesrechnungsabschluss, für 2002 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2003 Bundesvoranschlag.</p>					

Tabelle 27: Aufwand für die bereinigte Finanzschuld ¹⁾ 1999 bis 2003 (in Mio EUR)

	Z i n s e n			S o n s t i g e r A u f w a n d ²⁾			S u m m e		
	Euro	Fremd-währung	Summe	Euro	Fremd-währung	Summe	Euro	Fremd-währung	Summe
1999 ³⁾	6.034	607	6.641	0	4	4	6.034	612	6.646
2000	6.025	736	6.761	211	20	231	6.237	756	6.993
2001	5.911	649	6.560	-88	-9	-96	5.823	640	6.463
2002	6.044	533	6.577	-32	24	-9	6.012	557	6.569
2003 (BVA)	5.781	536	6.317	75	63	138	5.857	598	6.455
<p>1) Zinsen und sonstiger Aufwand unter Berücksichtigung des Eigenbesitzes, der Ausgaben und Einnahmen aus Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.</p> <p>2) Insbesondere Spesen (Emissionskosten), Nettoemissionsverluste und Wertpapierkursverluste netto.</p> <p>3) Zeitreihenbruch: Euroschatz umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschatz Nicht-WWWU-Währungen.</p> <p>Quelle: Bis 2001 Bundesrechnungsabschluss, für 2002 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2003 Bundesvoranschlag.</p>									

Steuerung des Schuldenportefeuilles eingesetzt und ermöglichen, die Zinskosten zu vermindern. Allerdings stellt auch die hier präsentierte Nettodarstellung - gemäß den Verbuchungsnormen des Bundeshaushaltsgesetzes - auf eine reine Zahlungsstrombetrachtung (Cash-Betrachtung) ab, die im Gegensatz zu den internationalen Vorgaben keine Periodenabgrenzung der Zinskosten vornimmt (siehe Kapitel 3.2).

Trotz eines Budgetdefizits von 2,4 Mrd EUR im Berichtsjahr 2002 erhöhte sich die Ausgabenkomponente **Zinsaufwand** für die bereinigte Finanzschuld gegenüber dem Vorjahr kaum (2001 und 2002: gerundet jeweils 6,6 Mrd EUR), da Schuldkatagorien mit höherer Nominalverzinsung im Vergleich zum gegenwärtigen Zinsniveau in größerem Umfang fällig wurden. Die Budgetkatagorie **Zinsaufwand** umfasst jedoch ausschließlich jene Kosten, die sich aus der Nominalverzinsung (Kupon) der Schuldkatagorien unter Berücksichtigung der derivativen Geschäfte ableiten.

Für die Ermittlung der Gesamtkosten für die bereinigte Finanzschuld im Sinne des Bundesbudgets (Zahlungsströme im Allgemeinen Budgethaushalt) sind zusätzlich die Budgetkomponenten des sonstigen Aufwands zu berücksichtigen. In ihr sind die Transaktionskosten (Spesen), die Ausgaben bzw. Einnahmen bei Unter- bzw. Über-pari-Emissionen (Disagio bzw. Agio) und die Kursdifferenzen von Wertpapieren infolge von Rückkäufen oder Konversionen subsumiert. Im Berichtsjahr saldierten sich die Ausgaben der Budgetkomponenten des sonstigen Aufwandes mit jenen der Einnahmen beinahe auf null, sodass der Gesamtaufwand für die bereinigte Finanzschuld ebenfalls 6,6 Mrd EUR betrug.

Der in den letzten Jahren sehr instabile Verlauf der Budgetkatagorie sonstiger Aufwand erklärt sich primär daraus, dass EUR-Bundesanleihen sukzessive aufgestockt werden, um das Gesamtemissionsvolumen zu erhöhen. Da bei Anleiheaufstockungen keine Anpassung des Nominalzinssatzes (Kupon) an das jeweilige Marktzinsniveau erfolgen kann, wird die Zinsdifferenz durch einmalige „Ausgleichszahlungen“ bzw. durch so genannte Agios oder Disagios bei der Emission ausgeglichen. Bei einem über dem Nominalzinssatz liegenden aktuellen Marktzinsniveau ergeben sich Ausgaben für den Bund, bei einem unter dem Nominalzinssatz liegenden Marktzinsniveau Einnahmen.⁷³ Im Berichtsjahr setzte sich die Ausgabenkomponente des sonstigen Aufwands aus Disagios bei Emissionen und nachträglichen Transaktionen in Höhe von 0,10 Mrd EUR und aus sonstigen Kosten (Provisionen und Entgelten, Swapkosten) in Höhe von 0,08 Mrd EUR zusammen. Bei den Einnahmen betrugen die Agios 0,19 Mrd EUR. Insgesamt waren im Jahr 2002 daher beinahe gleich hohe Beträge auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite von jeweils rund 0,19 Mrd EUR zu verzeichnen.

Für das Jahr 2003 sieht der Bundesvoranschlag für den Zinsaufwand der Finanzschuld einen Betrag von 6,3 Mrd EUR und für den sonstigen Aufwand einen Betrag von 0,1 Mrd EUR vor. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Gesamtaufwand für die Finanzschuld von netto 6,5 Mrd EUR, der um 0,1 Mrd EUR oder 1,8% unter dem Vergleichswert des Vorjahres (6,6 Mrd EUR) liegt. Dieser Verlauf ist trotz des veranschlagten Nettodefizits des Bundes für 2003 in Höhe von 3,9 Mrd EUR oder 1,8% des BIP zu erwarten, da Schuldformen mit höheren Nominalzinssätzen als das gegenwärtige Marktzinsniveau zu tilgen sind.

⁷³ Die aktuellen Marktzinssätze im Berichtsjahr lagen durchwegs unter den Nominalzinssätzen der aufgestockten Anleihen.

Tabelle 28: Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen zum Zinsendienst 1999 bis 2003⁷⁴⁾

	Zinsendienst in % des Brutto- inlandsprodukts	Zinsendienst in % des Netto- abgabenerfolgs ⁷⁵⁾
1999	3,4	20,3
2000 ⁷⁶⁾	3,4	21,2
2001	3,1	17,0
2002	3,0	17,9
2003 (BVA)	2,9	18,2

1) Zinsaufwand einschließlich sonstiger Aufwand netto.
 2) Nettosteuereinnahmen laut Kapitel 52 Bundesfinanzgesetz.
 3) Zeitreihenbruch: Nettoabgabenerfolg abzüglich Ausgaben für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz.
 Quelle: Bis 2001 Bundesrechnungsabschluss und Statistik Austria, für 2002 vorläufiger Gebarungserfolg und WIFO, 2003 Bundesvoranschlag und WIFO-Prognose (April 2003).

Stellt man den Zinskosten für die Finanzschuld des Bundes gesamtwirtschaftliche Eckgrößen gegenüber (Tabelle 28), so zeigt sich einerseits, dass der Zinsendienst für die Finanzschuld des Bundes eine bedeutende Ausgabenposition des Bundes darstellt, dass aber andererseits die Budgetbelastung vor allem durch den Konsolidierungskurs des Bundes und das rückläufige Marktzinsniveau, aber auch durch kostendämpfende Debt-Management-Maßnahmen etwas vermindert werden konnte. So ging im Jahr 2002 die Zinsendienstquote (gemessen am BIP) trotz der schwachen Konjunkturentwicklung abermals zurück (2002: 3,0% des BIP, 2001 3,1% des BIP). Dennoch binden die Zinszahlungen (einschließlich sonstiger Aufwand) weiterhin beinahe ein Fünftel des Nettoabgabenerfolgs des Bundes (Budgetkapitel 52 „Öffentliche Abgaben“). Der Anstieg der Zinsen-Steuer-Quote im Berichtsjahr gegenüber 2001 erklärt sich durch den Rückgang des Abgabenerfolges. Während der Nettoabgabenerfolg des Bundes im Jahr 2001 bedingt durch Sonderfaktoren (Anspruchsverzinsung⁷⁴⁾) sich sehr dynamisch entwickelte, wurde im Berichtsjahr nur ein unter dem Vorjahresniveau liegender Abgabenerfolg erzielt (Nettoabgabenerfolg 2002: 36,7 Mrd EUR; 2001: 37,9 Mrd EUR).

Mit den Finanztransaktionen für die Finanzschuld des Bundes steht weiters die Kassengebarung des Bundes im Zusammenhang: Es handelt sich dabei um aktiv- und passivseitige Finanztransaktionen, die zur Liquiditätssteuerung innerhalb des Jahres eingesetzt werden. Als Finanzierungsinstrumente werden in der Regel Bundesschatzscheine im Rahmen des ATB-Programms (mit einem vor dem Jahresultimo liegenden Fälligkeitstermin) herangezogen.⁷⁵⁾ Die Aufwendungen infolge unterjähriger Schuldaufnahmen (Zinsen und sonstiger Aufwand) sowie die Einnahmen infolge der vorübergehenden Veranlagung von überschüssigen Geldmitteln (Zinsen und sonstige Einnahmen) werden im Bundesbudget im Kapitel 51 „Kassenverwaltung“ verbucht. In Nettobetrachtung (Einnahmen abzüglich Ausgaben) zeigt sich innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraums ein Überschuss, der in den Jahren 2001 und 2002 mit jeweils 0,1 Mrd EUR vergleichsweise hoch ausfiel. Das Ergebnis der Kassengebarung hängt insgesamt sowohl stark von der zeitlichen Gestaltung der Schuldaufnahmen für die Finanzschuld⁷⁶⁾ als auch von der zeitlichen Verteilung der Einnahmen und Ausgaben im Bundesbudget insgesamt ab. Auf Basis der hier präsentierten Ergebnisse sollten daher keine Schlussfolgerungen über die Performance der Kassengebarung gezogen werden.

74) Siehe dazu Kapitel 3.1 Budgetentwicklung.

75) Laut § 65 Abs. 2 BHG zählen Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, nicht zu den Finanzschulden des Bundes.

76) Langfristige Fremdmittellaufnahmen, die nicht sofort für Zahlungen verwendet werden, werden zwischenzeitlich veranlagt. Diese Erträge sind Teil der Einnahmen aus der Kassengebarung. Die Zinskosten der langfristigen Mittelaufnahme werden allerdings im Kapitel 58 Finanzschuld, Währungsauschverträge verbucht.

**Tabelle 29: Einnahmen und Ausgaben der Kassengebarung des Bundes 1999 bis 2003¹⁾
(In Mio EUR)**

	Zinsen			Sonstiger Aufwand ²⁾			Summe		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
1999	64	48	17	0	0	0	64	48	17
2000	207	186	21	0	0	-0	207	186	21
2001	199	97	103	0	0	-0	199	97	103
2002	165	62	103	0	0	-0	165	62	103
2003 (BVA)	59	87	-28	0	0	-0	59	87	-28

1) Ausgaben und Einnahmen gemäß Bundesbudget (Budgetkapitel 51 „Kassenverwaltung“, Ansätze 510 und 519 sowie Budgetkapitel 585 (kurzfristige Verpflichtungen)) brutto.
 2) Emissionsverluste, Wertpapierkursverluste sowie Spesen (Ausgaben) bzw. Emissionsgewinne, Wertpapierkursgewinne sowie Leihentgelte (Einnahmen).
 Quelle: Bis 2001 Bundesrechnungsabschluss, für 2002 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2003 Bundesvoranschlag.

5 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Das vorliegende Kapitel skizziert die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten der EU, der Schweiz, der USA und Japans. Die Kennzahlen beziehen sich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die Entwicklung der Verschuldung (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird in Tabelle 31 der Durchschnittszinssatz der öffentlichen Verschuldung für die EU-12-Länder präsentiert, der indirekt, über den gesamtstaatlichen Zinsaufwand und den öffentlichen Schuldenstand im Sinne von Maastricht (Quelle: budgetäre Notifikation von Ende Februar 2003) ermittelt wurde. Der dieser Berechnung zu Grunde liegende Zinsaufwand des Staates berücksichtigt auch Zinsströme von derivativen Finanztransaktionen (Swaps, Forward-Rate-Agreements), die bislang im Wesentlichen nur bei Belgien, Irland, Italien und Österreich, den Zinsaufwand bzw. in weiterer Folge auch den Finanzierungssaldo merklich verändert haben. Die Abweichungen betragen im Regelfall 0,1%-Punkte des BIP und tragen nicht immer zu einer Defizitreduktion bei. In Österreich fiel der Zinsaufwand unter Berücksichtigung derartiger Finanztransaktionen stets geringer bzw. der Budgetsaldo immer besser aus, wobei die Differenz zwischen 0,1 (1999) und 0,2%-Punkten des BIP (2002) betrug.

Zudem muss weiters angemerkt werden, dass ein internationaler Vergleich über die öffentliche Verschuldung mehreren Limitationen unterliegt. Während für die öffentliche Verschuldung der Mitgliedsländer der EU in Hinblick auf die Konvergenzkriterien von Maastricht einheitliche Vorgaben existieren, beruhen die Basisdaten der Nicht-EU-Länder (Schweiz, USA und Japan) auf nationalen Berechnungsmethoden. Abweichungen ergeben sich hier insbesondere bei der Abgrenzung des Sektors „Staat“. Für die USA bildet die Finanzierungsrechnung (Flow of Funds Accounts), die Verschuldungsdaten aller öffentlichen Verwaltungsebenen (Federal, State und Local Governments) unter Bedachtnahme auf intergouvernementale Finanzierungsströme ausweist, die Grundlage der Darstellungen. Mangels verlässlicher Informationen über die Verschuldung des Gesamtstaates Japans (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) werden ausschließlich die offiziellen Daten über die Verschuldung des Zentralstaates (Treasury) in Tabelle 30 ausgewiesen. Ferner können die Kenngrößen zur öffentlichen Verschuldung durch Wechselkursänderungen beeinflusst sein. Dieser Aspekt kommt insbesondere bei der Pro-Kopf-Verschuldung von Nicht-WWU-Ländern sowie bei den Ergebnissen des EU-15-Aggregats zum Tragen. Darüber hinaus ist bei den Ergebnissen des Jahres 2002 zu berücksichtigen, dass diese teilweise noch auf Schätzungen beruhen (für Österreich siehe dazu Kapitel 3.3.).

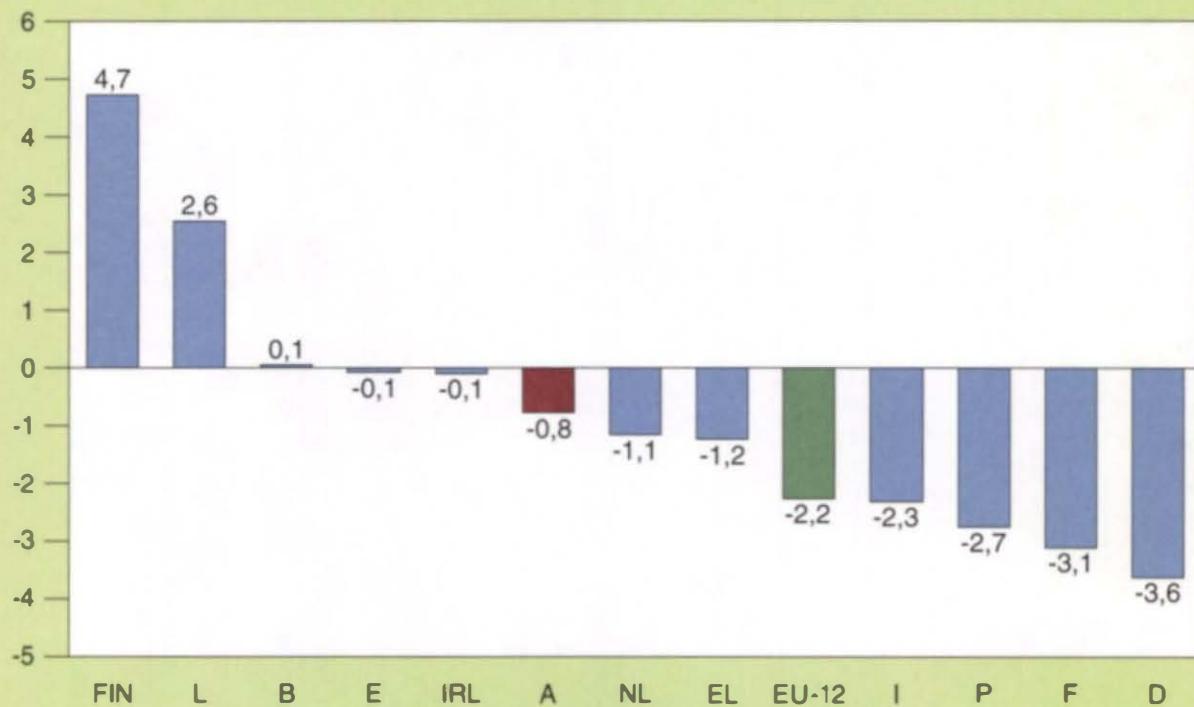
Nachdem sich die Verschuldungsdynamik in den EU-Staaten vor dem Hintergrund der Budgetrestriktionen (Konvergenzkriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt) seit 1997 beachtlich verlangsamt hatte, expandierte der Schuldenstand der EU-15 im Berichtsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahresendstand um 2,9%. Damit wurde die Tendenz der letzten Jahre durchbrochen und eine Beschleunigung des Verschuldungswachstums realisiert. Das EU-12-Aggregat zeigt einen ähnlichen Verlauf, allerdings nahm bereits seit dem Vorjahr die öffentliche Verschuldung wieder deutlicher zu (um 2,5% im Jahr 2001 bzw. 3,0% im Berichtsjahr). Seither lag das Verschuldungswachstum auch wieder – zum Teil markant – über dem EU-Durchschnitt, ein Hinweis dafür, dass der Konsolidierungsprozess in den meisten Staaten des Euroraums zum Stillstand kam. Abgesehen von Schweden (-0,4%) und Belgien (-0,1%) stieg der Schuldenstand im Euroraum im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr, im Falle Portugals mit +9,9% und Frankreichs mit +6,9% sogar beträchtlich. Österreich verzeichnete mit einer Zunahme in Höhe von +2,7% eine unterdurchschnittliche Veränderung des öffentlichen Schuldenstandes.

Im Berichtsjahr betrug die Zunahme der öffentlichen Verschuldung in Relation zum BIP (Nettoneuverschuldung) im Euroraum 2,0% des BIP, womit die Expansion des Vorjahres (+1,7%) fortgesetzt wurde. Diese Quote weicht aus

Grafik 15

Öffentliche Finanzierungssalden*) der EU-12-Länder im Jahr 2002

in % des BIP



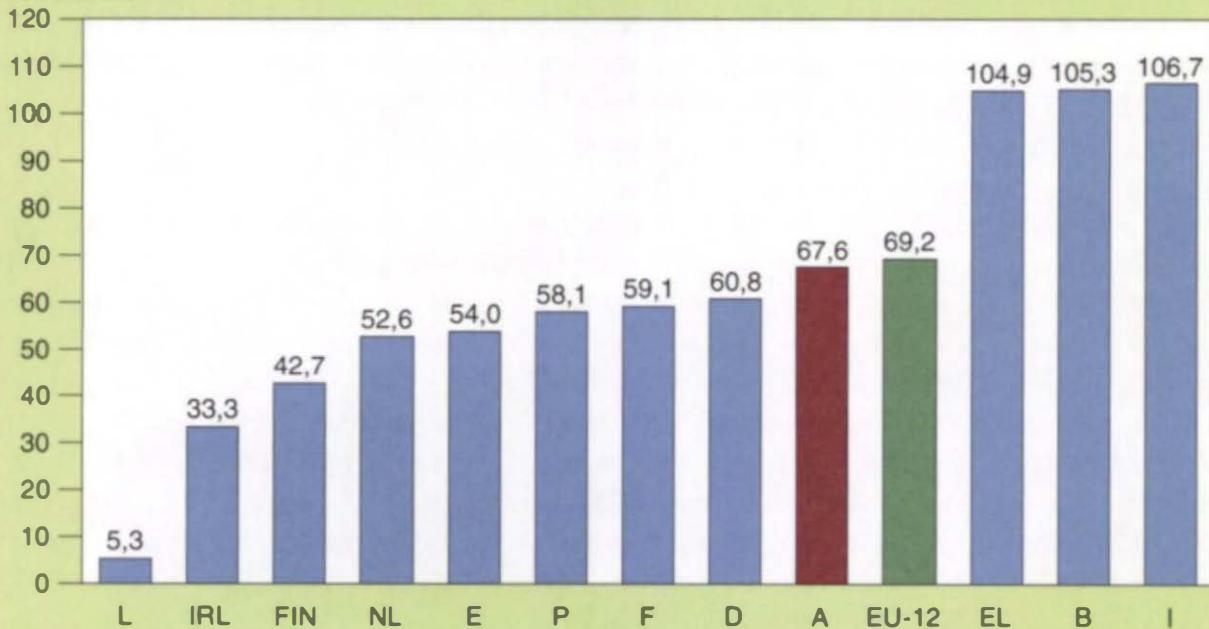
*) Begriffsdefinition nach ESVG 95.

Quelle: EU-Kommission; EU-12: eigene Berechnung.

Grafik 16

Öffentliche Verschuldung der EU-12-Länder im Jahr 2002

in % des BIP



Quelle: EU-Kommission; Österreich: nationale Daten; EU-12: eigene Berechnung.

Tabelle 30: Kennzahlen zur öffentlichen Verschuldung 2001 und 2002

	Zu- / Abnahme der Verschuldung				Schuldenstand		Verschuldung pro Kopf	
	in % des Vorjahresstandes		in % des BIP		in % des BIP		der Bevölkerung (in EUR) ¹⁾	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
Belgien	1,8	-0,1	1,9	-0,1	108,5	105,3	26.800	26.700
Deutschland	0,9	4,1	0,5	2,4	59,5	60,8	15.000	15.500
Finnland	2,5	0,4	1,1	0,2	43,8	42,7	11.500	11.500
Frankreich	3,3	6,9	1,8	3,8	56,8	59,1	14.200	15.100
Griechenland	7,1	5,7	7,1	5,6	107,0	104,9	13.200	13.900
Irland	4,0	1,6	1,4	0,5	36,8	33,3	11.000	11.000
Italien	3,6	0,5	3,8	0,5	109,5	106,7	23.100	23.100
Luxemburg	3,4	4,2	0,2	0,2	5,6	5,3	2.700	2.800
Niederlande	1,0	3,1	0,5	1,6	52,8	52,6	14.100	14.500
Österreich	3,1	2,7	2,0	1,8	67,3	67,6	17.500	18.000
Portugal	11,0	9,9	5,5	5,2	55,6	56,1	6.600	7.300
Spanien	0,6	0,9	0,3	0,5	58,9	54,0	9.200	9.200
EU-12-Aggregat	2,5	3,0	1,7	2,0	69,4	69,2	15.500	16.000
Dänemark	-0,8	2,2	-0,4	1,0	45,4	45,2	15.100	15.400
Großbritannien	-3,5	3,8	-1,4	1,4	38,9	38,4	10.100	10.400
Schweden	6,2	-0,4	3,2	-0,2	54,4	52,6	15.100	15.000
EU-15-Aggregat	1,4	2,9	0,9	1,8	63,0	62,7	14.700	15.100
USA ²⁾	1,8	8,8	0,8	3,7	44,0	46,2	15.100	16.300
Japan ³⁾	11,6	10,4	11,9	12,1	114,8	128,5	36.800	40.800
Schweiz	0,5	3,0	0,3	1,5	50,3	51,5	19.900	20.400

1) Die öffentlichen Verschuldungsdaten der USA, Japans und der Schweiz sowie der Nicht-WWW-Länder wurden zu durchschnittlichen Devisenmittelpunkten des Jahres 2002 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) USA: Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts, bereinigt um intergovernmentale Verbindlichkeiten; Fiskaljahr (September).

3) Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten.

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

konzeptiven Gründen (Stock-Flow-Adjustments⁷⁷) in der Regel von der Defizitquote im Sinne des Maastricht-Vertrags bzw. des Stabilitäts- und Wachstumspakts ab (siehe dazu Abschnitt 3.2), stellt aber ebenfalls einen Indikator für die laufende Budgetgebarung dar. Die höchsten Neuverschuldungsquoten wurden von Griechenland (+5,6%) und Portugal (+5,2%) erreicht, Österreich lag mit 1,8% des BIP etwas unter dem Durchschnittswert der EU-12-Staaten (bzw. genau im Durchschnitt der EU-15). Belgien wies als einziges Land des Euroraumes eine negative Quote von -0,1% auf.

Der öffentliche Finanzierungssaldo in % des BIP verschlechterte sich im Jahr 2002 infolge der schwachen Konjunktur in den EU-12-Ländern ebenfalls (siehe Grafik 15). Vor allem blieben die Einnahmen hinter den in den Stabilitätsprogrammen für 2002 anvisierten Zielen zurück, wodurch im Durchschnitt der EU-12-Nationen ein Defizit in Höhe von 2,2% des BIP (bzw. der EU-15 von 1,9%) zu verzeichnen war. Während einige Länder trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes weiterhin (annähernd) ausgeglichene oder positive Budgetsalden auswiesen (Finnland: +4,7%, Luxemburg: +2,6%, Belgien: +0,1%, Spanien und Irland: jeweils -0,1%), hatten insbesondere Deutschland, Frankreich und Portugal zunehmend Probleme, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene 3-Prozent-Grenze für das Defizit einzuhalten. Nach einer Revision erreichte das Haushaltsdefizit im Falle Portugals 4,2% des BIP im Jahr 2001, allerdings konnte im Berichtsjahr der negative Finanzierungssaldo mit 2,7% des BIP unter die Obergrenze von 3% gesenkt werden. In Deutschland wurde demgegenüber im Jahr 2002 mit 3,6% des BIP ein übermäßiges Defizit im Sinne der „Excessive Deficit Procedure“ (EDP)⁷⁸ erwirtschaftet. Auch

77 Stock-Flow-Adjustments ergeben sich insbesondere durch nicht defizitwirksame Transaktionen im Sinne des ESVG 95 wie Vermögenstransaktionen oder Rücklagenbewegungen, die ausschließlich den Finanzierungsbedarf verändern, durch intergovernmentale Verbindlichkeiten, die den Schuldenstand verringern, durch zeitliche Abgrenzung unterschreiten (Accrual-Prinzip in Bezug auf das Defizit; Kassenprinzip in Bezug auf den Schuldenstand) sowie durch Wechselkurschwankungen.

78 Im Rahmen der EDP wird ein Überschreiten des Referenzwertes von 3% als übermäßiges Defizit bezeichnet, sofern dies nicht nur ausnahmsweise und vorübergehend erfolgt, insbesondere nicht, „wenn dies auf ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle des

Frankreich überschritt nach jüngsten Zahlen mit einer Defizitquote von 3,1% den zulässigen Grenzwert im Berichtsjahr. Die Europäische Kommission hat gegen alle drei Länder das dafür vorgesehene Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gemäß Art. 104 des EG-Vertrags eingeleitet.

Österreich lag 2002 mit einem öffentlichen Defizit von 0,8% des BIP im Sinne des ESVG 95 (-0,6% des BIP im Sinne der budgetären Notifikation) gemeinsam mit den Niederlanden (-1,1%) und Griechenland (-1,2%) klar unter, Italien mit -2,3% knapp über dem Durchschnitt des Euroraumes. Obwohl im Berichtsjahr kein Budgetüberschuss im Gegensatz zu 2001 erzielt wurde, verschlechterte sich Österreich im Ranking der WWU-Länder nicht. Österreich war 2002 analog zum Vorjahr im Mittelfeld positioniert (an 6. Stelle unter den WWU-Ländern).

Nachdem auch Deutschland mit 60,8% des BIP den im Maastricht-Vertrag festgelegten Referenzwert für die Verschuldung des öffentlichen Sektors in Höhe von 60% des BIP Ende 2002 überschritten hatte, verfehlten im Vergleich zum Vorjahr nunmehr fünf EU-Staaten die gemeinschaftsrechtliche Vorgabe (siehe Grafik 16). Neben Deutschland wies auch Österreich mit 67,6% eine Quote über dem Grenzwert auf.⁷⁹ Griechenland (104,9%), Belgien (105,3%) sowie Italien (106,7%) blieben weiterhin deutlich über der 100%-Marke, konnten aber ihre Verschuldungsquoten zwischen 2,1 und 3,2%-Punkten reduzieren. Im Durchschnitt lag die öffentliche Verschuldung der EU-12-Staaten im Jahr 2002 bei 69,2% des BIP (EU-15: 62,7%), wobei der Vorjahreswert um 0,2%-Punkte (bzw. 0,3%-Punkte) unterschritten wurde. Abgesehen von Deutschland (+1,3%-Punkte) und Österreich (+0,3%-Punkte) stieg in Portugal (+2,5%-Punkte) sowie in Frankreich (+2,3%-Punkte) die Verschuldungsquote, wodurch sich diese beiden Länder dem Grenzwert von 60% annäherten. Jene Nationen, die ohnedies dieses Konvergenzkriterium klar erfüllen – dazu zählen Luxemburg, Irland, Finnland, die Niederlande und Spanien –, konnten ihre Verschuldungsquote weiter reduzieren. Allen voran führte Irland seine Quote um -3,5%-Punkte zurück und erreichte damit im Jahr 2002 einen Schuldenstand in Höhe von 33,3% des BIP.

Die Vereinigten Staaten, aber auch die Schweiz zeigten eine gegenläufige Entwicklung des Verschuldungsniveaus im Vergleich zur Europäischen Union, sodass sich im Jahr 2002 die Verschuldungsquoten dieser beiden Länder – nach einer Rückführung im Vorjahr – dem europäischen Durchschnitt wieder annäherten. Die Verschuldung der USA (Federal, State und Local Governments) erreichte im Berichtsjahr 46,2% des BIP (2001: 44,0%), in der Schweiz betrug die öffentliche Verschuldung (Bund, Kantone, Gemeinden) 51,5% des BIP (2001: 50,3%). In Japan (Zentralstaat) verschlechterte sich die Verschuldungssituation auf Grund der dramatischen wirtschaftlichen Lage abermals eklatant: Die Verschuldungsquote stieg im Jahr 2002 um 13,7%-Punkte gegenüber dem Vorjahr, wodurch seit der Trendwende Anfang der Neunzigerjahre ein historischer Höchstwert von 128,5% des BIP erreicht wurde.

Erweitert man den internationalen Vergleich um die Betrachtung der Pro-Kopf-Verschuldung wird evident, dass die Reduktion der Verschuldungsquote der EU-12 bzw. EU-15 auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen war. Der Schuldenstand pro Kopf nahm gegenüber dem Jahr 2001 – trotz eines Bevölkerungswachstums – von 15.500 auf 16.000 EUR (EU-12) bzw. von 14.700 auf 15.100 EUR (EU-15) markant zu. Obwohl die Verschuldungsquoten der Schweiz und der Vereinigten Staaten – unter Bedachtnahme auf bestehende Vergleichshemmnisse – nach Maßgabe des europäischen Standards niedrig einzustufen waren, lag die Verschuldung pro Kopf mit 20.400 bzw. 16.300 EUR im Gegensatz dazu zum Teil beträchtlich über dem europäischen Durchschnitt und wurde im Berichtsjahr nur von Belgien (26.700 EUR), Italien (23.100 EUR) und Österreich (18.000 EUR) übertroffen. Die Pro-Kopf-Verschuldung Japans stieg im Jahr 2002 mit 3.800 EUR beträchtlich und erreichte damit die Höhe von 40.600 EUR.

Innerhalb des Beobachtungszeitraums ging die Durchschnittsverzinsung der öffentlichen Verschuldung im Euroraum sukzessive zurück und betrug im Jahr 2002 durchschnittlich 5,4%. Österreich schneidet im Ländervergleich mit 5,1% sehr günstig ab: Im Berichtsjahr konnte nur Irland (4,2%) deutlich niedrigere Finanzierungskosten erzielen. Der Großteil der EU-12-Staaten lag mit 5,3% knapp unter (Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Spanien) oder exakt auf dem Durch-

betreffenden Mitgliedsstaates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt, oder auf einen schwierigen Wirtschaftsabschneid zurückzuführen ist" (Verordnung (EG) Nr. 1487/97).

79 Nähere Erläuterungen zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung in Österreich sind im Kapitel 3.3 zu finden.

schnitswert (Griechenland, Portugal). Die durchschnittliche Zinslast war in Luxemburg (6,5%), den Niederlanden (6,3%) und Belgien (5,7%) am höchsten.

Abgesehen von der generellen Senkung des Zinsniveaus gegen Ende des Betrachtungszeitraumes zeigen diese Entwicklungen, dass Zinsnachteile auf den Rentenmärkten durch ein aktives Portefeuillemanagement, den Einsatz von Derivativen und/oder durch Fremdwährungsfinanzierungen mit niedriger Nominalverzinsung wettgemacht werden können.

Tabelle 31: Durchschnittsverzinsung der Verschuldung des öffentlichen Sektors 1998 bis 2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	6,3	6,1	6,2	6,1	5,7
Deutschland	6,0	5,8	5,6	5,5	5,3
Finnland	7,2	6,6	6,5	6,3	5,3
Frankreich	6,2	5,6	5,5	5,6	5,3
Griechenland	7,4	7,1	6,8	6,1	5,4
Irland	5,9	4,9	5,1	4,4	4,2
Italien	6,9	5,9	5,9	5,9	5,3
Luxemburg	6,0	5,5	5,3	5,1	6,5
Niederlande	7,3	7,1	6,8	6,6	6,3
Österreich	6,0	5,5	5,5	5,4	5,1
Portugal	6,3	6,1	6,1	5,9	5,4
Spanien	6,7	5,7	5,5	5,5	5,3
EU-12-Aggregat	6,5	5,9	5,8	5,8	5,4

1) Zinsaufwand im Sinne der budgetären Notifikation im Verhältnis zum durchschnittlichen Schuldenstand der Beobachtungsperiode.
Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnung.

Die im Vergleich zu allen anderen Ländern merklich niedrigere Durchschnittsverzinsung Irlands erklärt sich neben dem Einsatz von modernen Finanzierungsformen (vor allem Swaps) und Controllinginstrumenten insbesondere durch ein höheres Gewicht kurz- bis mittelfristiger Finanzierungsformen sowie variabel verzinsten Schuldkatagorien. Fremdwährungsfinanzierungen werden – im Gegensatz zu Österreich – weder in Irland noch in den meisten anderen WWU-Ländern in nennenswertem Umfang in Anspruch genommen.⁸⁰ Es ist jedoch anzumerken, dass eine Verschuldungsstruktur mit relativ niedriger Duration (Restlaufzeit des Schuldenportefeuilles unter Einschluss der Zinsströme) wie in Irland mit einem erhöhten Zinsänderungsrisiko einhergeht, das bei steigendem Marktzinsniveau die Kosten der öffentlichen Verschuldung erheblich anheben kann.

⁸⁰ Der Anteil von Nicht-WWU-Währungen an der öffentlichen Verschuldung dürfte 2002 – abgesehen von Österreich und Finnland mit vergleichsweise hohen Fremdwährungsquoten von über 10% – durchschnittlich in etwa 2% betragen haben.

6 FINANZMÄRKE

6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland

Die österreichische Leistungsbilanz schloss im Jahr 2002 erstmals seit zehn Jahren wieder mit einem Überschuss in Höhe von 1,6 Mrd EUR oder 0,7% des BIP. Im Jahr 2001 war noch ein Defizit in Höhe von 3,9 Mrd EUR verzeichnet worden. Auschlaggebend für die Aktivierung der Leistungsbilanz war die markante Verbesserung der Handelsbilanz, aber auch die rückläufigen Nettoabflüsse bei den Vermögenseinkommen trugen zu diesem Ergebnis bei. Die verhaltene Konsumnachfrage des Inlandes führte zu einem deutlichen Rückgang der Importe (2,2%), während die Exporte um 4,1% gesteigert werden konnten. So wurde erstmals seit Bestehen der 2. Republik ein Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Mrd EUR erzielt. (2001: -1,4 Mrd EUR). Für den Leistungsbilanzsaldo positiv wirkte sich auch die Entwicklung der Reiseverkehrseinnahmen aus, die um 5% auf 12 Mrd EUR zunahmen. Gleichzeitig sanken die Reiseverkehrsausgaben um 1% auf 9,9 Mrd EUR.

Das Defizit der Bilanz der laufenden Transfers war mit 1,7 Mrd EUR etwas höher als im Jahr 2001 (1,4 Mrd EUR). Auschlaggebend für diese Defizitäusweitung waren in erster Linie Transaktionen des privaten Sektors. Die Nettozahlungen des öffentlichen Sektors (EU-Beiträge) fielen 2002 demgegenüber deutlich geringer als im Vorjahr aus (2002: 0,5 Mrd EUR, 2001: 0,9 Mrd EUR).

Die Einkommensbilanz verzeichnete im Berichtsjahr mit -2,3 Mrd EUR ein geringeres Defizit als im Jahr 2001 (-3,3 Mrd EUR). Für dieses Ergebnis war insbesondere die Entwicklung von zwei Teilaggregaten von Bedeutung: Das Defizit bei den Einkommen aus Portfolioinvestitionen ging in Folge von stark zunehmenden Forderungsbeständen österreichischer Gläubiger erstmals seit 1995 wieder leicht zurück. Gleichzeitig weitete sich im Berichtsjahr der Überschuss bei der Teilkomponente „sonstige Vermögenseinkommen (Bankeinlagen, Kredite, Währungsreserven)“ aus. In sektoraler Betrachtung sind der Staat und die Banken gegenüber dem Ausland Nettoschuldner und im Regelfall auch Nettozahler, während die OeNB, die privaten Haushalte und die Investmentfonds Nettogläubiger und Nettoempfänger von Zinseinkommen bzw. Gewinnen sind. Insgesamt übertrafen die grenzüberschreitenden Einkommensströme in ihrer quantitativen Bedeutung bereits die Teilbilanz Reiseverkehr: Das Bruttoeinkommen Österreichs aus dem Ausland erreichte im Jahr 2002 mit 13,9 Mrd EUR den höchsten Wert seit zehn Jahren, während die Bruttoeinkommenströme an das Ausland in Höhe von 16,2 Mrd EUR hinter dem Wert des Jahres 2001 (17,1 Mrd EUR) zurückblieben.

Der Saldo der österreichischen Kapitalbilanz drehte von einem Kapitalzufluss im Vergleichsjahr in Höhe von 4,4 Mrd EUR in einen Kapitalexport von 5,7 Mrd EUR im Jahr 2002. Dies bedeutet, dass das Sparen der privaten Haushalte einschließlich dem Finanzüberschuss des finanziellen Sektors erstmals wieder seit langer Zeit höher als der Nettofinanzierungsbedarf der Unternehmen und des Staates war. Während sich für den Staat ein leicht höheres Defizit ergab, reduzierten die Unternehmen ihren Finanzierungsbedarf angesichts der schwachen und unsicheren Konjunkturentwicklung, des labilen geopolitischen Umfeldes sowie infolge von Ertragseinbußen sehr stark. Hauptcharakteristikum der Finanzmärkte im Jahr 2002 war das besonders hohe Maß an Unsicherheit, was eine verstärkte Umschichtung in festverzinsliche Wertpapiere zur Folge hatte. Bei den Teilaggregaten der Kapitalbilanz waren einerseits Nettoabflüsse in den Bereichen Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen sowie Nettozuflüsse im Bereich der „sonstige Investitionen (Kredite und Einlagen)“ zu verzeichnen.

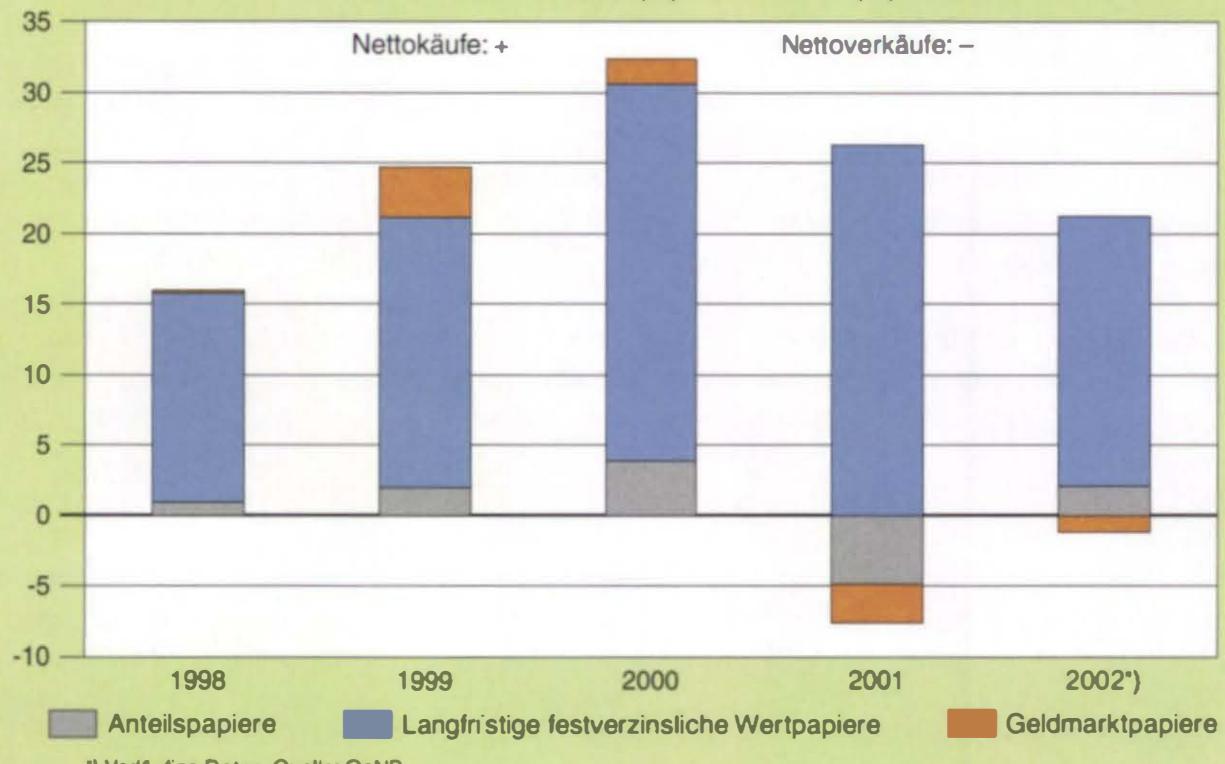
Österreichische Direktinvestoren veranlagten im Jahr 2002 mit (netto) 5,7 Mrd EUR um 1,8 Mrd EUR mehr im Ausland als im Vergleichszeitraum 2001. Wie schon im Vorjahr konzentrierten sich die neu getätigten aktiven Direktinvestitionen Österreichs auf Osteuropa, wobei der Finanzsektor abermals der wichtigste Direktinvestor war. Eingebrochen sind hingegen die Direktinvestitionen des Auslandes in Österreich: Das investierte Volumen in Höhe von 1,8 Mrd EUR entsprach nur 26% des Vergleichswerts (2001: 6,8 Mrd EUR). Zwar haben etwa 400 Unternehmen neue Direktinvestitionen in Österreich begründet oder bestehende durch Kapitalzufuhr erweitert, allerdings handelte es sich meist um betragsmäßig relativ geringe Transaktionen. Zudem waren Desinvestitionen, wie beispielsweise der teilweise Rückzug der Telekom Italia aus Österreich, zu verzeichnen.

Grafik 17

Aufbau österreichischer Wertpapierportefeuilles durch ausländische Anleger 1998 bis 2002

in Mrd EUR

Erwerb österreichischer Wertpapiere nach Wertpapierarten

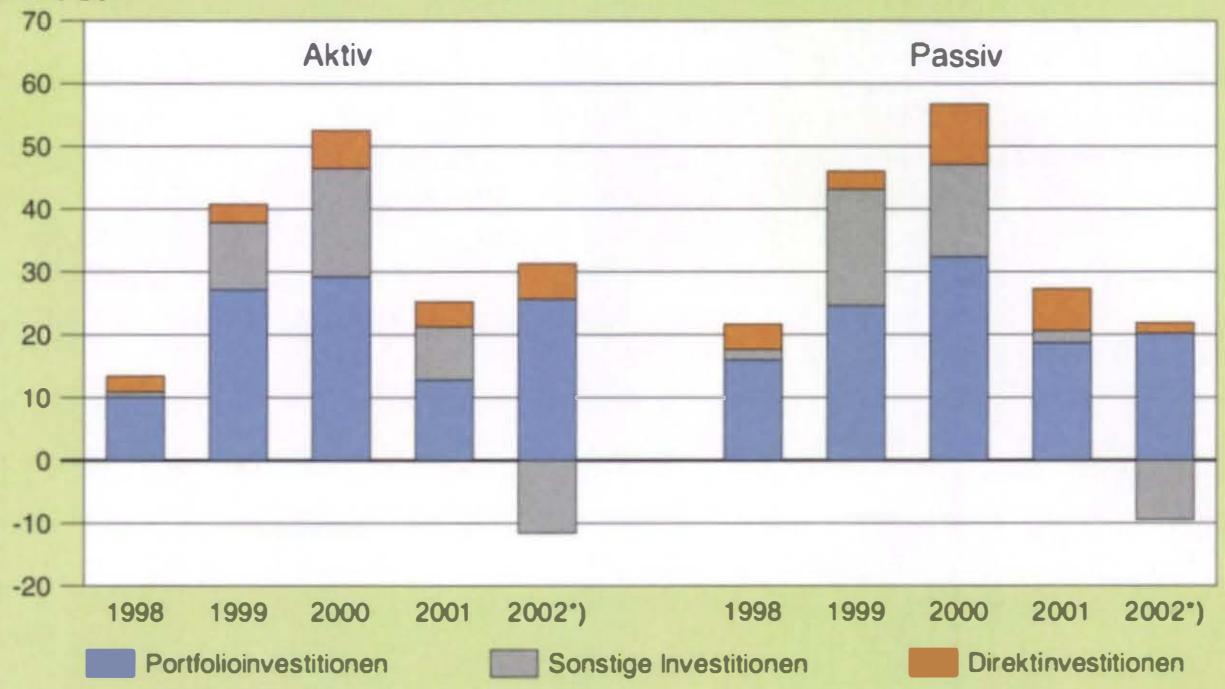


*) Vorläufige Daten. Quelle: OeNB.

Grafik 18

Komponenten der Kapitalbilanz Österreichs 1998 bis 2002

in Mrd EUR



*) Vorläufige Daten. Quelle: OeNB.

Dynamisch entwickelten sich die grenzüberschreitenden Wertpapierinvestitionen: Österreichische Investoren erwarben mit 25,6 Mrd EUR ein doppelt so großes Volumen wie im Jahr 2001. Bevorzugt gekauft wurden insbesondere Schuldverschreibungen aus dem Euroraum (v.a. aus Deutschland), während das Interesse an Schuldverschreibungen aus den USA deutlich nachließ. Der Absatz inländischer Wertpapiere an das Ausland konzentrierte sich abermals auf Staatsanleihen und war mit 20,1 Mrd EUR nur wenig höher als 2001 (18,7 Mrd EUR). Neben dem Staat begaben vor allem österreichische Banken Wertpapiere im Ausland. Die quantitative Bedeutung von Unternehmensanleihen ist in Österreich nach wie vor relativ gering.

Die Teilbilanz der sonstigen Investitionen war im Jahr 2002 durch eine Drehung des Saldos von einem Kapitalexport in Höhe von 6,6 Mrd EUR im Jahr 2001 in einen Kapitalimport in Höhe von 2,2 Mrd EUR gekennzeichnet. Diese Entwicklung ging hauptsächlich auf die deutliche Reduktion des Auslandsgeschäfts der österreichischen Banken zurück. Sie zogen im Verlauf des Jahres Kapital von ihren ausländischen Sicht- und Termineinlagen ab. Gleichzeitig wurden im kurzfristigen Bereich keine neuen Auslandskredite vergeben.

Die österreichischen Währungsreserven verringerten sich im Jahr 2002 als Folge ertragsoptimierender Transaktionen um 1,8 Mrd EUR. Zum Jahresende 2002 hielt die OeNB Währungsreserven im Wert von 12,4 Mrd EUR. Dies sind etwa um 5 Mrd EUR weniger als im Jahr zuvor. Der Unterschied zwischen Transaktionswerten auf der einen und der Bestandsveränderung auf der anderen Seite resultiert aus Bilanzumschichtungen und aus Bewertungsänderungen durch die Aufwertung des Euro.

Tabelle 32: Zahlungsbilanz Österreichs 2001 und 2002 (Nettowerte in Mio EUR)

	2001 ¹⁾	2002 ²⁾
Leistungsbilanz		
Güter und Dienstleistungen	729	5.496
Einkommen	-3.312	-2.253
Laufende Transfers	-1.356	-1.681
Vermögensübertragungen	-595	-557
Kapitalbilanz		
Forderungen	-23.062	-18.134
Verbindlichkeiten	27.466	12.401
Saldo	4.403	-5.733
Gliederung nach Funktionen		
Direktinvestitionen		
Im Ausland	-3.902	-5.735
Im Inland	6.764	1.753
Saldo	2.862	-3.982
Portfolioinvestitionen		
Ausländische Wertpapiere	-12.712	-25.590
Inländische Wertpapiere	18.677	20.084
Saldo	5.964	-5.506
Sonstige Investitionen		
Forderungen	-8.561	11.655
Verbindlichkeiten	1.918	-9.461
Saldo	-6.643	2.195
Finanzderivate	154	-250
Offizielle Währungsreserven ³⁾	2.067	1.810
Nachrichtlich: Zinstragende Investitionen		
Forderungen	-18.322	-8.768
Verbindlichkeiten	26.482	8.415
Saldo	8.160	-354
Sektorale Gliederung		
OeNB und Banken		
Forderungen	-11.138	1.337
Verbindlichkeiten	9.281	-2.728
Saldo	-1.856	-1.391
Öffentlicher Sektor		
Forderungen	-377	-789
Verbindlichkeiten	11.256	10.150
Saldo	10.878	9.361
Sonstige Sektoren		
Forderungen	-11.548	-18.683
Verbindlichkeiten	6.929	4.976
Saldo	-4.619	-13.707
Statistische Differenz	132	4.730

1) Revidierte Daten.

2) Vorläufige Daten.

3) Österreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Quelle: OeNB.

6.2 Finanzierungsströme des Jahres 2002 und Vorschau für das Jahr 2003

Dieses Kapitel widmet sich den finanziellen Transaktionen der Wirtschaftseinheiten in Österreich und bildet in Form von „Finanzierungskonten“ das Anlageverhalten von volkswirtschaftlichen Sektoren und die Finanzierungserfordernisse der volkswirtschaftlichen Sektoren als Teil des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab. Die hier präsentierten Transaktionsarten (Finanzierungsinstrumente) und Sektorgliederungen basieren auf dem für alle EU-Länder verbindlich ge normten Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Die Geldvermögensbildung gibt darüber Auskunft, wie viel in einer Periode in Geld oder in Finanztiteln angelegt wird. Die Finanzierungsseite zeigt an, in welchem Ausmaß Fremdfinanzierungen getätigten werden.

In Österreich wird die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung von der OeNB erstellt⁸¹, wobei die präsentierten Ergebnisse für das Jahr 2002 zum Teil noch auf Schätzungen beruhen. Darüber hinaus sind Ergänzungen der Primärdaten insbesondere bei Anteilsrechten durch Annahmen, Hochrechnungen und Schätzungen für die Erstellung der Finanzierungsrechnung erforderlich. Die Vorschau der Finanzierungsströme für das Jahr 2003 wurde vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)⁸² bereitgestellt.

Als wichtigste Transaktionsarten der Finanzierungsrechnung, die sich nach ihrer Liquidität und nach rechtlichen Merkmalen unterscheiden, sind folgende zu nennen:

- Einlagen,
- Wertpapiere (Schuldverschreibungen und Anteilsrechte wie insbesondere Aktien oder Investmentzertifikate),
- Kredite und
- Versicherungssparprodukte.

Die Sektorgliederung differenziert zwischen folgenden Wirtschaftsbereichen:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften
- Finanzielle Kapitalgesellschaften
- Staat
- Private Haushalte
- Ausland

Die volkswirtschaftlichen Sektoren fungieren – abgesehen vom finanziellen Sektor – entweder als Gläubiger, indem sie anderen Sektoren Finanzvermögen zur Verfügung stellen (im Regelfall die privaten Haushalte und in Österreich auch das Ausland), oder als Schuldner (im Regelfall nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und der Staat). Der finanzielle Sektor nimmt dem gegenüber die Rolle des Finanzintermediärs wahr.

Der Begriff „Kapitalgesellschaft“ ist nicht ausschließlich juristisch zu verstehen. Er umfasst bei den „nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ in der gegenwärtigen Abgrenzung neben den Kapitalgesellschaften im engeren Sinn auch selbstständig Erwerbstätige und freie Berufe sowie Personengesellschaften. Darin weicht das Konzept der österreichischen Finanzierungsrechnung vom ESVG 95 ab, das grundsätzlich selbstständig Erwerbstätige, freie Berufe und Personengesellschaften den „privaten Haushalten“ zuordnet. Aus Datengründen war eine getrennte Erfassung und damit eine ESVG 95-konforme Zu rechnung dieser Teilesktoren zu den „privaten Haushalten“ nicht möglich. Ebenfalls aus Datengründen mussten die „privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ – entgegen dem Zuordnungsschlüssel des ESVG 95 – dem Sektor „private Haushalte“ zugerechnet werden.

⁸¹ Nähere Informationen sind auf der Internet-Homepage www.oenb.at, Statistik zu finden.

⁸² Hahn F., Glauner U. (2003): Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsströme 2003, Dokumentation zur Berechnung und Prognose, Studie im Auftrag des Staatsschuldenuausschusses.

Der Sektor „finanzielle Kapitalgesellschaften“ umfasst entsprechend der Abgrenzung im ESVG 95 die Teilsektoren Zentralbank, Kreditinstitute, sonstige Finanzinstitute (z. B. Investmentfonds), Kredit- und Versicherungshilfsgesellschaften sowie Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen.

Die Abgrenzung des Sektors „Staat“ und seiner Teilsektoren (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) erfolgt ebenfalls im Wesentlichen gemäß ESVG 95. Der Bundessektor wird in weiterer Folge wegen seiner Bedeutung für das heimische Finanzmarktsystem gesondert dargestellt (siehe Tabellen 33 und 35).⁸³

6.2.1 Umfang und Struktur der Finanzierungsströme im Jahr 2002⁸⁴

Vor dem Hintergrund anhaltender wirtschaftlicher Unsicherheiten und Risiken auf den Finanzmärkten im Jahr 2002 blieb auch der Vermögensaufbau bzw. die Inanspruchnahme von Finanzierungen verhalten bzw. rückläufig. Nach ersten Berechnungen betrug der Anstieg der Finanzanlagen Österreichs⁸⁵ im Jahr 2002 40,4 Mrd EUR, während der Vermögensaufbau im Jahr 2001 noch doppelt so hoch war. Der Finanzierungsbedarf⁸⁶ erreichte einen Wert von knapp unter 40 Mrd EUR und damit weniger als die Hälfte des Vorjahrs.

In der Geldvermögensbildung der gesamten österreichischen Volkswirtschaft dominierten im Gegensatz zum Jahr 2001 die Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere. Zum Teil sehr stark rückläufig war die Bildung von Einlagen und Kreditgewährungen, wodurch auch die Finanzierungsseite beeinflusst wurde. Das Engagement in Anteilsrechten verzeichnete schwächere Zuwächse. Die Neuverschuldung der österreichischen Volkswirtschaft konzentrierte sich auf die Emission von festverzinslichen Wertpapieren.

Das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte dürfte im Berichtsjahr 2002 auf nomineller Basis um maximal 3% und damit im Vergleich zum Jahr 2001 gering gestiegen sein.⁸⁷ Bei schwacher Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit verzeichnete der private Konsum eine nominelle Steigerung um 2,7% (2001: 3,5%). Die Kreditnachfrage der privaten Haushalte blieb 2002 im Vergleich zum Jahr 2001 konstant. Die Neuverschuldung erreichte ein Volumen von 4,3 Mrd EUR. Konsum- als auch Wohnbaukredite sorgten für den größten Teil dieses Anstiegs. Wie schon in den Vorjahren beobachtet, verschuldeten sich private Haushalte auch im Jahr 2002 maßgeblich durch Fremdwährungskredite (2002: 2,7 Mrd EUR).

Ein Großteil der Ersparnisse der privaten Haushalte wurde in Geldvermögen angelegt. Insgesamt dürften die Veranlagungen im Jahr 2002 mit einem Gesamtvolumen von 12,6 Mrd EUR von risikoaversen Auswahlkriterien dominiert worden sein, womit sich die Entwicklung aus dem Jahr 2001 im Berichtsjahr fortsetzte. Die privaten Haushalte investierten dabei ein Drittel in Finanzanlagen, die von Banken angeboten wurden. Neben den Einlagen in Höhe von rund 3,4 Mrd EUR kauften sie um 1,1 Mrd EUR Schuldverschreibungen. Bei den Bankemissionen handelt es sich zum größeren Teil um steuerlich begünstigte Wohnbauanleihen. Die im Jahr 2002 über das Internet verkauften Bundesschatzscheine wurden von privaten Haushalten um knapp mehr als 100 Mio EUR erworben.

Die Euro-Bargeld einföhrung führte im Jahr 2001 zu einer Auflösung der Schilling-Bargeldbestände in Höhe von 3 Mrd EUR. Diesem temporären Rückgang stand im Jahr 2002 wieder ein Anstieg von rund 3,6 Mrd EUR gegenüber. Eine wichtige Form der Veranlagung war, wie schon im Jahr 2001, die Privatvorsorge. Die Zuwächse in Form von Lebensversicherungen und Pensionskasseneinzahlungen betragen im Jahr 2002 insgesamt 3,7 Mrd EUR, davon drei Viertel auf Einzahlungen in Lebensversicherungen.

⁸³ Auf einen Ausweis des Teilsektors „sonstige öffentliche Haushalte (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger)“ wurde angewischt statistischer Unschärfen und der Heterogenität verzichtet.

⁸⁴ Redaktionsschluss für alle Daten aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung war der 28. April 2003. Die nächste Aktualisierung der Daten erfolgt im September 2003.

⁸⁵ Veränderung der Finanzaktiva in der Beobachtungsperiode ohne Bewertungsänderungen.

⁸⁶ Veränderung der Finanzpassiva in der Beobachtungsperiode ohne Bewertungsänderungen.

⁸⁷ Die realen Einkommenszuwächse auf Basis von Prognosen von IHS und WIFO vom März 2003 haben sich im Jahr 2002 auf 1% beliefen, die Prognose der OeNB berechnete einen realen Einkommenszuwachs von nur 0,5%.

Tabelle 33: Finanzierungsströme 2002 ¹⁾ (in Mrd EUR)

	Nichtfinanzielle Kapitalgesellsch.		Finanzielle Kapitalgesellsch.		Staat		Private Haushalte	Inland		Ausland		Insgesamt				
					Insgesamt	Bundesektor										
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben		
Währungsgold und SZR	-	-	-0,40	-	-	-	-	-	-0,40	-	-	-0,40	-0,40	-0,40		
Währungsgold	-	-	-0,31	-	-	-	-	-	-0,31	-	-	-0,31	-0,31	-0,31		
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	-0,09	-	-	-	-	-	-0,09	-	-	-0,09	-0,09	-0,09		
Bargeld und Einlagen	+1,22	-	+14,87	-7,97	-0,43	-	-0,66	-	+7,05	-	-7,02	-7,97	-7,14	-8,20	-14,17	-14,17
Bargeld	+0,34	-	+0,66	+7,81	-	-	-	-	+3,60	-	+4,60	+7,81	+3,20	-0,01	+7,80	+7,80
Sichleinlagen	+3,02	-	-4,04	-2,85	+0,84	-	+0,82	-	+1,53	-	+1,34	-2,85	-1,70	+2,49	-0,36	-0,36
Sonstige Einlagen	-2,14	-	-11,48	-12,93	-1,27	-	-1,48	-	+1,92	-	-12,96	-12,93	-8,64	-8,67	-21,60	-21,60
Wertpapiere und Finanzderivate	+0,73	-0,18	+16,53	+13,50	+4,58	+7,27	+2,14	+7,63	+1,17	-	+23,01	+20,59	+18,63	+21,05	+41,64	+41,64
Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere	+0,73	-0,18	+16,53	+13,50	+4,58	+6,83	+2,14	+7,19	+1,17	-	+23,00	+20,15	+18,19	+21,05	+41,20	+41,20
Finanzderivate	-	-	+0,00	-0,00	-	+0,44	-	+0,44	-	-	+0,00	+0,44	+0,44	+0,00	+0,44	+0,44
Kredite	+0,89	+10,68	+5,20	-0,45	-0,10	-1,19	+2,64	-0,62	+0,02	+4,32	+6,00	+13,37	+11,55	+4,19	+17,55	+17,55
Anteilsrechte	+3,59	+1,85	+10,95	+8,16	+0,29	-	+0,29	-	+0,88	-	+15,71	+10,01	+3,63	+9,34	+19,35	+19,35
Anteilsrechte	+3,59	+1,85	+2,08	-1,38	+0,07	-	+0,07	-	+0,77	-	+6,51	+0,47	+2,58	+8,62	+9,09	+9,09
Investmentzertifikate	-	-	+8,87	+9,54	+0,21	-	+0,21	-	+0,11	-	+9,20	+9,54	+1,06	+0,72	+10,26	+10,26
Versicherungstechn. Rückstellung	-	-	-	+3,71	-	-	-	-	+3,71	-	+3,71	+3,71	-	-	+3,71	+3,71
Sonst. Forderungen/Verbindlichk.	+0,16	-0,23	-0,49	-0,37	+0,00	-0,03	+0,00	+0,02	-0,26	+0,28	-0,59	-0,35	+0,52	+0,27	-0,07	-0,07
Sektorsumme	+6,59	+12,12	+16,93	+16,58	+4,33	+6,05	+4,40	+7,03	+12,57	+4,60	+40,42	+39,35	+27,19	+28,26	+67,61	+67,61
Finanzierungssaldo	-5,53	-	+0,35	-	-1,72	-	-2,62	-	+7,97	-	+1,07	-	-1,07	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OeNB.

Der Saldo aus Geldvermögensbildung abzüglich der Finanzierung ergibt den Finanzierungssaldo. Als Gläubigersektor erzielten die privaten Haushalte einen Überschuss von rund 8 Mrd EUR im abgelaufenen Jahr (2001: 7,1 Mrd EUR). Der positive Saldo der privaten Haushalte und des finanziellen Sektors waren im Berichtsjahr höher als der Nettofinanzierungsbedarf der Unternehmen und des Staatssektors. Die gesamte Volkswirtschaft erreichte daher im Jahr 2002 – erstmals seit einem Jahrzehnt – einen Nettofinanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland in Höhe von 1,1 Mrd EUR.

Das gesamte Geldvermögen der privaten Haushalte erreichte zum Stichtag 31. Dezember 2002 einen Wert von 290 Mrd EUR (2001: 281 Mrd EUR). Die Verschuldung der privaten Haushalte stieg im Berichtsjahr von 85,3 auf knapp unter 90 Mrd EUR, woraus sich ein Nettovermögen von rund 200 Mrd EUR errechnet.

Die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (Unternehmen) verringerten markant ihre Bruttoanlageinvestitionen, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen gingen (auf nomineller Basis) im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 9,2% zurück. Die im Jahr 2002 in Anspruch genommenen Finanzierungen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften reduzierten sich auf 12,1 Mrd EUR, wovon 9/10 durch Kredite aufgebracht wurden (2001: 21 Mrd EUR). Per Saldo kam es im Berichtsjahr zu Nettotilgungen von inländischen Bankkrediten in Höhe von 2,3 Mrd EUR, wobei die in Fremdwährung finanzierten Kredite einen Zuwachs von rund 500 Mio EUR aufwiesen. Die Kreditaufnahme staatsnaher Unternehmen erfolgte teilweise durch die so genannte Rechtsträgerfinanzierung. Die im Staatsbesitz befindlichen Kapitalgesellschaften bekamen im Jahr 2002 Kredite vom Zentralstaat in Höhe von 2,3 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Eine wesentliche Finanzierungsform ist die Kreditaufnahme im Ausland. Im Berichtsjahr wurden Auslandskredite im Ausmaß von knapp mehr als 10 Mrd EUR aufgenommen. Die Finanzierung über die Emission von Schuldverschreibungen war im Jahr 2002 sehr gering. Die Tilgungen überwogen die Neuemissionen mit einem Saldo von rund 200 Mio EUR. Die Passivseite der Vermögensbilanz im Sektor der inländischen nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften betrug zum Stichtag 31. Dezember 2002 271,2 Mrd EUR (2001: 261,4 Mrd EUR). Rund ¾ entfielen auf Fremdkapital, das zu 90% aus Krediten bestand.

Für den Sektor **Staat** wurde nach ersten Berechnungen ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 1,7 Mrd EUR gemäß ESVG-Abgrenzung⁸⁸ berechnet. Die Finanzanlagen erhöhten sich unter Ausschaltung der innersektoralen Finanzierung um rund 2,2 Mrd EUR. Während der Zentralstaat durch die Rechtsträgerfinanzierung staatsnahen Unternehmen weitere Kredite gewährte, verkauften einzelne Bundesländer Wohnbaudarlehen an in- und ausländische Finanzinstitute. Die Finanzierung des Staates durch andere inländische Sektoren und das Ausland ergab ein Volumen von rund 3,9 Mrd EUR. Der finanzielle Sektor verringerte sein Engagement in Finanzanlagen des Sektors Staat um rund 6,3 Mrd EUR, wobei sowohl Banken als auch Investmentfonds und Versicherungen Forderungstitel abgaben. Gleichzeitig erwarb das Ausland Schuldverschreibungen in Höhe von 10,6 Mrd EUR. Die wesentlichste Anlageform waren Anleihen, die im Jahr 2002 im Rahmen des Tenderverfahrens begeben bzw. aufgestockt wurden. Ausländische Kreditgeber reduzierten ihre Forderungen um knapp mehr als 500 Mio EUR im Jahr 2002. Die Verschuldung, nach Abzug der innersektoralen Verpflichtungen, hatte zum Stichtag 31. Dezember 2002 einen Marktwert von 157,3 Mrd EUR.

6.2.2 Vorschau auf die Finanzierungsströme des Jahres 2003

Die vorliegenden Ausführungen basieren auf den Grundlagen und Ergebnissen der WIFO-Prognose zur Jahresmitte 2003.

Die Weltwirtschaft ist zur Jahresmitte 2003 von einem bisher selten beobachteten Ausmaß an Verunsicherung und Desorientierung geprägt. Welthandel und Binnenkonjunktur in den wichtigsten Industrieländern zeigen seit nunmehr Mitte des vergangenen Jahres stark geminderte Dynamik und hohe Instabilität. Die vergleichsweise kurze Dauer der kriegerischen Handlungen im Irak hat bisher nicht zur erhofft raschen Entspannung der geopolitischen Lage und auch nicht zu einer erkennbaren Abnahme der Volatilität auf den Weltmärkten geführt. Die internationalen Devisen- und Vermögensmärkte unterliegen zum Teil noch stärkeren, unsystematischen Kursschwankungen als vor dem Irak-Krieg.

⁸⁸ Im Unterschied zum Finanzierungssaldo laut budgetärer Notifikation werden zinsbasierte Swaps in dieser Darstellungsform als Finanztransaktion betrachtet.

Sowohl Unternehmen als auch private Haushalte in den Industrieländern reagieren auf diese Unsicherheiten zunehmend mit Attentismus bzw. Verschiebung von Konsumausgaben und Investitionsprojekten. Die Kursverluste auf den internationalen Aktienmärkten der letzten Jahre haben zu großen Ungleichgewichten in den Vermögensbilanzen von Unternehmen und privaten Haushalten geführt, deren „Re-adjustment“ offensichtlich mit länger andauernden Anpassungskosten für die Weltwirtschaft verbunden ist.

Diese Kräfte bleiben 2003 wirksam und verhindern mit großer Wahrscheinlichkeit eine deutliche Verbesserung des Weltwirtschaftsklimas noch während des laufenden Jahres. In Europa bleibt die Konjunktur auch 2003 von der Schwäche der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Unternehmensinvestitionen beeinträchtigt. Die Stärke des Euro schmälert den Wachstumsbeitrag des Außenhandels, der noch 2002 deutlich positiv war. Vor diesem Hintergrund sind die Wachstumsausichten für Österreich für 2003 sehr gedämpft. Der Anstieg der heimischen Wirtschaftsleistung wird heuer mit knapp unter 1% Zuwachs geringer als im Vorjahr ausfallen. Die Konjunkturindikatoren des WIFO lassen zur Jahresmitte keine Aufschwungstendenzen erkennen. Die Unternehmen bewerten weiterhin die Produktionsentwicklung als sehr verhalten, die schwache Zunahme der Einkommen lässt nur eine geringe Ausweitung der Konsumausgaben erwarten. Die ungünstige Entwicklung der Weltwirtschaft und der hohe Außenwert des Euro dämpfen die Exporte, obgleich die heimischen Exportunternehmen von der regen Nachfrage aus Ost- und Südosteuropa und der vorteilhaften Entwicklung der Lohnstückkosten überdurchschnittlich profitieren.

Diese vom Vorjahr nur unwesentlich veränderte Konjunkturlage lässt für 2003 nur geringfügige Änderungen in der Struktur der inter- und intrasektoralen Finanzierungsströme erwarten. Die Entwicklung der Parameter, die das Finanzierungsverhalten der Wirtschaftssektoren bestimmen, wie etwa das Investitionsverhalten der Unternehmen, die Budgetpolitik des Staates, die Einkommensentwicklung und die Konsumneigung der privaten Haushalte, die Zinsentwicklung auf den Geld - und Kapitalmärkten sowie die Veranlagungs- bzw. Finanzierungspräferenzen von Investoren bzw. Emittenten verschärfen allerdings bereits seit 2001 bestehende Tendenzen.

Die Vorschau auf die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme 2003 (Tabelle 35) basiert im Detail auf den nachstehenden Annahmen:

Die mäßige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage veranlasst die Unternehmen wie im Vorjahr zu äußerster Zurückhaltung im Bereich der Investitionen. Das historisch extrem niedrige Zinsniveau führte bisher noch nicht zu einem Abgehen von dem sehr vorsichtigen Investitionsverhalten der letzten Jahre. Die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software werden heuer gemäß WIFO-Prognose real stagnieren, nachdem sie seit 2000 kumuliert um 13% eingebrochen sind. Gegen Jahresende sind vor dem Auslaufen der befristeten Investitionsprämie geringfügige Vorzieheffekte zu erwarten. Zurückhaltung üben die Unternehmen wie in den Vorjahren auch bei den Bauinvestitionen, die zu einem erheblichen Teil durch Bankkredite finanziert werden.

Die Stagnation der Wirtschaft belastet die öffentlichen Haushalte spürbar. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen lassen gemäß WIFO-Prognose für heuer ein Defizit des Gesamtstaates von ca. 2,9 Mrd EUR erwarten. Dieser Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die schwache Zunahme der Einnahmen an direkten Steuern und auf die konjunkturell bedingt erhöhte Beanspruchung des Budgets durch die Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Dazu kommen starke Steigerungen einzelner Ausgabenkategorien wie etwa der Familienförderung. Der negative Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition wird 2003 laut WIFO-Prognose bei 1,2% des BIP liegen.

Im privaten Sektor werden 2003 die Löhne und Gehälter noch langsamer wachsen als im Vorjahr, im öffentlichen Sektor auf Grund des „Inflationsnachschlags“ hingegen deutlich rascher. Das verfügbare Einkommen, das auch die Einkünfte aus Gewerbebetrieben und Besitzekommen umfasst, wird sich 2003 deshalb mit rund 1,5% realem Zuwachs etwas günstiger entwickeln als im Vorjahr. Die Nachfrage der privaten Haushalte wird die heimische Konjunktur im laufenden Jahr jedoch nicht beleben. Der private Konsum wird heuer real nur um knapp über 1% höher sein als im Vorjahr. Die Sparquote der privaten

Haushalte wird auf Grund dieser Entwicklung und auf Grund eines stärkeren langfristigen Vorsorgebewusstseins infolge der Pensionsdiskussion über den Tiefständen der Vorjahre liegen.

Der kräftige Kursanstieg des Euro und die schwache Konjunktur haben den Preisauftrieb im Euroraum spürbar gedämpft. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zur Jahresmitte mit einer kräftigen Zinssenkung auf den nachlassenden Preisdruck, der mit der Konjunkturflaute einhergeht, reagiert. Insgesamt hat die EZB seit Mai 2001 mit sieben Zinsschritten den Leitzins um 2,75 Prozentpunkte auf den historischen Tiefstand von 2% gesenkt.

Das Zinsniveau auf dem europäischen Geldmarkt für Dreimonatsgeld wird laut WIFO-Prognose 2003 das Vorjahresniveau um 100 Basispunkte unterschreiten und auf diesem tiefen Niveau von 2,2% auch im kommenden Jahr verharren. Trotz lockerer Geldpolitik und überaus reichlicher Liquidität werden die Anleger auch heuer zinstragende Obligationen den tief bewerteten Aktien vorziehen. Risikoaversion und Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf werden andauern und die internationale Nachfrage nach sicheren Rentenwerten hochhalten. Das WIFO rechnet für heuer im Jahresdurchschnitt mit einem Rückgang der Rendite für zehnjährige Staatsanleihen auf 3,9% (2002: 5,0%).

Das Geschehen auf den nationalen und internationalen Aktienmärkten wird wie im Vorjahr von Vorsicht und Zurückhaltung bestimmt bleiben. Institutionelle Investoren wie auch Kleinanleger sind überdurchschnittlich risikoavers und bevorzugen sichere und liquide Veranlagungsformen. Diese pessimistische Grundtendenz wird sich im Laufe des Jahres nicht mehr ändern, wenngleich die Aufwärtsbewegung auf den internationalen Aktienmärkten seit Ende des Irak-Krieges von einigen Beobachtern als erste Anzeichen eines Stimmungsumschwungs an den Börsen gedeutet wird.

Tabelle 34: Entwicklung der Finanzierungssalden 2001 bis 2003 (in % des BIP)

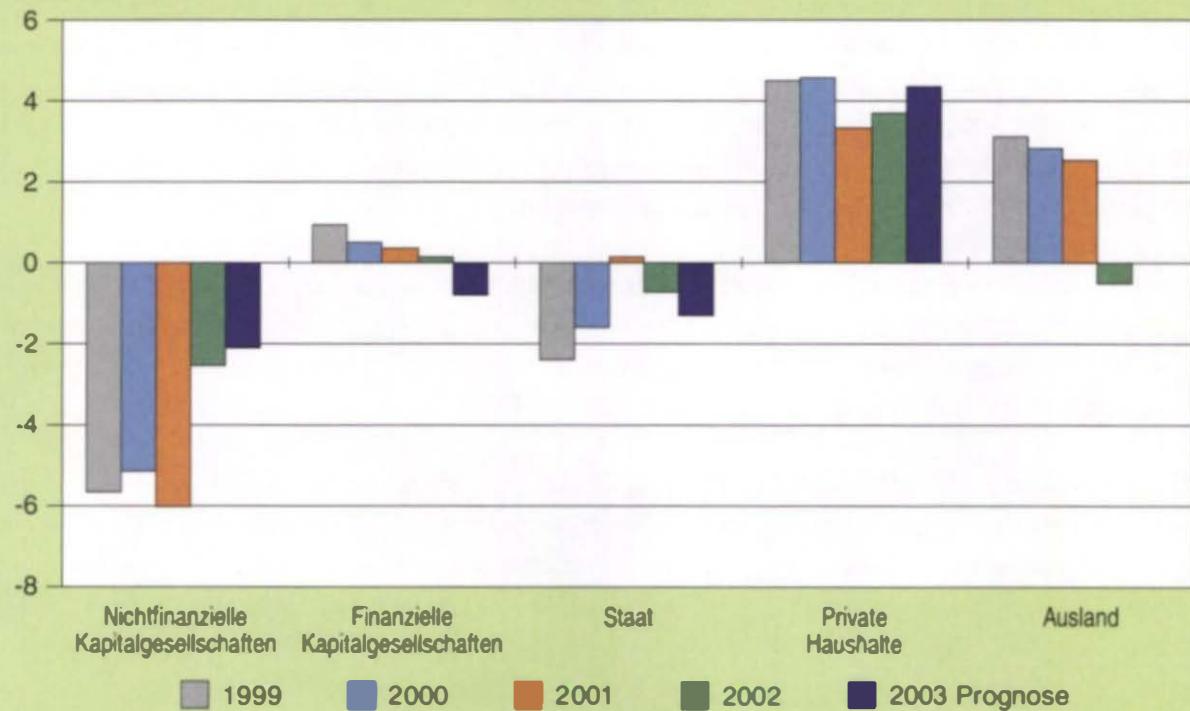
	2001	2002 ¹⁾	2003 ²⁾
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-6,1	-2,6	-2,1
Finanzielle Kapitalgesellschaften	0,3	0,2	-0,8
Staat	0,1	-0,8	-1,3
Private Haushalte	3,3	3,7	4,3
Ausland	2,5	-0,5	-0,0

1) Vorläufige Daten.
 2) Prognose.
 Quelle: OeNB, STAT, WIFO.

Tabelle 34 sowie Grafik 19 geben einen zusammenfassenden Überblick der sektoralen Finanzierungssalden in Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts der letzten Jahre einschließlich der Prognose für 2003. Der Verlauf der Salden spiegelt den Einfluss der Konjunktur auf das externe Finanzierungserfordernis der einzelnen Sektoren wider. Die stagnierende Konjunktur hat die öffentlichen Haushalte wieder in den defizitären Bereich geführt. Die Drehung des Finanzierungssaldos gegenüber dem Ausland ist ebenfalls eine Folge der schwachen Binnenkonjunktur, insbesondere aber ein (temporärer) Finanzierungseffekt durch die Aufwertung des Euro. Der Unternehmenssektor (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) schließt konjunkturbedingt zunehmend seine Finanzierungslücke gegenüber den anderen Sektoren, während die privaten Haushalte ihren Finanzierungsüberschuss gemessen am BIP schrittweise wieder an das langfristige Niveau heranführen.

Grafik 19
Entwicklung der Finanzierungssalden 1999 bis 2003

in % des BIP

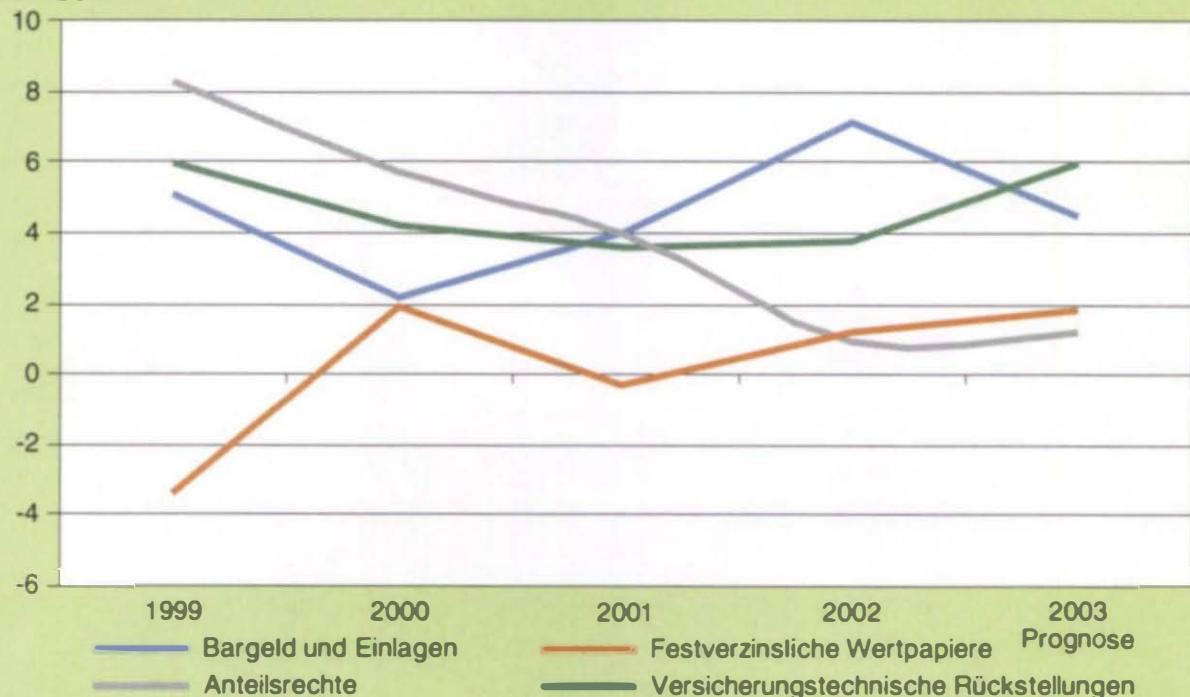


Quelle: OeNB, STAT, WIFO-Berechnungen.

Grafik 20

Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte 1999 bis 2003
 Veränderung des Bestandes gegenüber dem Vorjahr*)

in Mrd EUR



*) Ohne Bewertungsänderungen.

Quelle: OeNB, WIFO-Berechnungen.

Tabelle 35 gibt eine detaillierte Darstellung der zu erwartenden Änderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten entsprechend den Annahmen über das Anlageverhalten der privaten Haushalte, das Finanzierungsverhalten der Produktionsunternehmen, die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, die Transaktionen der Unternehmen des Finanzsektors sowie die Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten.

Der Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften wird heuer mit 4,7 Mrd EUR ein etwas geringeres Finanzierungsdefizit aufweisen als im Vorjahr. Die Kreditaufnahme insgesamt bleibt mit einem Zuwachs von 4,7% verhalten, die Gesamtverbindlichkeiten wachsen mit 4,5% nur geringfügig stärker als im Vorjahr (3,7%). Die günstigen Kapitalmarktbedingungen werden auch zu einer etwas stärkeren Emissionstätigkeit, insbesondere jener Unternehmen, die sich vormals über die Rechtsträgerfinanzierung des Bundes refinanzierten, am Anleihenmarkt führen. Die Ausweitung der Verbindlichkeiten in Form von Anteilsrechten wird mit 3,6% deutlich unter dem langjährigen Trend bleiben.

Der Finanzierungssaldo des Finanzsektors (finanzielle Kapitalgesellschaften) wird auf Grund der mäßigen Kreditnachfrage und der höheren Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte leicht im negativen Bereich liegen. Die bestehende Risikoaversion der Anleger wird hingegen Banken und Investmentfonds zu einer gegenüber dem Vorjahr etwas expansiveren Emissionspolitik veranlassen. Das Finanzierungsdefizit wird bei knapp 2 Mrd EUR erwartet.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird heuer 2,9 Mrd EUR bzw. ca. 1,3% des Bruttoinlandsproduktes betragen. Dieses Ergebnis ist primär auf das konjunkturell bedingte höhere Finanzierungserfordernis des Bundes zurückzuführen. Der Prognose liegt u. a. die Annahme zu Grunde, dass die Finanzierungsgestaltung des Bundes weiterhin kapitalmarktorientiert bleibt. Die zu erwartenden positiven Finanzierungsbeiträge der Länder und Gemeinden verhindern annahmegemäß ein allzu weites Abdriften vom Konsolidierungspfad.

Die privaten Haushalte werden heuer auf Grund der etwas günstigeren Einkommenssituation einen höheren Finanzierungsüberschuss ausweisen als im Vorjahr. Der Zuwachs beträgt 1,6 Mrd EUR. Die Netto-Kreditaufnahme bleibt mit einem Zuwachs von 3,8 Mrd EUR sehr verhalten, die hohe Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte spiegelt sich vor allem in einem im Vergleich zum Vorjahr deutlicheren Zuwachs der Sichteinlagen wider. Die Pensionsdiskussion wird die private Pensionsvorsorge zusätzlich stimulieren und zu einem kräftigeren Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen als im Vorjahr führen.

Der Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland wird nur im Ausmaß des Leistungsbilanzsaldo und ohne Berücksichtigung der finanziierungswirksamen Vermögensübertragungen prognostiziert. Der Leistungsbilanzsaldo wird vor allem wegen der schwachen Importnachfrage und der Terms of Trade-Effekte infolge der Euro-Aufwertung mit 0,1 Mrd EUR noch im positiven Bereich liegen, der Finanzierungsüberschuss des Inlandes wird jedoch deutlich unter jenem des Vorjahrs liegen (1,6 Mrd EUR).

Tabelle 35: Vorschau auf die Finanzierungsströme 2003 (in Mrd EUR)

	Nichtfinanzielle Kapitalgesellsch.		Finanzielle Kapitalgesellsch.		Staat				Private Haushalte	Inland		Ausland		Insgesamt		
					Insgesamt		Bundessektor									
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben		Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	
Währungsgold und SZR	-	-	+0,09	-	-	-	-	-	-	+0,09	-	-	+0,09	+0,09	+0,09	
Währungsgold	-	-	+0,08	-	-	-	-	-	-	+0,08	-	-	+0,08	+0,08	+0,08	
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	+0,01	-	-	-	-	-	-	+0,01	-	-	+0,01	+0,01	+0,01	
Bargeld und Einlagen	+0,50	-	+8,58	+19,30	+1,29	-	+0,24	-	+4,47	-	+14,83	+19,30	+6,00	+1,53	+20,83	+20,83
Bargeld	-0,12	-	+0,29	+1,56	+0,00	-	+0,00	-	+0,70	-	+0,88	+1,56	+0,65	-0,03	+1,53	+1,53
Sichteinlagen	+0,43	-	+1,26	+4,53	+0,60	-	+0,31	-	+2,03	-	+4,32	+4,53	+1,52	+1,31	+5,84	+5,84
Sonstige Einlagen	+0,18	-	+7,03	+13,21	+0,69	-	-0,07	-	+1,74	-	+9,64	+13,21	+3,82	+0,25	+13,46	+13,46
Wertpapiere und Finanzderivate	+0,70	+1,07	+15,23	+12,34	-0,00	+3,51	-0,00	+4,00	+1,91	-	+17,84	+16,92	+17,31	+18,24	+35,15	+35,15
Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere	+0,70	+1,07	+15,23	+12,34	-0,00	+3,51	-0,00	+4,00	+1,91	-	+17,84	+16,91	+17,31	+18,24	+35,15	+35,15
Finanzderivate	-	-0,00	+0,00	-0,00	-	+0,00	-	+0,00	-	-	+0,00	+0,00	-	+0,00	+0,00	+0,00
Kredite	+1,61	+8,72	+11,30	+1,28	-1,42	-0,80	-0,14	+0,03	+0,01	+3,82	+11,51	+13,02	+6,12	+4,61	+17,63	+17,63
Anteilsrechte	+4,54	+2,30	+8,56	+6,78	+0,01	-	+0,01	-	+1,16	-	+14,27	+9,08	+0,66	+5,84	+14,93	+14,93
Anteilsrechte	+3,46	+2,30	+1,22	-0,05	+0,01	-	+0,01	-	+0,39	-	+5,07	+2,26	+1,49	+4,31	+6,57	+6,57
Investmentzertifikate	+1,08	-	+7,34	+6,83	+0,00	-	+0,00	-	+0,77	-	+9,19	+6,83	-0,83	+1,53	+8,36	+8,36
Versicherungstechn. Rückstellung	-	-	-	+5,91	-	-	-	-	+5,91	-	+5,91	+5,91	-	-	+5,91	+5,91
Sonst. Forderungen/Verbindlichk.	+0,03	+0,01	+0,15	+0,18	-0,00	+0,07	-0,00	+0,01	-	+0,07	+0,18	+0,34	+0,15	-0,00	+0,34	+0,34
Sektorsumme	+7,38	+12,10	+43,92	+45,79	-0,12	+2,79	+0,11	+4,05	+13,47	+3,89	+64,64	+64,58	+30,24	+30,31	+94,88	+94,88
Finanzierungssaldo	-4,73	-	-1,88	-	-2,91	-	-3,94	-	+9,58	-	+0,06	-	-0,06	-	-	-
Quelle: WIFO.																

7 VORSCHAU: ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM FÜR DIE JAHRE 2003 BIS 2007

Die Bundesregierung legte Ende März 2003 das Stabilitätsprogramm für Österreich für die Jahre 2003 bis 2007 vor, das gemäß EU-Verordnung 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken von den Mitgliedstaaten jährlich vorzulegen ist und folgende Angaben zu enthalten hat:⁸⁹

- das mittelfristige Budgetziel für einen beinahe ausgeglichenen Haushalt oder einen Überschuss einschließlich des geplanten Anpassungspfads und der zu erwartenden Entwicklung der Schuldenquote,
- die bei der Prognose unterstellten makroökonomischen Annahmen und
- eine Sensitivitätsanalyse, die die budgetären Auswirkungen bei Änderung der makroökonomischen Annahmen aufzeigt.

Der inhaltliche Aufbau der Stabilitätsprogramme wurde zudem im Rahmen eines adaptierten „Code of Conduct“, der vom ECOFIN-Rat im Juli 2001 verabschiedet wurde, vereinheitlicht und konkretisiert.⁹⁰

Im Folgenden werden nun die budgetären Ziele des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2003 bis 2007 sowie die Einschätzung der EU-Kommission zur Haushaltsslage in Österreich vorgestellt.

Das aktuelle Stabilitätsprogramm für Österreich geht von einer Konjunkturerholung ab dem zweiten Halbjahr 2003 aus. Im „Haupt- bzw. Normalszenario“ wird ein Wirtschaftswachstum von 1,4% im Jahr 2003, das sich bis 2005 auf 2,5% beschleunigt und in weiterer Folge in etwa auf diesem Niveau verweilt, unterstellt. Die durchschnittliche Wachstumsrate für den Zeitraum 2003 bis 2007 beträgt 2,1% und liegt damit leicht über dem im Stabilitätsprogramm ausgewiesenen Potenzialwachstum von Österreich in Höhe von 2%.

Als wirtschaftspolitische Prioritäten der Bundesregierung sind im Stabilitätsprogramm folgende angeführt:

- die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems,
- die Fortsetzung der Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte,
- die gleichzeitige Betonung der Zukunftsthemen Forschung und Entwicklung sowie Bildung,
- die Erhöhung der Standortattraktivität in Österreich, insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung,
- die deutliche Reduktion der Abgabenquote mit Verstärkung der ökologischen Komponente im Steuersystem im europäischen Gleichklang (Energiesteuern und Mineralölsteuern) und der Senkung der Lohnnebenkosten,
- die weitere Privatisierung von Unternehmen,
- die Restrukturierung der Österreichischen Bundesbahnen.

Von dem im vorangegangenen Stabilitätsprogramm festgelegten Konsolidierungskurs⁹¹, der ein ausgeglichenes Budget bzw. leichte Budgetüberschüsse in den Jahren 2003 bis 2005 zum Ziel hatte, wurde angesichts der schwachen Konjunkturentwicklung und wegen der nunmehr geplanten Steuerreform abgegangen. Für den gesamten Prognosezeitraum 2003 bis 2007 sind nun Budgetdefizite vorgesehen. Ausgehend von einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 1,3% des BIP im Jahr 2003 soll – trotz erster Etappe der Steuerreform – im Jahr 2004 das Defizit auf 0,7% des BIP zunächst rückgeführt werden. Die zweite Etappe der Steuerreform bedingt allerdings im Jahr 2005 wieder einen merklichen Anstieg des Budgetdefizits auf 1,5% des BIP, das in weiterer Folge bis 2007 auf 0,4% des BIP rückgeführt werden soll.⁹²

⁸⁹ Jene EU-Länder, die nicht Teilnehmer der WWU sind, haben ihre mittelfristigen haushaltspolitischen Ziele in Form von Konvergenzprogrammen darzulegen, die zusätzlich Informationen über die Inflations- und Wechselkursentwicklung enthalten.

⁹⁰ Siehe dazu: Format and Content of Stability and Convergence Programs: In: Public Finances in EMU 2002, European Economy, No 3/2002, p. 201-206.

⁹¹ Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2001 bis 2005 vom November 2001.

⁹² Die Sensitivitätsanalyse des aktuellen Stabilitätsprogramms zeigt, dass auch bei einem geringeren Wachstumspfad (Wachstumsraten von durchschnittlich etwa 1,8% pro Jahr) die Obergrenze von 3% des BIP für das Budgetdefizit immer deutlich unterschritten wird. Allerdings würde das Budgetdefizit auch noch 2007 mit 0,9% des BIP über dem Wert von 2002 liegen.

Tabelle 36: Eckdaten des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2002 bis 2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	-0,6	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
davon:						
Bundessektor	-1,0	-1,8	-1,4	-2,2	-1,9	-1,1
Länder und Gemeinden	0,5	0,5	0,7	0,75	0,75	0,75
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staatseinnahmenquote (in % des BIP)	51,5	51,1	50,8	49,5	49,4	49,4
Staatsausgabenquote (in % des BIP)	52,1	52,4	51,6	51,0	50,5	49,8
Bruttoinlandsprodukt, real¹⁾	0,9	1,4	2,0	2,5	2,5	2,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell¹⁾	1,9	3,1	3,5	3,9	3,8	3,7

1) %-Veränderung zum Vorjahr.

Quelle: BMF; Österreichisches Stabilitätsprogramm vom März 2003.

Für die Budgetüberschüsse der Länder und Gemeinden ist ein allmählicher Anstieg von 0,5% des BIP im Jahr 2003 auf 0,75% des BIP im Jahr 2005 vorgesehen. Die Bundesebene weist innerhalb des Prognosezeitraumes – von den Jahren 2004 und 2007 mit Budgetdefiziten von 1,4% bzw. 1,1% des BIP abgesehen – negative Finanzierungssalden in der Größenordnung von 2% des BIP auf. Das höchste Budgetdefizit des Bundes wird im Jahr 2005 mit 2,2% des BIP als Folge der zweiten Etappe der Steuerreform erwartet. Ein über den gesamten Prognosezeitraum ausgeglichener Budgetsaldo wurde für die Sozialversicherungsträger – angesichts der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherung – angesetzt.

Als Gründe für den erwarteten Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits von 0,6% des BIP im Jahr 2002 auf 1,3% des BIP im Jahr 2003 werden folgende angeführt:

- verzögerte Ausgaben auf Grund der Hochwasserhilfe,
- Konjunkturschwäche (Outputlücke weitet sich aus),
- Konjunkturpakete des Jahres 2002,
- beschlossene bzw. vereinbarte Leistungsverbesserungen (Lohnausgleich 2002 bei den Beamten, Kinderbetreuungsgeld, Erhöhung der Familienbeihilfen, Altersteilzeitförderung) sowie
- gesetzlich normierte Anpassungen bei gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. Gehalts- und Pensionsanpassungen).

Das aktuelle Stabilitätsprogramm sieht innerhalb der Legislaturperiode (bis 2006) Einsparungen von etwa 2,2 % des BIP auf der Ausgabenseite durch folgende Maßnahmen vor:

- Verwaltungsreform des Bundes und Verminderung der Zahl öffentlich Bediensteter (0,6% des BIP),
- Überprüfung von Bundesförderungen und ÖBB-Reform (0,1% des BIP),
- Einsparungen entsprechend der Aufgabenaufteilung bei Ländern, Städten und Gemeinden (0,5% des BIP),
- Reform im Pensionsbereich (0,5% des BIP),
- Reform der Sozialversicherung (0,5% des BIP).

Die Umsetzung der Steuerreform ist in zwei Etappen geplant. Die erste Etappe, die mit 1. Jänner 2004 in Kraft treten soll, bewegt ein Volumen von knapp 1 Mrd EUR und soll – laut Stabilitätsprogramm – zu einer Nettoentlastung von über 0,5 Mrd

EUR (0,25 % des BIP) führen. Für diese Etappe sind folgende Maßnahmen beabsichtigt:

- Entlastung unterer und mittlerer Einkommen durch Erhöhung der Steuerfreigrenze im Einkommensteuergesetz (vollständige Steuerentlastung für Bruttojahreseinkommen bis knapp 14.500 EUR),
- Förderung der Eigenkapitalbildung in Unternehmen durch Einführung einer begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne für Einzelunternehmen und Personengesellschaften (halber Steuersatz, mindestens jedoch 20%),
- Verstärkung der ökologischen Komponenten im österreichischen Steuersystem im europäischen Gleichklang (Energiesteuern und Mineralölsteuern),
- Entlastung im Bereich der Lohnnebenkosten insbesondere für ältere Arbeitnehmer,
- die 13. Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung wird gestrichen.

Die zweite Etappe der Steuerreform soll ab dem Jahr 2005 umgesetzt werden und eine Nettoentlastung von rund 2,5 Mrd EUR beinhalten. Insgesamt dürfte die Steuerentlastung daher ein Ausmaß von rund 3,0 Mrd EUR bzw. 1,3% des BIP umfassen und die gesamtstaatliche Abgabenquote auf unter 43% des BIP senken.

Tabelle 37: Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote des öffentlichen Sektors 2002 bis 2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Staatsschulden in Mrd EUR	146,6	149,0	150,1	152,9	154,5	154,2
Schuldenquote in % des BIP	67,8	67,0	65,1	63,8	62,1	59,7
Veränderung der Schuldenquote	+0,5	-0,8	-1,9	-1,3	-1,7	-2,4
davon Beitrag ¹⁾						
des primären Saldo ²⁾	-3,2	-2,3	-2,7	-1,9	-2,2	-2,8
der Zinszahlungen des Staates	+3,7	+3,6	+3,5	+3,4	+3,3	+3,2
des nominellen BIP-Wachstums	-1,3	-2,0	-2,3	-2,4	-2,3	-2,3
des Stock-Flow-Adjustment	+1,2	-0,1	-0,3	-0,3	-0,5	-0,5

1) - = positiver Beitrag (+ = negativer Beitrag) zur Reduzierung der Schuldenquote.
 2) - = Primärüberschuss.
 Quelle: BMF, Österreichisches Stabilitätsprogramm vom März 2003.

Für die öffentliche Verschuldung ist unter den zu Grunde liegenden ökonomischen Annahmen und den gesetzten budgetären Zielen ein klarer Abwärtstrend – gemessen am BIP⁹³ – zu erwarten, der durch die Tilgung der Schulden aus der Rechtsträgerfinanzierung verstärkt wird (näheres siehe Kapitel 3.3). Die makroökonomischen Rahmenbedingungen und der primäre Saldo reichen aus, um den Zinseffekt zu kompensieren und die Schuldenquote auf dem Abwärtstrend zu halten. Die Schuldenquote sollte im Jahr 2007 den Referenzwert von 60 Prozent unterschreiten.

Die EU-Kommission bewertete Ende April 2003 das österreichische Stabilitätsprogramm vom März 2003 für die Jahre 2003 bis 2007 und kam zu folgenden Schlussfolgerungen:⁹⁴

- Das unterstellte makroökonomische Szenario erscheint realistisch, sofern sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie projiziert verbessern.

93 Eine Verminderung der Verschuldungshöhe in absoluten Größen erfordert Budgetüberschüsse und/oder finanzielle Transaktionen (Vermögenstransaktionen), die in die Position „Stock-Flow-Adjustment“ eingehen.

94 Ausschnitte aus der Presseaussendung der EU-Kommission vom 30. April 2003 (IP/03/596).

- Die Haushaltsstrategie für die Jahre 2003 bis 2007 hat sich erheblich verändert. Auf der Ausgabenseite ist eine grundlegende Reform des öffentlichen Rentensystems das wichtigste Element der neuen Strategie. In Verbindung mit dem angekündigten Umbau der Krankenkassen und verwandten Maßnahmen sind diese Reformen unerlässlich, um den Aufwärtsdruck auf die Einnahmen langfristig unter Kontrolle zu bringen. Außerdem ist eine erheblich stärkere Rückführung der Ausgaben auf regionaler und lokaler Ebene erforderlich.
- Auf der Einnahmenseite beabsichtigt die Regierung, die hohe Steuerbelastung erheblich zu reduzieren. Dies dürfte zur Entstehung wachstumsfreundlicher Angebotsbedingungen beitragen. Insbesondere sollte die Senkung der Lohnnebenkosten, die schon mehrmals verschoben worden ist, durchgesetzt werden.
- Eine Senkung der Steuern sollte jedoch von entsprechenden Ausgabeneinsparungen flankiert werden. Daher sollten die Kosten der geplanten Steuerreform durch weitere Kürzungen der strukturellen Ausgaben kompensiert werden. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine riskante Strategie gefahren wird, wenn Steuern gesenkt werden, ohne gleichzeitig eine angemessene Ausgabenzurückhaltung sicherzustellen.
- In Anbetracht der erheblichen Ausweitung des nominellen sowie des strukturellen Defizits nach 2004 entspricht die projizierte öffentliche Finanzlage nur zum Teil den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

8 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

8.1 Rahmenbedingungen und Fiskalposition des öffentlichen Sektors in Österreich 2002

- Das reale Wirtschaftswachstum in Österreich fiel im Jahr 2002 mit 1,0% abermals gering aus. Zu Beginn des Berichtsjahres war zwar eine vorübergehende, von den Nettoexporten getragene Belebung der österreichischen Wirtschaft erkennbar. Allerdings setzte sich der konjunkturelle Aufschwung – analog zur gesamteuropäischen Entwicklung – in der zweiten Jahreshälfte nicht fort. Zusätzlich waren im Sommer 2002 Produktionsausfälle bedingt durch die Hochwasserkatastrophe in Österreich zu verzeichnen (Kapitel 2.3).
- Der seit Ende 2001 zu beobachtende Trend steigender Geldmarktzinssätze im Euroraum kam im Mai 2002 zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt lag der Drei-Monats-EURIBOR mit 3,3% um knapp 1%-Punkt unter dem Vorjahreswert. Das langfristige Zinsniveau wies – vor allem im zweiten und dritten Quartal – eine rückläufige Entwicklung auf. Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum gingen im Jahresdurchschnitt um 10 Basispunkte zurück und beliefen sich am Jahresende auf 4,3%. Der Abstand zwischen den 10-Jahres-Zinsen und den Drei-Monats-Zinsen weitete sich im Laufe des Jahres 2002 merklich aus und betrug durchschnittlich 165 Basispunkte (Kapitel 2.1).
- Die aktuellen Ergebnisse für die Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich (Stand: März 2003) zeigen (Tabelle 7), dass das gesetzte Budgetziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2002 zwar nicht erreicht werden konnte, dass aber das Budgetdefizit deutlich geringer ausfiel als noch zu Jahresende 2002 erwartet wurde. Nach einem Budgetüberschuss im Jahr 2001 in Höhe von 0,3% des BIP, ergab sich im Berichtsjahr ein Budgetdefizit für den öffentlichen Sektor in Höhe von 0,6% des BIP. Hier muss jedoch erwähnt werden, dass die vorliegenden Daten für 2002 im Bereich der Länder- und Gemeindegebarung noch auf Schätzungen beruhen. Endgültige Ergebnisse über die Budgetgebarung aller öffentlichen Haushalte im Sinne des ESVG 95 liegen erst mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem Jahr vor (endgültige Ergebnisse für das Jahr 2001 standen mit Ende März 2003 zur Verfügung) (Kapitel 3.2.1).
- Für die Verschlechterung des Budgetsaldos des Staates waren im Berichtsjahr 2002 insbesondere konjunkturelle Einflüsse verantwortlich. Zum Teil bedingten jedoch auch andere Einflussfaktoren budgetäre Mehrausgaben bzw. Minder-einnahmen, die durch die Fortsetzung des Konsolidierungskurses nur zum Teil kompensiert werden konnten. Für die Gesamtentwicklung wesentlich dürften insbesondere folgende Aspekte gewesen sein (Kapitel 3.2.1):
 - Das Steueraufkommen war im Jahr 2002 durch die ungünstige Wirtschaftslage und angesichts von Sondereffekten (erhöhte Steuervorauszahlungen im Vorjahr, Anspruchsverzinsung, Hochwasser) äußerst gedämpft. Erhebliche Steuerausfälle waren konjunkturbedingt insbesondere bei den direkten Steuern (Lohnsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer), aber auch bei der Umsatzsteuer und Kommunalsteuer zu verzeichnen.
 - Die angespannte Arbeitsmarktlage (Rückgang der aktiv Beschäftigten, Anstieg der Arbeitslosigkeit) erforderte auf der Ausgabenseite erhöhte Budgetmittel des Bundes für Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Pensionen (Zuschuss des Bundes für die Pensionsversicherung) und dürfte gleichzeitig auch bei den Ländern und Gemeinden Mehrausgaben für die soziale Absicherung bedingt haben. Der Rückgang der Zahl der aktiv Beschäftigten schmälerte zudem das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen merklich.
 - Infolge der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 waren zusätzliche Finanzmittel zur Beseitigung der Schäden und für Hilfeleistungen an die Betroffenen von allen Gebietskörperschaften zu leisten.

Weiters ergaben sich beim **Bund** insbesondere **Mehrausgaben** durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ab Januar 2002, durch den Anstieg der Pensionen erzielter von Bundesbediensteten, durch vermehrte Zahlungen an die OBB und PTA und durch höhere Leistungen an andere öffentliche Körperschaften (Budget-Kapitel 5.3).

Der beim innerösterreichischen Stabilitätspakt vereinbarte Stabilitätsbeitrag der **Länder** (einschließlich Wien) von 0,75% des BIP bzw. mindestens 1,67 Mrd EUR durfte – nach eigenen Angaben – auch im Jahr 2002 erbracht werden. Der Budgetüberschuss der Länder (einschließlich Wien) wurde 2002 trotz des schwachen konjunkturellen Umfeldes und der anhaltenden Dynamik der Gesundheitsausgaben erreicht. Einsparungen wurden im Wesentlichen durch die Fortsetzung einer Aufgabenreorganisation (Straffung der Organisationsstruktur; Auslagerungen von marktnahen Tätigkeiten (LIGS)), durch einen restriktiven Budgetvolzug sowie in einigen Bundesländern durch einen Personalaufnahmestopp erreicht. Zudem wurde der eingeschlagene Weg Forderungen aus Wohnbauforderungsanträgen zu verkaufen und zur Schuldentlastung, Rücklagenzuweisung und/oder Veranlagung zu verwenden fortgesetzt.

Auch die **Gemeinden** (ohne Wien) durften trotz schwacher Einnahmenentwicklung und hoherer Ausgaben insbesondere im Bereich der Sozialhilfe und Spitalsfinanzierung sowie durch die Übernahme neuer Verwaltungsaufgaben (z. B. Meldewesen), den geforderten Stabilitätsbeitrag im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes (ausgeglichener Haushalt) erreicht haben. Neben der Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit durften insbesondere verstärkte Gemeinde-Kooperationen (z. B. zentrales Beschaffungswesen, Immobilienmanagement), der zunehmende Umstieg auf Leasingfinanzierungen sowie weitere Ausgliederungen und Auslagerungen zum Erreichen des erforderlichen Nulldefizits beigetragen haben. Das zurückhaltende Investitionsverhalten der Gemeinden auf Grund der angespannten finanziellen Lage in den letzten Jahren durfte auf der aktuellen Finanzbedarfserhebung 2002 einen Nachholbedarf bei der Erneuerung und Sanierung der kommunalen Infrastruktur begründen.

- Im **internationalen Vergleich** hat sich die Fiskalposition Österreichs im Berichtsjahr trotz der Saendarstellung von einem eichten Budgetüberschuss hin zu einem geringen Budgetdefizit nicht verschlechtert. Österreich zählt seit dem Jahr 2001 zu jenen Ländern, die Budgetsalden in der Nähe eines ausgeglichenen Haushaltes aufweisen. Hohe Budgetüberschüsse wiesen 2002 nur Finnland (+4,7% des BIP) und Luxemburg (+2,6% des BIP) auf. Im Durchschnitt verschlechterte sich 2002 der Budgetsaldo des Euroraums von -1,6% des BIP (2001) auf -2,2% des BIP (2002) (Kapitel 5).
- Die **Einnahmen des Gesamtstaates** beliefen sich im Jahr 2002 auf insgesamt 111,6 Mrd EUR oder 51,5% des BIP und die **Ausgaben** auf 113,3 Mrd EUR oder 52,2% des BIP. Während die Zunahme der Ausgaben des Staates in etwa dem nominalen BIP-Wachstum entsprach, lag die Einnahmenentwicklung merklich unter dem BIP-Anstieg, wodurch sich ein rückläufiger Verlauf bei der Staatseinnahmenquote und ein beinahe konstanter Verlauf bei der Staatsausgabenquote ergab: Staatseinnahmenquote 2002: 52,2% des BIP, 2001: 52,1% des BIP. Staatseinnahmenquote 2002: 51,5% des BIP, 2001: 52,2% des BIP. Die gesamtstaatliche **Abgabenquote** verringerte sich ebenfalls relativ deutlich von 45,6% des BIP (2001) auf 44,5% des BIP (2002) und erreichte damit wieder das Niveau der Jahre 1998 und 1999 (44,4% des BIP) (Kapitel 3.2.1 Tabelle 10).
- Tabelle 11 zeigt, dass mehr als 60% der **Ausgaben des Staates** für **Transferleistungen an Dritte** (Sozialleistungen an private Haushalte und Subventionen an Unternehmen), beinahe 30% für die **öffentliche Verwaltung** (Lohn- und Gehälter, Sachaufwand) und in etwa 7% für **Zinszahlungen** der öffentlichen Verschuldung aufgewendet werden. Für **Investitionen** (Bruttoinvestitionen) werden demgegenüber lediglich in etwa 2% der Gesamtausgaben verwendet (Kapitel 3.2.2).

Innerhalb der **Transferleistungen** dominieren die **monetaren Sozialleistungen** (v.a. Pensionsleistungen der Sozialversicherungssträger und der Gebietskörperschaften, Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder, das Karez-

geld und das Pflegegeld), die 2002 einen Anteil an den Gesamtausgaben von 36% aufwiesen. Ein relativ hohes Ausgabenvolumen erreichen ebenfalls die „sozialen Sachleistungen“ mit einem Anteil von 9,8% an den Gesamtausgaben im Jahr 2002. Hier handelt es sich um von staatlichen Stellen gekaufte Waren oder Dienstleistungen, die kostenlos oder gegen einen pauschalen Kostenbeitrag (Selbstbehalt) an private Haushalte weitergeleitet werden (u. a. Arztleistungen, Medikamente, Kindergärten, Schülerfreifahrten, Gratisschulbücher). Beide Kategorien (monetäre Sozialleistungen, soziale Sachleistungen) weisen eine überdurchschnittliche Dynamik im Zeitvergleich auf: Während innerhalb der Beobachtungsperiode (1998-2002) die Gesamtausgaben pro Jahr um durchschnittlich 2,3% zunahmen, betrug der Anstieg bei den „monetären Sozialleistungen“ durchschnittlich 3,6% und bei den „sozialen Sachleistungen“ 4,0%.

- Im Zeitvergleich zu erkennen ist auch der Umstand, dass die Ausgaben des Staates für Transferleistungen an Unternehmungen („Vermögenstransfers“, „Subventionen“) immer wieder sehr hohe Steigerungsraten von über 10% aufweisen, während die Ausgabenkategorien „Sach- und Personalaufwand“, „Zinszahlungen“, „Bruttoinvestitionen“ tendenziell Veränderungsraten aufweisen, die niedriger als das Gesamtausgabenwachstum sind. Für diesen gegenläufigen Verlauf waren großteils die institutionellen Veränderungen im Sektor Staat (Ausgliederungen von Krankenanstalten und von marktnahen Diensten (z. B. Wasser-, Abwasserversorgung, Müllbeseitigung, Wohnungswirtschaft, Kongresshäuser, BIG)) sowie das rückläufige Marktzinsniveau in Bezug auf den Zinsaufwand verantwortlich. Die niedrigen Zuwächse bei den Ausgabenkategorien „Sach- und Personalausgaben“ sowie „Zinszahlungen“ und die Rückgänge bei den „Bruttoinvestitionen“ sind aber auch als Ergebnis der Konsolidierungsmaßnahmen der Gebietskörperschaften zu sehen, die in Personalreduktionen, geringen Lohnerhöhungen, Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Schuldenabbaumaßnahmen mündeten.
- Die föderale Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist von der Tabelle 12 abzulesen. Sie zeigt, dass das Gewicht der einzelnen staatlichen Ebenen an den jeweiligen Ausgaben- und Einnahmenkategorien sowie an den Ausgaben und Einnahmen in Summe sehr unterschiedlich ist. Zwischen den vier Teilsektoren des Staates bestehen enge Verflechtungen, die sich empirisch durch das hohe Volumen an „intragovernmental Transfers“ zeigen. Obwohl die Steueranteile der einzelnen Gebietskörperschaften, die im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind, direkt als Steuereinnahmen des jeweiligen Rechtsträgers (Empfängers) verbucht sind, decken die intergovernmentalen Transfer-einnahmen der Länder rund die Hälfte und jene der Gemeinden rund ein Fünftel der jeweiligen Gesamteinnahmen ab. Bei den Sozialversicherungsträgern bedingt insbesondere der Bundesbeitrag zu den Pensionen eine intergovernmentale Einnahmenquote von mehr als 25%. Betrachtet man die Ausgabenseite, so wird ersichtlich, dass im Wesentlichen die Bundesebene Leistungen (mit)finanziert, die von anderen öffentlichen Rechtsträgern erbracht werden (z. B. Landeslehrer, Wohnbauförderung, Bundesbeitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung) (Kapitel 3.2.2).
- Die öffentliche Verschuldung in Österreich im Sinne von Maastricht erreichte Ende 2002 – nach vorläufigen Ergebnissen – die Höhe von 146,6 Mrd EUR oder 67,6% des BIP und lag damit um 3,9 Mrd EUR oder 0,3 %-Punkte des BIP über dem Vergleichswert des Vorjahrs. Damit verfehlte Österreich im Berichtsjahr die Maastricht-Kriterien in Bezug auf den Schuldenstand (Obergrenze von 60% des BIP bzw. rückläufige Schuldenquote). Allerdings ist dieses Faktum stark zu relativieren, da die Schuldenquotenerhöhung ausschließlich Ergebnis der neuen EUROSTAT-Feststellung vom Jänner 2003 über die Finanzierungen des Bundes für Dritte (siehe Kapitel 3.1 und Kapitel 4.1) ist. Dem Bund kommt hier ausschließlich eine Intermediärfunktion zu, die er insofern wahnimmt, als er die Schulden in seinem Namen zwar aufnimmt, aber in weiterer Folge an die Auftraggeber weiterleitet, sodass den finanziellen Verpflichtungen gleich hohe finanzielle Forderungen gegenüberstehen. Für den Bund entstehen daher de facto bzw. in Nettobetrachtung (unter Berücksichtigung der Ausgaben und Einnahmen) keine Finanzierungskosten (Zinsen, Tilgungen). Ohne Rechtsträgerfinanzierungen wäre eine rückläufige Entwicklung der öffentlichen Verschuldung – gemessen am BIP – zu verzeichnen gewesen (Ende 2002: 134,9 Mrd EUR oder 62,2% des BIP; Ende 2001: 133,1 Mrd EUR oder 62,8% des BIP). Darüber hinaus soll – gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom März 2003 – die Verschuldung der Rechtsträger beim Bund zur Gänze bis Ende 2008 abgebaut werden (Kapitel 3.3).

- **Zusammenfassend** lässt sich feststellen, dass die öffentlichen Haushalte in Österreich im Jahr 2002 den strikten Konsolidierungskurs fortgesetzt haben. Eine wichtige Rolle dürfte dabei – neben den internationalen Vorgaben (Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU) – auch der innerösterreichische Stabilitäts- und Wachstumspakt gespielt haben, der rückwirkend mit 1. Jänner 2001 in Kraft trat und Grenzen für die Budgetsalden der einzelnen Gebietskörperschaften vorgab, um einen ausgeglichenen Budgetsaldo für den Gesamtstaat zu erreichen. In Zusammenhang mit der „Qualität“ der öffentlichen Finanzen signalisieren die vorliegenden Ergebnisse – neben den zu erwartenden ökonomischen und budgetären Implikationen, die sich durch die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur ergeben – Herausforderungen in Bezug auf die Abgabenquote, den Verlauf der Bruttoinvestitionen sowie der Budgetentwicklung von ausgegliederten Einheiten. Eine Verstärkung der beschäftigungs- und wachstumsfördernden Elemente in den öffentlichen Budgets in Österreich erscheint ohne weitere Reformschritte im Bereich der öffentlichen Verwaltung mit einer Entflechtung der Zuständigkeiten und Kostentragung kaum realisierbar zu sein. Das Abgehen vom Budgetziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2002 war aus der Sicht des Staatsschuldenausschusses erforderlich, um die automatischen Stabilisatoren mit deren konjunkturstabilisierenden Eigenschaften wirken lassen zu können. Strukturelle Reformen im Sinne der Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses (siehe Anhang A1) erscheinen allerdings in Zukunft notwendig (Kapitel 3.2.1 und Kapitel 3.2.2).

8.2 Finanzschuldengebarung des Bundes und Gläubigerstruktur im Jahr 2002

- Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz und Rechtsträgerfinanzierungen) stieg 2002 infolge des höheren Nettodefizits stärker als im Vorjahr (2002: 2,5 Mrd EUR oder 2,1%, 2001: 0,7 Mrd EUR oder 0,6%) und erreichte damit zu Jahresende die Höhe von 124,0 Mrd EUR (Tabelle 15). Gemessen am BIP konnte dennoch eine Stabilisierung der Verschuldungsquote des Bundes erreicht werden (2002: 57,2% des BIP, 2001: 57,3% des BIP). Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der bereinigten Finanzschuld verminderte sich von 13,3% (Ende 2001) auf 12,7% Ende 2002. Die Finanzschuld des Bundes macht über 90% der gesamten öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht aus. Strukturdaten über die Verschuldung des Bundes liefern daher auch wichtige Hinweise über die Finanzierungsstruktur der öffentlichen Gesamtverschuldung in Österreich (Kapitel 4.1.1).
- Das **Debt-Management** des Bundes in Österreich setzte seinen Kurs, die Finanzierung auf mittel- bis langfristige EUR-Bundesanleihen zu konzentrieren, fort. Neuaufnahmen erfolgten 2002 daher zu rund 75% in Form von EUR-Bundesanleihen. Dabei wurden durch Anleiheaufstockungen die aushaltenden Volumina von österreichischen Bundesanleihen weiter erhöht, um den Zinsabstand zu den „Benchmarkanleihen“ im Euroraum möglichst gering zu halten. Nach einem Anstieg des Zinsabstands österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland im 10-Jahres-Segment auf über 30 Basispunkte im Jahr 2000, ging dieser seit dem zweiten Halbjahr 2001 zurück und lag im Dezember 2002 bei nur noch 14 Basispunkten. Im Jahresdurchschnitt 2002 erreichte die Renditedifferenz zu Deutschland bei 10-jährigen Anleihen 18 Basispunkte (2001: 28 Basispunkte) (Kapitel 4.1.1).
- Die **Finanzierungsaktivitäten** des Bundes beschränkten sich im Berichtsjahr 2002 – wie bereits in den Vorjahren – nicht ausschließlich auf Kapitalaufnahmen zur Deckung des Bruttofinanzierungsbedarfes des Bundes (Nettodefizit und Tilgungen), sondern dienten auch zur Steuerung des Schuldenportefeuilles (Portfolio-Management) in Bezug auf Laufzeit, Verzinsungsmodalität und Währungsstruktur, um eine Anpassung der Verschuldungsstruktur an die jeweiligen Marktgegebenheiten möglichst rasch zu gewährleisten. Dieser Umstand kommt abermals im Anstieg der Forderungen und Verbindlichkeiten aus **Swap-Verträgen** zum Ausdruck (Tabelle 17). Umstrukturierungen von bestehenden Verbindlichkeiten in Form von Konversionen wurden demgegenüber deutlich weniger als in den Vorjahren vorgenommen (Tabelle 16). Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Konversionsvereinbarungen der Vergangenheit zunehmend auslaufen und der Bestand vorzeitig kündbarer Schuldtitel permanent abgenommen hat (Kapitel 4.1.1).

- Seit Ende August 2002 bedient sich der Bund eines **neuen elektronischen Finanzprodukts**, das Kleinanleger (private Haushalte) als Zielgruppe hat. Die so genannten **Bundesschätze** sind Inhaberwertpapiere und können ausschließlich über Internet bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur erworben werden. Die Bundesschätze sind mit einer Stückelung von EUR 0,01* und mit einer Laufzeit von 30 Jahren (1. Juli 2002 bis 1. Juli 2032) ausgestattet. Für den Investor handelt es sich allerdings um kurz- bis mittelfristige Veranlagungen mit einer Bindungsdauer von 1, 3 oder 6 Monaten, die - sofern keine Kündigung ausgesprochen wird - verlängert werden. Innerhalb dieser Bindungsdauer gilt der jeweils für den Einzahlungstag oder für den Zinsfalligkeitstag geltende Zinssatz, der sich an den Geldmarktsätzen des Euroraums (EURIBOR-Sätze für 1, 3 oder 6 Monate) orientiert und im Internet (www.bundesschatz.at) bekannt gegeben wird. Ein Wertpapierkursrisiko besteht für den Investor nicht, da der Verkauf und Ankauf der Papier immer zu einem Kurswert von 100 erfolgt. Das Emissionsvolumen der Bundesschätze betrug im Berichtsjahr 500 Mio EUR. Davon konnten bis Jahresende 112 Mio EUR platziert werden. Der verbleibende Rest des Umlaufvolumens an Bundesschätzen befand sich im Verkaufsbestand der Schatzdienst bzw. im Asset-Portefeuille des Bundes (Kapitel 4.1.1).
- Das aushaltende Volumen an **Fremdwährungsverbindlichkeiten des Bundes** wird seit der WWU im Wesentlichen konstant gehalten. Ausschlaggebend dafür sind sowohl die attraktiven Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums, die dem Bund erlauben, das breite Angebot eines internationalen Finanzmarktes in heimischer Währung zu nutzen, als auch das Bestreben des Debt-Managements, das Wechselkursrisiko durch Limitvorgaben über die maximale Höhe der Fremdwährungsverschuldung in Grenzen zu halten. Im Berichtsjahr 2002 erfolgte eine **Umschichtung der Währungszusammensetzung** in Richtung Schweizer Franken. Während Ende 2001 der CHF-Anteil an der bereinigten Fremdwährungsschuld noch 49,7% und jener des japanischen Yen 50,3% betrug, waren zu Jahresende 2002 Anteile von 54,8% für den Schweizer Franken und 45,2% für den japanischen Yen zu verzeichnen. Diese Maßnahme bot sich im Berichtsjahr an, da die Wechselkurse des japanischen Yens gegenüber dem Euro im Zeitvergleich niedrig und jene des Schweizer Frankens hoch waren. Darüber hinaus lässt sich statistisch belegen, dass der Schweizer Franken in der Vergangenheit ein geringeres Wechselkursrisiko, Volatilität und Aufwertungswahrscheinlichkeit als der japanische Yen aufwies (Kapitel 4.1.3).
- Die Verwirklichung der WWU ging mit einem Wegfall der traditionellen Rolle der österreichischen Finanzintermediare als Hauptinvestoren für die Verschuldung des Bundes einher. Mittlerweile finanzieren **ausländische Investoren** (insbesondere des Euroraums), mehr als 60% der gesamten Verbindlichkeiten des Bundes in Euro und Fremdwährungen. Ende 1998 betrug die Auslandsverschuldungsquote des Bundes noch unter 40%. Diese dynamische Entwicklung der Auslandsverschuldung des Bundes ergibt sich durch das Bieterverhalten im Rahmen des Tenders von EUR-Bundesanleihen und steht in keinem Zusammenhang mit der Fremdwährungsverschuldung des Bundes. Die Käufer der in Euro denominierten Bundesanleihen sind seit der WWU fast ausschließlich die im Bieterkonsortium teilnehmenden ausländischen Primärhandler (Banken), die diese Papiere auch im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platziieren. Von dem im Berichtsjahr emittierten Anleihevolumen des Bundes in Höhe von 13,4 Mrd EUR (inklusive 10% Eigenanteil und einschließlich Rechtstragerfinanzierungen) übernahmen ausländische Primärhandler im Zuge des Tenderverfahrens über 89% (2001: 88%) (Kapitel 4.1.1).
- Das weiterhin sehr niedrige Zinsniveau 2002 sowie das gegebene Turgungsrecht (höhe Turgungsvolumina in den nächsten Jahren) sprachen dafür, dass Finanzierungen mit fixer Verzinsung und längeren Laufzeiten forciert wurden, um zum einen die niedrigen Zinskosten über einen möglichst langen Zeitraum zu halten und zum anderen das Refinanzierungsrisiko (Zinsänderungsrisiko) in Grenzen zu halten. Von den aushaltenden Verbindlichkeiten des Bundes waren Ende des Berichtsjahrs 91,4% mit einem **fixen Zinssatz** ausgestattet. 2001: 90,3%. Finanzierungsinstrumente mit **Geldmarktkonditionen** stellten Ende 2002 5,3% der Verbindlichkeiten des Bundes (2001: 5,6%) dar. Der Anteil an Titeln mit **variabler oder sprungfixer Verzinsung**, deren Zinssätze von der Entwicklung der **Kapitalmarktrenditen** (Sekundärmarkt Primärmarkt) abhängen, verminderte sich von 4,1% auf 3,6% (Kapitel 4.3, Tabelle 24).
- Die durchschnittliche **Nominalverzinsung** der Finanzschuld des Bundes (Tabelle 25) ging im Berichtsjahr von 5,2% (Ende 2001) auf 5,0% (Ende 2002) zurück. Diese Entwicklung wurde durch umfangreiche Turgungen von Schuldkatago-

nien mit deutlich höherer Nominalverzinsung ausgelöst. Der Rückgang des Marktzinsniveaus im Jahr 2002 wirkte sich auf die Nominalverzinsung der Verschuldung des Bundes auf Grund des hohen Fixzinsanteils der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen und infolge der Anleiheaufstockungen dagegen kaum aus. Hier muss jedoch erwähnt werden, dass die Kenngröße Nominalverzinsung infolge der in jüngster Zeit verfolgten Praxis, bestehende Anleihen aufzustocken, den tatsächlichen Durchschnittszinssatz (Rendite) für die Finanzschuld des Bundes nur noch eingeschränkt widerspiegelt (Kapitel 4.3).

- Für den Aufwand der Finanzschuld gemäß Kapitel 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge“ des Bundesbudgets, der neben den Zinszahlungen auch sonstige Aufwendungen, wie Emissionskursverluste bzw. -gewinne (Disagio bzw. Agio), Provisionen und Spesen umfasst, wird in den Berichten des Staatsschuldenausschusses traditionell eine so genannte Nettodarstellung gewählt. Die Nettodarstellung leitet sich aus den Ausgaben abzüglich der Einnahmen des Budgetkapitels 58 ab (siehe Tabelle 26) und berücksichtigt dadurch vor allem die Zinskosteneffekte, die sich durch den Einsatz von derivativen Finanzierungsformen (vor allem Währungstauschverträgen) ergeben. Trotz eines Budgetdefizits von 2,4 Mrd EUR im Berichtsjahr 2002 erhöhte sich die Ausgabenkomponente Zinsaufwand für die bereinigte Finanzschuld gegenüber dem Vorjahr kaum (2001 und 2002: gerundet jeweils 6,6 Mrd EUR), da Schuldkatagorien mit höherer Nominalverzinsung im Vergleich zum gegenwärtigen Zinsniveau in größerem Umfang fällig wurden. Zudem saldierten sich die Ausgaben der Budgetkomponenten des sonstigen Aufwandes mit jenen der Einnahmen beinahe auf null, sodass der Gesamtaufwand für die bereinigte Finanzschuld ebenfalls 6,6 Mrd EUR betrug (Kapitel 4.3, Tabellen 26 und 27).
- Stellt man den Zinskosten für die Finanzschuld des Bundes gesamtwirtschaftliche Eckgrößen gegenüber, so zeigt sich einerseits, dass der Zinsendienst für die Finanzschuld des Bundes eine bedeutende Ausgabenposition des Bundes darstellt, dass aber andererseits die Budgetbelastung vor allem durch den Konsolidierungskurs des Bundes und das rückläufige Marktzinsniveau, aber auch durch kostendämpfende Debt-Management-Maßnahmen etwas vermindert werden konnte. So ging im Jahr 2002 die Zinsendienstquote (gemessen am BIP) trotz der schwachen Konjunkturentwicklung abermals zurück (2002: 3,0% des BIP, 2001: 3,1% des BIP). Dennoch binden die Zinszahlungen (einschließlich sonstiger Aufwand) weiterhin beinahe ein Fünftel des Nettoabgabenerfolgs des Bundes (Budgetkapitel 52 „Öffentliche Abgaben“) (Kapitel 4.3, Tabelle 28).

ANHANG

A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUSSCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTES

Empfehlung des Ausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2003

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 4. Dezember 2002 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 13. Dezember 2002.

Die kurzfristigen Konjunkturperspektiven bleiben trüb: Unsicherheiten zur geopolitischen Lage, die Baisse auf den Aktienmärkten, das Fehlen eines weltweiten Konjunkturmotors, zunehmende Arbeitslosigkeit sowie wenig Spielraum bei den öffentlichen WWU-Haushalten sind Ursachen der äußerst schwachen Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa sowie der instabilen Konjunkturerholung in den USA. Für den Euroraum wird die konjunkturelle Wende gegenwärtig im zweiten Halbjahr 2003 (unter Umständen erst zu Jahresende 2003) erwartet. Allerdings stellen die ökonomischen Verhältnisse in den USA eine große Unsicherheit dar. Für eine steigende Exportnachfrage, die in weiterer Folge die sehr zurückhaltende Binnen nachfrage des Euroraumes (insbesondere Deutschlands) beleben sollte, kommt den USA eine bedeutende Rolle zu.

In Österreich ist der erwartete Konjunkturaufschwung im Jahr 2002 ebenfalls ausgeblieben. Nennenswerte positive Impulse gingen weder von der Export- noch von der Inlandsnachfrage (gedämpfter privater Konsum und rückläufige Investitionen) aus. Die schwache inländische Nachfrage äußerte sich auch in einem rückläufigen Importvolumen (vor allem bei Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern), was Österreich im Jahr 2002 eine positive Handelsbilanz erstmals seit 1945 bringen könnte. Das Wirtschaftswachstum (Anstieg des realen BIP) dürfte im Jahr 2002 den Vorjahreswert (von 0,7%) in etwa erreichen. Ein durchgreifender Wirtschaftsaufschwung ist in Österreich gegenwärtig noch nicht in Sicht. Allerdings ist in der zweiten Jahreshälfte 2003, sofern es zu der erwarteten weltweiten Konjunkturerholung kommt, mit einer spürbaren Wachstumsbeschleunigung auch in Österreich wieder zu rechnen.

Österreich hat zwar international gesehen eine niedrige Arbeitslosenquote, zählte aber im Jahr 2002 zu jenen Ländern, in denen der Anstieg ausgeprägt war. Die Arbeitslosenquoten in Österreich betragen für Jänner bis November 2002 nach EU-Definition 4,1% und nach nationaler Abgrenzung 6,7%. Sie lagen damit um 0,5 Prozentpunkte (EU-Definition) bzw. um 0,8 Prozentpunkte (nationale Abgrenzung) über den Vergleichswerten des Vorjahres. Eine merkliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bzw. ein merklicher Rückgang der Arbeitslosenquote ist für das Jahr 2003 nicht zu erwarten.

Die schwache Konjunkturlage, steuerliche Vorzieheffekte 2001 sowie die Hochwasserkatastrophe verringerten im Jahr 2002 die Budgeteinnahmen der öffentlichen Haushalte beträchtlich. Gleichzeitig waren die öffentlichen Haushalte mit Mehrausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung, bei den Pensionen sowie mit Unterstützungsleistungen infolge der Hochwasserschäden konfrontiert. Nach einem ausgeglichenen Budget im Jahr 2001 ist daher für 2002 wieder mit einem öffentlichen Defizit des Gesamtstaates von rund 1,3% des BIP zu rechnen. Die von der Bundesregierung gesetzten konjunkturellen Maßnahmen vom Juli und September 2002 zur Belebung von materiellen und immateriellen Investitionen (Steuererleichterungen für Hochwasserschäden sowie Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und Ausgaben in Bildung und Forschung), dürfen vor allem im Jahr 2003 zum Tragen kommen.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt unter den oben skizzierten Rahmenbedingungen für 2003 Folgendes:

- Am Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgethaushaltes des Gesamtstaates festzuhalten, um ein Abfedern einer konjunkturellen Schwäche phase und strukturelle Reformvorhaben, die sich erst mittelfristig positiv auf den Budgetsaldo auswirken, auch in Zukunft gewährleisten zu können. Das bedeutet, dass die Wachstumsdividende, die sich durch einen Konjunkturaufschwung ergibt, grundsätzlich zur Budgetkonsolidierung genutzt werden soll bzw. die konjunkturbedingten Einnahmenausfälle und Ausgabenerhöhungen in schwachen Konjunkturphasen nicht durch diskretionäre Gegenmaßnahmen abgefangen werden sollen.
- Das Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgethaushaltes nicht durch weitere diskretionäre Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu gefährden. Dies würde in einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich vermutlich vorrangig den strukturellen Budgetsaldo (ein von Konjunktureffekten und Einmalmaßnahmen bereinigter Budgetsaldo im Sinne von Maastricht) verschlechtern, einen Konsolidierungsbedarf in den Folgejahren nach sich ziehen und die Ausgangsbedingungen für strukturelle Reformen verschlechtern. Ein makroökonomisch ausgerichteter budgetpolitischer Kurs, der zur Konjunkturstabilisierung beiträgt, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, sollte aber die nachhaltige Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus und Wirtschaftswachstums zum Ziel haben.
- Dem gesamtstaatlichen Projekt „Verwaltungsreform“ innerhalb der neuen Legislaturperiode einen hohen Stellenwert in der Budgetpolitik einzuräumen, um Wege für die Umsetzung der vorhandenen, in Studien geschätzten Einsparungspotenziale (Abbau von Parallelstrukturen, organisationsübergreifende Kooperationen bzw. Kompetenzzentren, Einsatz von modernen Managementmethoden und Controllinginstrumenten sowie klare Kompetenzen mit entsprechenden Aufgabenbereichen) möglichst rasch zu finden. Eine Verwaltungsreform kann zu einer nachhaltigen Entlastung auf der Ausgabenseite der öffentlichen Budgets aller Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger beitragen, wird allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn alle politischen Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in Österreich nach gemeinsamen Lösungen suchen. Eine automatische, durch sozioökonomische Faktoren bedingte Entlastung auf der Ausgabenseite der öffentlichen Budgets, die ausreicht die hohe Abgabenquote in Österreich erheblich zu reduzieren, ist nicht zu erwarten.
- Die Vorgespräche zu den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen zu intensivieren und für das Projekt Verwaltungsreform und Implementierung des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz (Annäherung zwischen Einnahmenhoheit, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Gebietskörperschaften) zu nützen, um eine Umsetzung der Ergebnisse ab 2005 zu gewährleisten. Parallel dazu wäre auch ein Überdenken der derzeitigen Verteilungsschlüssel in Richtung verstärkte Aufgabenorientierung zu überlegen, damit die Finanzausgleichsmittel für die öffentliche Leistungserstellung und –bereitstellung möglichst zielorientiert und effizient eingesetzt werden können.
- Potentielle Fehlanreize in den österreichischen Pensionssystemen und auf dem Arbeitsmarkt, die einem Verbleiben älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben entgegenstehen, möglichst zu beseitigen, um langfristig die Pensionsvorsorge und nachhaltig den Konsolidierungskurs zu sichern. Die Erhöhung der Erwerbsquote für ältere Arbeitnehmer und Frauen ist einer der Schlüssel für die Bewältigung dieser Problematik. Die Pensionsreform 2000 konnte zwar vorübergehend die Ausgabendynamik einbremsen, wissenschaftliche Untersuchungen belegen jedoch, dass wegen der Verschiebung der Bevölkerungsstruktur weitere Reformschritte erforderlich sind.
- Die stabilitätsorientierte Ausrichtung des Debt Managements des Bundes beizubehalten und das gegebene Risikoprofil des Schuldenportefeuilles nicht wesentlich zu erhöhen. In Anbetracht der labilen Finanzmarktgegebenheiten und der Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf sollte das Risiko von starken Schwankungen des Zinsaufwandes möglichst gering gehalten werden.

Empfehlung des Ausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2003

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 25. Juni 2003 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 2. Juli 2003.

Wenngleich sich die Rahmenbedingungen für einen internationalen Wirtschaftsaufschwung in jüngster Zeit etwas verbessert haben, fehlen weiterhin Anzeichen für eine Konjunkturerholung insbesondere in Westeuropa. Die Unsicherheiten zur geopolitischen Lage sind nach Ende des Irak-Kriegs zwar geringer geworden, eine grundlegende Verbesserung des Weltwirtschaftsklimas ist jedoch noch nicht eingetreten. Der Preisauftrieb hat sich merklich reduziert und die Leitzinssätze der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der USA und Japans befinden sich auf historisch niedrigem Niveau. Dennoch dürfte die Investitions- und Konsumschwäche im Euroraum, die durch eine Dämpfung des Exports infolge der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro verstärkt wird, in nächster Zeit bestehen bleiben. Für den Euroraum ist nunmehr mit einer konjunkturellen Wende frühestens zu Jahresende 2003 zu rechnen.

Auch in Österreich ist zum dritten Mal in Folge ein Wirtschaftswachstum auf Jahresbasis von höchstens 1% zu erwarten. Für eine Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen gibt es keine Hinweise, die Konsumnachfrage der privaten Haushalte dürfte nur verhalten steigen und die Impulse von der Exportnachfrage werden 2003 geringer als im Vorjahr ausfallen. Die österreichischen Exporte gehen zwar primär in den Euroraum bzw. in Länder mit stabilem Wechselkurs zum Euro; die Euro-Aufwertung wirkt sich aber indirekt – wie etwa über Zulieferbeziehungen zur deutschen Exportindustrie – negativ auf die Auftragseingänge aus.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt schwierig. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist nach wie vor deutlich zu niedrig, um einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung zu gewährleisten. Der Großteil der Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt dürfte jedoch bereits im Vorjahr erfolgt sein. Für heuer wird daher trotz der anhaltenden konjunkturellen Schwäche von einer weit gehenden Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus ausgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen, die sich im Jahresdurchschnitt 2002 um über 28.000 auf 232.000 erhöht hat, wird zwar voraussichtlich weiter zunehmen, jedoch in deutlich geringerem Ausmaß als 2002.

Das Budgetdefizit des Gesamtstaates wird sich angesichts der schwachen Konjunkturlage, die sich negativ auf die Einnahmenentwicklung und auf konjunktursensible Ausgabenkategorien wie Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe auswirkt, auf über 1% des BIP ausweiten. Die von der Bundesregierung gesetzten konjunkturellen Maßnahmen im Jahr 2002 zur Belebung von materiellen und immateriellen Investitionen (Steuererleichterungen für Hochwasserschäden sowie Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und Ausgaben in Bildung und Forschung) sollten zum Tragen kommen. Darüber hinaus zeichnen sich strukturelle Mehrausgaben bei einigen Ausgabenkategorien (Familienförderung, Gesundheits- und Spitalswesen, Pensionen) ab.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt ergänzend zu den Empfehlungen vom Dezember 2002 und unter den oben skizzierten Rahmenbedingungen für 2003 Folgendes:

- Am Ziel eines gesamtstaatlich ausgeglichenen Budgetsaldos über den Konjunkturzyklus auch in schwierigen Zeiten festzuhalten. Zwar erweitern Budgetdefizite kurzfristig den Handlungsspielraum, langfristig ist jedoch das Gegenteil der Fall, da Kreditfinanzierungen die zukünftigen Budgets belasten. Eine Budgetpolitik mit strukturell ausgeglichenen Budgetsalden, die die automatischen Stabilisatoren wirken lässt, stabilisiert nicht nur den Konjunkturverlauf, sondern trägt auch durch den Abbau der Schuldenquote zur Generationengerechtigkeit bei.
- Bei diskretionären, konjunkturbelebenden Akzenten darauf zu achten, dass sie auch nachhaltig das Wirtschaftswachstum in Österreich positiv beeinflussen und nicht das Vertrauen in eine stabilitätsonderierte Budgetpolitik gefährden.

Hierfür bieten sich insbesondere EU-weite aber auch nationale Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur und zur Förderung der Forschung und Entwicklung an.

- Dem Projekt „Verwaltungsreform“ auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene hohe Priorität einzuräumen, sodass bereits akkordierte Reformvorhaben zugig implementiert werden und beim „Österreich-Konvent“ der eine umfassende Bundesstaatsreform binnen 18 Monaten ausarbeiten soll möglichst rasch Ergebnisse erzielt werden. Der Abbau jener finanziellen Verflechtungen der Gebietskörperschaften die ökonomisch falsche Anreizmechanismen auslösen, sollte zentraler Bestandteil der Bundesstaats-, Finanzverfassungs- und Finanzausgleichsreform sein. Generelle Leitlinie sollte die Zusammenführung der Kompetenz und Verantwortung bezüglich der Aufgaben, Ausgaben und Finanzierung bei der jeweiligen Gebietskörperschaft sein. Solche Reformen können zu einer nachhaltigen Entlastung auf der Ausgabenseite der öffentlichen Budgets aller Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger beitragen und damit den budgetären Spielraum für wachstumsfördernde Elemente im Budget maßgeblich erhöhen.
- Die Pensionen in Österreich durch eine umfassende Harmonisierung aller Systeme abzusichern. Sowohl distributive als auch allokative Gesichtspunkte sprechen für eine Harmonisierung aller Pensionssysteme in den sozialversicherungsrechtlichen Pensionssysteme ebenso wie jener der öffentlich Bediensteten des Bundes, der Länder, der Gemeinden sowie jener in ausgedehnten Einheiten.
- Unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften die mittelfristige Ausrichtung der Budgetplanung auszubauen. Es wäre zu überlegen auch in Österreich im Rahmen eines mehrjährigen Budgeterstellungsprozesses eine stärker an strategischen Zielen orientierte regegebundene Budgetpolitik auf der Ausgabenseite für alle Gebietskörperschaften zu implementieren. Damit könnten politisch kurzfristig motivierte diskretionäre Engpässe erschwert werden. Eine erfolgreiche Umsetzung einer regegebundenen Fiskalpolitik setzt eine harte Selbstbindung der Budgetverantwortlichen an strategische Ziele und budgetpolitische Instrumente ebenso voraus wie Ausgleichsmechanismen bei konjunkturell bedingten Abweichungen vom Voranschlag. Internationale Erfahrungen zeigen, dass insbesondere ausgabenseitige Fiskalregeln mit hoher Bindungswirkung zur Etablierung einer nachhaltigen Fiskalpolitik von großem Nutzen sind.

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT

Öffentlicher Finanzierungssaldo nach Sektoren

Jahre	Öffentlicher Finanzierungssaldo ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insg.	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1985	-	-	-	-	-	-	-2.800	-2,8
1986	-	-	-	-	-	-	-4.185	-4,0
1987	-	-	-	-	-	-	-4.902	-4,5
1988	-5.331	-4,6	1.644	1,4	-343	-0,3	-4.031	-3,5
1989	-4.747	-3,8	1.263	1,0	-358	-0,3	-3.841	-3,1
1990	-4.532	-3,4	1.539	1,2	-249	-0,2	-3.241	-2,4
1991	-5.488	-3,8	1.202	0,8	11	0,0	-4.275	-3,0
1992	-4.444	-2,9	1.704	1,1	-248	-0,2	-2.989	-2,0
1993	-7.637	-4,9	966	0,6	15	0,0	-6.656	-4,2
1994	-8.249	-5,0	-56	0,0	93	0,1	-8.212	-5,0
1995	-8.108	-4,7	-684	-0,4	-103	-0,1	-8.895	-5,2
1996	-7.191	-4,0	241	0,1	138	0,1	-6.812	-3,8
1997	-5.225	-2,9	1.523	0,8	305	0,2	-3.397	-1,9
1998	-5.794	-3,0	1.105	0,6	175	0,1	-4.513	-2,4
1999	-4.914	-2,5	498	0,3	-43	-0,0	-4.458	-2,3
2000	-3.363	-1,6	553	0,3	-231	-0,1	-3.041	-1,5
2001	-1.112	-0,5	1.687	0,8	-11	-0,0	564	0,3
2002 ²⁾	-2.250	-1,0	1.050	0,5	0	0,0	-1.200	-0,6
2003 ³⁾	-3.980	-1,8	1.130	0,5	0	0,0	-2.850	-1,3

1) Im Sinne der budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen).

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung BMF vom Februar 2003).

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP: WIFO-Prognose vom April 2003.

Öffentliche Verschuldung nach Sektoren

Jahre	Öffentliche Verschuldung ¹⁾							
	Bundessektor ²⁾		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insg.	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1985	41.702	41,4	7.864	7,8	0	0,0	49.567	49,2
1986	48.977	46,3	8.115	7,7	0	0,0	57.092	53,9
1987	55.615	50,6	8.324	7,6	0	0,0	63.939	58,2
1988	59.649	51,8	8.593	7,5	0	0,0	68.242	59,3
1989	63.384	51,3	8.298	6,7	0	0,0	71.682	58,1
1990	68.226	51,1	8.254	6,2	0	0,0	76.481	57,2
1991	74.067	51,7	8.226	5,7	0	0,0	82.293	57,5
1992	78.522	51,7	8.250	5,4	0	0,0	86.772	57,2
1993	87.874	56,0	9.127	5,8	0	0,0	97.001	61,8
1994	96.483	58,3	10.562	6,4	0	0,0	107.045	64,7
1995	105.028	61,0	13.507	7,8	673	0,4	119.207	69,2
1996	108.401	60,9	13.856	7,8	766	0,4	123.022	69,1
1997	106.511	58,4	10.957	6,0	671	0,4	118.139	64,7
1998	112.326	58,9	10.724	5,6	576	0,3	123.626	64,9
1999	121.882	61,8	10.483	5,3	683	0,3	133.048	67,5
2000	126.665	61,2	10.817	5,2	913	0,4	138.394	66,8
2001	129.833	61,3	11.865	5,6	960	0,5	142.659	67,3
2002 ³⁾	133.680	61,7	11.871	5,5	1.000	0,5	146.551	67,6
2003 ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	149.000	67,1

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Seit 1998 inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

3) Vorläufige Daten.

4) Budgetäre Notifikation (Schätzung BMF vom Februar 2003).

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP 2002 und 2003; WIFO-Prognose vom April 2003.

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT (Fortsetzung)

Finanzierungssaldo, Zinsaufwand und Primärsaldo des Staates

Jahre	Finanzierungssaldo ¹⁾		Zinsaufwand ¹⁾		Primärsaldo ¹⁾	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1985	-2.800	-2,8	3.539	3,5	740	0,7
1986	-4.185	-4,0	3.838	3,6	-348	-0,3
1987	-4.902	-4,5	4.317	3,9	-586	-0,5
1988	-4.031	-3,5	4.557	4,0	526	0,5
1989	-3.841	-3,1	4.828	3,9	987	0,8
1990	-3.241	-2,4	5.399	4,0	2.158	1,6
1991	-4.275	-3,0	5.985	4,2	1.710	1,2
1992	-2.989	-2,0	6.437	4,2	3.448	2,3
1993	-6.658	-4,2	6.705	4,3	49	0,0
1994	-8.212	-5,0	6.679	4,0	-1.533	-0,9
1995	-8.895	-5,2	7.410	4,3	-1.485	-0,9
1996	-6.812	-3,8	7.543	4,2	731	0,4
1997	-3.397	-1,9	7.075	3,9	3.678	2,0
1998	-4.513	-2,4	7.199	3,8	2.686	1,4
1999	-4.458	-2,3	7.094	3,6	2.635	1,3
2000	-3.041	-1,5	7.523	3,6	4.482	2,2
2001	564	0,3	7.544	3,6	8.108	3,8
2002 ²⁾	-1.200	-0,6	7.436	3,4	6.236	2,9
2003 ³⁾	-2.850	-1,3	7.500	3,4	4.650	2,1

1) Im Sinne der budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsauschverträgen).

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung BMF vom Februar 2003).

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP: WIFO-Prognose vom April 2003.

Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates

Jahre	Gesamtausgaben ¹⁾		Gesamteinnahmen ¹⁾		Abgaben (mit EU-Beiträgen) ²⁾	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1985	55.348	54,9	52.548	52,1	42.689	42,4
1986	59.122	55,8	54.936	51,9	44.612	42,1
1987	61.670	56,1	58.768	51,6	45.920	41,8
1988	63.537	55,2	59.506	51,7	48.072	41,8
1989	66.185	53,6	62.344	50,5	50.079	40,6
1990	70.879	53,1	67.637	50,6	54.328	40,7
1991	77.580	54,2	73.306	51,2	59.043	41,2
1992	83.306	54,9	80.318	52,9	64.363	42,4
1993	90.860	57,9	84.204	53,7	67.731	43,2
1994	94.887	57,4	86.675	52,4	69.359	41,9
1995	98.676	57,3	89.609	52,0	73.132	42,4
1996	101.090	56,8	93.991	52,8	78.107	43,9
1997	98.718	54,1	95.066	52,1	81.503	44,7
1998	103.377	54,2	98.614	51,7	84.724	44,4
1999	106.804	54,2	102.099	51,8	87.465	44,4
2000	108.427	52,4	105.041	50,7	90.110	43,5
2001	110.296	52,1	110.553	52,2	96.508	45,6
2002 ³⁾	113.250	52,2	111.610	51,5	96.530	44,5
2003						

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus WTV.

2) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91) einschließlich EU-Eigenmittel.

3) Vorläufige Daten.

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2003) und BMF; BIP: WIFO-Prognose vom April 2003.

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD¹⁾ UND NETTODEFIZIT DES BUNDES

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			In % des BIP	
	Euroschuld ²⁾		FW-Schuld		Gesamt		Euroschuld ²⁾	FW-Schuld	Gesamt	Finanzschuld	Netto-defizit
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR		
1965	117	7,2	-46	-12,7	70	3,5	1.738	317	2.055	11,5	0,5
1966	122	7,0	-49	-15,5	73	3,5	1.860	267	2.128	10,9	0,4
1967	130	7,0	256	95,8	385	18,1	1.990	523	2.513	12,1	1,9
1968	43	2,2	339	64,9	382	15,2	2.033	863	2.895	13,0	1,8
1969	209	10,3	65	7,5	273	9,4	2.241	927	3.169	13,0	0,7
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,6	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,9	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,9	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,8	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	24,1	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	25,4	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	27,0	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	29,0	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	33,3	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	35,7	4,4
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	37,9	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	42,3	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.826	9.065	50.891	46,1	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.508	54.263	47,1	4,2
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	47,1	3,7
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.637	62.616	46,9	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	6,8	57.380	10.789	68.149	47,6	3,2
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	47,5	3,2
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.489	80.521	51,3	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.983	89.068	53,8	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	78.400	21.156	97.556	56,6	5,0
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	57,0	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,8	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	63.734	27.869	111.603	58,5	2,5
1998 ³⁾							97.939	13.664	111.603	58,5	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	59,8	2,5
2000	2.768	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	58,3	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	57,3	0,7
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	57,2	1,1

1) Ohne im Eigenbesitz befindlicher Bundes schuldkatoren (seit 1993), seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsauschverträge sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung; Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWWU-Währungen.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonst. Kredite	Noten- bank- schuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	2.441
1971	1.268	19	737	2.022	130	62	85	224	501	2.523
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	2.875
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	3.432
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	3.478
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	4.964
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	7.182
1977	2.858	2.422	1.696	8.977	404	800	67	267	1.537	8.514
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.633	10.112
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	12.154
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.865	28	87	15.924	35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.757
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006
1990	15.530	8.384	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	65.052
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	70.104
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	76.400
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	80.001
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.906	85.100
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	83.734
1998 ³⁾	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	97.939
1999	75.095	1.294	5.986	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	101.196
2000	79.796	858	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	103.984
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	105.220
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146	108.248

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld				Summe FW-Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			un- bereinigt
	Anleihen	Schuld- verschrei- bungen	Summe	Kredite und Darlehen			in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	264	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	0	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	0	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	0	1.436	108.696
1998 ³⁾	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1999	11.983	696	12.679	964	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
2000	14.722	800	15.523	1.258	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2001	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	36	6.277	126.983
2002	14.358	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-
schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimo.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschuld ²⁾									Summe Euroschuld	
	Titrierte Euroschiuld				Nicht titrierte Euroschiuld						
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	Summe		
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	71,3	
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	74,1	
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	79,3	
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	84,0	
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	77,9	
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	68,1	
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	73,9	
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	71,2	
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	69,9	
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	72,4	
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2	
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0	
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3	
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8	
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7	
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4	
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8	
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1	
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5	
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3	
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3	
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2	
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6	
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	80,8	
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	78,7	
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	78,3	
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	78,8	
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	79,3	
1998 ³⁾	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	75,0	
1999	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	87,8	
2000	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	85,8	
2001	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	86,1	
2002	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	86,7	
	73,0	0,8	0,5	74,3	6,1	6,0	0,9	-	13,0	87,3	

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-
schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung, Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende
Finanzschulden.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldfomren an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾ (in %)

Jahr	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt	
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld		
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe				
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	28,7	100,0	
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	25,9	100,0	
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	20,7	100,0	
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	16,0	100,0	
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	22,1	100,0	
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	31,9	100,0	
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	26,1	100,0	
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	28,8	100,0	
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	30,1	100,0	
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	27,6	100,0	
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0	
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0	
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0	
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0	
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0	
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0	
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0	
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0	
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0	
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0	
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0	
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0	
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0	
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0	
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,3	100,0	
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	21,7	100,0	
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	21,2	100,0	
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	20,7	100,0	
1996	21,7	2,0	23,7	1,3	25,0	100,0	
1998 ³⁾	10,7	0,6	11,4	0,9	12,2	100,0	
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	14,2	100,0	
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	13,9	100,0	
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	13,3	100,0	
2002	11,3	0,6	11,9	0,8	12,7	100,0	

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelpunkt des jeweiligen Jahreszeitraums.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldfomren¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Euroschuld ²⁾									Summe Euroschuld	
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild						
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	Summe		
1985	5,4	5,5	8,7	6,1	8,8	11,5	5,4	1,0	10,8	8,0	
1986	6,5	5,8	7,9	6,5	9,3	11,6	7,3	0,6	11,1	8,6	
1987	6,6	6,2	7,0	6,5	9,1	11,5	4,0	0,6	11,0	8,5	
1988	6,8	6,4	6,7	6,7	9,1	11,7	8,8	0,5	11,1	8,6	
1989	7,2	5,2	6,4	6,6	9,4	10,9	5,9	0,5	10,6	8,2	
1990	6,7	5,0	6,2	6,1	9,1	10,5	8,2	0,5	10,2	7,7	
1991	6,3	4,4	5,0	5,6	8,4	9,8	8,7	0,3	9,5	7,0	
1992	6,0	3,8	5,3	5,4	7,8	9,1	8,2	0,2	8,8	6,6	
1993	5,6	3,2	4,9	5,1	7,4	7,7	7,7	0,3	7,6	5,9	
1994	5,3	2,8	4,0	4,8	7,3	7,9	0,4	0,3	7,6	5,7	
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	5,7	
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	5,6	
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	5,4	
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	5,4	
1998 ³⁾	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	5,9	
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1	
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	5,9	
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1	5,7	
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5	5,6	

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldfomren¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschild ²⁾									Summe Euroschild	
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild						
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	Summe		
1985	8,5	8,4	6,2	8,0	8,3	8,3	3,9	2,3	8,2	8,1	
1986	8,3	8,2	6,1	7,8	8,0	8,1	2,5	2,3	8,0	7,9	
1987	8,0	7,8	5,1	7,3	7,8	7,6	2,3	2,4	7,6	7,5	
1988	7,7	7,5	5,5	7,2	7,6	7,4	1,6	2,2	7,5	7,3	
1989	7,5	7,4	6,8	7,3	7,6	7,7	1,2	2,0	7,7	7,5	
1990	7,6	7,3	7,8	7,6	8,1	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9	
1991	7,8	7,3	8,0	7,7	8,5	8,7	0,1	2,0	8,6	8,1	
1992	7,8	7,2	7,1	7,5	6,5	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9	
1993	7,4	7,1	5,4	7,0	8,3	7,7	0,1	2,0	7,9	7,3	
1994	7,2	6,9	4,8	6,8	7,6	7,3	4,7	2,0	7,3	6,9	
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9	
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5	
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3	
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1	
1998 ³⁾	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9	
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6	
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7	
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4	5,5	
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1	5,3	

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-
schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung; Euroschild umfasst auf EUR und WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt	
	Titrierte FW-Schuld		Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld		
	Anleihen	Schuldverschreibungen					
1985	6,7	3,2	5,1	4,8	5,0	7,3	
1986	9,4	3,1	7,8	4,1	6,6	8,2	
1987	8,7	4,0	7,8	6,2	7,4	8,3	
1988	8,3	4,7	7,8	8,8	8,0	8,5	
1989	7,8	5,1	7,6	11,9	7,9	8,2	
1990	7,8	4,8	7,6	12,2	7,9	7,7	
1991	7,1	6,6	7,0	11,3	7,3	7,1	
1992	7,1	6,3	7,0	7,0	7,0	6,7	
1993	7,0	5,4	6,9	11,3	7,2	6,2	
1994	8,7	5,5	8,5	7,9	8,5	6,2	
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2	
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1	
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9	
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8	
1998 ³⁾	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8	
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9	
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8	
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5	
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5	

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt	
	Titrierte FW-Schuld		Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld		
	Anleihen	Schuldverschreibungen					
1985	6,8	6,3	6,6	5,5	6,2	7,7	
1986	6,4	6,7	6,5	5,4	6,0	7,6	
1987	5,9	6,1	6,0	5,1	5,7	7,2	
1988	5,7	6,0	5,8	5,4	5,7	7,0	
1989	6,2	5,7	6,2	5,9	6,2	7,3	
1990	6,5	5,4	6,5	6,0	6,5	7,7	
1991	6,5	6,2	6,5	6,2	6,5	7,8	
1992	6,6	6,1	6,5	6,9	6,6	7,7	
1993	5,6	4,7	5,6	5,4	5,5	6,9	
1994	5,2	5,1	5,2	3,8	5,0	6,5	
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5	
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2	
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0	
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7	
1998 ³⁾	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7	
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4	
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4	
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2	
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0	

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-schuldkategorien sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimo.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	U S D		D E M		C H F		N L G		J P Y		F R F		X E U		B E F	
	in Mio EUR	%-Anteil														
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	58	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1998 ²⁾	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,6	-	-	9.299	55,4	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-

1) Seit 1982 unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps.

2) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen; exklusive Eigenbesitz von Bundesschuldkatoren.

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio Fremdwährung)

1993	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW			in Mio FW
USD	3 611,6	850,0	141,3	708,7	19,6	4 320,3
DEM	6 693,0	900,0	800,0	100,0	1,5	6 793,0
CHF	2 757,7	1.000,0	807,9	192,1	7,0	2 949,8
NLG	450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	222,2	1 450,0
JPY	403 900,0	158.000,0	5.000,0	151.000,0	37,4	554.900,0
XEU	525,0	0,0	325,0	-325,0	-61,9	200,0
AUD	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
GBP	235,0	0,0	100,0	-100,0	-42,6	135,0
CAD	250,0	300,0	0,0	300,0	120,0	550,0
ITL	150 000,0	0,0	150 000,0	-150 000,0	-100,0	0,0
FRF	1 649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1 649,4
ESP	15 000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15 000,0

1994	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW			in Mio FW
USD	4 320,3	800,0	298,4	501,6	11,6	4 821,9
DEM	6 793,0	2.550,0	750,0	1.800,0	26,5	8 593,0
CHF	2 949,8	1.200,0	150,0	1.050,0	35,6	3.999,8
NLG	1 450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	69,0	2 450,0
JPY	554 900,0	124.000,0	30 000,0	94 000,0	16,9	648 900,0
XEU	200,0	0,0	200,0	-200,0	-100,0	0,0
AUD	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0
GBP	135,0	200,0	0,0	200,0	148,1	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	0,0	560 000,0	0,0	560 000,0	-	560 000,0
FRF	1 649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1 649,4
ESP	15 000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15 000,0

1995	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW			in Mio FW
USD	4 821,9	519,7	411,1	108,6	2,3	4 930,5
DEM	8 593,0	3.419,8	392,0	3.027,8	35,2	11 620,8
CHF	3 999,8	1.000,0	1.200,0	-200,0	-5,0	3 799,8
NLG	2 450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2 450,0
JPY	648 900,0	180.000,0	69.718,0	110.282,0	17,0	759.182,0
XEU	0,0	400,0	0,0	400,0	-	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	560 000,0	300.000,0	0,0	300.000,0	53,6	860 000,0
FRF	1 649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1 649,4
ESP	15 000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15 000,0
LUF	0,0	5.000,0	0,0	5.000,0	-	5 000,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

2) Inklusive Konversionen.

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio Fremdwährung)

1996	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
USD	4.930,5	200,0	901,5	-701,5	-14,2	4.229,0
DEM	11.620,8	2.425,2	125,3	2.299,9	19,8	13.920,7
CHF	3.799,8	750,0	650,0	100,0	2,6	3.899,8
NLG	2.450,0	1.500,0	0,0	1.500,0	61,2	3.950,0
JPY	759.182,0	30.436,2	65.718,2	-35.282,0	-4,6	723.900,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	860.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0
LUF	5.000,0	1.500,0	0,0	1.500,0	30,0	6.500,0

1997	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
USD	4.229,0	110,2	751,6	-641,4	-15,2	3.587,6
DEM	13.920,7	425,0	500,0	-75,0	-0,5	13.845,7
CHF	3.899,8	0,0	450,0	-450,0	-11,5	3.449,8
NLG	3.950,0	1.000,0	200,0	800,0	20,3	4.750,0
JPY	723.900,0	0,0	24.900,0	-24.900,0	-3,4	699.000,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	400.000,0	-400.000,0	-46,5	460.000,0
FRF	1.649,4	5.000,0	0,0	5.000,0	303,1	6.649,4
ESP	15.000,0	0,0	15.000,0	-15.000,0	-100,0	0,0
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	0,0	3.000,0	0,0	3.000,0	-	3.000,0
ZAR	0,0	150,0	0,0	150,0	-	150,0
PLN	0,0	100,0	0,0	100,0	-	100,0

1998	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ³⁾			in Mio FW	in %	Jahresende ²⁾
USD	3.587,6	33,6	100,5	-66,9	-1,9	3.520,7
DEM	13.845,7	9.050,0	4.700,0	4.350,0	31,4	18.195,7
CHF	3.449,8	1.300,0	0,0	1.300,0	37,7	4.749,8
NLG	4.750,0	1.500,0	250,0	1.250,0	26,3	6.000,0
JPY	699.000,0	0,0	50.000,0	-50.000,0	-7,2	649.000,0
XEU	400,0	2.651,9	400,0	2.251,9	583,0	2.651,9
GBP	335,0	250,0	0,0	250,0	74,6	585,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	460.000,0	0,0	200.000,0	-200.000,0	-43,5	260.000,0
FRF	6.649,4	3.000,0	0,0	3.000,0	45,1	9.649,4
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	3.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3.000,0
ZAR	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150,0
PLN	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes schuld kategorien.

2) Inklusive Konversionen.

3) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern (inklusive Rechtsfänger swaps).

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio Fremdwährung)

1999	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.520,8	1.198,6	333,6	865,0	24,6	4.385,8
CHF	4.750,0	500,0	300,0	200,0	4,2	4.950,0
JPY	649.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	649.000,0
GBP	585,0	0,0	100,0	-100,0	-17,1	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	3.000,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-50,0	1.500,0
ZAR	150,0	0,0	150,0	-150,0	-100,0	0,0
PLN	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

2000	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.385,8	747,9	1.049,0	-301,1	-6,9	4.084,7
CHF	4.950,0	250,0	1.500,0	-1.250,0	-25,3	3.700,0
JPY	649.000,0	0,0	40.000,0	-40.000,0	-6,2	609.000,0
GBP	485,0	0,0	0,0	0,0	0,0	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	1.500,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-100,0	0,0

2001	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.084,7	1.750,0	671,1	1.078,9	26,4	5.163,6
CHF	3.700,0	100,0	300,0	-200,0	-5,4	3.500,0
JPY	609.000,0	7.000,0	155.000,0	-148.000,0	-24,3	461.000,0
GBP	485,0	0,0	35,0	-35,0	-7,2	450,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0

2002	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	5.163,6	2.377,1	1.350,0	1.027,1	19,9	6.190,7
CHF	3.500,0	1.300,0	0,0	1.300,0	37,1	4.800,0
JPY	461.000,0	18.000,0	0,0	18.000,0	3,9	479.000,0
GBP	450,0	14,0	0,0	14,0	3,1	464,0
CAD	550,0	0,0	250,0	-250,0	-45,5	300,0
ZAR	0,0	300,0	0,0	300,0	..	300,0
NOK	0,0	400,0	0,0	400,0	..	400,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkatoren.

2) Zeitreihenbruch: Schulden in Nicht-WWU-Währungen unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND CROSS CURRENCY SWAPS (CCS) NACH SCHULDFORMEN 2002¹⁾

in Mio EUR	Stand am 31.12.2001					Nettoveränderung			Stand am 31.12.2002				
	Finanz- Schuld i.e.S.	CCS Verbind- lichkeiten	CCS Forde- rungen	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	CCS Verbind- lichkeiten	CCS Forde- rungen	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld
Euroschuld²⁾													
Anleihen	96.335	2.313	5.682	-3.369	92.966	2.225	2.336	4.560	98.559	4.686	5.719	-1.034	97.526
Bundesobligationen	1.811	64	396	-332	1.478	-223	154	-70	1.587	218	396	-179	1.409
Bundesschatzscheine	1.215	369	0	369	1.585	105	-321	-216	1.320	49	0	49	1.369
Titrierte Euroschuld	99.361	2.746	6.078	-3.332	96.029	2.106	2.169	4.275	101.467	4.952	6.116	-1.164	100.303
Versicherungsdarlehen	8.302	0	0	0	8.302	-716	0	-716	7.586	0	0	0	7.586
Bankendarlehen	8.339	0	0	0	8.339	-880	0	-880	7.458	0	0	0	7.458
Sonstige Kredite	2	0	0	0	2	1.100	0	1.100	1.101	0	0	0	1.101
Nicht titrierte Euroschuld	16.642	0	0	0	16.642	-497	0	-497	16.146	0	0	0	16.146
Euroschuld²⁾	116.003	2.746	6.078	-3.332	112.671	1.609	2.169	3.778	117.612	4.952	6.116	-1.163	116.449
FW-Schuld³⁾													
Anleihen	11.490	10.344	7.443	2.902	14.391	986	-1.369	-383	12.476	9.178	7.646	1.533	14.009
Schuldverschreibungen	451	415	61	354	805	112	-144	-32	563	411	201	210	773
Bundesschatzscheine	374	0	374	-374	0	-328	328	0	46	0	46	-46	0
Titr. Fremdwährungsschuld	12.315	10.759	7.878	2.881	15.196	770	-1.185	-415	13.085	9.589	7.893	1.696	14.781
Kredite und Darlehen	1.032	0	0	0	1.032	-75	0	-75	957	0	0	0	957
Fremdwährungsschuld	13.347	10.759	7.878	2.881	16.228	695	-1.185	-490	14.042	9.589	7.893	1.696	15.738
Finanzschuld	129.350	13.505	13.956	-451	128.899	2.304	984	3.288	131.654	14.541	14.009	533	132.187
Abzüglich Eigenbesitz					7.486			747					8.233
Bereinigte Euroschuld⁴⁾					105.220			3.028					108.248
Bereinigte FW-Schuld⁴⁾					16.193			-487					15.705
Bereinigte Finanzschuld					121.413			2.541					123.954

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

4) Die bereinigte Schuldentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

A 7 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN¹⁾ VON UNTERNEHMEN ÖFFENTLICHER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

in Mrd EUR	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ²⁾
Unternehmen des Bundes³⁾							
Alpenstraßen AG	0,0	0,0	-	-	-	-	-
ASFINAG	7,3	5,6	5,6	6,1	6,3	6,9	7,3
AUSTRO CONTROL	-	-	-	0,1	0,1	0,1	0,1
BIG	0,7	1,1	1,2	1,2	1,2	2,1	2,4
MUQUA	-	-	-	-	-	0,1	0,1
ÖBB	2,7	2,9	3,6	4,0	4,3	4,5	4,8
davon ÖBB-Infrastruktur	1,7	2,1	2,9	3,4	3,8	3,9	3,9
ÖIAG	3,4	3,4	3,3	3,4	2,9	2,0	1,4
ÖSAG	0,0	-	-	-	-	-	-
PTBG	3,4	3,6	3,1	2,5	-	-	-
SCHIG	-	1,8	2,1	2,3	3,3	3,9	4,7
Summe	17,5	18,3	18,9	19,5	18,0	19,5	20,7
davon Bundesfinanzierungen ⁴⁾	-	-	2,2	5,4	7,8	9,2	11,7
Krankenanstaltenbetriebsgesell. der Länder⁵⁾							
KABEG	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
KAGes	-	-	0,0	0,0	0,0	0,2	-
KRAGES	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	-
LKS Holding	-	-	-	-	-	0,0	0,0
TILAK	-	-	-	-	-	-	0,0
Summe	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,5	0,3
davon Landesfinanzierungen ⁶⁾	-	-	-	-	-	0,2	0,0
Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden⁷⁾							
Gemeindeverbände	-	-	1,5	1,7	2,0	2,2	-
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	1,5	2,2	2,9	3,3	5,7	6,6	-
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	-	1,4	1,4	1,4	0,2	0,2	-
Wiener Wohnen	2,4	2,5	2,5	2,5	2,3	2,2	2,1
Summe	3,9	6,0	8,3	8,9	10,2	11,2	-
Insgesamt	-	-	27,3	28,6	28,4	31,2	-

Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
AUSTRO CONTROL	AUSTRO CONTROL Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
KABEG	Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft
KAGes	Steiermarkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
KRAGES	Burgenländische Krankenanstaltengesellschaft mbH
LKS Holding	Holding der Landeskliniken Salzburg
MUQUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
ÖSAG	Autobahnen- und Schnellstraßen AG
PTBG	Post- und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft
SCHIG	Schienerinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.
TILAK	Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

1) Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungssezessionen an Finanzinstitutionen sowie an den Bund mit originärer Laufzeit von mindestens einem Jahr.

2) Vortaufige Daten.

3) Selbständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG i. d. j. F.).

5) Betriebsgesell. ohne Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstit. bzw. kapitalmarktfinanzierte Landesdarlehen werden nicht dargestellt.

6) Kapitalmarktfinanzierungen im Namen der Länder für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden.

7) Unternehmen u. Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenhaushalte (Wasser-, Abwasserversorgung u. Wohnungswirtschaft) sowie Gemeindeverbände (v. a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmen und ST.AT.

A 8 FINANZSCHULD DER LÄNDER ¹⁾

Stand der Finanzschuld (in Mio EUR)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland ²⁾³⁾	93,0	100,4	92,9	167,1	165,3	163,3	212,0	210,0	208,1	207,8
Kärnten	393,5	481,0	585,9	733,1	852,7	900,9	956,7	1.007,5	1.050,9	358,0
Niederösterreich	320,8	875,3	860,5	1.161,6	1.303,9	1.200,9	1.112,9	986,7	931,5	885,1
Oberösterreich	526,3	547,2	662,6	828,6	719,6	572,5	555,7	545,9	447,3	370,4
Salzburg	313,4	292,9	302,2	343,5	408,4	462,7	436,6	385,9	383,3	365,6
Steiermark ³⁾	1.006,3	896,2	957,9	1.119,7	1.036,3	852,1	758,5	875,5	1.045,2	1.005,3
Tirol	122,5	98,8	115,6	154,5	118,5	167,8	180,6	194,4	166,3	157,0
Vorarlberg	76,8	77,2	77,3	81,5	90,2	92,2	92,8	88,4	86,7	83,6
Wien	2.621,5	2.760,8	3.288,5	4.090,4	3.943,0	4.015,7	3.793,6	3.581,3	2.044,2	2.083,9
Summe Bundesländer	5.474,1	6.130,0	6.943,4	8.680,1	8.637,8	8.428,2	8.097,4	7.875,6	6.383,5	5.514,6

Stand der Finanzschuld (%-Anteile)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland ²⁾³⁾	1,7	1,6	1,3	1,9	1,9	1,9	2,6	2,7	3,3	3,8
Kärnten	7,2	7,8	8,4	8,4	9,9	10,7	11,8	12,8	16,5	6,5
Niederösterreich	5,9	14,3	12,4	13,4	15,1	14,2	13,7	12,5	14,6	16,0
Oberösterreich	9,6	8,9	9,5	9,5	8,3	6,8	6,9	6,9	7,0	6,7
Salzburg	5,7	4,8	4,4	4,0	4,7	5,5	5,4	4,9	6,0	6,6
Steiermark ³⁾	18,4	14,6	13,8	12,9	12,0	10,1	9,3	11,1	16,4	18,2
Tirol	2,2	1,6	1,7	1,8	1,4	2,0	2,2	2,5	2,9	2,8
Vorarlberg	1,4	1,3	1,1	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,4	1,5
Wien	47,9	45,0	47,4	47,1	45,6	47,6	46,8	45,5	32,0	37,8
Summe Bundesländer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Veränderung der Finanzschuld zum Vorjahr (in Mio EUR)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland ²⁾³⁾	-14,0	7,5	-7,5	74,2	-1,9	-2,0	48,7	-2,0	-1,9	-0,3
Kärnten	60,9	87,5	104,9	147,2	119,5	48,2	55,8	50,8	43,4	-694,9
Niederösterreich	46,1	554,5	-14,8	301,1	142,3	-103,0	-88,0	-126,2	-55,2	-46,4
Oberösterreich	-0,3	21,0	115,3	166,1	-109,0	-147,1	-16,8	-9,8	-98,6	-77,0
Salzburg	-18,9	-20,5	9,3	41,3	64,9	54,4	-26,2	-50,7	-2,6	-17,6
Steiermark ³⁾	10,2	-110,1	61,7	161,8	-83,4	-184,2	-95,6	118,9	169,7	-39,9
Tirol	-25,1	-23,7	16,7	38,9	-36,0	49,3	12,8	13,9	-8,1	-29,4
Vorarlberg	1,8	0,4	0,1	4,2	8,7	2,1	0,6	-4,4	-1,8	-3,1
Wien	-205,6	139,4	527,7	601,9	-147,4	72,7	-222,1	-212,3	-1.537,1	39,7
Summe Bundesländer	-144,8	655,9	813,4	1.736,7	-42,2	-209,7	-330,8	-221,8	-1.492,1	-868,9

Veränderung der Finanzschuld zum Vorjahr (in %)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland ²⁾³⁾	-13,1	8,0	-7,5	79,9	-1,1	-1,2	29,9	-1,0	-0,9	-0,2
Kärnten	18,3	22,2	21,8	25,1	16,3	5,7	6,2	5,3	4,3	-86,1
Niederösterreich	16,8	172,8	-1,7	35,0	12,3	-7,9	-7,3	-11,3	-5,6	-5,0
Oberösterreich	-0,1	4,0	21,1	25,1	-13,2	-20,4	-2,9	-1,8	-18,1	-17,2
Salzburg	-5,7	-6,5	3,2	13,7	18,9	13,3	-5,7	-11,6	-0,7	-4,6
Steiermark ³⁾	1,0	-10,9	6,9	16,9	-7,4	-17,8	-11,2	15,7	19,4	-3,8
Tirol	-17,0	-19,3	16,9	33,7	-23,3	41,6	7,6	7,7	-4,2	-15,8
Vorarlberg	2,4	0,5	0,2	5,4	10,6	2,3	0,6	-4,7	-2,0	-3,6
Wien	-7,3	5,3	19,1	24,4	-3,6	1,8	-5,5	-5,6	-42,9	1,9
Summe Bundesländer	-2,6	12,0	13,3	25,0	-0,5	-2,4	-3,9	-2,7	-18,9	-13,6

1) Ohne innere Anleihen. Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 1999: 3.745,1 Mio EUR, Ende 2000: 2.596,0 Mio EUR (Rückgang gegenüber 1999 infolge der Ausgliederung von "Wiener Wohnen") und Ende 2001: 2.541,8.

2) 1992 ohne Bundesstraßen-Vorfinanzierung der SPK Oberwart.

3) Seit 1993 ohne für Dritte übernommene Schuldendienste.

4) Seit 2000 ist "Wiener Wohnen" infolge Ausgliederung als Unternehmung nicht mehr enthalten.

Quelle: STAT - Geburungsübersichten; laufende Jahrgänge.

A 9 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN

Stand der Finanzschuld (in Mio EUR)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland	272,9	276,2	296,5	333,9	366,3	398,3	405,8	399,7	402,6	392,4
Kärnten	386,1	423,0	454,0	488,7	524,2	545,5	561,5	573,2	588,9	584,2
Niederösterreich	1.751,7	1.863,1	2.024,5	2.218,7	2.410,1	2.524,7	2.695,5	2.636,7	2.963,1	3.183,2
Oberösterreich	942,1	1.124,6	1.280,0	1.447,2	1.535,9	1.577,8	1.648,9	1.762,6	1.852,5	1.929,7
Salzburg	572,4	666,6	700,5	709,8	706,9	692,6	705,7	708,8	728,8	746,3
Steiermark	1.057,0	1.169,4	1.253,1	1.404,3	1.479,8	1.558,0	1.617,4	1.692,4	1.755,6	1.769,9
Tirol	578,8	617,4	641,8	691,0	712,1	732,2	677,8	721,6	738,4	742,5
Vorarlberg	296,3	330,3	378,4	418,8	446,0	461,4	487,3	526,4	564,6	591,6
Summe ohne Wien	5.857,2	6.470,6	7.028,8	7.712,5	8.181,2	8.490,4	8.799,9	9.221,5	9.594,4	9.939,7
Wien ¹⁾	2.621,5	2.760,8	3.288,5	4.090,4	3.943,0	4.015,7	3.793,6	3.581,3	2.044,2	2.083,9
Summe mit Wien	8.478,6	9.231,5	10.317,2	11.802,9	12.124,2	12.506,1	12.593,5	12.802,8	11.638,7	12.023,6

Stand der Finanzschuld (%-Anteile)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland	3,2	3,0	2,9	2,8	3,0	3,2	3,2	3,1	3,5	3,3
Kärnten	4,6	4,6	4,4	4,1	4,3	4,4	4,5	4,5	5,1	4,9
Niederösterreich	20,7	20,2	19,6	18,8	19,9	20,2	21,4	22,2	25,5	26,5
Oberösterreich	11,1	12,2	12,4	12,3	12,7	12,6	13,1	13,8	15,9	16,0
Salzburg	6,8	7,2	6,8	6,0	5,8	5,5	5,6	5,5	6,3	6,2
Steiermark	12,5	12,7	12,1	11,9	12,2	12,5	12,8	13,2	15,1	14,7
Tirol	6,8	6,7	6,2	5,9	5,9	5,9	5,4	5,6	6,3	6,2
Vorarlberg	3,5	3,6	3,7	3,5	3,7	3,7	3,9	4,1	4,9	4,9
Summe ohne Wien	69,1	70,1	68,1	65,3	67,5	67,9	69,9	72,0	82,4	82,7
Wien ¹⁾	30,9	29,9	31,9	34,7	32,5	32,1	30,1	28,0	17,6	17,3
Summe mit Wien	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Veränderung der Finanzschuld zum Vorjahr (in Mio EUR)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland	4,5	3,3	20,3	37,4	32,4	32,0	7,6	-6,2	3,0	-10,3
Kärnten	-2,4	36,9	31,1	34,7	35,6	21,2	16,0	11,8	15,6	-4,7
Niederösterreich	79,7	111,4	161,4	194,2	191,3	114,7	170,8	141,2	126,4	220,1
Oberösterreich	111,7	182,6	155,4	167,2	88,7	41,9	71,2	113,7	89,8	77,2
Salzburg	68,4	94,2	33,9	9,3	-2,9	-14,3	13,1	3,1	20,0	17,5
Steiermark	65,2	112,5	83,6	151,3	75,5	78,2	59,4	75,0	63,2	14,3
Tirol	30,4	38,6	24,4	49,2	21,1	20,1	-54,4	43,8	16,8	4,1
Vorarlberg	19,1	34,0	48,1	40,4	27,1	15,4	25,9	39,1	38,1	27,1
Summe ohne Wien	376,6	613,5	558,1	683,7	468,7	309,1	309,6	421,6	372,9	345,3
Wien ¹⁾	-205,6	139,4	527,7	801,9	-147,4	72,7	-222,1	-212,3	-1.537,1	39,7
Summe mit Wien	171,0	752,8	1.085,8	1.485,6	321,3	381,9	87,4	209,3	-1.164,1	385,0

Veränderung der Finanzschuld zum Vorjahr (in %)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Burgenland	1,7	1,2	7,4	12,6	9,7	8,7	1,9	-1,5	0,7	-2,5
Kärnten	-0,6	9,5	7,3	7,6	7,3	4,0	2,9	2,1	2,7	-0,8
Niederösterreich	4,8	6,4	8,7	9,6	8,6	4,8	6,8	5,2	4,5	7,4
Oberösterreich	13,4	19,4	13,8	13,1	6,1	2,7	4,5	6,9	5,1	4,2
Salzburg	13,6	16,5	5,1	1,3	-0,4	-2,0	1,9	0,4	2,8	2,4
Steiermark	6,6	10,6	7,2	12,1	5,4	5,3	3,8	4,6	3,7	0,8
Tirol	5,6	6,7	3,9	7,7	3,1	2,8	-7,4	6,5	2,3	0,5
Vorarlberg	6,9	11,5	14,5	10,7	6,5	3,5	5,6	8,0	7,2	4,8
Summe ohne Wien	6,9	10,5	8,6	9,7	6,1	3,8	3,6	4,8	4,0	3,6
Wien ¹⁾	-7,3	5,3	19,1	24,4	-3,6	1,8	-5,5	-5,6	-42,9	1,9
Summe mit Wien	2,1	8,9	11,8	14,4	2,7	3,1	0,7	1,7	-9,1	3,3

¹⁾ Seit 2000 ist "Wiener Wohnen" infolge Ausgliederung als Unternehmung nicht mehr enthalten.

Quelle: STAT - Geburungsübersichten, laufende Jahrgänge.

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	138,2	135,9	134,0	130,2	124,8	119,6	114,9	109,6	108,5	105,3
Deutschland	46,9	49,3	57,0	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,5	60,8
Finnland	58,0	56,0	57,1	57,0	54,0	48,6	47,0	44,5	43,6	42,7
Frankreich	45,3	46,4	54,6	57,1	59,3	59,5	58,5	57,2	58,6	59,1
Griechenland	110,1	107,9	108,7	111,3	108,2	105,8	105,1	106,2	107,0	104,9
Irland	96,3	90,5	82,7	74,2	65,0	54,9	49,3	39,3	36,6	33,3
Italien	116,1	123,8	123,2	122,1	120,2	116,3	114,9	110,6	109,5	106,7
Luxemburg	5,7	5,3	5,6	6,2	6,1	6,3	6,0	5,6	5,6	5,3
Niederlande	79,0	76,3	77,2	75,2	69,9	68,8	63,1	55,6	52,6	52,6
Österreich	61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	66,8	67,3	67,6
Portugal	59,1	62,1	64,3	62,9	59,1	55,0	54,3	53,3	55,6	56,1
Spanien	58,4	61,1	63,9	68,1	68,6	64,6	63,1	60,5	58,9	54,0
EU-12-Aggregat	67,2	69,5	73,0	75,4	75,4	73,7	72,7	70,3	69,4	69,2
Dänemark	76,0	73,5	69,3	65,1	61,2	58,2	53,0	47,4	45,4	45,2
Großbritannien	45,4	48,5	51,8	52,3	50,8	47,7	45,1	42,1	38,9	38,4
Schweden	71,2	73,8	73,6	73,5	70,5	68,0	62,7	52,6	54,4	52,6
EU-15-Aggregat	64,5	66,8	70,2	72,0	71,0	68,9	67,3	64,2	63,0	62,7
USA ¹⁾	61,3	60,3	59,7	58,6	58,1	52,9	49,7	44,4	44,0	46,2
Japan ²⁾	53,1	58,0	62,7	67,1	70,5	82,7	93,8	101,7	114,6	128,5
Schweiz	43,1	45,7	46,9	49,3	51,5	54,5	51,4	51,2	50,3	51,5

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)³⁾

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	25.300	26.700	26.000	27.200	26.500	26.200	26.500	26.500	26.800	26.700
Deutschland	9.700	10.700	13.100	13.700	13.900	14.200	14.700	14.900	15.000	15.500
Finnland	8.100	9.600	11.100	11.200	11.400	10.900	10.900	11.200	11.500	11.500
Frankreich	6.600	9.600	11.200	12.000	12.600	13.200	13.500	13.800	14.200	15.100
Griechenland	8.500	8.700	9.300	10.400	11.000	11.000	11.800	12.300	13.200	13.900
Irland	11.500	11.600	11.700	11.800	12.500	11.500	11.800	10.700	11.000	11.000
Italien	17.600	18.700	18.000	20.700	21.500	21.800	22.100	22.300	23.100	23.100
Luxemburg	1.700	1.700	1.900	2.100	2.200	2.500	2.800	2.700	2.700	2.800
Niederlande	14.400	14.600	15.800	15.700	14.900	14.900	14.900	14.100	14.100	14.500
Österreich	12.100	13.300	14.800	15.300	14.600	15.300	16.400	17.100	17.500	18.000
Portugal	4.400	4.700	5.300	5.500	5.500	5.400	5.800	6.000	6.800	7.300
Spanien	6.400	6.600	7.300	8.300	8.400	8.600	9.000	9.200	9.200	9.200
EU-12-Aggregat	11.100	12.000	13.200	14.100	14.400	14.700	15.100	15.200	15.500	16.000
Dänemark	18.200	16.400	16.000	17.700	17.400	16.500	16.200	15.300	15.100	15.400
Großbritannien	7.600	6.800	9.900	10.500	10.900	10.800	10.700	10.500	10.100	10.400
Schweden	13.600	15.100	16.100	16.500	16.500	16.800	16.100	14.300	15.100	15.000
EU-15-Aggregat	10.600	11.400	12.400	13.400	13.900	14.100	14.400	14.600	14.700	15.100
USA ¹⁾	14.900	15.400	15.900	16.300	16.500	16.300	16.000	15.000	15.100	16.300
Japan ²⁾	16.600	18.300	20.000	22.000	23.500	27.100	30.300	33.100	38.800	40.600
Schweiz	15.000	16.100	16.700	17.600	18.600	20.100	19.300	19.900	19.900	20.400

1) USA: Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts, bereinigt um intergovernmentale Verbindlichkeiten; Fiskaljahr (September).

2) Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten.

3) Die öffentlichen Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden zu durchschnittlichen Devisenmittelpunkten des Jahres 2002 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(Fortsetzung)

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des Vorjahresstandes)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	10.4	5.8	5.1	-2.4	-2.5	-0.9	1.2	0.2	1.8	-0.1
Deutschland	17.0	10.8	23.3	4.9	1.2	2.7	3.7	0.9	0.9	4.1
Finnland	21.0	18.8	15.7	1.5	1.8	-3.9	0.4	2.7	2.5	0.4
Frankreich	19.9	11.7	17.7	7.7	5.3	5.0	2.6	2.5	3.3	6.9
Griechenland	29.9	3.6	7.3	11.6	6.2	-0.5	7.6	5.4	7.1	5.7
Irland	-1.3	1.9	0.7	1.7	7.5	-7.2	3.7	-8.5	4.0	1.6
Italien	-2.1	6.6	-3.3	14.7	4.4	0.4	2.4	1.3	3.6	0.5
Luxemburg	36.7	3.0	13.0	12.8	6.8	13.8	3.7	4.5	3.4	4.2
Niederlande	9.2	2.2	9.2	-0.4	-4.7	0.9	0.5	-4.9	1.0	3.1
Österreich	11.8	10.4	11.4	3.2	-4.0	4.6	9.6	4.0	3.1	2.7
Portugal	5.9	8.9	12.1	4.6	-0.1	-0.6	6.3	4.9	11.0	9.9
Spanien	14.6	4.5	9.9	14.6	0.9	2.8	5.2	3.4	0.6	0.9
EU-12-Aggregat	9.5	8.0	10.0	7.8	2.2	1.8	3.2	1.4	2.5	3.0
Dänemark	19.3	1.0	-1.4	-1.3	-1.1	-4.8	-1.5	-5.2	-0.8	2.2
Großbritannien	21.6	13.5	12.6	7.0	3.3	-0.5	-0.5	-1.8	-3.5	3.8
Schweden	13.7	10.5	7.3	2.3	-0.2	0.8	-3.0	-11.0	6.2	-0.4
EU-15-Aggregat	9.7	8.5	9.2	7.9	3.9	1.6	2.9	1.6	1.4	2.9
USA ¹⁾	7.6	4.6	3.9	3.7	1.8	-0.4	-0.6	-5.4	1.8	8.8
Japan ²⁾	7.2	10.5	9.5	9.9	7.2	15.8	11.9	9.3	11.6	10.4
Schweiz	14.0	8.3	4.3	5.8	6.1	8.3	-3.5	3.9	0.5	3.0

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des BIP)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	13.0	7.5	6.5	-3.3	-3.1	-1.1	1.4	0.2	1.9	-0.1
Deutschland	6.8	4.8	10.7	2.8	0.7	1.6	2.2	0.6	0.5	2.4
Finnland	9.7	9.2	7.7	0.8	1.0	-2.0	0.2	1.2	1.1	0.2
Frankreich	7.5	5.1	8.2	4.1	3.0	2.8	1.5	1.4	1.8	3.8
Griechenland	25.3	3.8	7.4	11.6	6.3	-0.5	7.4	5.5	7.1	5.6
Irland	-1.3	1.7	0.6	1.3	4.5	-4.3	1.8	-3.7	1.4	0.5
Italien	-2.5	7.7	-4.2	15.7	5.1	0.5	2.7	1.5	3.8	0.5
Luxemburg	1.5	0.2	0.7	0.7	0.4	0.8	0.2	0.2	0.2	0.2
Niederlande	6.6	1.7	6.5	-0.3	-3.5	0.6	0.3	-2.9	0.5	1.6
Österreich	6.5	6.1	7.1	2.1	-2.7	2.9	4.8	2.6	2.0	1.8
Portugal	3.3	5.1	6.9	2.8	-0.1	-0.3	3.2	2.5	5.5	5.2
Spanien	7.4	2.6	5.7	8.7	0.6	1.8	3.1	2.0	0.3	0.5
EU-12-Aggregat	5.8	5.1	6.6	5.5	1.6	1.3	2.2	1.0	1.7	2.0
Dänemark	12.6	0.7	-1.0	-0.9	-0.7	-2.9	-0.8	-2.6	-0.4	1.0
Großbritannien	8.1	5.8	5.8	3.4	1.6	-0.3	-0.2	-0.8	-1.4	1.4
Schweden	8.6	7.0	5.0	1.6	-0.1	0.5	-1.9	-6.5	3.2	-0.2
EU-15-Aggregat	5.7	5.2	5.9	5.2	2.6	1.1	1.8	1.0	0.9	1.8
USA ¹⁾	4.3	2.7	2.2	2.1	1.0	-0.2	-0.3	-2.5	0.8	3.7
Japan ²⁾	3.6	5.5	5.5	6.0	4.8	11.3	10.0	8.6	11.9	12.1
Schweiz	5.3	3.5	1.9	2.7	2.9	4.2	-1.9	1.9	0.3	1.5

1) USA: Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts, bereinigt um intergovernmentale Verbindlichkeiten; Fiskaljahr (September).

2) Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten.

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

A 11 GLOSSAR ¹⁾

Finanzschuld

Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlicher Bundesschuldkategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwährungsbeträge aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahrs und des Vorjahrs. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zu Stande, für die während des Jahres getätigten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahrs und dem Tilgungskurs.

Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlich Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

Duration (Modified Duration):

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Zeitdauer der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsströme berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portefeuilles auf Zinssatzveränderungen geschätzt werden kann.

Euroschuld:

Auf EUR oder auf nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

Finanzschuld:

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 idgF zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungtauschverträgen (Finanzschuld i. e. S. einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

Finanzschuld i. e. S.:

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungtauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 idgF.

Fremdwährungsschuld:

Finanzschuld in fremder Währung gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 nur noch Nicht-WWU-Währungen. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

Konversion:

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

1) Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

Nettodefizit:

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des allgemeinen Haushaltes laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

Nicht titrierte Finanzschuld:

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

Pensionsgeschäfte:

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurückzuübertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Primärsaldo:

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

Rechtsträgerfinanzierungen:

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG i. d. g. F.). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz. Bei den öffentlichen Schulden im Sinne von Maastricht sind allerdings Rechtsträgerfinanzierungen des Bundes hinzuzuzählen (EUROSTAT-Erkenntnis vom Jänner 2003).

Restlaufzeit:

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaltenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:

- **Anleihen:** Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- **Kredite und Darlehen:** Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.
- **Schuldverschreibungen:** Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird.

Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:

- **Anleihen:** Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- **Bankendarlehen:** Direktkredite und Darlehen von Banken.
- **Bundesobligationen:** Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i.a. Privatplatzierungen).
- **Bundesschatzscheine:** Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die teilweise Konversionsvereinbarungen bestehen.
- **Sonstige Kredite:** Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- **Versicherungsdarlehen:** Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

Titrierte Finanzschuld:

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die auf Grund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

Verzinsung

EONIA:

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken).

Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarkzinssatz (z.B. 3-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

Nominalverzinsung:

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaltenden Verbindlichkeiten des Bundes.

Primärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

Sekundärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i.a. der Sekundärmarktrendite).

Rentenmarkt

Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren, bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung auf Grund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt - wie auch das EZB-Tenderverfahren - nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Währungsbezeichnungen

ATS	= Österreichische Schilling	GBP	= Pfund Sterling
AUD	= Australische Dollar	GRD	= Griechische Drachmen
BEF	= Belgische Francs	ITL	= Italienische Lire
CHF	= Schweizer Franken	JPY	= Japanische Yen
CZK	= Tschechische Kronen	LUF	= Luxemburgische Francs
CAD	= Kanadische Dollar	NLG	= Holländische Gulden
DEM	= Deutsche Mark	PLN	= Polnische Zloty
ESP	= Spanische Peseten	USD	= US-Dollar
EUR	= Euro	XEU	= European Currency Unit
FRF	= Französische Francs	ZAR	= Südafrikanische Rand

Zeichenerklärung

"-" : Zahlenwert ist null bzw. Eintragung ist definitorisch unmöglich.

"." : Zahlenwert nicht ermittelbar.

"0" oder "0,0" : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

SONDERTHEMA

Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens - Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?⁸⁷

Die folgenden Ausführungen fassen die Ergebnisse der Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS), die im Auftrag des Staatsschuldenausschusses Anfang 2003 erstellt wurde, zusammen und müssen nicht im Einklang mit den Einschätzungen des Staatsschuldenausschusses stehen. Die gesamte Studie ist im Internet unter „www.staatsschuldenausschuss.at“ abrufbar.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist der Konsolidierungsprozess Schwedens, Finnlands und der Niederlanden seit Anfang der Neunzigerjahre, mit dem Ziel, deren Erfahrungen nach Möglichkeit für die österreichische Budgetpolitik nutzbar zu machen.

Die Studie gliedert sich wie folgt: Zunächst wird ein kurzer Überblick über wissenschaftliche Arbeiten gegeben, die einerseits Wirkungskanäle von Fiskalkonsolidierungen thematisieren und andererseits aktuelle empirische Untersuchungen im Hinblick auf Budgetkonsolidierungen und ihre Wirkungen umfassen (Kapitel 1). Danach werden – an die Diskussion über Definitionen und Operationalisierungen von „erfolgreichen“ bzw. „dauerhaften“ Konsolidierungsperioden anschließend – so genannte „erfolgreiche“ Konsolidierungsperioden für das Ländersample identifiziert (Kapitel 2). Weitere Schwerpunkte der Studie sind die föderalen Strukturen der drei Staaten sowie die Bedeutung von Fiskalregeln beim Budgeterstellungsprozess (Kapitel 3 und 4). Eine Zusammenfassung der Ergebnisse und mögliche Lehren für Österreich sind schlussendlich im Kapitel 5 zu finden.

1 Theorie und Empirie der Fiskalkonsolidierung

Die Wirtschaftspolitik ist lange Zeit von der keynesianischen Sicht der Auswirkungen einer Budgetkonsolidierung dominiert worden, wonach eine restriktive Fiskalpolitik bei rigiden Löhnen und Preisen zu Wachstumsverlusten (Rückgang der aggregierten Nachfrage) führt, wobei Ausgabenkürzungen dämpfender als Steuererhöhungen wirken. In die Diskussionen wurden jedoch zunehmend Argumente gebracht, die die expansiven Effekte einer Fiskalpolitik betonen. Sie basieren im Wesentlichen auf dem Argument, dass eine Budgetkonsolidierung, die in einem statischen Modell restriktiv wirkt, in einem intertemporalen Modellzusammenhang durchaus expansiv wirken kann, wenn durch diese Politik hinreichend starke Erwartungen über zukünftige, der anfänglichen Politik entgegenlaufende Politikänderungen ausgelöst werden („expectation view of fiscal policy“, Bertola und Drazen, 1993). So kann eine Ausgabensenkung, die als permanent eingeschätzt wird, von den Konsumenten als Reduktion der zukünftigen Steuerbelastung aufgefasst werden und so einen positiven Vermögenseffekt erzeugen. Auch eine Steuererhöhung kann, wenn sie damit die Unsicherheit über zukünftige, abrupte Steuererhöhungen nimmt, durch eine Verringerung des Vorsichtssparens expansiv wirken.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass im Allgemeinen Budgetkonsolidierungen anfangs mit Wachstumsverlusten einhergehen, danach jedoch bald ein Konjunkturaufschwung folgt. Die langfristige Wirkung auf das Wirtschaftswachstum hängt von den eingesetzten Instrumenten ab. Jene Länder, die Ausgaben senkten und/oder indirekte Steuern erhöhten, konnten langfristig mit positiven Wachstumseffekten rechnen (Bartolini, Razin und Symansky, 1995). Alesina und Perotti (1995, 1997) zeigten, dass die Zusammensetzung der Maßnahmen für die Nachhaltigkeit der Konsolidierung entscheidend ist und vor allem ausgabenseitige Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung erhöhen. Daran anknüpfend haben von Hagen, Hallet und Strauch (2001) festgestellt, dass anhaltende Defizitsenkungen mit höherer Wahrscheinlichkeit zu erreichen sind, wenn von Beginn an Ausgabenkürzungen anstelle einer „switching strategy“ (zuerst einnahmenseitige und danach erst ausgabenseitige Konsolidierung) vorgesehen sind. Außerdem haben ausgabensenkende Maßnahmen

⁸⁷ Brandner P. (2003): Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens – Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?. IHS-Projektbericht, Wien.

in einem schwachen konjunkturellen Umfeld höhere Erfolgschancen. Zaghini (2001) fand einen positiven Zusammenhang zwischen einer dauerhaften Schuldenreduktion und Ausgabensenkungen, die über einen mehrjährigen Zeitraum implementiert worden sind. Der Erfolg derartiger Konsolidierungen besteht auch darin, die Performance makroökonomischer Indikatoren während und in den beiden Jahren nach dem Konsolidierungsprozess zu verbessern.

2 Konsolidierungspolitik in Finnland, den Niederlanden und Schweden

Die Identifikation einer Konsolidierungsperiode erfordert sowohl die konzeptuelle Wahl eines Indikators (Budgetsaldo, Primärsaldo, strukturelle Salden, Ausgabenquoten oder Schuldenentwicklung), als auch die Wahl von konkreten Parametern für dessen empirische Umsetzung. Auch die Entscheidung darüber, ob eine Konsolidierung „erfolgreich“ verlaufen ist, erfordert konzeptuelle und empirische Festlegungen, für die es keine allgemein anerkannten Maßstäbe gibt. So lässt sich weder die Frage der numerischen Schwellenwerte (ab welchen Umfang liegt eine (erfolgreiche) Konsolidierung vor, welche Periodenlänge soll zu Grunde gelegt werden) noch welcher Zeitraum danach in Zusammenhang mit der Politik der Konsolidierungsperiode gebracht werden soll, objektiv bzw. eindeutig bestimmen.

In dieser Studie werden die Kriterien für die Festlegung der Konsolidierungsperioden sowie des „Erfolgskriteriums“ einer nachhaltigen Konsolidierungsstrategie von Zaghini (2001) herangezogen: Als Konsolidierungsjahr bzw. -periode wird eine Verbesserung des konjunkturell bereinigten Primärsaldos (in Prozent des BIP) in einem Jahr um mehr als 1,6 Prozentpunkte oder eine Verbesserung über zwei oder mehr Jahre um jeweils mehr als 0,8 Prozentpunkte definiert (Tabelle 1). Als erfolgreich bzw. nachhaltig wird eine Konsolidierungsperiode dann erkannt, wenn 3 Jahre nach der Konsolidierung eine Verbesserung der Schuldenquote um 5% (relativ zur durchschnittlichen Höhe der Schuldenquote während der Konsolidierungsperiode) eingetreten ist (Tabelle 2).

Tabelle 1: Konsolidierungsperioden (in %-Punkten des BIP)

		Verbesserung des strukturellen Primärsaldos
Niederlande	1991	2.7
	1993	2.2
	1996	2.0
Finnland	93-95	4.0
Schweden	95-98	11.3
Österreich	96-97	3.1

Quelle: Zaghini (2001).

Tabelle 2: Erfolgreiche Konsolidierungen

Schuldenquote				
	Durchschnittl. Konsolidierung	Drei Jahre danach	Reduktion in %	
Niederlande	1996	75,3	63,3	15,9
Finnland	93-95	57,2	49,0	14,4
Schweden	95-98	75,0	55,4	26,1

Quelle: Zaghini (2001).

Finnland 1993 bis 1995

Finnland weist eine der höchsten zyklischen Sensitivitäten des Budgetsaldos aus. Selbst ohne Berücksichtigung der Unterstützungszahlungen an den Bankensektor (die Kapitalzufuhr an Banken wurde budgetär als Finanzinvestition verbucht) drehte Anfang der Neunzigerjahre der Budgetsaldo von einem Überschuss von 5,3% des BIP (1990) in ein Defizit von 5,6% des BIP (1992). Die erfolgreiche Konsolidierungsperiode von 1993 bis 1995 bestand überwiegend darin, Ausgaben (insbesondere öffentlichen Konsum, Sozialtransfers an Haushalte und Subventionen) zu senken, wobei rund ein Drittel davon in Form von reduzierten Zahlungen des Zentralstaates an die Gemeinden – mit sofortiger Wirkung in den kommunalen Budgets, z. B. Rückführung öffentlicher Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen – eingespart wurde. Begleitend wurden Maßnahmen auf der Einnahmeseite (Steuererhöhungen auf Kraftstoff, Steuersenkungen bei Kapitaleinkommen) gesetzt, die allerdings insgesamt zu einem Rückgang der Staatseinnahmen führten. Weiters wurde ab dem Jahr 1992 eine Deckelung bei rund 90% der zentralstaatlichen Ausgaben wirksam (siehe Kapitel 4).

Niederlande 1996

Nachdem bereits in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre in den Niederlanden laufend Konsolidierungsschritte gesetzt wurden (z. B. Einfrieren von Sozialtransfers, anteilmäßig über die Ministerien verhängte Ausgabenreduktionen, Privatisierungen, Rücknahme bereits angekündigter Steuersenkungen, Reformen des Gesundheitssektors), führte die Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen im Jahr 1996 zu einer erfolgreichen Konsolidierungsperiode im Sinne der obigen Definition. Neben einer weiteren Kürzung der Ausgaben (Transfers, Subventionen), der Erzielung von Privatisierungserlösen und weiteren Reformen des Sozialversicherungssystems wurden Eingriffe in das Steuersystem vorgenommen (Lohnnebenkostensenkung bei Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte, Erhöhung von Freibeträgen, Anhebung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung, Einführung einer Energiesteuer), die allerdings insgesamt keine fiskalische Mehrbelastung der Haushalte und Unternehmen bedeutete.

Schweden 1995 bis 1998

Nachdem Schwedens öffentliche Haushalte Anfang der Neunzigerjahre – analog zu Finnland – mit einem Konjunktureinbruch und hohen Unterstützungsleistungen für das Bankensystem konfrontiert waren, konnten die Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 1991 bis 1993 bestenfalls eine Stabilisierung herbeiführen. Mit dem Budget 1994 (Ende der finanziellen Unterstützung des Bankensystems, Indexierung der Verbrauchsteuern, Erhöhung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung, aber auch Erhöhung der Kinderbetreuungsgelder) wurde allerdings eine Trendwende eingeleitet, die in eine erfolgreiche Konsolidierungsperiode von 1995 bis 1998 mündete. Die Maßnahmen zielten insbesondere auf Ausgabenreduktionen (u. a. Einsparungen bei Pensionen, Senkung von Kostenerlässen und Modifikation in der Indexierung der Leistungen in der Sozialversicherung, Senkung der Kinderabsetzbeträge, Reduktion der Transferzahlungen des Zentralstaates an nachgeordnete Gebietskörperschaften) ab. Allerdings wurden auch einnahmeseitige Maßnahmen (u. a. Beitragserhöhung in der Krankenversicherung, höhere Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkommen, Senkung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel) gesetzt. Zusätzlich wurden beschäftigungsfördernde Maßnahmen beschlossen (Subventionen bei Neueinstellungen) und Investitionsanreize gesetzt (Abschreibungen für Strukturinvestitionen). Wesentliches Element der Konsolidierungsstrategie war zudem eine Reform des Budgeterstellungsprozesses, um Kontrolle über die Ausgabenentwicklung, die über eine nominelle Ausgabendeckelung erreicht werden sollte, zu bekommen (siehe Kapitel 4).

3 Föderale Strukturen

Budgetkonsolidierungsstrategien werden meist anhand ihrer Komponenten bzw. deren Zusammensetzung diskutiert. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass auch die föderale Struktur eines Landes für den Konsolidierungserfolg eine Bedeutung hat. Vereinfacht lassen sich Finanzverfassungen auf zwei Grundformen zurückführen: Eine unitarische Finanzverfassung lässt nachgeordneten Gebietskörperschaften keine oder nur geringe Kompetenzen bzw. politische Entscheidungsbefugnisse zu, eine föderalistische Finanzverfassung hingegen schon.

Fiskalischer Föderalismus basiert auf der Vorstellung, dass sich die Bereitstellung öffentlicher Leistungen an den Präferenzen der Bürger orientieren soll. Gemäß dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz sollen Nutzer einer öffentlichen Leistung und Träger der Kosten dieser Leistungen übereinstimmen. Erweitert um das Prinzip der institutionellen Symmetrie sollten Nutzer und Zahler auch mit den Entscheidungsträgern, die darüber bestimmen, übereinstimmen. Die Unterscheidung zwischen föderalen und unitarischen Staaten in Europa ist jedoch weniger eindeutig als es die beiden Grundformen annehmen lassen.

Finnland und Schweden sind Einheitsstaaten, in denen es im Wesentlichen nur zwei politische Ebenen gibt: die des Zentralstaates und die der Kommunen. Durch die Mitgliedschaft in der EU haben diese Länder der Entwicklung einer regionalen Ebene zunehmend mehr Bedeutung zugewiesen. Die Niederlande würde – zumindest auf den ersten Blick – am ehesten einem föderalen Staat wie Österreich entsprechen, die konkrete Ausgestaltung lässt aber eine deutlich stärkere Nähe zu Finnland und Schweden erkennen.

In Finnland wurde die regionale Autonomie seit den Achtzigerjahren zunehmend gestärkt, indem eine Gliederung in 12 Provinzen vorgenommen wurde. Anfang der Neunzigerjahre wurden die staatlichen Verwaltungsstrukturen auf regionaler Ebene vereinheitlicht und 88 Wirtschaftsregionen als neue Verwaltungsebene geschaffen. Weiters wurde das Land in Entwicklungsregionen unterteilt und später Provinzialverbände („Hauptregionen“) zur Gewährleistung einer ausgewogenen Verteilung sozialer Einrichtungen errichtet, die als Bindeglied zwischen zentralstaatlicher Regierung und den Gemeinden mit Planungs- und Ausgleichsfunktionen konzipiert wurden. 1997 wurde die Zahl der Provinzen auf 6 reduziert. Der Hauptanteil öffentlicher Dienstleistungen für die Bürger wird von den Gemeinden erbracht. Die finnische Finanzverfassung sieht die steuerliche Gesetzgebungskompetenz beim Zentralstaat, allerdings liegt der Großteil des Steueraufkommens bei den Gemeinden, die Regionen werden von ihren Mitgliedsgemeinden ausgestattet. Neben den Steuereinnahmen der Gemeinden (Zuschlagssatz auf Arbeitseinkommen, Körperschaftsteuer von ansässigen Unternehmen, Grundsteuer etc.) sind Gebühren (Energie, Wasser, Gesundheit usw.) von Bedeutung. Finanzielle Zuweisungen des Zentralstaates werden auf Basis von Berechnungen bzw. fiktiven Ausgabennotwendigkeiten geleistet, wobei Zweckwidmungen seit 1993 aufgehoben worden sind. Für einen (zusätzlichen) Mittelfluss aus dem Finanzausgleich werden die potenziellen Steuererträge mit jenen Steuereinnahmen verglichen, die unter Verwendung des landesweit durchschnittlichen Steuersatzes lukriert worden wären. Je nachdem, ob das Ertragspotential mehr oder weniger als 90% des Durchschnittswertes erreicht, wird eine Gemeinde zum Nettozahler oder Nettoempfänger des Systems.

Die Niederlande könnte als „dezentralisierter Einheitsstaat“ bezeichnet werden, der sich in eine nationale, provinziale und lokale Ebene aufgliedert. Die Provinzen spielen allerdings eine untergeordnete Rolle, wobei ihre Kompetenzen bei der Ausführung nationaler Gesetze, Finanzkontrolle der Kommunalverwaltung sowie der Legalitätsprüfung von Kommunalgesetzen liegen. Sie halten nur einen unbedeutenden Anteil an den öffentlichen Gesamtausgaben (3%) und werden überwiegend von der Nationalregierung mit Finanzmittel ausgestattet. Den Gemeinden obliegt einerseits die hierarchische Mitverwaltung und andererseits die autonome Gesetzgebung. Fast alle Dimensionen des Wohlfahrtsstaates (Sozialhilfe, Schulwesen, Krankenhäuser, Polizei, Straßen, Energie etc.) findet man auf der Kommunalebene, wobei die Einnahmeseite der Gemeinden – wenngleich im Vergleich zu den Provinzen weniger stark – von der Nationalregierung abhängig ist. Die Finanzverfassung regelt die Gesetzgebungskompetenz zugunsten des Zentralstaates, nachgeordnete Gebietskörperschaften können nur im verfassungsmäßig festgelegten Rahmen eigene Steuern einheben oder Zuschläge zu staatlichen Steuern bestimmen. Demnach verfügen Provinzen praktisch über keine eigenen Steuern, Gemeinden können neben Gebühren und Beiträgen allgemeine Grundsteuern, Baulandsteuern, Touristensteuern, Ankündigungssteuern, Hundesteuern sowie Zweitwohnungssteuern einheben. Die eigenen Steuererträge spielen nur eine untergeordnete Rolle, bedeutsam hingegen sind die Anteile an den Steuern des Zentralstaates, die über Gemeinde- bzw. Provinzfonds weitergeleitet werden.

Schweden kennt laut Reichsverfassung nur zwei Ebenen, die staatliche und die kommunale Ebene, wobei die Bedeutung der Gemeinden durch das neue Kommunalgesetz 1991 weiter gestärkt wurde (zentralisierter unitarischer Staat mit weitreichenden dezentralen Strukturen auf Gemeindeebene). Erst seit Mitte der 90er Jahre kam es zu dem Versuch, eine regionale Ebene zu implementieren. Seither werden unter dem Aspekt einer Aufgabenkoordination innerhalb abgegrenzter Regionen verschiedene Selbstverwaltungsmodelle erprobt, deren Erfahrungen die Grundlage für eine künftige Neuorganisation des

Föderalismus dienen sollen. Die Steuergesetzgebung obliegt dem schwedischen Parlament, die nachgeordneten Gebietskörperschaften haben das Recht, jährlich die Höhe ihrer Steuersätze innerhalb der dreigeteilten kommunalen Einkommenssteuer selbstständig festzulegen. Der Großteil der Finanzmittel wird aber aus Zuweisungen des Zentralstaates bezogen.

Aus den Theorien des fiskalischen Föderalismus lässt sich keine eindeutige Zuordnung von Besteuerungskompetenzen auf die verschiedenen staatlichen Ebenen vornehmen. Die traditionelle Theorie empfiehlt, staatliche Aufgaben mit geringer räumlicher oder fiskalischer Externalität auf regionaler (lokaler) Ebene zu belassen. Hingegen wäre (aus wohlfahrtstheoretischer Sicht) die Kompetenz für unmittelbar auf Einkommensumverteilung abzielende Leistungen (z. B. Sozialversicherung) dem Zentralstaat zuzuweisen und von ihm bereitzustellen. Öffentliche Leistungen sollten primär durch Gebühren und Beiträge und nur subsidiär durch Steuern mit immobiler Steuerbasis auf regionaler (lokaler) Ebene finanziert werden. Während Unternehmen- und Kapitalertragsteuern zentralstaatlich eingehoben werden sollten (Steuerbasis sehr mobil), könnten Lohnneinkommensteuern auch auf regionaler Ebene erhoben werden.

Die polit-ökonomische Theorie empfiehlt demgegenüber, Besteuerungskompetenzen weitgehend zu dezentralisieren, d.h. die Kompetenz insbesondere für direkte und aufkommenselastische Steuern regional bzw. lokal zu belassen. Dadurch wird der Äquivalenzcharakter staatlicher Einkommensumverteilung (als Versicherungsleistung) für den einzelnen Steuerzahler auf Grund der „Nähe“ deutlicher sichtbar.

4 Ausgabenseitige Fiskalregeln

Im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird eine fiskalische Saldo-Zielformulierung („ausgeglichen oder im Überschuss befindlich“) zu Grunde gelegt, die eine Reihe von konzeptuellen und methodischen Problemen mit sich bringt. Beispielsweise ist es problematisch, bei der Betrachtung über den Konjunkturzyklus alle Schwankungen im Budgetsaldo den automatischen Stabilisatoren zuzuschreiben, da die Stabilisierungseigenschaft des Budgets von der Art der wirtschaftlichen Störung abhängt.

Die Vorteile einer ausgabenseitigen Zielformulierung liegen demgegenüber bei einer höheren Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger, der vollen Operationalität der automatischen Stabilisatoren auf der Einnahmenseite, der Möglichkeit der Festlegung unterschiedlicher Obergrenzen für spezifische Ausgabenkategorien sowie der einfachen, laufenden Überwachung in der Praxis. Seit den Neunzigerjahren sind – in unterschiedlichem Ausmaß und Implementierungen – mehrere europäische Länder (u. a. Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Niederlande, Schweden, das Vereinigte Königreich) zu mittelfristig ausgerichteten, ausgabenseitigen Fiskalregeln übergegangen.

In den Niederlanden wurden fiskalpolitische Rahmenbedingungen von der Koalitionsregierung 1994 eingeführt und – abgesehen von geringfügigen Adaptierungen – in deren zweiten Regierungsperiode ab 1998 beibehalten. Die mittelfristig ausgelegte Budgetpolitik basiert auf drei Säulen: (i) einer vorsichtig formulierten wirtschaftlichen Vorausschau, (ii) einer Begrenzung der realen Ausgaben und (iii) seit 1998 auch auf Referenzwerten für die Entwicklung der realen Einnahmen kombiniert mit Regeln, wie (unerwartete) Mehr- bzw. Mindereinnahmen bzw. -ausgaben zu behandeln sind. Die Einnahmen- und Ausgabenseite des Budgets ist strikt getrennt, d. h. Einnahmen- bzw. Ausgabenentscheidungen sollen unabhängig voneinander getroffen werden.

Der im Jänner 1997 in Schweden eingeführte neue Budgeterstellungsprozess basiert im Rahmen eines Top-Down-Ansatzes auf nominellen Ausgabenbegrenzungen sowie einem mittelfristigen Ziel für den gesamtstaatlichen Budgetsaldo (einen positiven Saldo von 2% des BIP über den Konjunkturzyklus, wobei die Gemeinden ausgeglichen bilanzieren müssen). Im Gegensatz zu den Niederlanden besteht für die Ausgabenpfade eine gesetzliche Bindung. Die Planung für das kommende Jahr basiert auf einer „realistischen“ Wirtschaftsprognose, jene für die beiden darauf folgenden Jahre auf prognostizierte Trendentwicklungen. Für 27 Ausgabenkategorien des Zentralstaates werden Obergrenzen für jeweils die nächsten 3 Jahre festgelegt, wobei die Differenz zwischen der Summe der 27 Kategorien und den geschätzten Gesamtausgaben eine Art Budgetre-

serve darstellt. Zielwerte für die Einnahmenentwicklung sind nicht vorgesehen, der Umgang mit unerwarteten Einnahmen- und/oder Ausgabenentwicklungen wird ad hoc entschieden.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wenngleich sich aus der Maßnahmenvielfalt und auf Grund des unterschiedlichen institutionellen und konjunkturellen Umfeldes der dargestellten Länder keine „To-do-Liste“ für Österreich ableiten lässt, so ist zumindest ein gemeinsames Element der Konsolidierungsstrategie im Rahmen des Budgeterstellungsprozesses erkennbar: Die Einführung einer mittelfristigen Planung, in deren Zentrum Ausgabendeckelungen stehen, wodurch die Budgeterstellung deutlich verstetigt und transparenter wird. Entscheidend für den Erfolg scheint daher weniger ein bloß isoliert betrachtetes Maßnahmenbündel (Summe von Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite bzw. das Verhältnis zueinander) zu sein, sondern die Gestaltung der Budgetpolitik als transparenter, konsistent abgestimmter und zunehmend verstetigter Prozess auf Basis eines strategischen Zielprogramms.

Die erfolgreiche Umsetzung einer regelgebundenen Fiskalpolitik sollte zumindest folgende Elemente beinhalten (vgl. Bayer, Fleischmann und Part, 2002):

- Mehrjähriger Planungsrahmen mit hoher Bindungswirkung (politisch und/oder gesetzlich),
- Festlegung der Orientierungsgrößen – Prognosen/Trendwachstum,
- Strikte Trennung der Einnahmen- und Ausgabenseite,
- Festlegung der Ausgabenziele bzw. -obergrenzen: Gesamt/Komponenten, real/nominell,
- Formulierung von Ausgleichsmechanismen zwischen Ausgabenkategorien,
- Formulierung von Ausgleichsmechanismen bei konjunkturell bedingten Abweichungen vom Voranschlag für Einnahmen und Ausgaben,
- Einbeziehung der finanziellen Verflechtungen der Gebietskörperschaften: Ausgaben-, Aufgaben- und Einnahmenverantwortlichkeiten,
- Möglichkeiten (Art, Umfang, Bedingungen) für diskretionäre Politik.

Weiters ist erkennbar, dass für die Ausgestaltung eines Finanzausgleichs die Berücksichtigung der damit verbundenen Anreizmechanismen sehr wichtig ist: Bereits institutionell falsch gesetzte Anreizstrukturen (geringe fiskalische Äquivalenz; Zweckbindungen usw.) können Konsolidierungen erschweren. Fragen der Festlegung statischer Verteilungsschlüssel (bzw. deren Kriterien) zwischen den Gebietskörperschaften treten demnach in den Hintergrund, wiewohl die Höhe der finanziellen Ausstattung der Gebietskörperschaften für deren Aufgabenbewältigung nicht vernachlässigt werden kann.

Es wäre daher zu überlegen, auch in Österreich im Rahmen eines mehrjährigen Budgeterstellungsprozesses eine stärker an strategischen Zielen orientierte, regelgebundene Budgetpolitik auf der Ausgabenseite zu implementieren. Damit sollten politisch kurzfristig motivierte diskretionäre Eingriffe erschwert werden, automatische Stabilisatoren auf der Einnahmenseite aber voll wirken können. Um den Erfolg sicherzustellen, müssten zusätzlich die finanziellen Verflechtungen der Gebietskörperschaften in Hinblick auf adverse Anreizmechanismen analysiert und in eine allfällige Reform einbezogen werden.

